

Stenographisches Protokoll

118. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 6. November 1974

Tagesordnung

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 11526)

Fragestunde (69.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dr. Bauer (1690/M), Dipl.-Vw. Josseck (1711/M), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (1706/M), Kittl (1737/M), Dipl.-Ing. Doktor Leitner (1709/M, 1691/M), Wuganigg (1660/M), Dr. Kaufmann (1693/M), Peter (1696/M), DDr. Hesel (1661/M), Dr. Schranz (1734/M) und Dr. Blenk (1697/M) (S. 11526)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 11538 und S. 11539)

Verhandlungen

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1285 d. B.)

Redner: Dr. Koren (S. 11539), Peter (S. 11545), Robert Weisz (S. 11553), Doktor Withalm (S. 11557), Bundesminister Doktor Androsch (S. 11564 und S. 11571), Doktor Keimel (S. 11570 und S. 11618), Doktor Broesigke (S. 11572), Dr. Tull (S. 11576), Minkowitsch (S. 11582), Dr. Mock (S. 11582 und S. 11601), Sekanina (S. 11589), Dr. Stix (S. 11597), Wille (S. 11601), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 11604), Zeillinger (S. 11610), Mühlbacher (S. 11615), Blecha (S. 11626), Dr. Kohlmaier (S. 11626), Dr. Jolanda Offenbeck (S. 11627), Doktor Scrinzi (S. 11630), Dr. Gruber (S. 11634), Stögner (S. 11639) und Kern (S. 11640)

Zuweisung (S. 11646)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

- 1310: Waffengesetz-Novelle 1974 (S. 11538)
- 1311: Schieß- und Sprengmittelgesetz-Novelle 1974
- 1317: Gebührengesetz 1975
- 1318: Änderung des Bundesmineralölsteuergesetzes
- 1319: 2. Budgetüberschreitungsgesetz 1974
- 1320: Abgabenänderungsgesetz 1974
- 1321: Bundesgesetz über die Bedeckung des Abgangs des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1975

1322: Änderung des Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetzes 1962

1323: Änderung des Kärntner Kreuz-Zulagengesetzes 1970

1327: 2. Landarbeitsgesetz-Novelle 1974

1330: Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über das Wahlrecht zum Nationalrat und die Wahlgembarkeit in diesen

1331: Änderung der Nationalrats-Wahlordnung 1971 und des Wählerevidenzgesetzes 1973

1332: Änderung des Bundesgesetzes über Wohnungsbeihilfen und Sonderregelung für die Geschäftsjahre 1975 und 1976

1333: Änderung des Scheidemünzengesetzes 1963

1334: Änderung des Dorotheums-Bediensteten gesetzes

1335: Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher

1336: Gebührenanspruchsgesetz 1974 (S. 11539)

Berichte

über das auf der 58. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz 1973 angenommene Übereinkommen (Nr. 137) über die sozialen Auswirkungen neuer Umschlagmethoden in Häfen und Empfehlung betreffend denselben Gegenstand, Bundesregierung (III-148) (S. 11539)

über das auf der 58. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz 1973 angenommene Übereinkommen (Nr. 138) über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung und Empfehlung betreffend denselben Gegenstand, Bundesregierung (III-149)

über Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1974, BM f. Finanzen (III-155)

über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Demokratischen Volksrepublik Korea, BM f. Auswärtige Angelegenheiten (III-156)

über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektors für das Jahr 1973, BM f. Verkehr (III-157) (S. 11539)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Marga Hubinek, Helga Wieser, Wilhelmine Moser, Dr. Hauser und Genossen betreffend Leistungen des Unterhalts aus dem Reservefonds für Familienbeihilfen (Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes) (131/A)

Wille, Dr. Mussil, Dr. Broesigke und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem das Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1967 neuerlich geändert wird (132/A)

Hofstetter, Dr. Hauser, Pansi, Wedenig und Genossen betreffend die Änderung des Arbeitszeitgesetzes (133/A)

11526

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Bundeskrankenanstaltenplan (1835/J)

Dr. Schmidt, **Dr. Scrinzi** und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Schaffung und Ausbau von Grüngürteln beiderseits der Autobahnen (1836/J)

Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Befragungsaktion bei Tiroler Finanzdienststellen (1837/J)

Dipl.-Vw. Josseck, Peter und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schulversuch Fachklasse für technisches Zeichnen (1838/J)

Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Behandlungsmöglichkeiten für Apathiker (1839/J)

Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Maßnahmen gegen zunehmende Bleivergiftung in Großstädten (1840/J)

Melter, **Zeillinger** und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Familienlastenausgleichsgesetz (1841/J)

Melter, **Zeillinger** und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Kriegsopfersversorgung (1842/J)

Melter, **Dr. Schmidt** und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Entwicklung im Bauhaupt- und nebengewerbe (1843/J)

Melter, **Dr. Stix** und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Postamt Bezau (1844/J)

DDr. Neuner, **Dr. Ermacora**, **Sandmeier** und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Gutachten des Verwaltunggerichtshofes in Abgabenrechtsfragen (1845/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten **Mondl** und Genossen (1779/A.B. zu 1810/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Dr. Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 116. und 117. Sitzung des Nationalrates vom 22. Oktober 1974 sind in der Kanzlei aufgelegen und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Herren Abgeordneten Ulbrich und Ing. Rudolf Heinz Fischer.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: Die 1. Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer (OVP) an den Herrn Bundesminister für Justiz.

1690/M

In welchem Stadium befinden sich die Erhebungen der Staatsanwaltschaft Wien im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der „Bau-ring-Wien-Ges.m.b.H.“?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. Broda: Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Ich habe am 19. Juli 1974 Ihre damalige schriftliche Anfrage vom 15. Juli 1974 bereits beantwortet. Die Bundes-

polizeidirektion Wien — Wirtschaftspolizei hat inzwischen ihre Sachverhaltserhebungen abgeschlossen und den Erhebungsakt in der gegenständlichen Sache am 14. Oktober 1974 der Staatsanwaltschaft Wien übermittelt. Die Staatsanwaltschaft Wien hat die bisherigen Ermittlungsergebnisse überprüft und wird nunmehr die Durchführung weiterer Erhebungen beantragen. Das Bundesministerium für Justiz wird den weiteren Verfahrensgang im Auge behalten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Bauer: Sehr geehrter Herr Bundesminister! In dieser Angelegenheit geht es ja um einen der größten Bauskandale der Zweiten Republik: 600 Millionen Schilling irgendwo im Wüstensand durch diese Firma Bauring verpulvert, die hundertprozentig im Eigentum der Gemeinde Wien ist, 213 Millionen Schilling Provisionen. Wenn man sich die Erhebungen ansieht, die in der Zwischenzeit angestellt wurden, dann meint man doch, daß die Sache sehr, sehr schleppend vor sich geht. Sehen Sie eine Möglichkeit, verehrter Herr Bundesminister, den Gang der Erhebungen zu beschleunigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Broda: Herr Abgeordneter Dr. Bauer! Es ist nicht Sache des Justizministers, Verfahrensergebnisse der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde vorwegzunehmen. Ich kann nur nochmals auf die Daten

Bundesminister Dr. Broda

verweisen. Ich bin der Meinung, daß im Hinblick auf die Größe des Komplexes und der zu untersuchenden Fakten zwei Monate Erhebungszeit für die Wirtschaftspolizei nicht unangemessen viel ist. Die staatsanwaltschaftlichen Behörden — das darf ich Ihnen versichern — werden mit Energie, Nachdruck und Schnelligkeit die nunmehrigen Erhebungen durchführen und Schlußfolgerungen aus dem am 14. Oktober eingelangten Bericht der Wirtschaftspolizei ziehen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Bauer: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie reden von zwei Monaten; ich stelle fest, daß die erste Anzeige am 30. März erstattet wurde; jetzt haben wir immerhin schon November. Die Erhebungen haben tatsächlich sehr lange gedauert.

Ich möchte mir in der Zusatzfrage an Sie die Frage erlauben, ob die staatsanwaltschaftlichen Behörden im Zusammenhang mit jüngsten Pressemeldungen über weitere Skandale, die sich nicht in Saudi-Arabien, sondern in Österreich ereignet haben, nämlich Haftungsübernahmen durch Gesellschafter, die inzwischen abberufen wurden, die Erhebungen in dieser Richtung ausdehnen werden.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Broda: Dieser Kontrollbericht ist, soweit ich das auswendig weiß, erst im Sommer übermittelt worden, so daß dieser Erhebungszeitraum tatsächlich kürzer ist.

Auf Ihre Zusatzfrage darf ich antworten, daß die staatsanwaltschaftlichen Behörden auch diese Fakten in ihre Erhebungen einbeziehen.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPO) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

1711/M

Wie lange wird die Kontingentierung der Zuteilung von Rauchwaren an Tabakversleißer noch aufrechterhalten werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf Grund umfangreicher Vorratskäufe am Beginn dieses Jahres mußte die Austria Tabakwerke A.G. eine Kontingentierung der Tabakwarenfassungen veranlassen, um die gleichmäßige Versorgung aller Tabaktrafikanten und damit aller Tabakwarenkonsumenten zu sichern. Laut Auskunft der Austria Tabakwerke A.G. ist

diese Kontingentierung ab dem Zeitpunkt hinfällig, in dem die vom Hauptausschuß des Nationalrates zu beschließende Preiskorrektur der Tabakwaren in Kraft tritt. Der Hauptausschuß hat diesen Beschuß heute gefaßt, sodaß die Kontingentierung mit morgigem Datum aufgehoben werden kann.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck: Herr Bundesminister! Können Sie mir sagen, warum Sie die Kontingentierung jetzt schon dreiviertel Jahre aufrechterhalten haben, da Sie ja damit besonders den Kleinversleißern große Schwierigkeiten bereitet haben. Die konnten oft gar nicht einmal die wöchentliche Kontingentierung bei sich einlagern und sind dadurch echt in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Meine Frage: Warum haben Sie dreiviertel Jahr ununterbrochen kontingentieren lassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Um die gleichmäßige Versorgung zu gewährleisten, die in einem anderen Fall gerade für den von Ihnen erwähnten Kreis nicht gegeben gewesen wäre.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck: Herr Bundesminister! Sie haben selbst gesagt, ab morgen ist es überflüssig zu kontingentieren, weil Sie mit den Zigarettenpreisen hinaufgehen. Können Sie uns vielleicht jetzt schon sagen, mit welchen Sorten?

Bundesminister Dr. Androsch: Mit allen.

Präsident: Anfrage 3: Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

1706/M

Wie hoch sind die Mehreinnahmen an Mehrwertsteuer, die Ihnen aus der Preiserhöhung bei Phosphatdünger zufließen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Verbrauch an Phosphatdünger betrug im Durchschnitt der letzten Jahre zirka 500.000 t. Auf Grund von Schätzungen kann angenommen werden, daß durch die Preiserhöhungen, die bei Phosphatdünger für die einzelnen Produkte vorgenommen wurden, eine jährliche Umsatzausweitung im Ausmaß von 240 bis 250 Millionen Schilling eintreten wird.

Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer im Zusammenhang mit Preiserhöhungen treten jedoch nur dann ein, wenn Lieferungen und sonstige Leistungen an nicht zum Vorsteuer-

11528

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Bundesminister Dr. Androsch

abzug Berechtigte ausgeführt werden, wenn also an Letztabbraucher die Lieferung erfolgt. Phosphatdünger wird allerdings ausschließlich an Unternehmer geliefert, die gemäß § 12 des Umsatzsteuergesetzes 1972 das Recht haben, die ihnen in Rechnung gestellte Umsatzsteuer als Vorsteuer mit dem Finanzamt verrechnen zu können, und dadurch von keiner Belastung getroffen sind.

Es kann daher grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß die vorgenommenen Preiserhöhungen bei Phosphatdünger mit keinen Umsatzsteuermehreinnahmen, welche das Aufkommen tatsächlich erhöhen würden, verbunden sind. Dies gilt auch für die Lieferung von Phosphatdünger an jene Land- und Forstwirte, welche die Sonderregelung gemäß § 22 Umsatzsteuergesetz 1972 in Anspruch nehmen, deren Vorsteuerbeträge also mit 6 vom Hundert der Umsätze festgesetzt wurden. Unter Hinweis auf diese Kostenerhöhungen sind auch Preiserhöhungen bewilligt worden; damit waren auch Umsatzausweiterungen verbunden, und der Betrag, den die 6 Prozent ergeben, wurde erhöht. Eine Belastung dieser Land- und Forstwirte durch eine höhere Umsatzsteuer auf Grund der Preiserhöhungen bei Phosphatdünger und tatsächliche Mehreinnahmen für den Staatshaushalt als Konsequenz wären nur dann gegeben, wenn die den Umsätzen der Land- und Forstwirte insgesamt zuzurechnenden Vorsteuerbeträge mehr als 6 vom Hundert der Umsätze betragen würden. Das ist nur dann der Fall, wenn der Umsatz nicht steigt. Nach den Schätzungen des Bundesministeriums für Finanzen trifft dies jedoch nicht zu.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Bundesminister! Sie haben jetzt mit vielen Worten zu beweisen versucht, daß die österreichische Landwirtschaft aus der Erhöhung der Düngemittelpreise und der damit verbundenen Erhöhung der Mehrwertsteuer keine Belastung erfährt. Für die industrielle Verarbeitung ist es selbstverständlich, daß ein Vorsteuerabzug besteht. Die von der Industrie hergestellten Mehrfachdünger werden jedoch an Bauern verkauft, und Sie wissen, daß 95 Prozent der Bauern pauschaliert sind, daß sie nicht in der Lage sind, die tatsächlich gestiegene Mehrwertsteuer als Vorsteuerabzug abzusetzen, da sie in der Pauschalierung inbegriffen ist.

Für den gesamten Bereich der pauschalierten Bauern bedeutet diese Preiserhöhung auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das bedeutet, daß die österreichische Landwirtschaft 2,5 Milliarden Schilling für Düngemittel ausgibt und die 16 Prozent Mehrwertsteuer dafür 400 Mil-

lionen Schilling betragen. Weil der Vorsteuerabzug der Landwirtschaft nicht geändert wird, haben die Bauern eine Mehrbelastung von 67 Millionen Schilling, die aus dieser Erhöhung für Phosphatdüngemittel entsteht, zu tragen.

Meine Zusatzfrage geht dahin, Herr Minister: Sind Sie bereit, die Forderung der Landwirtschaft nach Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes für Handelsdünger auf 8 Prozent zu realisieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Das wäre, glaube ich, nicht sinnvoll, denn das wäre nur in Verbindung mit einer Verringerung des Pauschalsatzes von 6 Prozent auf weniger als 6 Prozent möglich, und das kann nicht im Interesse der Landwirtschaft liegen.

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Bundesminister! Sie wissen genau, daß das Agrarwirtschaftliche Institut errechnet hat, daß die Vorsteuerbelastung der Landwirtschaft nicht 6 Prozent, sondern 8,7 Prozent beträgt. Das heißt mit anderen Worten, daß schon zum Zeitpunkt des Zustandekommens des Mehrwertsteuergesetzes der pauschale Satz von 6 Prozent nicht entsprochen hat.

In der letzten Zeit sind weitere Preiserhöhungen bei wichtigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln eingetreten. Es ergibt sich daher tatsächlich eine höhere Mehrbelastung, und es wäre gerecht, diese Frage wieder einmal durch das Agrarwirtschaftliche Institut objektiv überprüfen zu lassen.

Meine Zusatzfrage geht nun dahin: Sind Sie bereit, wenigstens die durch die letzte Phosphordüngemittelpreiserhöhung eingetretene Mehrwertsteuerbelastung für die Bauern im Ausmaß von rund 67 Millionen Schilling in irgendeiner Weise der Landwirtschaft zurückzuerstatten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Die Landwirtschaft bekommt im heurigen Jahr, glaube ich, rund eine Milliarde Schilling mehr; das ist mehr als eine Rückerstattung von 67 Millionen. Ganz abgesehen davon, daß die 8,7 Prozent des Agrarwirtschaftlichen Institutes nach 15 Minuten Beratungen im Ausschuß schon als unrichtig angesehen werden mußten — wenn Sie sich an die Beratungen erinnern —, was also wirklich keine Ausgangsbasis ist.

Schließlich ist die Pauschalierung dynamisiert, nämlich auch von der Umsatzseite her. Mit jeder Preiserhöhung für landwirtschaft-

Bundesminister Dr. Androsch

liche Produkte steigt auch dieser Betrag, sodaß das weit überkompensiert ist und eine Änderung nicht möglich ist, es sei denn, man wollte den Satz von 6 Prozent verringern.

Präsident: Anfrage 4: Herr Abgeordneter Kittl (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister.

1737/M

Ist das Bundesministerium für Finanzen bereit zu erwägen, das prämienbegünstigte Bausparen ohne Aufkündigung des Erstvertrages auf eine weitere Vertragszeit von sechs Jahren auszu-dehnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gegen die „Ausdehnung“ des prämienbegünstigten Bausparers ohne Aufkündigung des Erstvertrages auf weitere sechs Jahre bestehen keine Bedenken. Diese „Ausdehnung“ stellt allerdings eine Novation dar, das heißt, daß die Sechsjahresfrist ab dem Zeitpunkt des Neuabschlusses von neuem zu laufen beginnt.

Zu bemerken ist aber in diesem Zusammenhang, daß die Erstattung dem Steuerpflichtigen nur für jeweils einen Bausparvertrag und nur für Beiträge zusteht, die innerhalb von sechs Jahren nach Vertragsabschluß — im konkreten Fall innerhalb von sechs Jahren ab Neuabschluß des Vertrages — geleistet werden. Die innerhalb der ersten sechs Jahre ange-sparten Bausparbeiträge werden frei.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Kittl: Herr Bundesminister! In der Zwischenzeit sind die Bausparkassen zu einer Beratung zusammengekommen und haben einen ganzen Forderungskatalog erstellt. Darunter waren die Verlängerung der Bausparverträge, weiters die Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage, die Verkürzung der Wartezeiten und auch die Möglichkeiten der Zwischenfinanzierung.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Werden Sie noch im Jahre 1974 oder Anfang 1975 mit den Bausparkassen über diesen Forderungskatalog in Verhandlungen eintreten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Sofern ein solcher konkreter Wunsch seitens der Bausparkassen an mich herangetragen wird, selbstverständlich, was aber nicht heißt, daß diese Forderungen erfüllbar erscheinen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Kittl: Herr Bundesminister! Die Bausparkassen waren in den Jahren 1970 bis 1973 sehr maßgeblich an dem sogenannten freifinanzierten Wohnbau beteiligt. Durch die

Stabilisierungspolitik der sozialistischen Bundesregierung (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), durch ihre Verhandlungen mit dem Kreditapparat haben sich die Bausparkassen weitestgehend vom freifinanzierten Wohnbau zurückgezogen.

Nunmehr sind ganz erhebliche Mittel der Bausparkassen frei geworden. Herr Bundesminister! Sind Sie bei künftigen Verhandlungen bereit, zu erwirken, daß mehr als bisher frei werdende Mittel der Bausparkassen für den sozialen Wohnbau verwendet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: In den von Ihnen erwähnten Jahren hat diese Art von Bauträgern beziehungsweise Financiers von Bauträgern sicherlich mit dazu beigetragen, daß es zu den weit überdurchschnittlichen Teuerungen im Wohnbau gekommen ist, und zwar nicht für Wohnungen, die einen Erstbedarf decken, sondern für Zweitwohnungen und Apartmentwohnungen, denen vom wohnbaupolitischen Standpunkt nicht erste Priorität zukommen konnte, sodaß bei Verhandlungen sicherlich in den Vordergrund zu stellen sein wird, daß die Bausparkassen ihre Finanzierungstätigkeit vor allem in die Richtung ändern, daß sie das finanzieren, was am notwendigsten ist, nämlich die Beschaffung von Erstwohnungen vor allem für junge Menschen.

Präsident: 5. Anfrage: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister.

1709/M

Welchen Überschuß erwarten Sie für das Jahr 1974 im Familienlastenausgleichsfonds?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Für das heurige Jahr ist beim Familienlastenausgleich mit einem Überschuß von 1,5 Milliarden Schilling zu rechnen, der beim Budget als Mehrausgabe aufscheinen muß, aber gleichzeitig für familienpolitische Zwecke auf einem Konto der Postsparkasse reserviert bleibt. Dies zum Unterschied von früheren Jahren, in denen der Betrag zur Defizitfinanzierung verwendet wurde.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Bundesminister! Sie geben heuer erstmals zu, daß ein Überschuß von 1,5 Milliarden Schilling im Familienlastenausgleichsfonds erwirtschaftet wird. Im Vorjahr hatten Sie einen Überschuß von 400 Millionen Schilling mitgeteilt. Nach Rechnungsabschluß belief sich allerdings dann der Betrag auf 1,5 Milliarden Schilling.

11530

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Herr Minister! Der Familie nützt es nicht sehr viel, wenn jährlich 1 Milliarde oder 1,5 Milliarden auf die Postsparkasse gelegt werden, sondern es sollte dieses Geld den Familien zur Verfügung gestellt werden.

In Ihrer Amtszeit haben diese Überschüsse mehr als 4,3 Milliarden Schilling ausgemacht. Der Rechnungshof hat festgestellt — das wissen Sie ganz genau —, daß die Mittel im Reservefonds um 1,6 Milliarden Schilling über der im Gesetz geförderten Grenze von 50 Prozent der Jahresausgaben liegen.

Meine Frage: Warum entziehen Sie, Herr Minister, durch Ihre Politik den Familien jährlich 1 Milliarde bis 1,5 Milliarden Schilling aus dem Familienlastenausgleichsfonds, ein Betrag, der ihnen eigentlich zusteht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Die Grenze, die Sie erwähnen, wurde nur deswegen überschritten, weil vor meiner Amtszeit die Gutschrift beim Familienlastenausgleichsfonds auf Papier erfolgte, während die tatsächlichen Mittel zur Defizitfinanzierung verwendet wurden. Während meiner Amtszeit standen die Mittel tatsächlich zur Verfügung, allerdings als Guthaben bei der Postsparkasse. Aus den vorerwähnten Gründen erreichen sie leider nicht die Hälfte, die Sie erwähnt haben.

Zum Unterschied vom Vorjahr wird sich das deswegen ändern, weil eine Erhöhung der Familienbeihilfen bereits im heurigen Jahr eingetreten ist und eine weitere substantielle Erhöhung im nächsten Jahr mit Wirksamkeit 1. Jänner 1975 eintreten wird, sodaß diese Mittel eben nicht für andere Zwecke verwendet werden, sondern in der Tat den Familien zufließen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Minister! Ihre Ausführungen stimmen nicht. In Ihrem ersten Amtsjahr, im Jahre 1970, sind bereits 800 Millionen Schilling an Überschuß zu verzeichnen gewesen. Dieser Überschuß im Jahre 1970 wurde genauso behandelt wie in den Jahren vor 1970. Es ist also auch dieser Betrag dem „papierenen Fonds“ überschrieben worden. Erst infolge eines Gesetzes, das in der ÖVP-Zeit beschlossen wurde, hat der Finanzminister heute nicht mehr die Möglichkeit, diese Mittel zu verbrauchen und sie dem „papierenen Fonds“ zuzuweisen.

Für die Familien ist es jedoch wichtig, daß ihnen dieses Geld, das dem Ausgleichsfonds zuzuordnen ist, zur Verfügung steht. Sie haben Anspruch darauf, daß ihnen dieses Geld auch tatsächlich zur Verfügung gestellt wird.

Herr Minister! Mit dem Überschuß des Vorjahrs könnten den Familien pro Kind 700 S als einmalige Beihilfe ausgezahlt werden. Mit den Mitteln von heuer — Sie haben eben den Betrag von 1,5 Milliarden Schilling genannt — könnten ebenfalls 700 S ausbezahlt werden. Sind Sie bereit, wenigstens einen dieser Beträge, also 700 S, in Form einer Sonderzahlung den Familien noch heuer zur Verfügung zu stellen? Im übrigen ist das eine Forderung, die einstimmig im Familienpolitischen Beirat erhoben wurde.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Was das Jahr 1970 betrifft, darf ich Sie erinnern, daß es sich dabei um jene Gesetze handelte, die wir vollzogen haben, wie sie im Herbst 1969 beschlossen wurden. Wir haben solche Gesetze nicht mehr beschlossen, um das ganz klarzustellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zum zweiten: Außer den bereits beschlossenen Maßnahmen, nämlich heuer eine Erhöhung der Familienbeihilfe zu Jahresmitte, eine weitere zu Jahresbeginn und die Erhöhung der Geburtenbeihilfe, sehe ich keine Möglichkeit mehr. Ich sehe aber aus Ihrer Forderung einmal mehr, daß man die Überschreitungen im Budget als zu hoch kritisiert — obwohl sie dem Fonds als Treuhandgelder zufließen — und gleichzeitig neue Forderungen für zusätzliche Ausgaben stellt. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Präsident: Anfrage 6: Herr Abgeordneter Wuganigg (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst.

1660/M

Ist es richtig, daß es im Zuge der Schulbuchaktion seitens mancher Schulen zu unüberlegten Bestellungen von Schulbüchern gekommen ist?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Es stimmt, daß es in Einzelfällen zu unüberlegten Überbestellungen bei der Schulbuchaktion gekommen ist. Das hat auch einen falschen Eindruck von der gesamten Aktion vermittelt.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Wuganigg: Herr Bundesminister! Da die Schulbuchaktion nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland als Muster einer fortschrittlichen Bildungspolitik anerkannt wird (*Zwischenrufe bei der ÖVP*)

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11531

Wuganigg

— sie wird es auch ohne die Zwischenrufe der Abgeordneten der ÖVP —, frage ich Sie: Was werden Sie veranlassen, um eine derartige unverantwortliche Bestellpraktik, die sicherlich nicht geeignet ist, der Schulbuchaktion zu dienen, in Zukunft zu verhindern?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Ich möchte noch einmal feststellen, daß es sich dabei um Einzelfälle handelt, aber es wird alles geschehen, um auch das zu verhindern und um vor allem eine billige Gestaltung der Schulbuchaktion sicherzustellen:

erstens durch eine noch intensivere Beratung der Beteiligten, damit auch eine größere Vertrautheit mit dem System zustande kommt;

weiters durch eine ganz klare Feststellung der Grundausstattung, wie es im Gesetz vorgesehen ist, durch eine Straffung des Angebotes, das in den letzten Jahren sehr, sehr groß, übermäßig groß geworden ist und durch

die Realisierung dieser Maßnahmen bei der Erarbeitung der Schulbuchlisten. Das geschieht jetzt schon. Am 7. Oktober saß die Methodenkommission beisammen. Bereits in den Schulbuchlisten der nächsten Schulbuchaktion wird das alles realisiert und der Ausbau eines effizienten Kontrollsystems verwirklicht werden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Wuganigg:** Herr Bundesminister! Darf ich Sie nunmehr fragen: Inwieweit wird eine folgerichtige Überprüfung des Schulbuchangebotes, das ja bekanntlich sehr groß ist, die Lehrmittelfreiheit der Lehrer beschränken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Ich muß sagen, daß es eine Lehrmittelfreiheit des Lehrers vor der Schulbuchaktion nur auf dem Papier gegeben hat, aber nicht tatsächlich. Ich erinnere daran, daß vor der Schulbuchaktion — nicht unberechtigt — von den Eltern immer wieder gefordert wurde, daß Einheitsschulbücher hergestellt werden, die lange Zeit Verwendung finden können.

Seit der Schulbuchaktion gibt es die Lehrmittelfreiheit insofern, als der Lehrer tatsächlich aus dem reichhaltigen Angebot das Schulbuch heraussuchen kann, das er für notwendig hält, das heißt die Lehrmittelfreiheit bleibt gesichert. Es muß ein System gefunden werden, das genügend reichhaltig ist, durch welches die Lehrmittelfreiheit gewahrt ist, das genügend billig ist, wie es die Schulbuchaktion erfordert.

Präsident: Anfrage 7: Herr Abgeordneter Dr. Kaufmann (ÖVP) an den Herrn Minister.

1693/M

Hat der Bundeskanzler seine Äußerung vom 4. Oktober 1974 gegenüber der „Presse“, in der er seine Präferenz für Giorgio Strehler als Burgtheaterdirektor zum Ausdruck brachte, vorher mit Ihnen als zuständigem Ressortchef abgesprochen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Kaufmann! Der Herr Bundeskanzler hat in einem Gespräch mit einem Journalisten seine Ansichten über die Qualität Strehlers geäußert und über die Möglichkeiten, Strehler im Burgtheater tätig zu wissen. Er hat aber ganz klar und sehr eindeutig festgestellt — das ist auch in dem von Ihnen zitierten Artikel zum Vorschein gekommen —, daß die Bestellung des Burgtheaterdirektors natürlich ausschließlich Sache des Bundesministers für Unterricht und Kunst ist.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann:** Herr Bundesminister! Ich glaube, es ist ein Unterschied, ob ein Bundeskanzler oder ein normaler Staatsbürger etwas sagt.

Ich weiß nicht, inwieweit das auf die Verhandlungen bezüglich des Burgtheaterdirektors eingewirkt hat. Ich frage Sie, Herr Bundesminister, daher: Haben diese Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers die Verhandlungen erleichtert oder erschwert?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen nicht ganz folgen, wenn Sie sagen, daß es ein großer Unterschied ist, ob, wenn über Fragen des künftigen Burgtheaterdirektors diskutiert wird, dies der Bundeskanzler oder eine andere private Person macht. (Widerspruch bei der ÖVP.) Ich würde wünschen, daß wir erstens immer Bundeskanzler gehabt hätten, die sich so intensiv mit diesen Fragen beschäftigt hätten, und daß sich zweitens viele Privatpersonen damit beschäftigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann Ihnen mitteilen, daß diese Gespräche überhaupt keinen Einfluß auf die Verhandlungen genommen haben.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann:** Meine zweite Zusatzfrage, Herr Bundesminister, in diesem Zusammenhang: Wie sind überhaupt Ihre Kriterien für die Bestellung eines Burgtheaterdirektors im allgemeinen und für die Bestellung des neuen Burgtheaterdirektors jetzt im speziellen?

11532

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich habe bereits wiederholt dazu meine Meinung geäußert. Ich glaube, daß wir in der besonderen Situation, die wir zurzeit auf dem Sektor unserer Theater und ganz besonders auf dem Sektor der Bundestheater vorfinden, einen Burgtheaterdirektor brauchen, der große Erfahrungen hat, der den Betrieb, die besonderen Umstände des Burgtheaters kennt, der zur Kenntnis nimmt und seine Arbeit danach ausrichtet, daß wir dort eine Ensemblevertretung haben, der auch auf dem Boden des Entwurfes des Bundestheatergesetzes steht und bereit ist, die Reformen, die wir auf dem Gebiet der Bundestheater eingeleitet haben, weiterzuführen.

Es ist klar, daß alle diese Kriterien nur sehr schwer in einer Person gefunden werden können.

Darüber hinaus — das möchte ich ganz besonders anführen — glaube ich, daß am Burgtheater ein Direktor tätig sein soll, der auch der Tradition dieses österreichischen Nationaltheaters Rechnung trägt. Es wird natürlich sehr schwer sein, eine Person zu finden, die alle diese Eigenschaften in sich vereinigt. Wie immer es ist, wird es eben darauf ankommen, unter den Gegebenheiten die beste zeitgemäße Lösung zu finden.

Präsident: Anfrage 8: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Unterrichtsminister.

1696/M

Da Sie die kostspieligen Fehlleistungen im Rahmen der Schulbuchaktion leider nicht auf Systemmängel, sondern (laut „Sozialistischer Korrespondenz“ vom 24. September 1974) auf „verantwortungslose und unüberlegte Zuvielbestellungen einzelner Lehrer und Schulen“ zurückführen, frage ich Sie, Herr Bundesminister, wie Sie diese pauschale Anschuldigung begründen.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Peter! Ich kann bei bestem Willen keine pauschale Verdächtigung in dieser Mitteilung finden. Ich habe ziemlich klar zum Ausdruck gebracht, daß es sich um einzelne Fälle handelt.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister! Ich will Sie, obwohl Sie diese Formulierung in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 24. September 1974 wörtlich verwendet haben, nicht weiter bedrängen, sondern Sie im Zuge dieser Äußerung mit einer Frage behilfigen und konfrontieren.

Sie erklärten in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 24. September 1974, daß bei der Schulbuchaktion die kostspieligen Fehlleistungen eben nicht auf Systemmängel, sondern auf „verantwortungslose und unüberlegte Zuvielbestellungen einzelner Lehrer und Schulen“ zurückzuführen seien. Sie brachten ebenso unmißverständlich zum Ausdruck, daß in der Schulbuchaktion 1975 100 Millionen Schilling eingespart werden.

Warum — und das ist die Frage — ist dann im Budgetvoranschlag für 1975 nicht eine um 100 Millionen geringere, sondern eine um 100 Millionen höhere Summe präliminiert?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Peter! Ich muß noch einmal sagen, daß in dieser Aussendung, die auch über die „APA“ ergangen ist, ganz eindeutig festgestellt wurde, daß es in einzelnen Fällen zu unüberlegten Bestellungen gekommen ist. Das ist ziemlich klar und auch beweisbar.

Ich habe aber in dieser Aussendung auch festgestellt, daß eine solche Aktion natürlich auch von Jahr zu Jahr neu überprüft werden muß. (*Abg. Meißl: Das hätte man vorher machen sollen!*)

Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß eine solch gigantische Aktion — ich weiß nicht, ob Sie das kennen —: 1,5 Millionen Schüler, 7000 Schulen vom Neusiedlersee bis zum Bodensee, 80 Verlage, die Schulbücher herstellen, 70.000 Lehrer, die Verschiedenartigkeit unseres Schulsystems — und wir wollen diese Verschiedenartigkeit — immer wieder, von Jahr zu Jahr eine Tatbestandsaufnahme und eine Überprüfung erfordern wird. Ich habe schon einmal gesagt: Schwierigkeiten kann nur der haben, der etwas Neues einführt. Der, der nichts macht, hat auch keine Schwierigkeiten. (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber ich bekenne mich zu den Schwierigkeiten, wenn sie aus dem Neuen her erwachsen, und deswegen die Maßnahmen, die ich vorhin bei der Beantwortung der Frage des Herrn Abgeordneten Wuganigg festgestellt habe. Ich erhoffe mir aus dieser Handhabe eine Einsparung von etwa 10 bis 15 Prozent bei der jetzigen Preisgestaltung der Schulbücher.

Was nun die Budgetierung betrifft, bitte ich zu beachten, daß man das Budget ja nicht gleichstellen kann mit dem Jahr der Schulbuchaktion, weil hier ja beide Varianten zum Tragen kommen; das letzte Schulbuchjahr und das Schulbuchjahr, das eben beginnt.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Peter: Bitte, jetzt eine ganz kurze Wiederholung der ersten Zusatzfrage, weil sie meines Erachtens nicht beantwortet wurde. Sie erklärten: Im Jahre 1975 wird die Schulbuchaktion um 100 Millionen Schilling weniger kosten. — Warum sind dann im Budgetvoranschlag 100 Millionen Schilling mehr als 1974 enthalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich sagte schon, daß diese 10 bis 15 Prozent Einsparung auf der Höhe der jetzigen Preise der Schulbücher berechnet ist, und zweitens, daß man unterscheiden muß zwischen den Kosten der Schulbuchaktion eines Schuljahres — etwa 1974/75 — und den Kosten, die für den Finanzminister innerhalb eines Budgetjahres erwachsen. Die Schwierigkeit ist ja, daß man beide Ziffern nicht miteinander vergleichen kann.

Präsident: Anfrage 9: Herr Abgeordneter Dr. Hesele (SPÖ) an den Herrn Minister.

1661/M

Wann ist mit dem Beginn des Neubaues des Bundesgymnasiums in Berndorf zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Dr. Hesele! Wir haben sehr lange überlegt, wie wir die Frage der schulischen Versorgung des Bundesgymnasiums in Berndorf am besten regeln können. Lange Zeit waren wir der Meinung, daß es möglich sei, den Altbau zu sanieren, neuerlich zu verwenden und einen Zubau für die Oberstufe herzustellen. Wir haben uns dann, ich glaube, es war 1973, nach reiflicher Überlegung und nach längerer Prüfung entschlossen, einen Neubau ins Auge zu fassen. Wir haben dem Landesschulrat für Niederösterreich den Vorschlag gemacht, diesen Neubau an das Düringlichkeitsprogramm anzuschließen, das für die Fortschreibung des mittelfristigen Bauprogramms des Bundes vorgesehen ist.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter DDr. Hesele: Herr Bundesminister! Sie kennen ja aus eigener Anschauung die schulische Situation am Bundesgymnasium Berndorf: Dislozierung der Klassen, Überbelag und so weiter. Es ist auch zu berücksichtigen, daß Berndorf als zentrale Stadt in der Region des Triestingtales nach dem Krieg wirtschaftlich am schwersten geschädigt war, daß der Wiederaufbau vielleicht von allen Regionen in Österreich dort am längsten gedauert hat, sodaß es jetzt, glaube ich, an der Zeit wäre, nachdem ein gewisser wirtschaftlicher Aufstieg und eine gewisse wirtschaft-

liche Sanierung durchgeführt ist, daß auch an die Realisierung des Neubaues des Bundesgymnasiums in Berndorf geschritten wird.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Sie haben grundsätzlich die Notwendigkeit des Neubaues anerkannt. Wie glauben Sie nun, daß die einzelnen Schritte zur Realisierung des Neubaues getan werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Dr. Hesele! Es hat vor einigen Monaten eine mehrstündige Aussprache mit dem Bürgermeister von Berndorf und dem Direktor der Schule in Berndorf stattgefunden. Wir haben damals vereinbart, daß nunmehr alle Vorarbeiten vorgenommen werden sollen und daß im Frühjahr 1975 eine endgültige Besprechung in Berndorf selbst stattfinden soll, bei der wir dann im groben das Raum- und Funktionsprogramm der neuen Schule festlegen wollen, um die Einleitung der Planung der Schule zu ermöglichen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter DDr. Hesele: Herr Bundesminister! Kann ich aus Ihren Äußerungen entnehmen, daß mit dem Planungsbeginn für den Neubau des Bundesgymnasiums in Berndorf im Jahre 1975 zu rechnen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Ja, Herr Abgeordneter.

Präsident: Anfrage 10: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP) an den Herrn Minister.

1691/M

Wie beabsichtigen Sie die von Ihnen laut „Sozialistischer Korrespondenz“ vom 24. September 1974 angekündigte Einsparung von 100 Millionen Schilling bei der Schulbuchaktion zu erreichen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Dr. Leitner! Ich habe eigentlich schon bei zwei Anfragebeantwortungen gesagt, was hinsichtlich der organisatorischen Verbesserung der Schulbuchaktion geschehen soll. Ich darf das wiederholen:

Wir wollen die Beratung intensivieren, wobei ich dazu sage: Es ist gar nicht so leicht für die Lehrer, bei der Fülle des Angebots die richtige Entscheidung zu treffen.

Wir haben ja auch vor, eine große Schulbuchenquete im Frühjahr des nächsten Jahres zu veranstalten und von dort weg auch in allen Bezirken Österreichs ständig den Lehrern

11534

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Bundesminister Dr. Sinowatz

durch laufende Ausstellungen ihre Entscheidung zu ermöglichen. Dadurch wird, wie ich schon sagte, auch eine größere Vertrautheit der Beteiligten an dieser doch sehr schwierigen Aktion zustande kommen.

Dazu kommt die klare Festlegung der Grundausstattung. Das ist sehr wichtig, um auch hier bessere Bestellungsbedingungen zu schaffen.

Auch die Straffung des Angebotes ist notwendig, und zwar auf Grund der Erhöhung des Angebotes in den letzten Jahren.

Alles das muß bei der Erstellung der Schulbuchliste im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren realisiert werden.

Dazu kommt ein Kontrollsysteem, das so gestaltet werden muß, daß gewissermaßen noch vor der endgültigen Bestellung eine Kontrolle und Überprüfung der Bestellung durchgeführt werden kann.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Minister! Bei der Einführung des Schulbuches hat es im Initiativantrag der sozialistischen Abgeordneten geheißen, daß die Kosten hiefür 420 Millionen Schilling im ersten Jahr betragen, und dann hat man gesagt, daß die Folgejahre nur noch 20 Prozent kosten. Auf Grund des Gesetzes, das dann beschlossen wurde, ist dieser Erstbetrag jährlich notwendig.

Es hat aber das Schulbuch dann im Jahre 1973 bereits 750 Millionen Schilling gekostet, 1974 sind 850 Millionen im Budget vorgesehen und 1975 sind 1,1 Milliarden im Budget in Aussicht genommen.

Herr Minister! Meine Frage ist jetzt: Wie vereinbaren Sie diese Verschwendungen von Familiengeldern durch das Wegwerfschulbuch — wenn das nämlich der Finanzminister selber zahlen müßte, würde diesbezüglich sicherlich eine andere Form gefunden werden — mit der Aussage des Herrn Bundeskanzlers vom 16. Oktober, in der er sagt, daß an alle, die Kinder erziehen, appelliert werden soll, dazu beizutragen, daß auch die Kinder ein Gefühl für Sparsamkeit bekommen?

Es wird also immer vom Sparen geredet, und das mit dem Erfolg, daß die Kosten für diese Aktion von 400 Millionen Schilling innerhalb von drei Jahren auf 1,1 Milliarden Schilling gestiegen sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich darf daran erinnern, daß ursprünglich eine andere Form der Schulbuch-

aktion vorgesehen gewesen ist. Diese ersten Ziffern, die Sie genannt haben, beziehen sich auf diese ursprünglich vorgesehene, aber dann nicht, und zwar zu Recht nicht, für richtig befürdene Form der Schulbuchaktion.

Natürlich hat sich bei der Durchführung der Schulbuchaktion gezeigt, welch großer Aufholbedarf überhaupt auf diesem Gebiet besteht. Wenn Sie von „Verschwendungen“ reden, dann klingt das für mich als Unterrichtsminister, aber ich glaube auch für Sie als für einen, der mit dem Unterricht beruflich so vertraut ist, irgendwie doch sehr eigenartig, daß man offensichtlich am liebsten bei den Büchern zu sparen anfangen möchte, dort, wo man in der Vergangenheit die größten Schwierigkeiten in unserer Schule vorgefunden hat.

Ich darf sagen, daß wir alles tun, um diese optimale Form der Schulbuchaktion, die nicht nur in sozialer Hinsicht optimal ist, sondern die vor allem — und das ist das Wesentliche — ungeheure pädagogische Perspektiven eröffnet, billig und verantwortungsbewußt durchzuführen und damit auch einen Beweis für die Bereitschaft zur Sparsamkeit zu liefern.

Daß diese Aktion auch im Preis gestiegen ist, ist darauf zurückzuführen, daß das Angebot größer wurde, daß auch im Bereich der berufsbildenden Schulen — darauf möchte ich verweisen — sehr teure, sehr aufwendige Werke, Fachbücher, zur Verfügung gestellt werden und daß tatsächlich die Versorgung in optimaler Form erfolgt.

Nur eines möchte ich sagen: Die Vorschläge, die bisher von Ihnen gekommen sind hinsichtlich der Finanzierung und der Neugestaltung der Schulbuchaktion, sind immer so gewesen, daß sie um einige Millionen Schilling mehr gekostet hätten als diese optimale Form der Schulbuchaktion, ohne daß die Vorteile dieser Schulbuchaktion, so wie sie jetzt durchgeführt wird, damit verbunden gewesen wären. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, daß die Schulbuchaktion des nächsten Schuljahres 1975/76 keineswegs 1100 Millionen Schilling kosten wird.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Herr Minister! Wir sind uns sicher einig, daß die Schüler kostenlose Schulbücher bekommen sollen, weil das ein echter Beitrag für die Chancengleichheit ist. Daraüber sind wir uns einig. Aber daß die Aktion oder das Gesetz, wie es jetzt gehandhabt wird, ein optimales ist, diesbezüglich sind wir uns nicht einig. Das bestreiten wir, Herr Minister. Alljährlich

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

zu Schulbeginn stellen uns viele Eltern die Frage: Was soll ich jetzt mit den alten Schulbüchern, die sich bei mir zu Hause ansammeln, machen?

Sicher gibt es wertvolle Bücher, die für das weitere Leben von Bedeutung sind. Solche Bücher soll das Kind auch bekommen. Es gibt aber viele Bücher, die man nur ein Jahr braucht und die auch keine Arbeitsbücher sind. Daher könnten diese Bücher sinnvollerweise mehrere Jahre Verwendung finden, und zwar in verschiedenster Form. Wenn man den Familien das bare Geld geben würde — das trifft vor allem für größere Familien zu —, könnten sie gerade bei den Büchern sparen und könnten mit diesem ersparten Geld allenfalls andere Schularikel kaufen.

Herr Minister! Sie haben aber jetzt vorhin zum Schluß gesagt, daß die Schulbuchaktion im kommenden Jahr nicht 1,5 Milliarden Schilling kosten wird. (*Rufe bei der SPÖ: Frage!*) Wieso sind dann im Budget diese Mittel vorgesehen? Das hat ja schon der Herr Abgeordnete Peter gefragt. Er hat eine unbefriedigende Antwort bekommen, weil hier gesagt wurde (*Neuerliche Rufe bei der SPÖ: Frage!*), daß die Schulbuchaktion nicht mit dem Budget übereinstimmt. Die Kosten für die Schulbuchaktion können aber auf alle Fälle nur einmal im Budget aufscheinen.

Meine Frage, Herr Minister: Wie erklären Sie sich Ihr Eingeständnis, daß bis jetzt 100 Millionen Schilling verschwendet wurden — Sie haben ja gesagt, diesen Betrag werde man in Zukunft einsparen können —, mit der Tatsache, daß im Budget nicht um 100 Millionen Schilling weniger, sondern um 250 Millionen Schilling mehr eingesetzt sind?

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte die Frage!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner (fortsetzend):** Das ist eine Differenz von 350 Millionen Schilling. Das ist also die Sparaktion der Regierung!

Wie erklären Sie sich das, Herr Minister?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Ich darf noch einmal feststellen, Herr Abgeordneter: Es würden nicht 100 Millionen Schilling verschwendet. Ich habe das bereits erläutert. Ich darf jetzt sehr geduldig sagen, was eben der Unterschied zwischen dem Budgetjahr und dem Schulbuchjahr ist.

Für das nächste Jahr, also für das Budgetjahr 1975, wird ein Teil der Kosten der Schulbuchaktion 1974/75 noch zu finanzieren sein, weil nicht alle eingelösten Schulbuchgut-

scheine auch schon beim Finanzministerium zur Einlösung sind. Es wird außerdem ein großer Teil der Kosten der Schulbuchaktion des Jahres 1975/76 dazukommen. Und das, summiert, wird mehr ergeben als die Kosten einer Schulbuchaktion.

Ich hoffe, ich habe mich jetzt klar ausgedrückt.

Was die Frage der Sparsamkeit betrifft, Herr Abgeordneter: Sehen Sie sich unsere Plakatwände an, beobachten Sie unsere Verpackungsindustrie, sehen Sie sich die Werbe-schriften an, die in unsere Haushalte kommen. Es wird sogar mit Riesenplakaten darum geworben: Jedem Tierchen sein Papierchen! Nur dann, wenn unter Umständen in einer Familie mit drei Kindern alle drei Kinder einen Atlas haben, ist das eine nationale Katastrophe! (*Zustimmung bei der SPÖ*) Ich bin für Sparsamkeit, aber dort, wo es um die Jugend und um die Schulbücher geht, soll die optimale Form der Versorgung gesichert sein, weil das auch sehr wesentlich für die pädagogische Fortentwicklung in Österreich ist. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: 11. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

1734/M

Welche Arbeiten würden bisher vom Institut für Altersforschung geleistet?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Das Ludwig Boltzmann-Institut für Altersforschung hat die Aufgabe gestellt, sich mit allen Problemen der älteren Menschen im umfassendsten Sinn zu befassen.

Wie Sie wissen, hat dieses Institut nicht nur wissenschaftliche Aufgaben, sondern auch die Aufgabe gestellt, auf der Basis von wissenschaftlichen Untersuchungen konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Alterssituation zu machen. Das Institut für Altersforschung steht unter der Leitung von Herrn Professor Fellinger und ist ein interdisziplinäres Institut mit verschiedenen Gruppen: die medizinische, die Professor Fellinger leitet, die psychologische, die Professor Guttmann leitet, die juristische unter Professor Fasching und schließlich die soziologische unter Herrn Professor Rosenmayr, wobei für die praktische Feldarbeit noch andere Gruppen arbeiten.

11536

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Das Institut hat seine Arbeit in der Öffentlichkeit aufgenommen mit einem internationalen Symposium über das Thema „Leistungsabfall im Alter“. Vor wenigen Tagen sind die Ergebnisse dieses Symposiums in Buchform herausgekommen — Titel: „Aktivitätsprobleme des Alternden“ — mit einer Fülle von völlig neuen Erkenntnissen.

Im übrigen darf ich bemerken, daß vom 5. bis 7. Dezember unter Beteiligung ausländischer Wissenschaftler ein weiteres Symposium stattfinden wird, das dem Thema „Altershilfe — ein kooperatives Problem“ gewidmet sein wird. Es werden dabei die Themen „Der alte Mensch zu Hause“, „Der alte Mensch im Altersheim“, „Menschliche Aspekte des Alterns“, „Medizinische Thematik — Möglichkeiten und Vorschläge“ erörtert werden. Es ist vorgesehen, daß auch Ergebnisse dieses Symposiums in Buchform erscheinen werden.

Es ist ferner erschienen eine Buchveröffentlichung über das ganz neue und außerordentlich interessante Thema „Schichtenspezifische Unterschiede in der Situation alter Menschen in Wien, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung“.

Schließlich sind Teile eines großen Forschungsauftrages, der vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erteilt wurde, zum Problem der „gesellschaftlichen Reintegration älterer Menschen“ bereits erschienen, und Herr Professor Rosenmayr hat zwei Bände dieses Forschungsberichtes herausgebracht, der erarbeitet ist in Kooperation mit dem Ludwig Boltzmann-Institut für Altersforschung zu dem Thema „Der alte Mensch in den Strukturen der Gegenwartsgesellschaft“. Auch diese Arbeiten werden in Kürze zur Verfügung stehen.

Ein umfassender Forschungsbericht zur Sozialgerontologie wird in der nächsten Zeit gleichfalls zur Verfügung stehen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Frau Bundesminister! Es ist sehr erfreulich, daß nun die Altersforschung in Österreich stärker in Angriff genommen wird. Es ist ja leider in der Zeit Ihrer Amtsvorgänger auf diesem Gebiet in Österreich überhaupt nichts geschehen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Man hat 25 Jahre völlig verschlafen.

Nun ist aber durch die Gründung des Institutes für Altersforschung eine neue Situation entstanden, und es ist, wie wir eben gehört haben, auf dem Gebiet der Altersforschung erstmals in Österreich einiges geschehen.

Ich frage mich nur — und ich möchte Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen —, welche Möglichkeiten für eine sehr effektive Umsetzung dieser theoretischen Erkenntnisse in die praktische Tätigkeit auf dem immer wichtiger werdenden Gebiet der Altenbetreuung bestehen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*)

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Das Boltzmann-Institut ist immerhin unter Teilnahme der Regierung und auf Anregung dieses Ministeriums eingerichtet worden. Das darf ich bemerken.

Herr Abgeordneter! Die vorliegenden Untersuchungen werden in der nächsten Zeit in einer sehr komprimierten und koordinierten Form auch in Buchform für einen größeren und kompetenten Kreis zur Verfügung stehen, und es wird sicherlich die Diskussion dann darüber abgeführt werden, welche konkreten Schlußfolgerungen für welche konkreten Maßnahmen aus diesen neuen Ergebnissen gezogen werden können. Es ergeben sich also tatsächlich völlig neue Gesichtspunkte etwa hinsichtlich des Leistungsabfalls des älteren Menschen oder sehr wichtige Gesichtspunkte hinsichtlich der Lernfähigkeit älterer Menschen. Die neuen Beobachtungen zeigen ein wesentlich anderes Bild des alten Menschen in unserer Gesellschaft, als wir bisher hatten. Dieses den mit den Altenproblemen beschäftigten Praktikern zur Verfügung zu stellen und mit ihnen zu besprechen, welche Maßnahmen sich daraus ergeben, wird der nächste Schritt sein, der auf die Arbeiten des Ludwig Boltzmann-Instituts für Altersforschung zurückgeht.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Da also feststeht, daß in den ersten 25 Jahren der Zweiten Republik in der Ägide von ÖVP-Unterrichtsministern auf dem Gebiet der Altersforschung überhaupt nichts geschehen ist (*Entrüstung bei der ÖVP*) und damit nun dieser Altersforschung besondere Bedeutung zukommt, ist es auch wichtig, daß Praktiker aus den Pensionistenorganisationen — und ich meine die Pensionisten selbst, nicht Jüngere, sondern Pensionisten selbst, die Funktionäre von Pensionistenorganisationen sind — an den Untersuchungen und wissenschaftlichen Tätigkeiten derer mitarbeiten sollten, die sich jetzt theoretisch mit diesen Fragen im Institut für Altersforschung beschäftigen.

Frau Bundesminister: Ich möchte daher gerne erfahren, ob es möglich ist, daß die Pensionisten, die in Pensionistenorganisationen führend tätig sind — vor allem in der großen Interessenvertretung der älteren

Dr. Schranz

Generation, dem Verband der Österreichischen Rentner und Pensionisten mit seinen derzeit 340.000 Mitgliedern —, daß also diese Organisation durch ihre Pensionistenfunktionäre mitarbeiten könnte an der wissenschaftlichen Tätigkeit des Institutes für Altersforschung.

Präsident: Frau Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Nicht auf alle Gebiete des Instituts wird diese Mitarbeit anwendbar sein. Es sind aber bereits Kontakte aufgenommen und Gespräche geführt worden etwa mit den Soziologen und mit den für Feldforschung betrauten Damen und Herren, die durchaus bereit sind, hier Gespräche, auch mit Praktikern der Altenbetreuung, mit Pensionistenfunktionären aufzunehmen, um sie auch in die Forschungsarbeit einzubeziehen.

Präsident: Anfrage 12: Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP) an die Frau Bundesminister.

1697/M

Welche Auswirkungen auf den Universitätsbetrieb erwarten Sie sich von der geplanten Einführung eines 10monatigen Vorbereitungskurses, durch den Berufstätigen ohne Matura der Hochschulzugang erschlossen werden soll?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Zahlenmäßig werden sich kaum nennenswerte Auswirkungen auf den Hochschulbetrieb durch die neu geplante Berufsreifeprüfung ergeben.

Wie Sie wissen, hat die Berufsreifeprüfung, die durch eine gesetzesvertretende Verordnung im Jahr 1945 eingeführt wurde, keine sehr große Studentenzuführung an die Hochschulen verursacht. Nach den Zahlen, die mir vorliegen, haben vom Jahr 1945 bis 1963 an den Wiener Hochschulen von 192 Bewerbern, die die Berufsreifeprüfung mit Erfolg bestanden haben, nur 30 bis zum Wintersemester 1962/63 ein Hochschulstudium mit Erfolg absolviert gehabt. Von 1958 bis 1974 haben insgesamt 145 von 212 Bewerbern die Berufsreifeprüfung erfolgreich abgelegt.

Die Ursachen für diese wenig effiziente Auswirkung dieser Verordnung dürften nach Untersuchungen und Gesprächen doch darin liegen, daß ein dem Inhalt nach unbestimmter Prüfungsstoff im Selbststudium erworben werden sollte.

Der Zweck dieses neuen Vorschlags ist es also, auf eine systematische Art Leute, die im Beruf stehen, auf eine Berufsreifeprüfung für ein bestimmtes akademisches Fach hinzuführen.

Die zahlenmäßige Auswirkung kann, wie gesagt, keine sehr große sein, weil im Gesetzentwurf ausdrücklich eine Beschränkung der Teilnehmerzahl auf 5 vom Hundert der Studienanfänger vorgesehen ist, also bei 10.000 Studienanfängern finden etwa 500 Personen Aufnahme in den Vorbereitungslehrgang. Es soll außerdem dieser Vorbereitungslehrgang schrittweise eingeführt werden, also diese 5 vom Hundert werden sicherlich im ersten Jahr bereits eintreten. Der ganze Vorschlag ist als Studienversuch auf vorläufig fünf Jahre gedacht.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Blenk: Frau Bundesminister! Der Unterschied dieser neuen Form der Studienvorbereitung zur bisherigen dürfte der sein, daß man das bisher praktisch, ich möchte sagen, in Abendkursen gemacht hat, während Sie — wenn ich das richtig verstehe — diesen neuen Vorbereitungskurs in einem geschlossenen zehnmonatigen Kurs durchführen wollen.

Nun eine Frage, Frau Bundesminister: Sie haben schon in einer Aussendung in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Oktober darauf verwiesen, daß diese Vorbereitungskurse nur für bestimmte Studien vorstellbar seien, und zwar offenbar für solche Studien, für die der Bewerber schon eine gewisse Vorbildung mitbringt. Sie haben weiters gemeint, daß die Arbeiterkammern und die Handelskammern solche Kurse durchführen könnten.

Ich muß gestehen, mir ist das nicht leicht vorstellbar, wie Universitätskurse in Kammervorträgen durchgeführt werden können.

Sie haben weiter gemeint, diese kommenden Akademiker müßten selbstverständlich auch eine finanzielle Unterstützung bekommen.

Aber meine Frage an Sie, Frau Bundesminister: Haben Sie Berechnungen angestellt, wie groß etwa der finanzielle Aufwand für eine solche Aktion wäre?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Natürlich sind Berechnungen angestellt worden, Herr Abgeordneter. Die Idee, auch die Arbeiterkammern, Handelskammern, unter Umständen auch die Sozialakademie, die katholische Sozialakademie mit der Führung solcher Kurse zu betrauen, ist außerordentlich positiv aufgenommen worden. Wie Sie selbst wissen, haben diese Interessenvertretungen und andere Institutionen einen Schulungsbetrieb bereits eingeführt. Es müßte also nur die Vereinbarung getroffen werden, die Über-

11538

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

einkunft, die Planung, in welcher Form diese Schulungseinrichtungen für die Durchführung dieser Vorbereitungskurse benützt werden könnten.

Die Aufnahme war durchaus positiv. Jede dieser Interessenvertretungen oder Institutionen wäre interessiert daran, solche Vorbereitungen für bestimmte Studienrichtungen und für bestimmte Leute durchzuführen. Die Auswahl der Begabungen und der Leute, die eine besondere Befähigung für diese Berufe zeigen, kann ja von Seite der Interessenvertretung durchaus leicht organisiert werden. Für solche Leute wäre die Vorbereitung in diesen Schulungseinrichtungen der Interessenvertretungen und andere Institutionen gedacht.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Blenk: Das würde also heißen, Frau Bundesminister, daß der Kreis der Studienrichtungen noch nicht feststeht, daß er sich offenbar erst aus den Entwicklungen ergeben müßte.

Aber eine weitere Zusatzfrage, Frau Bundesminister: Wir wissen, daß das Hauptproblem an unseren Hochschulen der Studienplatzmangel ist, der zu einer echten Misere geworden ist. Unter dem Schlagwort des Numerus clausus wird dieses Problem ja immer wieder behandelt. Es ist so, daß man heute den Numerus clausus, also die Beschränkung des Zuganges zur Hochschule, fast tabuisiert, also praktisch nicht mehr in den Mund nehmen darf.

Dieser neue Gedanke, so verständlich er grundsätzlich sein mag, würde aber sicher bewirken, daß der Zustrom zu den Hochschulen größer würde. Nun ist derzeit schon die Frage, wie wollen wir den Ansturm bewältigen, kaum beantwortbar.

Ich frage daher: Wie sehen Sie diese ganze Aktion unter dem Gesichtspunkt der eventuell doch notwendigen Beschränkung des Zuganges zu den Hochschulen in dieser oder jener Form?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Wir haben den Zugang zu den Hochschulen bisher immer noch bewältigt, und ich sehe gar keinen Grund für einen Pessimismus, daß es uns nicht gelingen wird, in den nächsten Jahren den Zustrom auch zu bewältigen.

Zum zweiten: Ich sehe gar keinen Grund dafür, anzunehmen, daß wir das nicht bewältigen sollten; noch dazu stagniert ja der Zugang. Die Zahl der neu Eintretenden, neu Immatrikulierten steigt ja nicht.

Zum anderen aber habe ich geschildert, daß es sich hier nur um eine relativ sehr kleine Zahl von Hochschulzugängen handeln würde.

Und zum dritten scheint es mir doch geboten, daß in einer Zeit, in der wir unentwegt von Chancengleichheit auf dem Bildungsgebiet sprechen, doch auch noch ein zusätzlicher und effizienter Weg zu einem akademischen Studium und zu einer akademischen Berufsvorstellung jenen Menschen geöffnet wird, denen das Schicksal nicht so günstig war, sie zur Matura zu führen und sie damit einfach auf den normalen ersten Bildungsweg zu lenken. Gerade diesen Menschen, die die Neigung, die Begabung haben, die bereit sind, für eine Zeit aus ihrem Beruf auszuscheiden, um zu studieren, einen bestimmten Beruf zu studieren, sollte man diese Möglichkeit offenhalten. Ich glaube, daß es besser ist, jemanden, der echt die Neigung und den Ernst hat, ein solches Studium zu absolvieren und einen Beruf zu ergreifen, der nicht zu den leichten zählt, daß es richtiger ist, solchen Menschen den Platz zu sichern, als den zahllosen Studierenden, die nur einfach inskribieren ohne ernste Absicht zu studieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Den in der letzten Sitzung eingebrochenen Antrag 130/A der Abgeordneten Mitter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Tabakmonopolgesetz 1968 geändert wird, weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Die seit der letzten Haussitzung eingelangte Anfragebeantwortung wurde den Anfragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche nun den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, um die Verlesung des Einlaufs.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Waffengesetz 1967 geändert wird (Waffengesetz-Novelle 1974) (1310 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Schieß- und Sprengmittelgesetz geändert wird (Schieß- und Sprengmittelgesetz-Novelle 1974) (1311 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Erhebung von Gebühren für Schriften und Rechtsgeschäfte (Gebührengebot 1975) (1317 der Beilagen);

Schriftführer

Bundesgesetz, mit dem das Bundesmineralölsteuergesetz geändert wird (1318 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1974 genehmigt werden (2. Budgetüberschreitungsgesetz 1974) (1319 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuergesetz 1953 und das Bewertungsgesetz 1955 geändert werden (Abgabenänderungsgesetz 1974) (1320 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1975 (1321 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 geändert wird (1322 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970 geändert wird (1323 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Landarbeitsgesetz geändert wird (2. Landarbeitsgesetz-Novelle 1974) (1327 der Beilagen);

Bundesverfassungsgesetz, mit dem die Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über das Wahlrecht zum Nationalrat und die Wählbarkeit in diesen geändert werden (1330 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1971 und das Wählerevidenzgesetz 1973 geändert werden (1331 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert und für die Geschäftsjahre 1975 und 1976 eine Sonderregelung getroffen wird (1332 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Scheidemünzen gesetz 1963 geändert wird (1333 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Dorotheums-Bedienstetengesetz geändert wird (1334 der Beilagen);

Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher (1335 der Beilagen) und

Bundesgesetz über die Gebühren der Zeugen, Sachverständigen, Dolmetscher, Geschworenen und Schöffen in gerichtlichen Verfahren und der Vertrauenspersonen (Gebührenanspruchsgesetz 1974) (1336 der Beilagen).

Präsident: Ich werde die vom Schriftführer soeben als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen gemäß § 41 Abs. 4 Gesetzesordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die eingelangten Berichte weise ich zu wie folgt:

Bericht der Bundesregierung betreffend das auf der 58. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz 1973 angenommene Über einkommen (Nr. 137) über die sozialen Auswirkungen neuer Umschlagmethoden in Häfen und Empfehlung (Nr. 145) betreffend denselben Gegenstand (III-148 der Beilagen) sowie

Bericht der Bundesregierung betreffend das auf der 58. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz 1973 angenommene Über einkommen (Nr. 138) über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung und Empfehlung (Nr. 146) betreffend denselben Gegenstand (III-149 der Beilagen)

dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Bericht des Bundesministers für Finanzen über Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1974 (III-155 der Beilagen) dem Finanz- und Budgetausschuß;

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der Demokratischen Volksrepublik Korea (III-156 der Beilagen) dem Außenpolitischen Ausschuß, und

Bericht des Bundesministers für Verkehr über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektortates für das Jahr 1973 (III-157 der Beilagen) dem Verkehrsausschuß.

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1285 und Zu 1285 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigen Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1285 und Zu 1285 der Beilagen).

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Doktor Koren.

Abgeordneter Dr. Koren (OVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir beginnen die politische Diskussion dieses Herbastes in einer politischen Landschaft, die sich in den letzten sechs Wochen sehr gründlich verändert hat. Die Euphorie, die sich bei Ihnen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ab dem Sommer dieses Jahres nach der Bundespräsidentenwahl eingestellt hat und die in der Folge — das haben wir hier im Haus bitter bemerkt — zur Überheblichkeit, zu mangelnder Konsensbereitschaft, zu einem Kurs der Härte und der

11540

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Koren

Intoleranz geführt hat, ist in der letzten Zeit rasch verflogen. (*Ruf bei der ÖVP: Die Intoleranz ist geblieben!*)

Der Anspruch auf den Besitz der absoluten Mehrheit, den der Herr Bundeskanzler noch in den letzten Monaten immer wieder zum Ausdruck brachte, ist auch, glaube ich, der Vergangenheit anheimgefallen. Seit sechs Wochen haben Sie, glaube ich, erkennen müssen, daß Sie den Kontakt mit den Österreichern verloren haben und daß so, wie es der Jahreszeit entspricht, auch Ihre Blätter fallen.

Den Anfang haben die Arbeiterkammerwahlen Ende September gemacht, und dann kam der Schock des 20. Oktober mit den Landtagswahlen in der Steiermark und in Vorarlberg und die Gemeinderatswahlen in Salzburg. Es ist Ihre Sache, meine Damen und Herren, darüber nachzudenken, welcher Entwicklung, welchen Ursachen Sie diese Folgen, die sich in den letzten sechs Wochen geäußert haben, zu verdanken haben. Mir scheint aber eines klar zu sein: Der Stil, den Sie in den letzten Jahren kreiert haben, der Stil der Selbstzufriedenheit, der Selbstgefälligkeit, der Überheblichkeit und der daraus erfließenden Theorie der Insel der Seligen kann einfach nicht mehr die Zustimmung der denkenden Menschen in diesem Lande finden! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Seit Monaten wird die österreichische Öffentlichkeit beeinflußt und informiert über grundlegende Änderungen der weltpolitischen Situation, vor allem aber der wirtschaftlichen Situation und Entwicklung in der gesamten westlichen Industriewelt.

Die Österreicher hören seit dem Frühjahr und nun in immer stärkerem Maße, wie verantwortliche Politiker in der westlichen Welt — von Helmut Schmidt über Valery Giscard d'Estaing und Harold Wilson bis zu Gerald Ford in Amerika — ihre Bevölkerungen zur Besinnung aufrufen, wie sie vor kommenden wirtschaftlichen Entwicklungen warnen und wie sie die Zukunft, wenn nicht eine Änderung der öffentlichen Mentalität eintritt, in schwarzen Farben schildern.

Ich glaube, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, daß es nicht mehr anginge, alle diese verantwortlichen Politiker in der westlichen Welt als Kassandas, als Miesmacher oder als Hysteriker abzustempeln. Die Österreicher spüren, daß hier etwas vorgeht in der Welt, vor dem man Sorge und Besorgnis empfinden muß. Gleichzeitig sehen sie eine österreichische Regierung, die diese Lageänderung einfach nicht zur Kenntnis neh-

men will, die bis zur Stunde den Österreichern einzureden versucht, daß ja alles in Ordnung sei, daß Österreich von diesen Dingen, nämlich einer schweren Erschütterung der wirtschaftlichen Entwicklung in der westlichen Welt, einfach nicht betroffen sei.

Meine Damen und Herren! Ich glaube: In diesem Bereich sind Sie so unglaublich geworden, wie man nur unglaublich werden kann! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler selbst hat seit langer Zeit die merkwürdige Alternative aufgestellt: Wollt ihr Vollbeschäftigung oder Inflation? Herr Kienzl, der Generaldirektor der Nationalbank, hat gestern sogar im Zentralorgan der Sozialistischen Partei, in der „Arbeiter-Zeitung“, sehr, sehr eindringlich diese Horroralternative als wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Unsinn und als Gefahr dargestellt und dort sehr klar zum Ausdruck gebracht — und ich sage es Ihnen über Dr. Kienzl, weil Sie es uns ja nie geglaubt haben —, daß Vollbeschäftigung ohne ernsthafte Bemühungen um Stabilität nicht erhaltbar ist, daß Inflation genau die Entwicklung ist, die die Arbeitsplätze gefährdet. Wir haben ja genug Beispiele in westlichen Ländern, daß das unbesorgte Hinnehmen einer immer stärkeren Überforderung der wirtschaftlichen Ressourcen letzten Endes dann zur Arbeitslosigkeit führt, und zwar einer solchen, die Sie nicht mehr durch Vollbeschäftigungsmaßnahmen bekämpfen können.

Sie aber, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion und insbesondere der Herr Bundeskanzler, versuchen bis zuletzt, alle diese Gefahren zu leugnen, zu bagatellisieren und dann mit Scherzen vom „Naßrasieren“, oder vom „Eprouvetten-Wiederverwenden“ die österreichische Bevölkerung in ihrer Sorge und Besorgnis aufzuheitern.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, daß die Österreicher schön langsam genug haben von einer solchen Art der Verantwortungsdemonstration einer Regierung (*Zustimmung bei der ÖVP*), die damit zum Ausdruck bringt, daß sie nur noch ans Überleben bis zur nächsten Wahl denkt und die Tag und Nacht darüber nachdenkt, wie man diesen Termin vielleicht doch noch auf Kosten anderer vorverlegen könnte.

Meine Damen und Herren! Wir beginnen heute die Debatte über das letzte Budget dieser sozialistischen Regierung und das fünfte Budget, das Finanzminister Dr. Androsch dem Nationalrat vorlegt. Es ist daher an der Zeit, eine erste Bilanz über fast fünf Jahre sozialistischer Budgetpolitik zu ziehen.

Dr. Koren

Für eine solche Bilanz drängen sich zwei mögliche Perspektiven auf. Die eine Perspektive führt über fünf Budgetreden des Finanzministers hinweg, über die dort enthaltenen Ankündigungen, Aussagen, Behauptungen und Phrasen von 1970 bis heute. Die andere Perspektive wäre die über die nüchternen Zahlen und Fakten dieser Jahre und unter den Schlußstrich, wo Soll und Haben festgestellt werden kann.

Meine Damen und Herren! Zwischen beiden Betrachtungsweisen klafft als unüberbrückbare Lücke der ganze Widerspruch zwischen dem, was Sie, Herr Finanzminister, in den letzten fünf Jahren gesagt haben, und dem, was Sie getan haben. Vielleicht waren Sie 1970 und 1971, in den beiden ersten Jahren Ihrer Tätigkeit, als Sie jeweils in Ihren Budgetreden für das nächste Jahr zuerst das Budget der Wende und dann das Budget der Konsolidierung angekündigt haben, wirklich noch der Meinung, daß es möglich sein könnte, den Wunschtraum sozialistischer Budgetpolitik, nämlich die Staatsausgaben den Bedürfnissen anzupassen und das Wirtschaftswachstum durch permanente Übernachfrage voranzutreiben, in die Realität umzusetzen.

Vielleicht, Herr Finanzminister, hat Sie die Fülle der Mehreinnahmen, die Ihnen in diesen ersten beiden Jahren zugeflossen sind, noch mehr dazu verleitet, die Politik des „Geldausgebens mit der leichten Hand“ als praktikablen Weg sozialistischer Budgetpolitik anzusehen. Dies umso mehr, als Sie damals feststellen konnten, daß eine sozialistische Regierung die Inflationsangst der Bevölkerung zumindest durch eine geraume Zeit bemerkenswert sicher im propagandistischen Griff halten konnte.

Spätestens aber seit 1972 mußte Ihnen, Herr Finanzminister, klar geworden sein, wohin dieser Ihr Weg führt, daß er unausweichlich in die Spirale der sich selbst verstärkenden Inflation mit allen ihren Konsequenzen führen muß. Seit damals mußte Ihnen klar sein, daß Sie allmählich von der Sonnenseite in die Schattenseite der inflationären Konjunktur eintreten und daß Sie vom Gewinner zum Verlierer der Inflation werden müssen, wenn Sie den Kurs Ihrer Ausgabenpolitik nicht ändern.

Seit damals, Herr Dr. Androsch, billige ich Ihnen nicht mehr zu, daß Sie an das geglaubt haben, was Sie in Ihren Budgetreden zum Ausdruck gebracht haben. Seit damals mußten Sie wissen, daß Sie den Staatshaushalt auf einen Weg geführt haben, auf dem sich sprunghaft anwachsende Probleme aufzutürmen beginnen, von der inflationsbedingten

Wirkung der Ausgabenmechanik angefangen über die Verzerrung der Investitionsstruktur und das rasante Anwachsen der Defizite, die unlösbare Finanzierungsprobleme aufwerfen und die keinen Spielraum mehr für allenfalls notwendige konjunkturpolitische Maßnahmen offenlassen, bis schließlich zur Explosion der Staats- und Verwaltungsschulden, die nun begonnen hat.

Sooth Sie, Herr Finanzminister, seither Aussagen zum Budget oder zum Budgetvollzug gemacht haben, standen diese Aussagen im eklatanten Widerspruch zu dem, was tatsächlich geschehen ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Im Oktober 1972 haben Sie das Budget 1973 unter dem Schlagwort von den „großen gesellschaftlichen Reformen“ angekündigt. In dieser damaligen Budgetrede haben Sie die Welt als absolut heil bezeichnet und die Inflation praktisch nicht erwähnt. Alle Forderungen und alle Vorschläge, die die Opposition nach mehr Stabilität und für mehr Stabilität gemacht haben, sind von Ihnen damals abqualifiziert worden.

Aber drei Wochen nach dieser Budgetrede, im November 1972, haben Sie selbst plötzlich Inflationsalarm gegeben und praktisch den Inflationsnotstand ausgerufen. Zu diesem Zeitpunkt aber, drei Wochen nach Ihrer Budgetrede, lag das Budget 1973 längst vor. Es war damals eindeutig auf andere Voraussetzungen zugeschnitten, als Sie drei Wochen später selbst nachträglich zugeben mußten.

Alle nachfolgenden Aussagen, die Sie dann gemacht haben, über Ausgabenbindungen, über 15 Prozent Stillegungen, über restriktiven Budgetvollzug und so weiter, sind nicht nur nicht eingehalten, sondern durch erhebliche Ausgabenüberschreitungen im Laufe des Jahres weit überkompensiert worden. Das Defizit im Gesamthaushalt hat 1973 nicht die vorgesehenen rund 11 Milliarden Schilling erreicht, sondern fast 13 Milliarden Schilling.

Darüber hinaus aber — und darüber gibt der Rechnungsabschluß 1973, der seit kurzem vorliegt, Auskunft — sind die Anweisungs- und Zahlungsrückstände im gleichen Jahr um eine zusätzliche Milliarde angewachsen. Das bedeutet, daß das Defizit in Wahrheit fast 14 Milliarden Schilling betragen hat. Wohlgemerkt: Im Jahre 1973!

Schließlich — das zeigt auch der Rechnungsabschluß — sind im gleichen Jahr 1973, als Sie Inflationsalarm gegeben hatten und alles Schwergewicht, wie Sie sagten, auf die Inflationsbekämpfung legen wollten, die sogenannten Verwaltungsschulden — das sind eingegangene Verpflichtungen, die spätere Jahre

11542

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Koren

belasten — um 9,5 Milliarden Schilling, nämlich von über 24 auf fast 34 Millionen Schilling, gestiegen. Hier ist, meine Damen und Herren, die sogenannte außerbudgetäre Finanzierung über Finanzierungsgesellschaften noch gar nicht berücksichtigt.

Das heißt, Herr Finanzminister, daß der Budgetvollzug 1973 nachweisbar geradezu das Gegen teil von dem gewesen ist, was Sie im November 1972 und später zu wiederholten Malen angekündigt hatten!

Heute, meine Damen und Herren, ist es fast auf den Tag genau ein Jahr her, daß wir hier die erste Lesung des Budgets 1974 durchgeführt haben. Sie, Herr Finanzminister, hatten in der vorangegangenen Budgetrede vom Oktober 1973 das Leitmotiv vom „absoluten Vorrang der Stabilität“ geprägt, offenbar deshalb, weil in den vorangegangenen Monaten, im Herbst 1973, ein neuer Inflations schub eingesetzt hatte und die Öffentlichkeit mehr als beunruhigt über diese Entwicklung gewesen ist.

Zum Beweis Ihrer unaufhörlichen Stabilisierungsbemühungen haben Sie, Herr Finanz minister, damals mit der Erfindung des dreiteilten Budgets — Grundbudget, Stabilisierungsquote und Konjunkturausgleichshaushalt — operiert und selbstverständlich alle Vergleiche über die zu erwartende Ausgaben steigerung nur mit den Zahlen des Grund budgets durchgeführt, obwohl in diesem Bud getteil bei weitem nicht alle mit Sicherheit zu erwartenden Ausgaben enthalten waren.

Ich habe schon im Vorjahr von der gleichen Stelle festgestellt, daß die Ausgangsgröße, nämlich die Gesamtausgaben des Normal budgets, unvollständig ist. Im sagte im Vor jahr: Zu den dort ausgewiesenen 159 Milliarden, das sind 20 Milliarden Schilling mehr als heuer — gemeint war 1973 —, muß noch der größte Teil der sogenannten Stabilisierungsquote von knapp 5 Milliarden Schilling hinzugezählt werden, weil in diesem Bud getteil zum erheblichen Teil völlig unvermeidbare Ausgaben enthalten sind, die nur aus optischen Gründen, um eine geringere Ausgabensteigerung und ein kleineres Defizit aus zuweisen, aus dem normalen Haushalt aus geklammert worden sind.

In der gleichen Rede habe ich als realistische Größe der tatsächlich zu erwartenden Ausgabensteigerung für heuer, für 1974, die Zahl von 25 Milliarden Schilling genannt.

Ich habe damals daran die Schlußfolgerung geknüpft, daß niemand, Herr Finanzminister, Ihre Beteuerung vom absoluten Vorrang der Stabilität, den Sie drei Wochen vorher ver-

kündet hatten, ernst nehmen könne. Selbstverständlich haben Sie damals vor einem Jahr heftig widersprochen. Inzwischen konnten Sie selbst feststellen, daß meine Warnungen und Feststellungen vom 7. November 1973 mehr als bestätigt wurden.

Ich habe damals zu Ihnen gesagt: „In Wahrheit sind Sie, Herr Finanzminister, in diesem Budget schon der Getriebene der Inflation, weil diese nun weitgehend über die Mechanik und Automatik der entscheidenden Ausgaben positionen zur progressiven Vergrößerung der Ausgaben führt.“

Meine Damen und Herren! Wie sah das nun mit dem absoluten Vorrang der Stabilität im Budget 1974 aus? — Auf Grund Ihrer eigenen Angaben, Herr Minister, darf ich folgendes feststellen: Die Gesamtausgaben im Haushalt 1974 werden nicht um 20 Milliarden Schilling höher sein als 1973, wie Sie behauptet hatten, sondern um 27,5 Milliarden Schilling oder um fast 20 Prozent.

Das bedeutet nichts anderes, als daß Ihnen in diesem Jahr die Ausgabenentwicklung einfach völlig aus den Händen geglipten ist, daß Sie den Überblick verloren haben und daß man angesichts einer Inflationsrate von 10 Prozent und einer Ausgabensteigerung von 20 Prozent wirklich kein Ökonom sein muß, um die Parole vom „absoluten Vorrang der Stabilität“ als das zu erkennen, was sie gewesen ist, nämlich eine leere Phrase, die Sie selbst schon vor einem Jahr nicht ernst genommen haben! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ebenso steht fest, Herr Minister, daß die Entwicklung der Staatseinnahmen mit der Ausgabenexplosion nicht mehr Schritt hält. Das bedeutet aber, daß Sie heuer die zusätzlichen Mehrausgaben — über das Budget hinaus — ebensowenig wie 1973 durch Mehr einnahmen abdecken können.

Das Defizit des heurigen Jahres wird also erheblich größer sein als vorgesehen. Sie selbst rechnen nach eigenen Angaben im Augenblick noch mit 12,2 Milliarden Schilling, wie Sie im Amtsbehelf ausführen.

Sie, Herr Minister, wissen aber selbst nur zu genau, mit welchen Methoden Sie den allfälligen Rest, nämlich das Mehr an Defizit — und ich fürchte, es werden einige Milliarden Schilling sein —, als Hypothek in das nächste Budgetjahr verlagern werden.

Schon heuer sind Sie aber eindeutig an der Finanzierungsgrenze angelangt. Das heißt, ein Mehr an Defizit können Sie nicht mehr finanzieren. Das bedeutet aber auch, daß der konjunkturpolitische Spielraum des Budgets verlorengegangen ist, weil Sie, Herr Finanz-

Dr. Koren

minister, in Konjunkturjahren, und zwar in Hochkonjunkturjahren, so operiert haben, als gelte es, Krisen zu bekämpfen, und weil Sie Defizite produziert haben, die nicht mehr finanziert werden.

Ich hoffe, Herr Finanzminister, Sie wissen, wie Ihr Haushalt in Kürze aussehen kann, wenn nur eine mäßige Abflachung der Konjunktur eintritt, wenn die Einnahmen unter den Erwartungen bleiben, die Ausgaben aber selbstverständlich unverändert weiterwachsen und Ihr Defizit sprunghaft zunimmt. Wo soll dann noch der Spielraum vorhanden sein, um auch nur die Lücken im normalen Haushalt zu stopfen, geschweige denn zusätzliche und dann notwendig werdende konjunkturbelebende Impulse zu setzen? Wenn ein solcher Fall eintritt, Herr Finanzminister, dann stehen alle Ihre Zahlen über Konjunkturbelebungs- oder Bau-Sofortprogramme wirklich nur noch auf dem Papier und sind das Papier nicht wert, auf das sie gedruckt wurden.

„Schuldenpolitik“ war das bevorzugte Schlagwort, mit dem vor allem der Herr Bundeskanzler in den Jahren 1969 und 1970 operiert hat. Nach fünf Jahren sozialistischer Regierung und Budgetpolitik kann die österreichische Bevölkerung die gewaltigste Schuldenexplosion zur Kenntnis nehmen, die es je gegeben hat, und das, meine Damen und Herren, in einer Hochkonjunktur!

Bis zum Ende 1975 wird die Finanzschuld des Bundes, das sind also Anleihen und Kredite, auf rund 72 Milliarden Schilling steigen, und zwar nach den optimistischen Annahmen des Herrn Finanzministers. Das bedeutet einen Zuwachs in den letzten Jahren von rund 30 Milliarden Schilling.

Von Ende 1969 bis Ende 1973 — spätere Zahlen haben wir nicht, weil der Rechnungsabschluß ja nur für 1973 vorliegt — sind die Verwaltungsschulden des Bundes von 15 Milliarden Schilling auf fast 34 Milliarden Schilling, also um 127 Prozent, gestiegen. Wieviel heuer und im nächsten Jahr noch dazukommen wird, kann niemand abschätzen, aber die Tendenz bleibt sicher mehr als bestehen.

Dazu kommt schließlich noch die ziffernmäßig für uns nicht erfassbare Belastung künftiger Budgets durch die von Ihnen stark forcierte „außerbudgetäre Finanzierung“ von öffentlichen Investitionen über Bau- und Finanzierungsgesellschaften. Hier wird in den nächsten Jahren — und darauf hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen besonders hingewiesen — eine Fülle von Haftungen des Bundes fällig, die viele Milliarden ausmachen können.

Das heißt aber nichts anderes, als daß Sie in den letzten Jahren trotz Überbeschäftigung, trotz Überkonjunktur, trotz ständig zunehmender Inflation, trotz einer Steigerung der gesamten öffentlichen Abgaben um mehr als 100 Prozent die Ausgabenpolitik bis an die Grenze des Möglichen herangeführt und sich selbst jeden Bewegungsspielraum für den Fall notwendiger konjunkturbelebender Maßnahmen genommen haben.

Spätestens in der zweiten Hälfte dieses Jahres mußte Ihnen, Herr Finanzminister, doch selbst klargeworden sein, wie bedrohlich rasch sich der Himmel über Ihrer Budgetpolitik verdüstert hat, wie schwer es geworden ist, Defizite zu finanzieren, wie rasch die Abgabeneinnahmen hinter den Erwartungen zurückbleiben und damit pausenlose Schwierigkeiten in der Kassenhaltung des Bundes auslösen; mit anderen Worten, wie rasch Sie auf eine Krise der Staatsfinanzen lossteuern.

Herr Finanzminister! Ich frage Sie deshalb: Was werden Sie tun, wenn Ihre Hoffnungen — von denen haben Sie bei unserer dringlichen Anfrage gesprochen — auf 3 Milliarden Schilling Mehreinnahmen, die Sie damals genannt haben und die Sie für Budgetüberschreitungen schon ausgegeben haben, im heurigen Jahr nicht eintreten sollten?

Im ersten Dreivierteljahr 1974 haben Sie nach dem letzten Ausweis nicht mehr Steuern und Abgaben eingenommen, als dem Vorschlag entspricht, sondern bisher — Jänner bis September — um 9,5 Milliarden Schilling brutto weniger und netto um 6,5 Milliarden Schilling weniger. Glauben Sie ernstlich, daß hier im letzten Jahresviertel noch ein Wunder geschieht und dieser Ausfall nicht nur kompensiert wird, sondern sich noch zusätzliche Mehreinnahmen, die Sie schon ausgegeben haben, einstellen werden?

Die Bilanz, glaube ich, die Sie selbst am Ende dieses Jahres zu ziehen haben, ist eindeutig eine Krisenbilanz, denn der österreichische Staatshaushalt steuert der kritischsten Phase der Nachkriegszeit zu. Diesen Zustand zu verheimlichen oder zu beschönigen ist sinnlos, weil alle Fachleute in diesem Land wissen, wie prekär die Kassen- und Finanzierungslage des Bundes geworden ist. (Zustimmung bei der ÖVP.) Und diese Entwicklung läßt sich auch gegenüber der Öffentlichkeit nicht mehr lange verheimlichen.

Sie, Herr Finanzminister, haben sicher Horst Knapp in den „Finanznachrichten“ vom 1. November gelesen. Ich will hier nicht daraus zitieren, aber über diese Darstellung sollten Sie, glaube ich, ernsthaft nachzudenken beginnen.

11544

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974**Dr. Koren**

Nun möchte ich zu Ihrer Budgetrede vom 22. Oktober kommen. Sie hatten damals, Herr Finanzminister, prinzipiell zwei Möglichkeiten: Sie hätten der österreichischen Bevölkerung zumindest andeutungsweise die Wahrheit sagen können, eine Wahrheit, die diese Bevölkerung längst ahnt, befürchtet und von verantwortlichen Politikern zu hören erwartet, denn die Bevölkerung will in schwierigen Situationen Ehrlichkeit, weil nur aus Ehrlichkeit das Vertrauen erwachsen kann, das die Menschen ihrer politischen Führung entgegenbringen wollen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie haben diese Chance und diese Möglichkeit nicht ergriffen, sondern an Stelle dessen die erste offizielle Wahlrede für die kommenden Nationalratswahlen gehalten. An diesem Dienstag, Herr Finanzminister, war mir sofort klar, daß Sie selbst an der Spitze der Befürworter baldigster Neuwahlen stehen würden, denn anders als mit der beabsichtigten Flucht nach vorne konnte der Tenor Ihrer Rede nicht mehr erklärt werden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ein Finanzminister, der unumwunden zugeben muß, daß er im laufenden Jahr statt der laut verkündeten — im Vorjahr — 11,5prozentigen Ausgabensteigerung eine solche von 20 Prozent hinnehmen mußte, der weiß, daß er in unlösbaren Finanzierungsnöten steckt, der weiß, daß er für das kommende Jahr ein Budget vorlegt, das in entscheidenden Ausgabenbereichen bei weitem nicht mehr stimmt, der weiß, daß zusätzliche Schulden aus dem laufenden Jahr in das nächste Jahr geschoben und dort verkraftet werden müssen, der weiß, daß er ein weit höheres Defizit haben wird, als er es ausweist, ein Defizit, das bestenfalls vielleicht noch mit der Notenpresse finanziert werden kann, der, Herr Finanzminister, tritt selbstbewußt mit der Behauptung vor den Nationalrat — und das sagten Sie und ich darf Sie zitieren —: „In dieser Zeitspanne“ — gemeint war 1970 bis 1975 — „konnte das Budget konsolidiert werden.“ „Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.“

Unbekümmter, Herr Dr. Androsch, hat in diesem Haus noch kein Finanzminister der Öffentlichkeit seine Auffassung von verantwortlicher Politik desillusioniert! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Manchmal werde ich den Eindruck nicht los, daß Sie Ihr Amt anders auffassen und aufgefaßt haben, als es sich unvermeidbar aus der Aufgabe, die der Finanzminister zu erfüllen hat, ergibt. Ich werde in diesem Eindruck dadurch bestärkt, daß Sie bei jeder Gelegenheit und zuletzt wieder in Ihrer Bud-

getrede sehr selbstbewußt darauf hinweisen, wie laut- und reibungslos Sie Ihr Budget wieder einmal erstellt hätten, während früher Auseinandersetzungen, Regierungskrachs, Paukenschläge, Budgetkrisen und sogar zurückgestellte Budgetuhren üblich gewesen seien.

Herr Finanzminister! Mich hat nicht der gewollte polemische Unterton gestört, der wäre einer Erwiderung wirklich nicht wert. Sie glauben aber offenbar wirklich — das entnehme ich aus dieser immer wiederkehrenden Wiederholung dieser Behauptungen —, daß eine reibungslose Budgeterstellung als positiv und Ringen und Kämpfen um ein Budget als negativ zu werten sei.

Herr Minister! Auch in einer Einparteienregierung haben nicht 14 Minister die Verantwortung für den Staatshaushalt, sondern nur einer. Und dieser eine wird immer vor der Aufgabe stehen, eine Summe von Forderungen auf die Summe des Möglichen und Verantwortbaren zu reduzieren. Das bedeutet zwangsläufig Auseinandersetzung oder Nachgiebigkeit. Wer den zweiten Weg wählt, wird aber sehr bald nicht mehr der Gestaltende, sondern nur noch der Getriebene einer Entwicklung sein, die ihm zwangsläufig aus den Händen gleiten muß.

Ein paar Überlegungen noch zum Haushalt 1975: Sie haben, Herr Finanzminister, einen Haushalt vorgelegt, der auf der Ausgabenseite 184,4 Milliarden Schilling und auf der Einnahmenseite 168,1 Milliarden Schilling — und daher einen Abgang von 16,3 Milliarden Schilling — vorsieht, den höchsten, den es je gegeben hat.

Darüber hinaus, Herr Finanzminister, haben Sie an der Dreiteilung des Budgets so wie im heurigen Jahr festgehalten, obwohl diese Dreigliederung heuer schon zur Farce geworden ist. Die sogenannte Stabilisierungsquote, die auch heuer wieder überwiegend ganz normale und unvermeidbare Haushaltssausgaben enthält, beträgt 3,4 Milliarden Schilling, das Konjunkturbelebungsprogramm etwas über 3 Milliarden Schilling. Beide Sonderhaushalte haben selbstverständlich keine Einnahmen, so daß im Falle der Realisierung dieser beiden Sonderhaushalte ihr Defizit insgesamt 23 Milliarden Schilling betragen würde.

Nicht gerechnet sind hier selbstverständlich jene Belastungen, die Sie aus dem nicht bedekbaren Defizit des heurigen Jahres in das Jahr 1975 zusätzlich dort zu verkraften haben werden. Daraus ergibt sich eindeutig, Herr Finanzminister, daß das Budget 1975 in der hier vorliegenden Form nicht vollziehbar ist.

Dr. Koren

Das im Vorjahr ausgeklügelte Versteckspiel mit einem dreigeteilten Budget hat sich schon in diesem Herbst als das erwiesen, wofür wir es immer gehalten haben, nämlich für den untauglichen Versuch, eine unvertretbare Budgetentwicklung so lang als möglich zu verschleiern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Für 1975, Herr Minister, erledigt sich dieses Spiel von selbst, denn 23 Milliarden Haushaltsdefizit, wie das dieser Voranschlag für den Fall notwendiger Belebungsmaßnahmen vorsieht, kann doch kein Politiker, der ernst genommen werden will, in den Bereich des Möglichen und Vollziehbaren einbeziehen.

Bei diesen Zahlen, Herr Finanzminister, können Sie beim besten Willen nicht mehr guten Glauben für sich in Anspruch nehmen, wenn Sie sich nicht gleichzeitig als Verantwortlicher für den Kapitalmarkt in Österreich restlos diskreditieren wollen. Das umso mehr, als Sie genau wissen, wie viele defizitvermehrende Quellen in dem Budget, das Sie vorgelegt haben, sehr bald zu sprudeln beginnen werden. In ganz entscheidenden Ausgabenbereichen haben Sie die im Verlauf dieses Jahres zusätzlich eingetretene Ausgabenexplosion — immerhin bisher 9 Milliarden — bei der Budgeterstellung 1975 vernachlässigt, wie zum Beispiel beim Personalaufwand und beim Sozialaufwand, wo zum Teil für das Jahr 1975 Ansätze im Voranschlag 1975 enthalten sind, die 1974 durch Budgetüberschreitungen oder auf Grund Ihrer Ermächtigungen schon höher gewesen sind. Das bedeutet, daß Sie mit ganz wesentlichen Überschreitungen der hier vorgelegten Zahlen im Laufe des Jahres rechnen müssen. Auf der anderen Seite haben Sie die Einnahmenerwartungen für 1975 an der möglichen Obergrenze angesetzt.

Ein wirklicher Spielraum aber für Mehr-einnahmen über den Voranschlag hinaus existiert selbst bei unveränderter Konjunktur nicht mehr. Das bedeutet — das wissen Sie selbst nur zu genau —, daß das Defizit des Haushaltes im kommenden Jahr noch erheblich größer sein wird, als Sie in diesem Budget ausweisen. Damit haben Sie aber mit diesem Haushalt endgültig vor der Aufgabe kapituliert, das Budget als wirtschaftspolitisches Instrument zu gestalten; es ist heute nur noch die Buchhaltung der Inflation! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die fast unlösbaren Probleme, die Sie in dieser Budgetentwicklung haben entstehen lassen, können Sie beim besten Willen nicht mehr verbergen. Der Versuch, sich mit dieser wackligen Kulisse, mit der wackligen Kulisse dieses Budgets, noch bis über die nächsten Wahlen retten zu können, ohne das Scheitern

eingestehen zu müssen, ist, glaube ich, längst mißlungen. Mit diesem Budget, Herr Finanzminister, haben Sie Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielt. Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Zeit der leeren Phrasen vorbei ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Budgetrede zum Bundesvoranschlag 1975 unter anderem folgenden Satz gebraucht: „Die Welt hat sich in den letzten zwölf Monaten tiefgreifend verändert.“

Ich glaube, daß es keinen Abgeordneten des Nationalrates gibt, der die Richtigkeit dieser Beobachtung in Zweifel ziehen würde. Und weil man eben bezüglich dieser Feststellung dem Bundesminister für Finanzen vollinhaltlich beipflichten kann, ergibt sich daraus die berechtigte Frage, welche Nutzanwendungen im Sinne dieser richtigen Erkenntnis vom Herrn Bundesminister für Finanzen im Rahmen seines Bundesvoranschlages 1975 gezogen worden sind.

Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei hat bereits ausführlich dargestellt, daß es eben an diesen Nutzanwendungen mangelt und daß genau das Gegenteil von dem im Bundesvoranschlag 1975 enthalten ist, was an realistischen Nutzanwendungen aus dieser richtigen Beobachtung der weltwirtschaftlichen Situation gezogen hätte werden müssen.

Ich erhebe namens der freiheitlichen Opposition den Vorwurf, daß mit dem Bundesvoranschlag 1975 ein weiteres Kapitel sozialistischer Verschwendungs-politik geschrieben wird; und zwar das bedenklichste Kapitel dieser Alleinregierung am Ende einer Gesetzgebungsperiode, die unter schweren wirtschaftlichen Belastungen steht.

Aber man soll hier rückschauend auf jene Erfahrungen zurückgreifen, die der Österreicher in den letzten beiden Jahrzehnten aus der Politik und nicht zuletzt aus der Finanzpolitik gewinnen konnte und gewinnen mußte. Für alle, die in diesen letzten beiden Jahrzehnten die Verantwortung in diesem Staate von der Regierungsbank aus getragen haben, ergibt sich die Frage, was sie zur Zeit ihrer Verantwortlichkeit getan haben, um das Gemeinsamkeitsdenken und den Opfersinn der Bevölkerung unseres Landes zu wecken und entsprechend zu stärken.

Ich glaube, daß diese Frage für die Verantwortlichen auf der Regierungsbank in den letzten beiden Jahrzehnten sehr negativ be-

11546

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Peter

antwortet werden muß, weil sich eben alle Bundesregierungen darin ergangen haben, das Subventions- und Verteilungsdenken in ihrer Politik entsprechend groß zu schreiben. Am größten schrieb und schreibt dieses Subventions- und Verteilungsdenken in den letzten 20 Jahren die derzeitige sozialistische Alleinregierung.

Meine Damen und Herren! Der Österreicher ist auf schwierige Zeiten durch keine vorangegangene Bundesregierung, auch nicht durch die jetzige, vorbereitet worden. Der Österreicher steht heute zum Teil hilflos einer außerordentlich schwierigen und schwer zu bewältigenden Situation gegenüber. Das ist nicht so sehr seine Schuld als vielmehr die Schuld derjenigen, die seine Begehrlichkeit geweckt und die seinen Wünschen keine Grenzen gesetzt haben.

Was auf diesem Gebiet die sozialistische Alleinregierung in den zurückliegenden vier Jahren geboten hat, ist Legion.

Das Verteilungsdenken der sozialistischen Alleinregierung ist ohne Grenzen, und mit dem Ergebnis dieser Politik ist nicht nur die Bevölkerung unserer Republik, sondern ist auch die derzeitige sozialistische Alleinregierung konfrontiert. Vor diesen Problemen steht die Regierung Kreisky, und diese Probleme kann sie nicht meistern.

Warum, Herr Bundesminister, benützen Sie nicht diese angespannte Zeit, in der jeder mit Verständnis der angespannten Situation begegnet, nicht nur das Umdenken in die Wege zu leiten, sondern aus dem notwendigen Umdenken heraus im Bundesvoranschlag für 1975 die notwendigen Konsequenzen zu ziehen?

Ich glaube, daß Schwierigkeiten zu meistern sind, wenn die Bevölkerung bereit ist, Opfer zu bringen. Wo aber weckt die sozialistische Alleinregierung diesen Opfersinn?

Ich glaube, daß Verständnis in der Bevölkerung durch eine entscheidende und einschneidende Maßnahme geweckt werden könnte, durch eine Maßnahme, die von keiner der Oppositionsparteien gesetzt werden kann, sondern die ausschließlich von der Bundesregierung vorgenommen werden muß: das Voran gehen mit gutem Beispiel durch die derzeit an der Macht befindliche sozialistische Alleinregierung. Genau den entgegengesetzten Weg, Herr Bundesminister, beschreiten Sie zu meiner Verwunderung im Bundesvoranschlag 1975!

Ich komme nun zu Ihrer Budgetrede. Die Budgetrede 1975 war eine Verschleierung der tristen Staatsfinanzen und sicher in einem

Punkt ein Meisterwerk, ein Meisterwerk der Intransparenz, das keine Ziffern nannte und das Budgetvolumen ignorierte.

In der Budgetrede stellte sich der Finanzminister selbst ein Zeugnis der Unfehlbarkeit aus. An keiner Stelle seiner Budgetrede hat der Herr Bundesminister für Finanzen zugegeben, welch entscheidende Fehler die sozialistische Finanz- und Budgetpolitik in den letzten vier Jahren machte. Es fehlt vom Anfang bis zum Ende dieser Budgetrede an jeder Selbsterkenntnis.

Will der Abgeordnete, der dieses Budget studiert, genauere Daten haben, dann kann er sich dabei nicht auf die Budgetrede stützen, sondern findet diese erst in den Beilagen zur Budgetrede. Wenn er diese Beilagen studiert, Herr Bundesminister für Finanzen, dann stößt er auf eine alte Androsch-Umsitte, auf eine Umsitte, die seit Jahren von der freiheitlichen Opposition einer heftigen Kritik unterzogen wird: Bei den Zahlenvergleichen, die Sie, vor allem in den Beilagen, anstellen, Herr Bundesminister, vergleichen Sie immer nicht Vergleichbares. Sie sind im Gegensatz zu mir Fachmann und wissen daher noch besser als ich, daß man in der Finanz- und Budgetpolitik nur Gleiche mit Gleichen vergleichen kann. Sie aber vergleichen den Bundesvoranschlag 1975 mit dem voraussichtlichen Geburungserfolg des Jahres 1974.

Jahr für Jahr werden Sie von den Oppositionsparteien auf diese Unart aufmerksam gemacht. Jahr für Jahr ignorieren Sie die Bedenken der Oppositionsparteien, und Jahr für Jahr wiederholen Sie diese Umsitte! Ich halte daher nur der Ordnung und Sachlichkeit halber fest, daß das unzulänglich ist, da fundierte Aussagen nur dann gemacht werden können, wenn man eben Gleiche mit Gleichen vergleicht.

Die vom Herrn Bundesminister für Finanzen verwendeten Vergleiche beruhen daher auf irreführenden Vergleichsziffern. Eben auf Grund dieser Umsitte muß man Ihnen auch das Recht absprechen, Herr Bundesminister, von einem Stabilisierungsbudget zu reden, da nirgendwo im Budget und auch nicht in Ihrer Budgetrede Ansätze zur Stabilisierung vorhanden sind.

Und nun eine kurze Stellungnahme zu Ihren unglaublich Spar- und Maßhalteappellen, die in Ihrer Budgetrede angeklungen sind.

Auf Seite 9 der vervielfältigten Budgetrede sagten Sie:

„Am wenigsten aber ist der Ruf nach mehr Stabilität dann glaubwürdig, wenn er mit ständiger, maßloser Lizitation und Anspruchsfla-

Peter

tion aus opportunistischen Gruppeninteressen heraus verbunden ist."

Bitte, an welche Adresse haben Sie diesen Vorwurf gerichtet? Ich habe nur zu sagen: Haben Sie diesen Vorwurf an die Adresse der freiheitlichen Opposition gerichtet, dann begründen Sie ihn, und solange Sie ihn nicht begründet haben, weise ich ihn mit allem Nachdruck zurück.

Auf Seite 10 führten Sie aus:

„Es muß daher in unser aller Interesse liegen, in unseren Einkommenserwartungen und Einkommensansprüchen bescheidener zu sein.“

Es ist sicher eine Situation eingetreten, Herr Bundesminister, in der dieses Verlangen gerechtfertigt ist. Frage: Wo werden Sie in Ihrer Budget- und Haushaltspolitik bescheidener?

Alles, was diese sozialistische Alleinregierung an Richtigem über das Sparen gesagt hat und sagt, richtet sie immer nur einseitig an eine Adresse: an die Bevölkerung, an die Öffentlichkeit, nie an sich selbst, nie an diese sozialistische Alleinregierung beziehungsweise ihre Minister, die ja letzten Endes die Konsequenzen aus solch richtigen Vorstellungen zu ziehen hätten.

Beide Feststellungen, die ich jetzt aus der Budgetrede zitiert habe, sind sachlich berechtigt. Wo aber bleibt das ehrliche Eingeständnis dieser sozialistischen Alleinregierung, in der bisherigen Entwicklung selbst entscheidende Fehler begangen zu haben? Vergeblich hat man auf ein solches Wort oder auch nur auf eine Andeutung gewartet.

Spar- und Maßhalteappelle, Herr Bundesminister, müssen überzeugend sein. Es steht daher dieser Regierung schlecht an, für die Zukunft Bescheidenheit zu predigen, ohne sich in diesem Zusammenhang von Fehlleistungen und Versäumnissen der Vergangenheit wenigstens nachträglich zu distanzieren.

Sie haben in Ihrer Budgetrede dem Appell an eine Allianz der Sparsamkeit und der Vernunft breiten Raum gewidmet, aber Sie haben durch Ihre weiteren Ausführungen diesen Appell an eine Allianz der Sparsamkeit und der Vernunft geradezu in eine Zumutung umfunktioniert. Zu dieser Feststellung komme ich, wenn ich auf Seite 25 Ihrer vervielfältigten Budgetrede folgendes finde:

„Mit diesem Vorschlag appellieren wir an alle Österreicher, mit der Bundesregierung eine Allianz der Sparsamkeit und der Vernunft zu bilden.“

Frage: Welchen Part, welche Aufgabe übernimmt im Rahmen dieser Allianz der Sparsamkeit und der Vernunft die sozialistische

Alleinregierung? Wir Freiheitlichen halten eine solche Allianz der Sparsamkeit und der Vernunft für berechtigt und notwendig, aber wir kommen nicht umhin, festzustellen, daß diese Bundesregierung für eine solche Allianz ein wenig vertrauenswürdiger Bundesgenosse ist.

Wenn Herr Dr. Androsch meint, die „Ausgangslage Österreichs“ berechte nicht zu „selbstgefälliger Tatenlosigkeit“ — so steht es in der Budgetrede auf Seite 7 —, dann muß ihm gerade im Hinblick auf die Realitäten entgegengehalten werden: Die sozialistische Selbstgefälligkeit in seiner Budgetrede ist unüberbietbar!

Meine Damen und Herren! Nicht „die Reformbilanz seit 1970“ — so die Budgetrede auf Seite 16 —, sondern die sozialistische Selbstgefälligkeit ist „ohne Parallele“.

Sie richten einen Appell an eine Allianz der Sparsamkeit und Vernunft, Sie richten diesen Appell an die Oppositionsparteien, an den Nationalrat. Sie sollten aber diesen Appell auch an jene Funktionäre des Österreichischen Gewerkschaftsbundes richten, denen jedes volkswirtschaftliche Denken fremd ist.

Der sozialistische Stehsatz von der Stabilität oder Arbeitslosigkeit ist ja bereits durch den Klubobmann der Österreichischen Volkspartei angezogen worden. Wir Freiheitlichen wehren uns, daß dieser sozialistische Stehsatz „Stabilität oder Arbeitslosigkeit“ von der sozialistischen Alleinregierung immer mehr zu einer Angst- und Drohformel unfunktioniert wird, indem man so tut, als würde Stabilitätspolitik die Konsequenz der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen.

Sie wissen besser als ich, Herr Bundesminister, daß Sie mit dieser Behauptung und mit dieser Auffassung in krassem und eklatantem Gegensatz zu Ihrem bundesdeutschen Kollegen Appel stehen, und wissen ebenso, daß Bundeskanzler Schmidt, ein Gesinnungsfreund von Ihnen, in dieser Frage grundsätzlich anders denkt und mit seinem Finanzminister Appel in der Bundesrepublik eine entgegengesetzte Politik betreibt.

Der völlig unbestrittenen Tatsache, daß wir, Gott sei Dank, die Vollbeschäftigung haben, stellen Sie das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit gegenüber, und zwar gewissermaßen als die Alternative zu Ihrer inflationären sozialistischen Finanz- und Budgetpolitik.

Daß es sich hier nur um einen künstlichen — ich verwende ein Modewort — „Reibebaum“ handelt, zeigen die Zahlen deutlich genug, sogar die von Ihnen verwendeten Zahlen. Sie sprechen von 2,6 Millionen Beschäftigten,

11548

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Peter

Sie sprechen in Ihrer Budgetrede von 220.700 Gastarbeitern, und Sie sagen, daß es derzeit 25.729 Arbeitslose gibt, wovon — und womit Sie recht haben — nur ein Bruchteil für den Arbeitsprozeß verfügbar ist. Diese derzeit greifbaren Ziffern — sie stammen aus dem Mai dieses Jahres — widerlegen ja selbst das von Ihnen beschworene und vorhin zitierte Gespenst. Warum also, Herr Bundesminister, beschwören Sie überhaupt dieses Gespenst, und warum ergehen Sie sich in dieser völlig unnötigen Rolle eines Geisterbeschwömers?

Auf Seite 9 Ihrer Budgetrede führten Sie dann weiter aus:

„Die Bundesregierung wird aber auf keinen Fall bereit sein, der immer wieder mehr oder weniger offen gegebenen Empfehlung zu folgen, sich in stabilisierungspolitische Experimente einzulassen, die zur Arbeitslosigkeit führen.“

Ich unterbreite die höfliche, aber sehr nachdrückliche Bitte:

Erklären Sie sich dem Nationalrat gegenüber: Was verstehen Sie unter stabilitätspolitischen Experimenten, die zur Arbeitslosigkeit führen würden? Sagen Sie bitte konkret, was Sie mit diesem Satz meinen und wie er zu verstehen ist. In Wahrheit soll ja vermutlich mit dem Beschwören dieses Gespenstes den Österreichern weisgemacht werden, daß jede andere als die sozialistische Politik Arbeitslosigkeit bedeute. Ich glaube, hier unterliegen Sie, Herr Bundesminister, einem Irrtum.

Wer die stabilitätspolitischen Maßnahmen der Regierung als unzureichend kritisiert, dem wird unterstellt, er sei gegen die Vollbeschäftigung. So ist die Lesart Ihrer Ausführungen.

Ich erhebe daher namens der freiheitlichen Opposition mit Nachdruck Widerspruch gegen jenen Satz, wonach der Budgetvoranschlag 1975 die bestmögliche Kombination von äußerster Sparsamkeit und der Sicherstellung des weiteren Aufbaues der österreichischen Wirtschaft sei. Diese äußerste Sparsamkeit ist nirgendwo im Bundesvoranschlag 1975 enthalten.

Der Bundesvoranschlag 1975, Herr Bundesminister, ist vielmehr eine Kombination.

Eine Kombination von Konzeptlosigkeit, von budgetpolitischen Halbwahrheiten, von frisierten und daher nicht vergleichbaren Zahlen und von einer perfekt verschleierten Bilanz. Diese Kombination ist gepaart mit jener sozialistischen Selbstgefälligkeit, die diese Alleinregierung in ihrem Budgetentwurf zur Schau trägt.

Ich halte Ihrer Auffassung den Kommentar des wirtschaftspolitischen Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, Dr. Helmuth Romé, vom 23. Oktober dieses Jahres entgegen, der sagte, es handelt sich um kein „Blut- und Tränen-Budget“. Einverstanden. Aber meiner Meinung nach handelt es sich sehr wohl um ein „Budget zum Weinen“.

Dieses Rekordbudget für 1975 ist wahrlich ein Budget zum Weinen, und Ihre Schönfärberei — ich führe jetzt Helmuth Romé weiter aus — steht im Gegensatz zum Kommentar der „Arbeiter-Zeitung“, worin es am 21. Oktober 1974 unter anderem geheißen hat:

„Bleibt es diesmal im Jahre 1975 bei den veranschlagten Budgetausgaben und werden diese nicht wesentlich überschritten“ — sie werden überschritten, davon bin ich überzeugt! — „kann allgemein mit einem dämpfenden Beitrag der Budgetpolitik gerechnet werden.“

Hier zeichnet sich ab, daß nur dann, wenn die Budgetansätze 1975 nicht überschritten werden, nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung“ eine Dämpfung der Situation erreicht wird. Im Klar- text heißt das aber nichts anderes als: Die Budgetausgaben haben nunmehr einen derartigen Umfang erreicht, daß Überschreitungen, wie sie bisher immer die Regel waren, absolut nicht mehr verkraftbar sind.

Das heißt weiter: Wenn Sie auch diese 184 Milliarden noch überschreiten, dann kapitulieren Sie vollends im Kampf gegen die Inflation. Ich stelle heute schon Androsch- und Koren-Meinung gegenüber. In einem Jahr wird sich herausstellen, welche der beiden Meinungen sich als richtig erwiesen haben wird.

Sie sprechen von den 184 Milliarden des Budgets 1975, Koren spricht schon heute von einem Betrag, der die 190-Milliarden-Grenze überschreiten wird. Behält Koren recht, wird auch Romé recht bekommen, der sagt, daß das Budget die Grenze der Belastbarkeit erreicht hat.

Man braucht wirklich nur diesen naturgemäß vorsichtigen Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“, der nicht unfreundlich gegenüber dem sozialistischen Finanzminister geschrieben ist, lesen, um zu merken, daß sich dieses Land in einer mehr als schwierigen Budgetsituation befindet. Dennoch findet sich nichts in der Budgetrede des Finanzministers. Er versteigt sich glatt zu der Behauptung: Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.

Ich bin neugierig, Herr Bundesminister, ob Sie bei der Beschußfassung über den Bundesvoranschlag 1975 noch in der Lage sein wer-

Peter

den, den Satz „Die Staatsfinanzen sind in Ordnung“ aufrechtzuerhalten. Die freiheitliche Opposition wird sich jedenfalls bemühen, in den vor uns liegenden Wochen den sachlichen und konkreten Beweis zu führen, daß Sie sich im Irrtum befinden.

Manchmal klingt auch die Rolle eines Märtyrers in der Budgetrede des Finanzministers an, wenn er sagt: Ja, das Defizit ist im Bundesvoranschlag für 1975 mit knapp 17 Milliarden, also mit 16,3 Milliarden, präliminiert. Aber würde es nicht zur Steuersenkung nach der Einkommensteuergesetznovelle vom 1. Jänner 1975 kommen, dann würde ja das Defizit nur 12,2 Milliarden Schilling ausmachen.

Herr Bundesminister! Was bringen Sie denn am 1. Jänner 1975 der Familie Österreicher mit dieser Einkommensteuergesetznovelle? Sie bringen doch nichts anderes als eine höchst notwendige und dringend gebotene Korrektur der unerträglich gewordenen Steuerprogression. Aber Sie bringen nicht das, was wir Freiheitlichen seit mindestens einem Jahrzehnt fordern und verlangen, nämlich eine klare Änderung des Steuersystems.

Ich bin mir im klaren, warum es auch unter dem Finanzminister Androsch keine Änderung des Steuersystems gegeben hat, genausowenig wie es eine Änderung des Steuersystems unter einem Finanzminister Koren, unter einem Finanzminister Schmitz oder unter einem anderen ÖVP-Finanzminister gegeben hat.

Ganz einfach deswegen gibt es in Österreich jetzt und in Zukunft keine Steuersenkung, weil dieses aus 1939, aus der Zeit des Nationalsozialismus stammende Steuersystem, das Sie nach wie vor aufrechterhalten, ein ausgezeichnetes Machtinstrument in der Hand des jeweiligen Finanzministers ist.

Heute versetzt Sie dieses Steuersystem in die Lage, Machtpolitik zugunsten der Sozialistischen Partei zu betreiben, und die ÖVP ist nicht willens, dieses Steuersystem zu ändern, weil sie hofft, in der nächsten Gesetzgebungsperiode des Nationalrates mit einem ÖVP-Finanzminister Machtpolitik mit diesem Steuersystem zu ihrem Vorteil zu betreiben. Das muß einmal mit allem Nachdruck im Nationalrat auf den Tisch gelegt werden.

Mit Progressionskorrekturen wird man das Übel nie an der Wurzel packen. Dieser Vorwurf ist nicht allein an die Adresse der sozialistischen Alleinregierung, und er ist auch nicht rückschauend an die Adresse der Österreichischen Volkspartei, sondern vorausschauend für die XIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates über die Nationalratswahlen 1975

hinaus an die Adresse der Österreichischen Volkspartei zu richten. Daher fordern wir die ÖVP — für den Fall, daß sie in der nächsten Gesetzgebungsperiode den Finanzminister stellt (*Ruf bei der ÖVP: Danke für die Wohlmeinung!*) — schon heute auf, das Steuersystem von Grund auf zu ändern. (*Abg. Graf: Wir werden das prüfen, Herr Abgeordneter!*) Ich danke vielmals für diese Bereitschaft, Herr Abgeordneter Graf!

Nun aber zurück zu jener Not, aus der Dr. Androsch in seiner Budgetrede eine Tugend gemacht hat. Ich darf auf ein Zitat auf Seite 15 der Budgetrede zurückkommen: Die Bundesregierung ... wird jenen „Doppelstrategien“ entgegentreten, die in einer Lizitation der Ansprüche jeden einzelnen Budgetansatz als zu niedrig, die Gesamtausgaben als zu hoch kritisieren.

Und weiter heißt es: „Die Sparsamkeit erlaubt nur, das Notwendige zu berücksichtigen und Begonnenes fortzusetzen. Das Wünschenswerte muß zurückgestellt werden.“

Herr Bundesminister! Haben Sie diesen Grundsatz im Bundesvoranschlag 1975 befolgt? Ich verneine es und sage, daß Sie Ihren eigenen Grundsätzen im Finanzgesetzentwurf 1975 untreu geworden sind, und fordere Sie auf, das Versäumte während der zweiten und vor der dritten Lesung eben nachzuholen.

Nun haben Sie im letzten Jahr Ihrer Budgetpolitik etwas entdeckt, was Sie bis jetzt leider nicht entdeckt hatten: Herr Dr. Androsch hat den „gespitzten Bleistift“ entdeckt, meine Damen und Herren.

Das ist eine Formulierung, die man von ihm in den zurückliegenden vier Jahren nie gehört hat. Aber bitte, er hat den Ausdruck vom „gespitzten Bleistift“ nur verbal verwendet, Konsequenzen hat Dr. Androsch aus dieser Erkenntnis keine gezogen. (*Ruf des Abg. Doktor Wihalm*) Noch ist es ja nicht zu spät, den „gespitzten Bleistift“ während der Budgetdebatte zu handhaben. Sollte es am Bleistiftspitzer fehlen, stellen wir gern einen zusätzlichen zur Verfügung, wenn während der Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß Ihre Bleistiftspitze stumpf werden sollte.

Aber jetzt wieder eine sehr ernste Frage, Herr Bundesminister. Ich stehe unter dem Eindruck, daß diese sozialistische Alleinregierung eine gestörte Beziehung zum Geld (*Abg. Graf: Das glaube ich!*) und daß diese sozialistische Alleinregierung kein Gefühl für die Qualität des Geldes hat (*Abg. Graf: Sowie so!*), sonst würde sie nämlich vorsichtiger mit dem Geld umgehen, das ihr der Steuerzahler zur Verfügung stellt.

11550

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Peter

Herr Bundesminister! Ich möchte nun den Vorwurf der sozialistischen Verschwendungs- politik an einigen Beispielen begründen.

In den zurückliegenden vier Jahren hat die sozialistische Alleinregierung Verschwendungen auf dem Schulbausektor, Verschwendungen mit dem Wegwerfschulbuch und Verschwendungen auf dem Energiesektor betrieben, wobei sie allerdings für die Verschwendungen auf dem Energiesektor nicht allein verantwortlich ist; die ÖVP trägt für die Verschwendungen auf dem Energiesektor auch noch jetzt zur Zeit ihrer Opposition die gleiche Schuld.

Weiter komme ich auf die Verschwendungen der sozialistischen Alleinregierung durch die Politik des „Köpferrollens“, nicht nur beim Österreichischen Rundfunk, durch die Politik des Köpferrollens von den Österreichischen Bundesbahnen über die Bühnentheater bis zum Österreichischen Rundfunk zurück. Und ich möchte Sie auch an die Verschwendungen der Steuermilliarden durch die Großmannssucht beim Bau der UNO-City erinnern.

Beim Schulbau schaut die sozialistische Verschwendungs- politik konkret folgendermaßen aus:

Es handelt sich um Verschwendungen von Steuergeldern durch mangelhafte Bildungsplanung. Mit seriöser Bedarfsfeststellung bezüglich der benötigten Berufe wurde erst in letzter Zeit begonnen. Steuermillionen wurden bildungspolitisch falsch eingesetzt. Es liegt ein Überangebot an Allgemein-Maturantinnen und ein Mangel an Facharbeiterinnen vor.

Die Überproduktion von verschiedenen akademischen Berufen, besonders bei den Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern, ist so gelagert, daß keine ausreichenden Berufsausbildungen gegenüberstehen und daß hier Steuermillionen in hohem Maß falsch eingesetzt worden sind.

Durch eine mangelhafte Bedarfsfeststellung auf dem Gebiet des Schulbaus ist es zu gravierenden Planungsfehlern gekommen, und es sind oft Schulen sinnlos gebaut worden.

Mit dem Wegwerfschulbuch und der damit verbundenen sozialistischen Verschwendungs- politik haben wir uns heute in der Fragestunde so ausreichend auseinandergesetzt, daß ich jetzt nicht darauf einzugehen brauche.

Schauen wir uns nun die Kosten der sozialistischen Verschwendungs- politik durch die Maßnahmen des Köpferrollens an: Bei den Österreichischen Bundesbahnen wurde Generaldirektor Dr. Kalz gefeuert, weil er nicht rot ist. Der Budgetvoranschlag 1975 zeigt aber, daß in Wahrheit unter dem neuen sozialistischen Generaldirektor für die Österreichischen Bundesbahnen und ihre Weiterentwicklung

nichts Entscheidendes getan wird. Kalz hätte wenigstens gewußt, was getan hätte werden müssen. Weiß es der Neue nicht, oder tut die sozialistische Alleinregierung nicht, nämlich das, was der neue Generaldirektor für notwendig erachtet?

Das Köpferrollen im Österreichischen Rundfunk ist ausreichend diskutiert worden; ich will Gesagtes daher nicht wiederholen. Die 50 Millionen Abfertigungen für Frührenten und Frühpensionen bezahlt ausschließlich der österreichische Rundfunkteilnehmer.

Bei den Bühnentheatern, Herr Bundesminister, nähert sich die von ÖVP und SPÖ seit 20 Jahren gemeinsam verschuldete Verschwendungen der Milliardengrenze. Die Kosten der Gagenpolitik, der Verkürzung der Arbeitszeit und des Direktoren-Karussells gehen bei den Bühnentheatern auch im kommenden Budget zu Lasten des Steuerzahlers. Zudem — das muß man bei der Direktorenmanipulation der Bühnentheater mit allem Nachdruck festhalten — regiert der Bundeskanzler — gegen die Bestimmungen der Verfassung in andere Ministerien hinein, eine Aufgabe, die den jeweiligen Minister verfassungsmäßig beschäftigt, aber den Bundeskanzler nichts angeht.

Die Verschwendungs- politik der sozialistischen Alleinregierung beim Bau der UNO-City schaut so aus — sie ist derzeit noch Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses —: Sie kostet den Steuerzahler Abermilliarden und wird zum gegebenen Zeitpunkt nicht allein von der Regierung Kreisky, sondern auch von der Regierung Klaus mitzuverantworten sein.

Und nun zur Energiepolitik: Was in Österreich durch 20 Jahre auf dem Gebiet der Energiepolitik an Verschwendungen betrieben wurde, ist ohne Grenzen und kann nicht mehr gutgemacht werden.

Für die Konstruktion der Energiepolitik tragen beide großen Parteien ausschließlich die Verantwortung. Die heutige Konstruktion der österreichischen Energiepolitik liegt ausschließlich in der Elternschaft der abgewirtschafteten großen Koalition.

Klaus schaute und Kreisky schaute dem Treiben der Landesenergiegesellschaften bedenklos zu. Gerade die Landesenergiegesellschaften, meine Damen und Herren, haben 20 Jahre hindurch in oft sinnloser Weise durch ihre Werbung zur maßlosen Energieverschwendungen aufgefordert und tun es heute noch! (*Ruf bei der SPÖ: Beispiele?*) An der Spitze dieser Landesenergiegesellschaften stehen als Präsidenten der Aufsichtsräte die jeweiligen Landeshauptleute.

Peter

Meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei: Wann stellen Sie die Verschwendungen auf dem Gebiet der österreichischen Energiepolitik endlich ab?

Das ist eine Aufgabe, auf die wir Freiheitlichen keinen Einfluß haben, eine Aufgabe, die ausschließlich in die Kompetenz der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei fällt. Warum tun die Landeshauptleute als Präsidenten der Aufsichtsräte nichts? Warum stimmen sie dieser bedenkenlosen Werbung nach noch mehr Energieverbrauch zu? Warum gebärden sich die Landeshauptleute durch diese Werbeaktionen nach mehr Energieverbrauch als eklatante Preistreiber?

Meine Damen und Herren! Wer die Diskussion über die Atomkraftwerke vor wenigen Tagen im Fernsehen über sich ergehen hat lassen, wer weiß, wie der Präsident des Aufsichtsrates dieser Kernenergielastwerke bedenkenlos in dieser Richtung argumentiert hat, der kann sich selbst einen Reim darauf machen.

Warum hat diese sozialistische Alleinregierung nicht Maßnahmen gesetzt oder wenigstens eingeleitet, um hier einen Wandel zu schaffen? Warum geht die Österreichische Volkspartei, die heute in verschiedenen Bundesländern überaus mächtig ist, nicht her und veranlaßt ihre Landeshauptleute, in diesen Bereichen Ordnung zu machen und dafür zu sorgen, daß mit der österreichischen Energie sorgsamer und sparsamer umgegangen wird, als es bisher der Fall war?

Die im Besitz der öffentlichen Hand, die im Besitz des Staates sich befindenden Landesenergiegesellschaften haben die Stromnachfrage angeheizt und preistreibend gewirkt. Der jeweilige Bundeskanzler und die Landeshauptleute schauten tatenlos zu und haben die Preistreiber indirekt gewähren lassen, und zum allem Überfluß provoziert der Herr Bundeskanzler die Bevölkerung mit der Empfehlung zur Naßrasur und zum Tröpfchenbad!

Auch in der Frage der langfristigen Energiepolitik — das muß mit Nachdruck festgestellt werden — ist nichts geschehen. Erst jetzt sind die Aufträge zum Studium für zusätzliche und neue Energiequellen erteilt worden.

Nun komme ich auf ein Thema zurück, Herr Bundesminister, bei dem Sie sich in einem ausgesprochenen Beweisnotstand befinden, nämlich dort, wo Sie einfach hergehen und Milliardenverpflichtungen im Budget nicht aufscheinen lassen. Dieses Thema reicht bis zu den Finanzverwaltungsschulden. Und weil Sie weitreichende Verpflichtungen des Staates

im Budget nicht erfassen, sondern nur mit der jeweiligen Jahresverpflichtung zu Buche schlagen, muß man Ihnen eben den Vorwurf machen, daß Sie entscheidende Verpflichtungen der öffentlichen Hand bewußt — nicht unbewußt — unter den Tisch kehren, denn Sie wissen ganz genau, was der Staat in den einzelnen Bereichen über das Budget hinaus zusätzlich schuldig ist.

Wo sind denn die Gesamtverpflichtungen der privatrechtlichen Sondergesellschaften, die vom Arlberg-Tunnel über die Gebirgsautobahnen bis zur UNO-City reichen? Sie scheinen mit der jeweiligen Jahresteilverpflichtung im Budget auf. Herr Bundesminister! Sie wurden mehrmals ersucht — nicht erst einmal; nicht von uns, nicht von der freiheitlichen Opposition —, Sie wurden vom Wirtschaftsbeirat ersucht, diese Gesamtverpflichtungen überschaubar zu machen. Sie haben dieser Anregung des Wirtschaftsbeirates auch heuer nicht entsprochen.

Damit ist eben wieder eine weitere Maßnahme auf dem Gebiet der Budgetverschleierung gesetzt. Sie wissen nämlich ganz genau, daß diese Verpflichtungen mit Anleihen finanziert werden, daß sie getilgt werden müssen. Aber es scheint nur die Jahrestilgung auf, und im Budget steht eben nur, was im laufenden Haushaltsjahr jeweils gerade fällig ist.

Wie hoch, Herr Bundesminister, ist die Gesamtverpflichtung? Ich bitte Sie also, einen Nachtrag zu Ihrer Budgetrede im Lauf der Beratungen über das Bundesfinanzgesetz 1975 dahin gehend zu machen, wie hoch der Kostenaufwand dieser Verpflichtungen ist. Sie wissen ganz genau, Herr Bundesminister, daß sich die Verpflichtungen mit den Verpflichtungen für den Arlberg-Tunnel, für die Gebirgsautobahnen, für die UNO-City nicht erschöpfen. Das geht ja weiter bis zu jenen Kosten, die aus dem Leasingverfahren der Schulbauten und bis zu den Lieferantenkrediten reichen. Da breiten Sie den Mantel des Budgetschleiers darüber, da schweigen Sie sich grundsätzlich aus und vermitteln dem Nationalrat wieder ein falsches Bild Ihrer Budgetpolitik. Ich bitte daher, nicht ungehalten zu sein, wenn die freiheitliche Opposition sich dagegen mit allem Nachdruck zur Wehr setzt.

Noch eine Überlegung, Herr Bundesminister — sie ist eine der gravierendsten —: Warum hat diese sozialistische Alleinregierung vier Jahre hindurch nichts getan, um den am teuersten verwalteten Staat Westeuropas, nämlich Österreich, billiger zu verwalten?

Warum ist das Wort „Verwaltungsreform“ ein Fremdwort für die sozialistische Alleinregierung nach vier Jahren ihrer Machtaus-

11552

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Peter

übung, und warum bleibt es ein Schlagwort und eine Leerformel für dieses Kabinett?

Es wäre geradezu vergnüglich, aus der Zeit der sozialistischen Opposition von 1966 bis 1970 nachzulesen und hier im Parlament zu zitieren, was die Sozialistische Partei, damals in Opposition stehend, der ÖVP-Alleinregierung Klaus für Vorwürfe gemacht hat, weil der damalige Staatssekretär Gruber, verantwortlich für die Verwaltungsreform, auf diesem Gebiet so wenig dem Nationalrat unterbreitet hat. Die ÖVP-Alleinregierung hat durch Gruber von 1966 bis 1970 wenigstens „wenig“ dem Nationalrat unterbreitet. Ihre Regierung, Herr Bundesminister, hat dem Nationalrat in bezug auf Verwaltungsreform nichts, aber schon gar nichts unterbreitet.

So wird dieser am teuersten verwaltete Staat immer mehr zu jenem Leviathan, von dem einer der Wirtschaftsjournalisten geschrieben hat, er müsse sich eines Tages selbst auffressen, weil er so teuer ist. Dann erhebt sich die Frage: Wie groß ist der frei bewegliche Rahmen, der dem kommenden Finanzminister in seinen künftigen Haushaltsplänen noch zur Verfügung stehen wird?

Und trotzdem, Herr Bundesminister: Keine Einkehr, keine Umkehr in Ihrer Budgetpolitik, sondern das Beibehalten einer sicher auch von Ihnen in der ureigensten Betrachtung als nicht richtig erachteten Budgetpolitik. Wann also erfolgt die Einkehr und die Umkehr und der Anfang zum Weg des billiger verwalteten Staates?

Aber die leichte Hand bleibt auch im Budgetvoranschlag 1975 Trumpf der Budgetpolitik des Finanzministers Androsch. Ich darf das Ergebnis der Ära Androsch anders formulieren, als es der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei getan hat:

Das Ergebnis der Ära Androsch sehe ich so, daß die Staatsfinanzen die Grenze der Belastbarkeit erreicht und zum Teil überschritten haben und daß die Finanzierbarkeit des staatlichen Geldbedarfes ebenso durch diese Finanzpolitik in Frage gestellt ist. Die Behauptung, Herr Minister, das Budget sei konsolidiert und die Staatsfinanzen seien in Ordnung, bleibt bis jetzt den überzeugenden Beweis schuldig und ist eher eine Irreführung. Ob Sie aus diesem Beweisnotstand im Verlauf der Budgetdebatte herauskommen, bleibt abzuwarten.

Ich darf Sie mit allem Nachdruck noch auf ein unbewältigtes Mißverhältnis Ihrer Politik aufmerksam machen — es ist nicht nur das unbewältigte Mißverhältnis Ihrer Politik, sondern des gesamten Kabinetts Kreisky —: Die

öffentliche Hand, die sozialistische Alleinregierung, betreibt seit Jahren Inflationspolitik, und genau dieselbe sozialistische Alleinregierung zwingt die private Hand zur Antiinflationspolitik durch Kreditrestriktionen und durch die Verwehrung von dringend gebotenen Investitionen. Die Regierung betreibt Inflationspolitik, und die Konsequenz dieser Regierung gegenüber dem privaten Bereich heißt Antiinflationspolitik.

Damit wir uns nicht mißverstehen: Dieser Zwang zur Antiinflationspolitik ist nicht nur für die Wirtschaft gegeben, ist nicht nur für den Unternehmer gegeben, sondern zu dieser Antiinflationspolitik zwingt die sozialistische Alleinregierung den Werber um das Eigenheim genauso wie jeden kleinen Konsumenten. Nur Sie glauben sich auch in dieser Situation noch das Recht herausnehmen zu können, Inflationspolitik weiterbetreiben zu können.

Die Regierung steht bei ihren Ausgaben am Gaspedal und tritt gegenüber der Wirtschaft und dem Staatsbürger auf das Bremspedal. Die Regierung zwingt die anderen zur restriktiven Linie und betreibt selbst eine maßlose Ausgabenpolitik.

Etwas möchte ich aus freiheitlicher Sicht noch deponieren, nämlich die Frage: Glauben Sie wirklich, daß Ihr Bundesvoranschlag 1975 realisierbar und daß Ihr Budget 1975, wenn es so beschlossen wird, wie es eingebracht wurde, vollziehbar ist?

Sie selbst erklärten, daß das Budgetdefizit 1974 noch nicht „ausfinanziert“ sei. Ein schönes Wort für Schulden, dieses Wort „ausfinanziert“.

Wann werden Sie uns sagen, ob und wie es „ausfinanziert“ werden kann? Nicht das Budgetdefizit für 1975, sondern das Budgetdefizit für 1974!

Aus Ihrem Hause hört man unmißverständlich, daß die Erträge der Mehrwertsteuer um 4 Milliarden Schilling hinter dem Voranschlag zurückbleiben werden. Ubrigens nur am Rande die Frage: Wer ist für diese schlechten Einschätzungen, wenn das stimmt, in Ihrem Haus zuständig, und wer trägt die Verantwortung? Wenn es also stimmt, Herr Bundesminister, daß das Budget 1971 noch nicht „ausfinanziert“ ist, und wenn es ebenso stimmt, daß die Mehrwertsteuererträge 1974 um 4 Milliarden Schilling hinter dem Voranschlag zurückbleiben, dann wird die „Ausfinanzierung“ des Budgets 1975 noch problematischer werden, als es das noch nicht „ausfinanzierte“ Budgetdefizit für 1974 bereits ist.

Meine Damen und Herren! Ein Budgetdefizit von 17 Milliarden Schilling für 1975 ist mehr

Peter

als eine ernste Warnung für jeden Staatsbürger, denn die Kluft zwischen den Einnahmen und Ausgaben wird immer größer.

Der Herr Bundesminister Dr. Androsch machte kein Hehl daraus, daß dann, wenn weitere Ausgaben notwendig sind, sie unbedingt über den Weg der Steuererhöhung finanziert werden müßten. Diese Feststellung von Ihnen, Herr Bundesminister, macht ja die Lage in unserem Land noch ernster, als sie bereits ist. Diesem Ernst der Lage entspricht aber wieder nicht der von Ihnen, Herr Bundesminister, vorgelegte Bundesvoranschlag für 1975, und es entspricht, Herr Bundesminister, diesem Ernst der Lage auch nicht der Inhalt der von Ihnen gehaltenen Budgetrede.

Sie haben mit dem 17-Milliarden-Defizit für 1975 während der Beratungen noch die letzte Möglichkeit zur Einkehr und zur Umkehr. Sind Sie immer noch nicht bereit zur Einkehr und zur Umkehr, so wird ein Wort bestätigt: daß Sie der Bevölkerung Wasser predigen, aber in Ihrer Politik den Wein sehr reichlich genießen.

Ich komme nochmals auf den Satz zurück, den ich eingangs aus Ihrer Budgetrede zitierte. Sie sagten: Die Welt hat sich in den letzten zwölf Monaten tiefgreifend verändert.

Dem, Herr Bundesminister, kann ich nur beipflichten und hinzufügen: Die politische Landschaft Österreichs hat sich in den letzten beiden Monaten ebenso tiefgreifend verändert.

Da der Bundesfinanzgesetzentwurf 1975 weder diesen Tatsachen noch den sich aus diesen Tatsachen ergebenden haushaltspolitischen Erfordernissen Rechnung trägt, lehnt die freiheitliche Opposition den Bundesfinanzgesetzentwurf 1975 ab. (*Beifall bei der FPO*)

Präsident Dr. Maleta (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Robert Weisz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert Weisz (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erste Lesung des Budgets 1975 findet in einer Zeit statt, in der innerhalb und außerhalb der politischen Parteien Überlegungen angestellt werden, die weit über das Budget hinausreichen. Ich meine damit vor allem die voreiligen, inzwischen schon viel leiser gewordenen Äußerungen des ÖVP-Obmannes über die Mehrheitsverhältnisse in Österreich.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen dazu zu machen. Der österreichische Wähler hat den Sozialisten am 10. Oktober 1971 mit mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit

in diesem Hause gegeben. Das ist ein Faktum. Und diese Mehrheit gilt so lange, bis der österreichische Wähler eine andere Willensbildung dokumentiert oder diese Mehrheit bestätigt. Wer das Gegenteil behauptet, hat hierfür den Beweis zu erbringen beziehungsweise dem Wähler in Österreich die Möglichkeit zu geben, eine Änderung in der Zusammensetzung dieses Hauses herbeizuführen.

Diese Änderung der Zusammensetzung ist nicht durch eine politische Erklärung des Herrn Bundesparteiobmannes Dr. Schleinzer zu erwirken, diese Änderung kann nur der wahlberechtigte Österreicher durch seine Stimmabgabe herbeiführen. (*Zustimmung bei der SPÖ*) Oder wie es einer der maßgeblichen ÖVP-Politiker dieses Hauses einmal von diesem Pult aus formulierte: „Wahlergebnisse können nur durch Wahlergebnisse korrigiert werden.“ Wobei man Birnen nicht mit Äpfeln vergleichen darf, sondern Gleches nur mit Glechem korrigieren kann. (*Beifall bei der SPÖ*. — *Abg. Dr. Gruber: Arbeiterkammerwahlen mit Arbeiterkammerwahlen!*) Sehr richtig! Aber Nationalratswahl mit Nationalratswahl! (*Abg. Seckanina: Sie werden doch nicht glauben, daß Sie das begreifen, Herr Dr. Gruber!* — *Gegenrufe des Abg. Doktor Gruber*)

Wenn Sie, meine Herren und Damen von der Österreichischen Volkspartei, ... (*Abg. Seckanina: Wo wir verloren haben, haben wir verloren!*)

Präsident Dr. Maleta: Aber bitte kein Plauderstündchen! Am Wort ist der Abgeordnete Weisz.

Abgeordneter Robert Weisz (fortsetzend): ... und an Ihrer Spitze der Herr Parteiobmann behaupten, daß diese Bundesregierung heute nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit des österreichischen Volkes hat, dann müssen Sie auch den Mut aufbringen, den Wähler darüber entscheiden zu lassen. Die Unlogik, die darin besteht, die Regierung schlechtzumachen, ohne eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse anzustreben, muß offenkundig werden. (*Beifall bei der SPÖ*)

Wir scheuen uns nicht vor einem Wählerentscheid, nicht heute, nicht im kommenden Frühjahr, und im Herbst 1975 genausowenig.

In diesem Zusammenhang noch eine Feststellung: Überlegungen, ob eine Koalition beziehungsweise mit welchem Partner eine Koalition notwendig oder möglich wäre, sind so lange irrelevant, solange der Wähler nicht entschieden hat. Für meine Person ist der beste Koalitionspartner der österreichische Wähler, und wir werden zur gegebenen Zeit

11554

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Robert Weisz

alles tun, um ihn — so wie im Jahre 1971 — für uns zu gewinnen! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn ich mich nunmehr den wirtschaftlichen Fakten im Zusammenhang mit dem uns vorliegenden Finanzgesetz 1975 zuwende, so darf ich vorerst einmal Kollegen Dr. Koren zitieren, der im vergangenen Jahr anlässlich der ersten Lesung sagte: „Einer Budgetpolitik ..., die nur aufs kurzfristige Überleben angelegt ist, werden wir ... nicht zustimmen.“ So Professor Koren. „Kurzfristiges Überleben“ ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Prader.*) Es ist noch immer die sozialistische Regierung, Kollege Prader! (*Abg. Graf: Wie lange noch? — Gegenrufe bei der SPÖ.*) Bis der Wähler entschieden hat, Kollege Graf!

„Kurzfristiges Überleben“ bedeutet im gewöhnlichen Sprachgebrauch soviel wie: Es geht bald zu Ende! Diese Worte sagte Professor Koren am 7. November 1973, also fast auf den Tag genau vor einem Jahr.

Und was sagt der offizielle Bericht der OECD über die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs? Ich darf zitieren:

„Das anhaltende rasche Wachstum der Auslands- und Inlandsnachfrage in den letzten zwölf Monaten hat die österreichische Volkswirtschaft in das sechste Jahr eines praktisch ununterbrochenen Booms geführt. Die kräftige und stetige Expansion ging Hand in Hand mit einer merklichen Verbesserung des Lebensstandards auch gegenüber den meisten anderen Mitgliedsstaaten. Da die Wirtschaft die unmittelbare nachfragesenkende Wirkung der Ölkrise ziemlich reibungslos überstanden hat und die Inlandsnachfrage nach wie vor eine beträchtliche Stärke aufweist, ist es möglich, daß Österreich neuerlich über eine Periode internationaler Rezessionstendenzen ohne schwerwiegende Produktions- und Beschäftigungsverluste hinwegkommen wird.“

Nach Ansicht Professor Korens sollten wir bereits in Agonie sein, nach Ansicht der OECD geht es uns besser als vielen anderen Industrienationen.

Das ist die Realität, meine Damen und Herren, und an dieser Realität können Sie sich nicht vorbeischwindeln. (*Beifall bei der SPÖ.*) Egal, ob Sie den Konkurs, von dem Doktor Schleinzer entgegen allen Tatsachen und Fakten gesprochen hat, befürchten oder sogar herbeisehnen, er wird nicht kommen.

Das mag vielleicht auch der Grund dafür sein, daß sich der Volkswirt Professor Doktor Koren nicht der etwas voreilig geäußerten Diktion aus dem Handelsrecht, die da sein Parteiobmann Dr. Schleinzer etwas leichtfertig

von sich gegeben hat, anschließen wollte. (*Abg. Oenbök: Was werden die Arbeitslosen, die wir jetzt schon haben und demnächst haben werden, dazu sagen! — Heiterkeit bei der SPÖ.*) Derzeit gibt es in Österreich 25.700 Arbeitslose, und diese sind nur zum Teil einsatzfähig. (*Ruf bei der SPÖ: Der Mitterer will ja mehr produzieren!* — *Abg. Mitterer: O nein! Sie haben nur falsch gelesen!* — *Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Mitterer: Ich werde Ihnen darauf schon antworten!*)

Ich für meine Person darf feststellen, daß wir — verglichen mit anderen westlichen Industrienationen — mit der Entwicklung unserer Wirtschaft zufrieden sein können, und ich stehe nicht an, der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes hiefür aufrichtig zu danken. (*Beifall bei der SPÖ.*) Dieser Dank gilt im besonderen dem Sparwillen unserer Bevölkerung, denn Sparen bedeutet nichts anderes als Konsumverzicht. Gerade jetzt liegen uns die Ergebnisse des diesjährigen Weltspartages vor, und dieses Ergebnis stellt der österreichischen Bevölkerung ein hervorragendes Zeugnis aus.

Mit einer Rekordeinlagensumme von 3,3 Milliarden Schilling haben die Österreicherinnen und Österreicher am Weltspartag 1974 erstmals die von den Sparkassen als „Traumgrenze“ bezeichnete Summe von 3 Milliarden Schilling um ein beträchtliches überschritten. Ich möchte mich hier gar nicht im Detail mit den Gründen für diese außergewöhnliche Leistung der österreichischen Bevölkerung befassen, aber eines, meine Damen und Herren, darf ich wohl festhalten:

Das Vertrauen aller Staatsbürger, ohne Unterschied von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, in unsere Währung könnte nicht besser und eindrucksvoller dokumentiert werden, als es das Ergebnis dieses Weltspartages zeigt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir alle, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, sollten uns dieses Vertrauens ohne Unterschied von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung würdig erweisen.

Ich habe vor kurzem in einem Artikel von Professor Horst Knapp gelesen, daß im Jahre 1973 von jedem Schilling, der in Österreich erarbeitet wurde, 31 Groschen für die Erneuerung und Verbesserung des Maschinenparks, für den Bau von Straßen, Schulen und Wohnungen, für die Errichtung von Kraftwerken und so weiter verwendet wurden. Mit dieser Spartätigkeit haben wir uns eine Investitionsquote geschaffen, die schon seit Jahren höher liegt als in allen westeuropäischen Industriestaaten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11555

Robert Weisz

Die wirtschaftlichen Leistungen, die in diesem Staat erzielt wurden, haben die arbeitenden Menschen ohne Unterschied von Parteizugehörigkeit erbracht, und dafür gebührt ihnen Dank. Wir sollten dafür sorgen, daß diese erfreuliche Aufwärtsentwicklung in diesem Staate anhält.

Das ist unsere Auffassung. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ihre Auffassung, meine Damen und Herren von der Volkspartei, dokumentiert sich anders. Mit einem beispiellosen materiellen Aufwand haben Sie vor Jahresfrist der Bevölkerung dieser Stadt auf Tausenden von Plakaten mitgeteilt: „Diese Stadt ist krank.“ Und die Bevölkerung Wiens hat Ihnen auf den Versuch, eine schöne und liebenswerte Stadt krankzujammern, die entsprechende Antwort erteilt. Wenn Sie heute versuchen, ein ganzes Land krankzujammern, dann werden Sie darauf die gleiche Antwort erhalten. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Sie haben plakatiert, die Wirtschaft in diesem Lande in Ordnung zu bringen. Was man in Zukunft in Ordnung bringen will, setzt voraus, daß es in der Gegenwart nicht in Ordnung ist. Und wie sehen die Tatsachen aus? (*Abg. Dr. Mussi l: Schlecht!!*)

Österreich hat heuer voraussichtlich mehr Wirtschaftswachstum als alle anderen OECD-Länder. Österreich hat weniger Preissteigerungen als der Durchschnitt der OECD-Länder. Der Export Österreichs stieg im September 1974 gegenüber dem September 1973 um nicht weniger als 32 Prozent, wobei das Erfreuliche an dieser Steigerung die Tatsache ist, daß die höchste Steigerungsrate bei den „Halb- und Fertigwaren“ zu verzeichnen war.

Und Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wollen „die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen“? Wissen Sie, wie Sie mir vorkommen? Sie kommen mir vor wie jemand, der bessere Zeiten verspricht, ohne dafür gesorgt zu haben, daß gute Zeiten vorhanden sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Damit darf ich mich einem wie mir scheint sehr wesentlichen Problem zuwenden: der Beschäftigungspolitik. Wie sieht es damit in anderen Ländern aus?

In den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaften gab es im August dieses Jahres bei 103 Millionen Beschäftigten fast 3,2 Millionen Arbeitslose. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 3 Prozent!

Die Arbeitslosenzahlen verteilen sich auf die einzelnen Länder in folgender Weise: Bundesrepublik Deutschland 702.000, Frankreich 464.000, Italien 1.003.000, Niederlande 150.000,

Dänemark 40.000, Belgien 118.000, Großbritannien 635.000, Irland 74.000.

In den Vereinigten Staaten zum Beispiel stieg im Oktober dieses Jahres die Arbeitslosenzahl auf 6 Prozent.

Wenn wir die Entwicklung der EWG auf dem Arbeitsmarkt mit jener in Österreich in Relation setzen, würde das bedeuten, daß wir bei uns etwa 80.000 Arbeitslose hätten.

Mit einer Arbeitslosenquote von 6 Prozent, wie sie die Vereinigten Staaten derzeit aufweisen, wären das bei uns über 150.000 Arbeitslose.

Wie sieht es aber nun in Wirklichkeit aus? Österreich hat derzeit 25.700 Arbeitslose. Wir haben Vollbeschäftigung, wir haben dafür gesorgt, daß es in diesem Land für jeden, der arbeiten will und gesund ist, einen Arbeitsplatz gibt.

Von Ihnen — und hier spreche ich ausschließlich zu der rechten Seite dieses Hauses — hört man es anders. Die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Mitterer haben — wie man den Zeitungen entnehmen kann — im ÖVP-Klub große Aufregung hervorgerufen und wurden eiligst dementiert. Aber uns scheint nicht die nachträgliche Sprachregelung in Form eines Dementis entscheidend, sondern vor allem die Denkweise, die solchen Äußerungen zugrunde liegt und die wir entschieden ablehnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte es mit aller Deutlichkeit sagen: Für die Regierung und für die Abgeordneten meiner Fraktion ist das Spielen mit der Arbeitslosigkeit als wirtschaftspolitischem Instrument völlig undenkbar. Auch wenn Klubobmann Dr. Koren die Äußerung seines Kollegen korrigierte, so ist schon allein die Tatsache, daß sie ein Abgeordneter Ihrer Partei von sich gegeben hat, gelinde gesagt ein Rückschritt in eine Zeit, die zumindest wir Älteren in diesem Hause schon einmal verspürt haben und die wir den jungen Menschen in diesem Lande ersparen wollen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Mitterer: Der Nobelpreisträger Dr. Hayek ist bestimmt nicht viel weniger gescheit als Sie!*) Das ist möglich, aber solche Äußerungen wird er auch nicht von sich geben, wie Sie das gemacht haben. (*Abg. Mitterer: Lesen Sie doch nach, was er gesagt hat, er hat es im Fernsehen erklärt!*) Das heißt also, Sie sind weiter für mehr Arbeitslose, nicht? (*Abg. Mitterer: Nein, nein!*) Das ist also anscheinend Ihre These. (*Abg. Mitterer: Nein, nein!*) Anders kann man ja Ihre Aussagen nicht auslegen, Herr Abgeordneter! Ich würde Ihnen empfehlen, Ihre eigenen Parteizeitungen über Ihre Aussage zu lesen. (*Abg.*

11556

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Robert Weisz

Dr. Koren: Ja, Sie sollten Ihre lesen!) Er soll einmal seine eigenen Parteizeitungen selber lesen hinsichtlich dessen, was er gesagt hat. (Abg. Mitterer: Ich sage Ihnen noch einmal: Der Nobelpreisträger Dr. Hayek wird es bestimmt nicht viel schlechter wissen als Sie!) Das ist möglich.

Es ist sicherlich das unumstößliche Recht der Opposition, die Maßnahmen der Regierung zu kritisieren. Sie haben hievon in der Vergangenheit Gebrauch gemacht, Sie haben das auch bei diesem Budget getan. Das bleibt Ihnen unbenommen. Ich finde nur, man sollte mit Äußerungen, die die Zukunft betreffen, sehr vorsichtig sein. Was Professor Koren von diesem Pult aus im Vorjahr sagte, habe ich bereits erwähnt. (Abg. Dr. Koren: Das ist aber auch eingetreten, Verehrtester!) Die wirtschaftliche Situation, Kollege Koren, ist heute genausogut wie im Vorjahr, besser sogar. Eine Vollbeschäftigung, ein Wirtschaftswachstum, keine Arbeitslosigkeit; das können wir feststellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch der Kollege Peter hat sich bei der ersten Lesung im Vorjahr als Prophet versucht. So hat er ausgeführt: „Es ist ein sehr flexibles Budget, ... es ist eine wahlorientierte Budgetpolitik, die unter Umständen schon auf vorzeitige Neuwahlen im Jahre 1974 ausgerichtet ist.“

Das Jahr 1974 neigt sich dem Ende zu; es hat keine Neuwahlen gegeben, der Prophet Peter hat auch hier geirrt.

Die Hauptaufgabe der Finanz- und Budgetpolitik dieser Bundesregierung war und ist es, das wirtschaftliche Wachstum bei Beachtung der Vollbeschäftigung und bei relativer Stabilität zu sichern. (Abg. Dr. Koren: Die wird immer relativer!) Meiner Meinung ist diese Aufgabe der Bundesregierung gelungen, jedenfalls besser, als es den Regierungen anderer Länder gelungen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Die stabilitätspolitischen Bemühungen werden auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden müssen. Der staatliche Sektor läßt sich natürlich von der übrigen Wirtschaft nicht isolieren. Je größer sein Anteil am Sozialprodukt, umso mehr werden dadurch Konjunkturlage und Wirtschaftswachstum beeinflußt. Obwohl unsere wirtschaftliche Lage günstiger ist als die der meisten anderen Staaten, beweist die Bundesregierung auch durch den fünften Bundesvoranschlag, den sie diesem Hohen Hause vorlegt, daß sie mit ihrer Budgetpolitik Rücksicht nimmt auf unsere obersten Ziele der Wirtschaftspolitik: Vollbeschäftigung und Stabilität. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Österreichische Volkspartei hat vor Beginn dieser Budgetdebatte einen interessanten Beschuß gefaßt, nämlich den Beschuß, keine ausgabenwirksamen Abänderungsanträge zum Budget zu stellen, also eine Absage an die Lizitationspolitik.

Wir haben diesen Beschuß mit großem Interesse und nicht ohne Genugtuung zur Kenntnis genommen, enthält er doch das Eingeständnis der Lizitationspolitik in den vergangenen Jahren; einer Lizitationspolitik, die darin bestanden hat, im einzelnen zahlreiche Ausgaben zu verlangen, gleichzeitig aber die Höhe des Defizits zu kritisieren. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber der ÖVP-Beschluß enthält noch ein zweites Element, nämlich das weitere Eingeständnis, daß Sie echte Alternativen zum Budget und damit zur Regierungspolitik nicht formulieren können. Denn Abänderungsanträge bedeuten dann keine Lizitation, wenn sie entsprechend realistische Bedeckungsvorschläge enthalten; wenn man also die Schwerpunkte der Regierungspolitik anders setzen will, indem man sagt: Hier 10 Millionen mehr ausgeben, dafür aber dort 10 Millionen einsparen. Daß Sie auf solche Vorschläge verzichten, daß Sie also das Feld der Auseinandersetzung mit konkreten Alternativen gewissermaßen kampflos räumen, ist für uns eine große Genugtuung, denn dies enthält ein zweifellos unfreiwilliges, aber doch deutliches Kompliment an die Regierung. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich betrachte das übrigens als geradezu symptomatisch für die Situation der Österreichischen Volkspartei, die alles kritisiert, alles schlechtmacht, alles krankjammt will, aber in der konkreten Alternative versagt und versagen muß.

Oder haben Sie eine Alternative, wo Sie Öl billiger kaufen können?

Haben Sie eine Alternative, von wo man Kupfer und andere Rohstoffe billiger importieren kann?

Haben Sie eine Alternative, wie man die außenwirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs reduzieren kann, ohne der Vorteile dieser Verflechtungen verlustig zu gehen?

Sie haben Programme und Plakate und einen reichen Wortschatz an kritischen Äußerungen, aber keine konkreten Antworten auf sehr konkrete Fragen; und die österreichische Bevölkerung wird auch bald erkennen, daß es um die konkreten Alternativen der ÖVP so ähnlich bestellt ist wie in der sehr lehrreichen Geschichte von des Kaisers neuen Kleidern.

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11557

Robert Weisz

Hohes Haus! Lassen Sie mich noch kurz auf eine aktuelle Frage eingehen, weil auch meine Vorredner über das Budget hinaus viele politische Themen angeschnitten haben.

In Vorarlberg ist die ÖVP in den Wahlkampf gegangen mit der hundertfach wiederholten Beteuerung, wieder eine Dreiparteien-Regierung bilden zu wollen.

Alle Menschen, die auf dieses Versprechen gebaut haben, sind heute mit einer ÖVP-FPO-Koalition konfrontiert, ähnlich wie in Graz und Klagenfurt.

Aber nicht nur diese Tatsache hat mich veranlaßt, darüber zu sprechen, sondern vor allem die Methode, wie man dieses Ziel erreicht hat: Da wird also im ÖVP-Vorstand darüber abgestimmt, ob der SPÖ-Spitzenkandidat für die ÖVP genehm ist oder nicht.

Hohes Haus! Ich glaube, diese Methode der ÖVP wird man sich sehr gut merken müssen, denn hier eröffnen sich ja für die Zukunft recht interessante Perspektiven. Ich bin durchaus nicht sicher, ob beispielsweise der Herr Parteiobermann Schleinzer im sozialistischen Parteivorstand eine Mehrheit erhalten würde, wenn über seine Beliebtheit bei der SPÖ abgestimmt würde. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Allerdings hoffe ich, daß uns eine solche Situation schon vom Wahlergebnis her erspart bleibt — aber das nur nebenbei. (Abg. Dr. K o h l m a i e r: Hoffen können Sie!)

Von Ihnen bleibt einem wirklich nichts erspart! Jedenfalls hat die österreichische Öffentlichkeit damit einen wahrscheinlich ungewöhnlichen, dafür aber umso tieferen Einblick in das Demokratieverständnis der Österreichischen Volkspartei erhalten.

Hohes Haus! Die Budgetdebatte wird noch genügend Gelegenheit bieten, das Bundesfinanzgesetz und darüber hinaus aktuelle politische Fragen zu erörtern. Wir werden diese Debatte in einem ebenso klaren und offensiven wie fairen und sachlichen Stil führen. Und weil wir überzeugt sind, die besseren Argumente zu haben, sind wir auch nicht an einem uferlosen Zerreden und Zerfließen der Budgetdebatte interessiert. Ich habe daher in Konsequenz meiner Ausführungen auf unserer Klubtagung in Innsbruck den Klubobmännern der beiden Oppositionsparteien einen konkreten Vorschlag zur Straffung der Budgetdebatte schriftlich unterbreitet.

Im übrigen führen wir diese Budgetdebatte im Bewußtsein der Tatsache, daß eine Regierung, die viel geleistet hat, die an der Spitze eines Landes steht, in dem Vollbeschäftigung, Konjunktur und Sicherheit gewahrt sind und darüber hinaus wichtige Reformen durchge-

führt wurden, die Kritik einer Partei, die sich vor allem auf das Krankjamfern unseres Landes konzentriert, nicht zu fürchten hat.

Denn ein Zurück zur ÖVP ist keine Antwort auf die vor uns liegenden Aufgaben! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als ich dem Klubobmann Weisz zugehört habe, erinnerte ich mich unwillkürlich an die Zeit der Jahre von 1967 bis 1970. Als wir damals am 22. Oktober 1967 in Oberösterreich bei den Landtagswahlen eine Niederlage erlitten hatten, höhnte man in der nächsten Nationalratsitzung nach diesem Wahlsonntag in Oberösterreich zu uns herüber: Ihr habt ja gar nicht mehr die absolute Mehrheit, das hat das Resultat in Oberösterreich erwiesen. Und als wir dann weiter verloren in Salzburg, in Wien und so weiter, mußten wir immer wieder bei der nächstfolgenden Nationalratsitzung das gleiche Lied hören.

Ich frage mich, Herr Klubobmann Weisz, was sich die da oben auf der Galerie, wenn sie damals schon dagesessen sein sollten, denken mögen, wenn sie Sie heute gehört haben, als Sie sagten, daß Schleinzer zu Unrecht behauptet hätte, Sie hätten nicht mehr die absolute Mehrheit hinter sich. Ich glaube, hier sind zwei Dinge zu unterscheiden. (Abg. Doktor Fischer: Sie glauben ja selber nicht daran! Aber Sie wollen es nicht genau wissen!)

Nein, ich glaube für meine Person, daß Sie die absolute Mehrheit nicht mehr hinter sich haben, was aber nichts an der Tatsache ändert, daß Sie am 10. Oktober 1971 bei den letzten Nationalratswahlen ein Mandat für vier Jahre bekommen haben. Das ist völlig unbestritten, da gibt es überhaupt keine Diskussion. Damit ist aber nicht gesagt, daß Sie noch die Mehrheit hinter sich haben. Aber Sie haben ein Mandat bekommen, und das Mandat gilt für vier Jahre — das ist unter Demokraten völlig unbestritten. (Abg. Dr. Kreisky: Interessanter Meinungsunterschied zum Herrn Bundesparteiobermann!)

Jetzt, Herr Bundeskanzler — es freut mich, daß Sie gekommen sind und sich in die Debatte einschalten —, gleich einige Bemerkungen zu dem, was Kollege Weisz gesagt hat. Vorzeitige Wahlen, das wissen Sie sehr genau, gibt es aus verschiedenen Gründen. Einer dieser Gründe ist zum Beispiel die Auflösung durch den Bundespräsidenten, der andere Grund ist die vorzeitige Auflösung,

11558

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Withalm

wenn die Mehrheit des Nationalrats eine vorzeitige Auflösung beschließt. Damit ist zugleich die Möglichkeit, aber, Herr Bundeskanzler, auch die Verantwortung aufgezeigt.

Sie haben mit 93 zu 90 die Möglichkeit — ausschließlich Sie —, den Nationalrat vorzeitig aufzulösen. Wenn Sie das tun, übernehmen Sie auch die volle Verantwortung; diese Verantwortung, Herr Bundeskanzler, wird Ihnen niemand abnehmen, seien Sie davon überzeugt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Klubobmann Weisz hat — durchaus verständlich — gesagt: Alles ist in bester Ordnung. Ich möchte jetzt dazu gar nicht persönlich als Politiker Stellung nehmen, ich lasse andere sprechen.

Sie haben zum Beispiel Horst Knapp zitiert. Gestatten Sie, daß auch ich Horst Knapp zitiere — er ist heute bereits zitiert worden —; „Finanznachrichten“ vom 1. November 1974. Er nimmt Bezug auf den Einleitungssatz des Finanzministers in seiner Budgetrede, der gelautet hat: „In dieser Zeitspanne (gemeint sind die Jahre seit 1970) konnte das Budget konsolidiert werden. Die Staatsfinanzen sind in Ordnung“, so sagte der Finanzminister.

Und dazu sagt Horst Knapp, den Sie offensichtlich sehr schätzen — Sie haben ihn zitiert —, ich schätze ihn gleichfalls, und ich glaube, hier sind wir einer Meinung.

Herr Klubobmann Weisz! Jetzt passen Sie auf, was Horst Knapp dazu sagt: „Diese lapidaren Behauptungen stehen an der Spitze der Budgetrede am 22. Oktober 1974. Sie sind unwahr.“ — Das sagt Horst Knapp. „So wenig in Ordnung waren die Staatsfinanzen seit Menschengedenken nicht“, sagt wieder Horst Knapp.

Und weiter zitiere ich jetzt Horst Knapp: „Daher ist meine Feststellung, daß die Staatsfinanzen alles andere als in Ordnung sind, nicht politisch motiviert, sondern Ausdruck echter Besorgnis.

Echter Besorgnis über den Stand der Staatsfinanzen, echter Besorgnis jedoch auch darüber, daß sich ein Finanzminister, der genau weiß, daß die Situation der Staatsfinanzen die denkbar prekärste ist, ... dazu hergibt, der Parteiräson zuliebe das Gegenteil zu behaupten.“

Herr Klubobmann Weisz! Sie haben gesagt, alles ist in bester Ordnung. Wenn Sie zuvor dem Kollegen Mitterer gesagt haben, es wäre für ihn gut, wenn er sich in den Parteizeitungen der Österreichischen Volkspartei etwas umschaut, vielleicht wäre es für Sie auch nicht ganz unzweckmäßig, wenn Sie sich für

das interessierten, was in Ihrer Parteizeitung, im Zentralorgan der Sozialistischen Partei, steht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Da stand gestern zum Beispiel unter dem Titel „Vollbeschäftigung verlangt Inflationsbekämpfung“ in der „Arbeiter-Zeitung“ aus der Feder von Dr. Heinz Kienzl, immerhin Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, unter anderem folgendes als Schlusfolgerung, die er aus dem zieht, was er vorher in einem Dreispalter sagte; ich nehme das jetzt sehr ernst, wenn es der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank sagt: „Um diese Überlegungen“, also seine Überlegungen, hier in der „Arbeiter-Zeitung“ niedergelegt, mit einem einprägsamen Bild abschließen: „Die österreichische Volkswirtschaft befindet sich in der Lage eines Hochtouristen, der gut ausgerüstet, bei guten Kräften vom Schlechtwetter bei einem gefährlichen Aufstieg überrascht wird. Kehrt er rechtzeitig um, dann wird er angesichts seiner guten Kondition auch gut in das Tal kommen. Steigt er weiter, wird es ein Wagnis auf Leben und Tod, und das sollten wir doch lieber nicht tun.“ (*Abg. Mitterer: Ein finsterner Reaktionär!*)

Meine Damen und Herren! In einer Zeit, von der Kienzl sagt, es sei eine Zeit, in der es auf Leben und Tod geht, redet der Bundeskanzler Dr. Kreisky darüber, ob das Naß- oder das Trockenrasieren das bessere ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wer Ihre damaligen Ausführungen im Fernsehen gesehen hat, der hat damals den Eindruck gewinnen müssen, daß es Ihnen damit sehr ernst war. Wenn Sie später dann so getan haben, als hätten Sie nur einen Scherz gemacht, so muß ich sagen: Das war ein schlechter Scherz, den Sie da mit dem österreichischen Volk gemacht haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Alleinregierung legt mit diesem Voranschlag für 1975 dem Hohen Haus ihr letztes Budget in der XIII. Legislaturperiode vor. Dies sollte, so glaube ich, der Anlaß dazu sein, eine Bilanz über die mehr als vier Jahre sozialistischer Alleinregierung zu legen.

Im Jahre 1969 war es gar nichts anders. Damals legten wir unseren letzten Budgetentwurf für 1970 vor, und die im Hause vertretenen drei Parteien nahmen begreiflicherweise diesen Anlaß wahr, um Bilanz zu ziehen über vier Jahre ÖVP-Alleinregierung. Ich hatte damals als Klubobmann der Österreichischen Volkspartei die Gelegenheit, diese Bilanz namens meiner Fraktion zu legen. Eine Abschlußbilanz war es für uns damals im Jahre 1969. (*Abg. Pay: Eine schlechte!*)

Dr. Withalm

Darüber werden wir gleich reden. Passen Sie sehr gut auf, ich nehme an, Sie werden einer der Nachredner sein, da können Sie dann darauf Bezug nehmen. (Abg. Dr. Tull: *Die Wähler haben Ihnen die Antwort gegeben!*) Passen Sie nur sehr gut auf, Herr Dr. Tull, ich werde dann ausführlich darauf zu sprechen kommen. Ich sehe nur, wie notwendig es ist, darauf zu sprechen zu kommen, wenn immer noch Bemerkungen der Art, wie Sie jetzt eine gemacht haben, auch heute noch, 1974, nach den Erfahrungen, die man mittlerweile mit der sozialistischen Alleinregierung gemacht hat, gemacht werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich gebe zu: Eine Abschlußbilanz für sich allein, meine Damen und Herren, besagt überhaupt noch nichts, wenn nicht dieser Abschlußbilanz eine Eröffnungsbilanz gegenübergestellt werden kann. Das ist bei Wahlen gar nicht anders. Es ist völlig sinnlos, über das Ergebnis einer Wahl zu diskutieren, wenn man nicht die Ergebnisse der vorangegangenen Wahl kennt und diese Ergebnisse miteinander in Vergleich bringen kann.

Ich habe mich damals bemüht, auf die Ausgangsposition hinzuweisen, wie sie für die Österreichische-Volkspartei-Alleinregierung im Jahre 1966 bei Amtsantritt und bei Übernahme der Regierungsgeschäfte gegeben war. Ich muß heute genau das gleiche tun; ich werde versuchen, es sehr kurz zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich muß also noch einmal auf die Ausgangssituation zu sprechen kommen, wie die ÖVP-Alleinregierung sie im Jahre 1966 vorgefunden hat. Nur so ist nämlich ein wirklich wirkungsvoller Vergleich zwischen der Arbeit, den Erfolgen und Mißerfolgen der ÖVP-Alleinregierung und der SPÖ-Alleinregierung möglich.

Ich hielt anlässlich der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1970 im Nationalrat meine längste Rede. Sie dauerte damals über zwei Stunden, worauf mein Nachredner, es war der Oppositionsführer Dr. Kreisky, gleich Bezug nahm und auf meine mehr als zweistündige Rede hinwies. Ich habe mir — nicht deshalb, Herr Bundeskanzler, weil Sie diese Bemerkung gemacht haben — damals geschworen, nie wieder so lange Reden zu halten, jedenfalls nie wieder über zwei Stunden zu reden. Ich habe mich seither auch daran gehalten, und ich möchte auch heute nicht wortbrüdig werden, was an und für sich bei der Breite des Themas, das zu behandeln ist, nicht ganz von der Hand zu weisen wäre. Aber ich werde mich sehr, sehr bemühen, kurz zu sein.

Zuerst einige Bemerkungen zur Eröffnungsbilanz, wie sie sich im Jahre 1966 für die ÖVP-Alleinregierung ergab.

Es begann damit, daß sich fast gleichzeitig mit dem Amtsantritt der neuen Regierung eine Rezession abzuzeichnen begann, die viel ernster war, als ursprünglich angenommen worden war. Der Tiefpunkt wurde 1967 erreicht. Damals sank die Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts, die im Jahre 1966 noch 4,6 Prozent betragen hatte, auf 3,1 Prozent. Und dabei war dieser Prozentsatz immerhin noch ein Erfolg, weil die Wachstumsrate in anderen europäischen Ländern bereits unter die Nullmarke gesunken war.

Diesen Hinweis ließen allerdings die Sozialisten in der Zeit ihrer Oppositionsstellung nicht gelten. Einzig und allein entscheidend seien die Verhältnisse im Inland, so, meine Damen und Herren, hörte man es damals, zu Zeiten der Oppositionsstellung der Sozialistischen Partei.

Die österreichische Industrie erzeugte 1967 bereits um 0,5 Prozent weniger als 1966. Der Beschäftigtenstand war um 3,3 Prozent geringer als im vorangegangenen Jahr. Die Lohnsumme in der Industrie war im Jahre 1967 auf das Niveau des Jahres 1966 abgesunken.

Das gravierendste Moment bestand aber darin, daß die Industrie ihre Investitionen, die 1966 noch um 3,4 Prozent gestiegen waren, im folgenden Jahr um nicht weniger als 14 Prozent einschränkte. In der Bauwirtschaft wurde sogar um 34 Prozent weniger investiert.

Diese Zahlen, die inzwischen in Vergessenheit geraten sind, zeigen deutlich, daß die Wirtschaft unseres Landes im Jahre 1967 an einem kritischen Punkt ihrer Entwicklung angelangt war.

Die Wende trat erst im 4. Quartal des Jahres 1967 ein. Von da an kam es zu einer zuerst langsam, dann aber immer rascheren Erholung, die sich im Jahre 1968 zu den ersten deutlichen Zeichen einer beginnenden Konjunktur ausweitete, um schließlich im Jahre 1969 alle Merkmale einer Hochkonjunktur anzunehmen. Das Bruttonationalprodukt erfuhr eine reale Ausweitung um 4,1 Prozent. Zum ersten Mal konnte die seit Jahren anhaltende Abnahme der in der Industrie Beschäftigten gestoppt werden. Im Jahre 1969 kam es zu einer wesentlichen Beschleunigung der positiven Entwicklung der österreichischen Wirtschaft, die schließlich in die ausgesprochene Hochkonjunktur des Jahres 1970 einmündete.

Damit bin ich bereits bei der Abschlußbilanz der ÖVP-Alleinregierung, die zugleich die Eröffnungsbilanz der SPÖ-Alleinregierung werden sollte.

11560

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Withalm

Als die ÖVP-Alleinregierung nach dem Willen der Mehrheit des österreichischen Volkes im Jahre 1970 abzutreten hatte, herrschte im Gegensatz zum Jahre 1966 eine ausgesprochene Hochkonjunktur, die von der ÖVP-Alleinregierung in zäher und harter Arbeit mühsam genug errungen worden war und die uns beileibe nicht als reife Frucht in den Schoß gefallen war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Diese Hochkonjunktur haben wir den Sozialisten hinterlassen. Da es aber immer noch, wie eben zuvor Herr Abgeordneter Dr. Tull meinte — er muß es ja wissen —, jedoch Gott sei Dank nur mehr sporadisch, Leute gibt, die aus leichtverständlichen Gründen behaupten, die SPÖ hätte von uns ein schlechtes Erbe übernehmen müssen, möchte ich zur Steuer der historischen Wahrheit einige Tatsachen und Fakten bringen:

Bereits 1966 beschloß das Parlament die Wirtschaftswachstumsgesetze. Heute spöttelt niemand mehr über diese Gesetze, wie es zum Zeitpunkt ihrer Beschußfassung geschah. Jeder, der sich in der Wirtschaft auch nur ein bißchen und einigermaßen auskennt, weiß, welche Bedeutung gerade diesen Gesetzen für die Wiederankurbelung der österreichischen Wirtschaft zukam.

Im Dezember 1966 wurde das OIG-Gesetz beschlossen. Wo gibt es heute noch jemanden, der zu bestreiten wagt, daß diesem Gesetz für die verstaatlichten Unternehmungen ganz große Bedeutung zukam und daß es eine solide Grundlage für die Rekonstruktion der verstaatlichten Industrie in Österreich wurde?

Ich weise schließlich auf die verschiedenen Gesetze hin, die der Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft dienten. Der Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, das Strukturverbesserungsgesetz und das Arbeitsmarktförderungsgesetz, um nur einige wenige zu nennen, haben gewaltige Impulse ausgelöst. Es war daher weder ein Wunder, aber schon gar kein Zufall und am allerwenigsten ein Verdienst der sozialistischen Minderheitsregierung, die ihr Amt erst am 21. April 1970 angetreten hatte, daß es dann im Jahre 1970 die höchste Wachstumsrate von 7,2 Prozent gegeben hat, eine Wachstumsrate, wie sie weder vorher und auch seither nicht mehr verzeichnet wurde. (*Abg. Dr. Fischer: Schade um die Mühe . . .*) Bei aller Bescheidenheit, aber mit umso größerer Entschiedenheit nehmen wir diese Wachstumsrate und die Hochkonjunktur des Jahres 1970 für uns in Anspruch. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das war also, wie ich eben sagte und was nicht oft genug gesagt werden kann, unsere Übergabebilanz. Und damit zugleich die Eröffnungsbilanz ... (*Abg. Dr. Fischer: Das nenne ich Nostalgie!*) Nein! Wenn manche Leute solche Dinge daherreden wie zuvor Dr. Tull, ist es notwendig, ihnen immer wieder die Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen. Dr. Fischer, das kann auch Ihnen nicht schaden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das war unsere Übergabebilanz und damit zugleich die Eröffnungsbilanz der sozialistischen Alleinregierung, eine für die sozialistische Alleinregierung ungemein erfreuliche Eröffnungsbilanz, die ihr einfach in den Schoß gefallen war und zu der sie aber schon gar nichts beigetragen hat. (*Abg. Dr. Fischer: Klaus wird sich bedanken!*) Ich würde mir nur wünschen, wir hätten im Jahre 1966 eine solche Bilanz übernehmen können.

Um nun an die Zukunft zu denken, meine Damen und Herren: Ich würde mir nur wünschen, es könnte uns nach dem Abtritt von Ihnen, Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky, und Ihrer Regierung (*Abg. Dr. Tull: Da können Sie lange warten!*) eine auch nur ähnliche Eröffnungsbilanz zuteil werden, wie sie die Österreichische Volkspartei im Jahre 1970 den Sozialisten hinterlassen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Damit komme ich zu der Frage, die heute anläßlich — nicht mehr Nostalgie ... (*Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Fischer.*) Jetzt können Sie aufpassen, jetzt kommen Sie daran, Herr Dr. Fischer! Ich komme zu der Frage, die heute anläßlich der Vorlage des letzten Budgets der sozialistischen Alleinregierung besonders aktuell ist: Wie stellt sich aus diesem Anlaß die Bilanz über vier Jahre sozialistischer Alleinregierung dar? (*Rufe bei der ÖVP: Traurig! Schulden!*) Ich möchte jetzt keineswegs hergehen und an Hand der beiden Regierungsprogramme der Sozialisten von 1970 und 1971 Punkt für Punkt nachweisen, was alles von dem, was versprochen worden war, nicht gehalten wurde. Da hätte ich viel zu tun! Da müßte ich wohl oder übel wortbrüdig werden und meinetwegen wieder zwei Stunden oder noch länger reden.

Meine Damen und Herren! Es spannt sich hier ein weiter Bogen vom sogenannten „Kampf gegen die Armut“ über den Umweltschutz, die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die vielstrapazierte „Transparenz“ bis hin zur Gesundheitspolitik. Ich beschränke mich heute ganz bewußt auf ganz wenige Punkte, mehr oder weniger auf die wirklichen Todsünden der sozialistischen Alleinregierung.

Dr. Withalm

Hier greife ich vier Fragen — nur vier Fragen — heraus, die die Abschlußbilanz arg verdüstern und die sie ganz gewaltig aus dem Gleichgewicht bringen. Die Sozialistische Partei hatte den Wahlkampf 1970 mit einem — das gebe ich zu — für sie sicher sehr erfolgreichen, für Österreich und das österreichische Bundesheer jedoch verhängnisvollen und in seinen Auswirkungen geradezu katastrophalen Wahlschlager begonnen. Dieser Wahlschlager hatte gelautet: „Sechs Monate sind genug.“

Wir haben mittlerweile in den über vier Jahren sozialistischer Alleinregierung die Tragödie des Bundesheeres miterlebt. Es ist das traurige Verdienst der Sozialisten, im besonderen jedoch das traurige Verdienst des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, daß wir heute als Frucht vierjähriger sogenannter sozialistischer Wehrpolitik über kein einsatzfähiges Bundesheer verfügen.

Die zweite Todsünde, die der ersten um nichts nachsteht, ist die sogenannte ORF-Reform, die ich zutreffenderweise als das bezeichne, was sie tatsächlich ist, nämlich die ORF-Gegenreform. Die nahe Zukunft wird bereits zeigen, was wir uns damit eingewirtschaftet haben beziehungsweise, um mich präziser auszudrücken, was uns damit eingewirtschaftet wurde, wenn sich nämlich mehr und mehr zeigen wird, daß das neue Rundfunkgesetz sehr wohl und ganz genau jenen Regierungsgrundfunk bringen wird, den sich eine parlamentarische Demokratie einfach nicht leisten kann, einen Regierungsgrundfunk, der in diametralem Widerspruch zum Willen der 832.000 Österreicher steht, die seinerzeit das Rundfunkvolksbegehrten unterschrieben haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zum dritten Punkt. Wo sind die Zeiten, da man der ÖVP-Alleinregierung wegen einer Preissteigerung von 3,1 Prozent ein Preisultimatum stellte? Das waren noch die guten alten Zeiten, von denen der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, Dr. Heinz Kienzl, gestern in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben hat. (Abg. Dr. K e i m e l: Die Nostalgie des Herrn Dr. Fischer!)

Meine Damen und Herren! Heute haben wir eine Inflation von 10 Prozent, und die sozialistische Regierung brüstet sich dabei noch damit, daß wir mit dieser zweistelligen Preissteigerungsrate von 10 Prozent international gar nicht so schlecht lägen. Dazu kann ich Ihnen ... (Abg. Dr. Tull: Das stimmt ja!) Passen Sie auf! Passen Sie auf! Es kommt jetzt genau die Antwort auf das, was Sie mit Ihrem „Das stimmt ja!“ gemeint haben, Herr Dr. Tull! Passen Sie auf! Dazu

kann ich Ihnen von der sozialistischen Fraktion, im besonderen dem Herrn Dr. Tull, sagen, daß Sie in dieser Frage fürwahr ein kurzes Gedächtnis zu haben scheinen. (Abg. G r a f: Nicht nur in dieser!)

Sie, Dr. Tull, persönlich und Ihre Fraktion waren es, die vor gar nicht langer Zeit gesagt haben, daß es den Österreicher, vor allem aber die österreichische Hausfrau überhaupt nicht interessiert, daß es die österreichische Hausfrau vor allem aber in keiner Weise tröstet, wenn die Inflation in anderen Staaten noch höher ist als bei uns in Österreich. Ich zitiere jetzt sozialistische Oppositionsredner aus der Zeit von 1966 bis 1970: Einzig und allein entscheidend ist, was sich der Österreicher um sein Geld im Inland kaufen kann.

Meine Damen und Herren! Das sind Ihre Worte aus Ihrer Oppositionszeit. Kommen Sie doch bitte nicht immer wieder mit der in keiner Weise zutreffenden Ausrede, die Inflation stamme ja gar nicht aus dem Inland, sie sei vielmehr importiert! (Abg. Dr. T ull: Zwei Drittel jedenfalls nicht!)

Herr Dr. Tull! Wer am meisten dazu beigetragen hat, daß das ganze Volk unter der Last der Inflation stöhnt, ist in erster Linie der Finanzminister. Der Finanzminister mit seiner völlig konjunkturwidrigen Budgetpolitik. Darüber hinaus — Herr Bundeskanzler, ich habe gerade eine Bemerkung Ihrerseits gehört — die gesamte Bundesregierung mit dem Bundeskanzler an der Spitze mit ihrer völlig verfehlten Tarif- und Steuerpolitik. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist schon des öfteren hier in diesem Hohen Haus mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden — das stammt jetzt nicht von mir, ich nehme das Urheberrecht nicht für mich in Anspruch —, es ist hier schon des öfteren ausgesprochen worden (Abg. Doktor T ull: Wollen Sie höhere Tarife haben?) — warten Sie, was ich noch sage, Dr. Tull, passen Sie gut auf! —, daß die wahren Preistreiber, so sagte damals, glaube ich, ein Sprecher der Freiheitlichen Partei, die wahren Preistreiber in diesem Lande auf der Regierungsbank sitzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Budgetpolitik des Finanzministers möchte ich nur eine einzige Bemerkung machen: Es muß doch jedem Einsichtigen klar sein, daß vor allem die ständigen Budgetausweiterungen die Hauptursache für die Inflation in Österreich sind. Von dorther erhält die Inflation ihre stärksten Impulse. In Anbetracht dieses Umstandes ist es nicht nur eine Ironie, sondern geradezu eine Verhöhnung des ganzen österreichischen Volkes, wenn es der Finanzminister wagt, von einem

11562

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Withalm

Sparbudget zu reden, während gleichzeitig die stärkste Budgetausweitung erfolgt, die es je in der Zweiten Republik gegeben hat. Zwischen 1966 und 1970 sind die Staatseinnahmen um rund 40 Prozent von etwa 72 auf 101 Milliarden gestiegen, während das fünfte Androsch-Budget über 80 Prozent höher liegt als das Budget 1970. Herr Finanzminister, hier braucht man für die Inflation in Österreich fürwahr keine Ursachen im Ausland suchen.

Und damit komme ich zum vierten Punkt, dem Wohnungsbau. Hier hat die sozialistische Regierung ihr größtes Debakel erlebt. Ich erinnere mich noch sehr wohl daran, welche Rolle diese Frage bei den Regierungsverhandlungen des Jahres 1970 spielte. Damals war viel vom sogenannten „harten Kern“ der Verhandlungen die Rede. Zu diesem „harten Kern“ gehörten jene Forderungen, die die Sozialisten als unabdingbar bezeichneten, wenn eine gemeinsame Regierung zustande kommen sollte. Die Forderung Nummer 1 war neben der Kürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate der Bau von zusätzlichen 5000 Wohnungen jährlich.

Wir haben damals immer wieder erklärt, daß auch wir selbstverständlich dafür seien — wer könnte denn dagegen sein? —, daß mehr Wohnungen gebaut werden müssen. Wir hielten es nur nicht — so sagten wir — für zweckmäßig, sich mit der Festlegung bestimmter Ziffern Fesseln anzulegen, die dann, wenn keine Realisierungsmöglichkeit bestehen sollte, ein schweres Handikap bedeuten würden und die man dann einfach nicht mehr loswerden könne.

5000 Wohnungen jährlich mehr bedeuten nicht mehr und nicht weniger, als daß die Wohnbauleistung im Jahre 1974 70.000 Wohnungen betragen müßte. Die tatsächliche Wohnbauleistung beträgt jedoch nur 44.050 Einheiten im Jahre 1973 gegenüber der Wohnbauleistung von 49.131 Einheiten im Jahre 1969.

In den vier Jahren der sozialistischen Alleinregierung wurden also nicht nur nicht, wie das im Jahre 1970 unabdingbar gefordert worden war, um 20.000 Wohnungen mehr gebaut, sondern erheblich weniger als in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung.

Diese Zahlen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, zeigen das verheerende Ausmaß der totalen Pleite der sozialistischen Wohnbaupolitik auf. (*Beifall bei der ÖVP.*) Hier hat die sozialistische Regierung wahrlich eine Schlacht verloren. Vollkommener hätte die Niederlage wirklich nicht mehr werden können.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß nach dieser kurzen, sich auf lediglich vier Punkte beschränkenden Bilanz für die sozialistische Regierung kein wie immer gearchter Grund besteht, womöglich auf ihre Tätigkeit stolz zu sein. Dazu besteht, Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, fürwahr auch nicht der geringste Anlaß. Sehr wohl aber könnte diese kurze Bilanz für manche, die der Sozialistischen Partei in den Jahren 1970 und 1971 einen Vertrauensvorschuß gegeben haben, der Anlaß sein, nachdenklich zu werden und sich an manche Versprechungen, die damals gemacht wurden, zu erinnern.

Wie war es zum Beispiel mit der Demokratisierung aller Lebensbereiche und mit der vielbemühten Transparenz? Wenn man sich an alle diese Schlagworte, alles das, was drum herum versprochen worden war, erinnert, dann kann ich mir durchaus vorstellen, daß so mancher, der auf alles das, was damals gesagt wurde, vertraut hat, sich vielleicht damals gesagt hat: Jetzt kann wirklich das Zeitalter der echten Demokratisierung angebrochen sein.

Wie es damit in Wahrheit aussieht, meine Damen und Herren, beweist zum Beispiel die Rundfunkgegenreform ebenso wie die Art und Weise, wie die sozialistische Fraktion dieses Hauses die große Strafrechtsreform ohne jeden zwingenden Grund im Parlament buchstäblich über die Bühne gejagt und durchgepeitscht hat.

Sie von der sozialistischen Fraktion konnten sich im Jahre 1967 gar nicht genug entrüsten, als die ÖVP bei der parlamentarischen Behandlung des Mietrechtsänderungsgesetzes im zuständigen Ausschuß den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt hat. Warum wir diesen Antrag damals stellten beziehungsweise stellen mußten? Weil es für jeden — Dr. Fischer, das wissen Sie sehr genau, Sie haben ja damals die Fäden gezogen; Sie saßen noch nicht hier, aber die Fäden haben Sie gezogen (*Abg. Dr. Fischer: Bei Ihrem Antrag? Oje!*) —, weil es für jeden damals klar erkennbar war, daß Sie von der Sozialistischen Partei die Gesetzwerdung der von uns eingebrachten Regierungsvorlage unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindern wollten. Das, was Sie damals versucht haben, das war wirklich richtige und typische Obstruktion. Sie haben dann jahrelang von diesem Schlager gelebt und haben immer wieder versucht, uns mangelndes Demokratieverständnis vorzuwerfen. Nach Ihrem Verhalten, meine Damen und Herren, gerade in den

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11563

Dr. Withalm

letzten Monaten spreche ich Ihnen dieses Recht mit aller Entschiedenheit ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nennen Sie mir bitte auch nur ein einziges Beispiel, wo wir versucht hätten zu verschleppen und womöglich gar zu sabotieren. Ein einziges Beispiel! Trotzdem haben Sie nicht weniger als fünf — oder es sind vielleicht sogar noch mehr Fälle — Fristen gesetzt, was genau auf das gleiche hinauskommt, was Sie der ÖVP so sehr angekreidet haben, nämlich auf den Antrag auf Schluß der Debatte. Hier steht es eindeutig zumindest 5 : 1 zugunsten der Sozialistischen Partei. (*Abg. Doktor Fischer: Nicht nur dort!*)

Meine Damen und Herren! Ich muß aber, wenn ich versuche, eine Bilanz über mehr als vier Jahre sozialistischer Alleinregierung zu ziehen, noch auf ein anderes Kapitel kurz zu sprechen kommen.

Ich habe mich immer schon mit einer Frage beschäftigt, die mir eine Grundfrage in der parlamentarischen Demokratie zu sein scheint. Dieser Gedanke läßt mich einfach nicht los. Die Frage lautet: Inwieweit ist eine politische Partei, die bei Wahlen eine wenn auch nur knappe Mehrheit errungen hat, moralisch berechtigt, in einer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihre gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen systematisch und mit letzter Konsequenz, ja geradezu brutal durchzusetzen und sie damit der zweiten Hälfte der Bevölkerung, die gänzlich andere gesellschaftspolitische Auffassungen hat, geradezu aufzuzwingen? Ist eine solche Vorgangsweise mit dem Geist der parlamentarischen Demokratie in Einklang zu bringen?

Während sich die sozialistische Regierung diesbezüglich in den ersten Jahren ihrer Regierungstätigkeit noch eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat, ließ sie speziell in den letzten Jahren und Monaten jede Maske fallen und machte rücksichtslos sozialistische Gesellschaftspolitik. Ich könnte hier viele Beispiele aufzählen, die ganz offenkundig die schwedische Handschrift erkennen lassen.

Ich sage es hier ganz klar und mit aller notwendigen Deutlichkeit: Ich spreche jeder Regierung, welche Farbe sie immer haben mag, ganz entschieden das Recht ab, daß sie eine Politik nur oder auch nur in erster Linie nach ihren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen macht. Dieses Recht steht einer Regierung in einem Staat mit pluralistischer Gesellschaftsordnung einfach nicht zu. Die Regierung ist nicht nur für diejenigen da, die jene Partei gewählt haben, die die Regierung stützt, Herr Bundeskanzler. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jede Regierung hat das Wohl des gesamten Staates und das Gesamtwohl... (*Abg.*

Dr. Kreisky: Sie haben nicht einmal mit dem Ohrwaschl gezuckt, haben Sie gesagt! Das berühmte Ohrwaschl des Dr. Withalm!) — Aber in anderen Dingen! Ja, in anderen Dingen! Wenn die sozialistische Fraktion in der Zeit ihrer Opposition an einem Tag Anträge mit einer Gesamtsumme von 5 Milliarden Schilling eingebracht hat, dann habe ich damals als Klubobmann — jawohl, das war damals — nicht einmal mit einem Ohrwaschl gewackelt, weil ich das einfach nicht ernst genommen habe, Herr Bundeskanzler! (*Beifall bei der ÖVP.*) Eine Regierung hat das Gesamtwohl des Staates und das Gesamtwohl aller Staatsbürger zu vertreten. Sie muß daher immer und überall darauf Rücksicht nehmen, daß die Menschen nun einmal nicht nur eine einzige Auffassung, sondern unterschiedliche Auffassungen haben und daß wir Gott sei Dank in einer pluralistischen Gesellschaft leben, in der ich die Möglichkeit habe, meine Auffassung jederzeit frank und frei und offen und ehrlich zu bekennen.

Meine Damen und Herren! Sind wir uns denn eigentlich wirklich so richtig bewußt, welches Glück uns Österreichern zuteil wurde, daß wir in einer parlamentarischen Demokratie mit pluralistischer Gesellschaftsordnung leben dürfen? Was das bedeutet, ist mir erst jüngst — vor einigen Monaten war es —, als ich eine Zeitung — es war das „Niederösterreichische Volksblatt“ vom 27. Juli 1974 — las, so richtig wieder zu Bewußtsein gekommen.

Meine Damen und Herren! Im „Niederösterreichischen Volksblatt“ war ein Interview mit dem tschechischen Schriftsteller Ota Filip zu lesen. Das Volksblatt fragte damals Ota Filip — ich zitiere jetzt wörtlich —:

„Glauben Sie heute, daß ein dezidierter Sozialismus möglich ist, oder glauben Sie eher an die Möglichkeit einer Demokratie im bürgerlichen Sinne mit vielen Parteien?“

Die Antwort Ota Filips lautete:

„Ich glaube, ich bin näher daran, daß das System, wie wir es in Osteuropa haben, gescheitert ist. Die Alternative zu diesem System ist mir vielleicht noch unklar, aber ich glaube, daß man immer wieder eine neue Alternative zu finden versuchen sollte; denn die alte hat sich nicht bewährt. Ich glaube allerdings nicht, daß der Grundgedanke des Sozialismus selbst zum Scheitern gebracht wurde. Aber ich bin der Meinung, daß eine Gesellschaft nur gesund ist, wenn sie vielschichtig ist. Ich als Sozialist oder so etwas,

11564

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Withalm

muß mich auch mit anderen Leuten zurechtfinden und muß mit Ihnen ins Gespräch kommen."

Soweit das Zitat. Ich für meine Person — ich glaube, das gilt auch für Sie, Herr Bundeskanzler, wie ich Ihrem Kopfnicken entnehme —, ich für meine Person gestehe unumwunden ein, daß mich dieses Interview mit der Aussage eines Mannes, der überzeugter Kommunist war und der offensichtlich mit sich noch nicht endgültig ins reine gekommen ist, der aber ein Suchender, mit sich Ringender zu sein scheint, sehr beeindruckt hat. Wir alle, glaube ich, können daraus eine ganze Menge lernen. (Abg. Dr. Fischer: Für eine solche Selbstverständlichkeit unseres gesellschaftlichen Lebens brauchen Sie den Ota Filip?)

In diesem Sinne möchte ich ... (Anhaltende Zwischenrufe.) Ich glaube, daß es sehr gut ist, wenn wir uns ab und zu ... (Weitere Zwischenrufe.) Da bin ich nicht hochnäsig, Dr. Fischer, da nehme ich das gar nicht für mich in Anspruch (Beifall bei der ÖVP), daß ich so gescheit bin. Ich glaube, daß es für uns, ob reifer oder weniger reif, gar nicht schlecht ist, wenn wir uns ab und zu Selbstverständlichkeiten ins Gedächtnis rufen. (Beifall bei der ÖVP.)

In diesem Sinne, Herr Dr. Fischer, möchte ich meine Rede, die zwangsläufig, wenn ich über vier Jahre oder mehr als vier Jahre sozialistischer Alleinregierung Bilanz zu legen versuchte, harte Kritik enthalten mußte, ausklingen lassen. Wie sagte doch Ota Filip? Selbstverständlichkeiten? Aber jetzt sage ich es Ihnen ganz bewußt, Ihnen als jungem Mann! Ja! Selbstverständlichkeiten! Rufen Sie sich ab und zu solche Selbstverständlichkeiten ins Gedächtnis — es wird Ihnen und auch Ihrer Fraktion nicht schaden! (Beifall bei der ÖVP.)

Ota Filip sagte, er müsse sich mit anderen Leuten zurechtfinden und müsse mit ihnen ins Gespräch kommen. Genau das ist es, was die parlamentarische Demokratie von allen anderen Regierungssystemen grundsätzlich unterscheidet. Es kann uns allen nicht nur nicht schaden, sondern es wird uns und der parlamentarischen Demokratie in Österreich — in den kommenden Wochen und Monaten gilt das sicherlich auch — sehr gut tun, wenn wir dieser Gedanken, wenn wir dieser Sätze eingedenkt sind, auch in den Monaten und in den Wochen, meine Damen und Herren, in denen an der sozialistischen Regierung harte Kritik geübt werden wird, eine Kritik, die infolge der Politik, die Sie jetzt vier Jahre hindurch machen, leider Gottes nur zu gerechtfertigt und notwendig ist.

Und zum Abschluß noch einige Sätze. Lassen Sie sich von der sozialistischen Fraktion, lassen aber vor allem Sie sich, Herr Bundeskanzler, zum Abschluß eines gesagt sein: Im Ablauf der Geschichte war es immer noch so, daß diejenigen, die die Macht in Händen hatten, dann, wenn sie Rückschläge erlitten haben, wenn sie unsicher geworden sind, überheblich und unduldsam geworden sind. Nur so ist auch Ihre Bemerkung, daß die Mehrheit immer recht habe — Sie haben diese Bemerkung noch nicht zurückgezogen — erkläbar, aber keineswegs entschuldbar. Der Wähler ist im Grunde seines Herzens ... (Ruf bei der SPÖ: Das haben Sie gesagt!) Aber lesen Sie die Stenographischen Protokolle über die Sitzung durch, in der die große Strafrechtsreform hier im Parlament mit Beharrungsbeschuß von Ihnen verabschiedet wurde. Ich habe damals sofort darauf Bezug genommen, ich habe dem heftigst widersprochen, was der Bundeskanzler gesagt hatte, daß die Mehrheit immer recht hat. (Abg. Dr. Kreisky: Falsch zitiert!) Erklärbar, aber nicht entschuldbar. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn Sie es zurücknehmen, Herr Bundeskanzler, umso besser!

Der Wähler ist im Grunde seines Herzens ein ungemein geduldiges Wesen, das demjenigen, den er gewählt hat, manches nachsieht und auch durchgehen läßt. Wir sollten uns, glaube ich, aber alle bemühen, die Geduld des Wählers nicht allzusehr auf die Probe zu stellen. Unduldsamkeit, Übermut und Überheblichkeit bei politischen Parteien und bei Politikern verträgt der Wähler am allerwenigsten.

Meine Damen und Herren! Das schreibe ich in mein eigenes Stammbuch, das schreibe ich in das Stammbuch meiner eigenen Partei. Ich gestatte mir, das auch in Ihr Stammbuch zu schreiben und insbesondere, Herr Bundeskanzler, in Ihr Stammbuch! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Dr. Withalm, Sie kennen meine Wertschätzung für Sie, ich habe daraus nie ein Hehl gemacht. Daher gestatten Sie mir zwei Feststellungen: Als junger Abgeordneter der Opposition konnte ich damals stets die Feststellung machen, daß Sie das Stammbuch nicht hatten, das Sie jetzt allen zuteilen und in welches Sie ihnen etwas hineinschreiben wollen. Solange Sie hier als Klubobmann standen, hat das alles nicht

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11565

Bundesminister Dr. Androsch

gegolten. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Sie haben nichts zu sagen, daher polemisieren Sie! — Abg. Dr. Fischer: Sie reden von Toleranz und vertragen keine Argumente! Das ist eine Partei! — Weitere anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Darf jetzt ich etwas in das Stammbuch aller schreiben? — Bitte, Herr Minister, zur Sache; und bitte keine Zwischenrufe.

Bundesminister Dr. Androsch (fortsetzend): Sehr gerne, Herr Präsident! Ich darf dem Herrn Abgeordneten Glaser sagen: Wenn — vom Standpunkt der Opposition aus verständlichen Gründen — die Regierung von der Opposition angegriffen wird, dann ist es doch nicht so, daß hier ein Schießstand ist und die Regierungsmitglieder Pappkameraden. Man wird in aller Ruhe etwas sagen dürfen. (Beifall bei der SPÖ. — Weitere anhaltende Zwischenrufe.)

Ich habe sehr viel zu sagen. Ich kann Sie diesbezüglich sehr beruhigen.

Präsident Dr. Maleta: Also bitte. Jetzt ist der Herr Bundesminister am Wort! Herr Abgeordneter Fischer, alle, Ruhe!

Bundesminister Dr. Androsch (fortsetzend): Ich möchte nur sagen, daß ich das Engagement nach dem, was dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm in seiner eigenen Partei widerfahren ist, bemerkenswert finde.

Nun zu den Zitierungen. Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Sie haben doch Dr. Kienzl als Kronzeugen zu diesem Thema zitiert. Darf ich fragen: Gilt dann Dr. Kienzl auch als Kronzeuge in der ORF-Frage gegen den Generalindentanten Bacher oder in seinem Brief an Dr. Sakrausky, was die Fristenlösung anlangt? (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben das „Niederösterreichische Volksblatt“ zitiert. Lassen Sie mich auch deswegen, weil das keine unwichtige Regierungsfrage ist, persönlich dazu sagen, daß dieses Problem bei uns nie bestritten war, weder — diese Meinung gewinnt man, wenn man die Geschichte nachliest — in früheren Zeiten noch in jüngster Geschichte. Das, glaube ich, kann jedenfalls meine Partei und damit auch diese Regierung für sich in Anspruch nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben vier Punkte genannt, nachdem Sie eine Schlußbilanz gezogen haben. Ich möchte dann eine Zwischenbilanz ziehen und den Bilanzvergleich einer Schlußbilanz mit einer Zwischenbilanz ziehen.

Zum Bundesheer: Wir haben kein einsatzfähiges Bundesheer übernommen. Das für den Fall, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, daß Sie bestreiten, daß es jetzt eines gäbe. (Zwischenruf des Abg. Tödling.)

Ich darf Ihnen dafür zwei Beispiele, Herr Abgeordneter Tödling, aus eigener, sehr bescheidener Erfahrung geben. Als Heereskraftfahrer kann ich Ihnen sagen, daß es im Jahre 1970 keinen einsatzfähigen Fuhrpark gegeben hat. Diesen gibt es heute. (Beifall bei der SPÖ.)

Es kann nicht Kennzeichen eines einsatzfähigen Bundesheeres gewesen sein, wenn in sehr vielen Fällen Wehrpflichtige ein einziges Mal mit 6 oder 12 Schuß scharfer Munition den Umgang mit der Waffe gelernt haben.

Wir aber haben Sorge dafür getragen, daß jetzt entsprechende Fahrzeuge zur Verfügung stehen, daß Munition zur Verfügung steht, und vor allem Sorge dafür getragen, daß die Bereitschaftstruppe jene Mittel bekommt, die für ihre Zwecke notwendig sind. (Erneuter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Der Armeekommandant hat eine andere Auffassung als Sie, Herr „Oberverteidigungsminister“!) Ich darf sagen, daß der Herr Armeekommandant im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler und mit dem Herrn Landesverteidigungsminister vor 14 Tagen gerade im Zusammenhang mit dieser Frage bei mir war, sodaß ich sehr wohl weiß, wovon ich spreche. Ich konnte mit ihm volle Übereinstimmung darüber erzielen. Dies nur deswegen, damit auch das klar gestellt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Angriff auf die Regierung im Zusammenhang mit dem ORF: Es war vom Willen von 832.000 die Rede. Wenn ich mich nicht ganz falsch erinnere, ist dieser Wille im Jahre 1967 sehr nachhaltig durch die damalige Mehrheitspartei verändert worden. Ich glaube, das wird auch nicht bestritten. (Abg. Dr. Withalm: Was haben Sie jetzt gemacht?) Sie haben sich damals neben allem anderen eine petrifizierte Mehrheit gesichert. Das ist jedenfalls jetzt nicht der Fall, ganz abgesehen davon, daß es eine Fülle von zusätzlichen Kontrollmöglichkeiten und Beschwerdeinstanzen gibt, die Sie damals nicht vorgesehen haben. Wir haben diese Möglichkeiten und Instanzen geschaffen, weil wir uns bewußt sind, welch problematisches, heikles, weil monopolartiges Medium diese Einrichtung notwendigerweise ist.

Sie haben ferner von den Preissteigerungen gesprochen. Es ist gar nicht zu leugnen, daß sie heute höher sind als in Ihrer Regierungs-

11566

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Bundesminister Dr. Androsch

zeit. Allerdings waren sie damals höher als der internationale Schnitt, zum Unterschied von jetzt!

Ich gebe gerne zu, daß das die Hausfrau wenig befriedigt (*Abg. Dr. Wihalm: Überhaupt nicht!*), weil sie nur die Preise sieht. Aber wenn der internationale Zusammenhang bei den Krisenbeurteilungen des Herrn Abgeordneten Dr. Koren gilt, dann muß glaube ich, derselbe internationale Zusammenhang doch wohl auch bei den Preisen gelten. Sie können sich den internationalen Zusammenhang nicht je nach Bedarf aussuchen!

Daß man sich für das Geld mehr kaufen kann, ist nicht nur eine Frage des Wertes des Geldes, sondern auch des Umstandes, ob man es hat. Ich erinnere daran, daß es Zeiten gegeben hat, in denen man einen Alpendollar in Österreich hatte. Das half aber nur demjenigen, der ihn gehabt hat! Die meisten haben ihn nicht gehabt.

Die Einkommen sind stärker gestiegen als die Preise, auch der private Konsum ist real stärker gestiegen, sodaß sich trotz Preissteigerungen die Leute in Österreich heute mehr leisten können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hier gleich eine Bemerkung zur Arbeitslosigkeit. Man darf dem Herrn Präsidenten der Wiener Handelskammer ja sehr dankbar dafür sein, daß er doch einigermaßen klar ausgesprochen hat, daß es Leute gibt, die meinen, eine gewisse Arbeitslosigkeit sei hilfreich als Instrument der Preisbekämpfung.

Wir lehnen dieses Instrument grundsätzlich ab, aber auch deswegen, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß man mit einer größeren Arbeitslosenzahl etwa den Ölpreis, der ein Drittel der heutigen Preissteigerungen in Österreich ausmacht, auch nur um einen Groschen herunterbrächte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie haben von einer verfehlten Steuerpolitik gesprochen. Wenn Sie es als eine Verfehlung ansehen, daß wir mit 1. Jänner 1975 die dritte Steuersenkung machen, so bekenne ich mich zu der Verfehlung. Zum Unterschied von Ihrer Zeit, in der es nur eine richtige Senkung gab, jedoch fünf Steuern erhöht und zwei neue eingeführt worden sind! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Sie haben davon gesprochen, die Preistreiber säßen auf der Regierungsbank. Das brachten Sie zum Thema des Sparsens im Budget.

Ich darf Ihnen für die Zeit 1970 bis 1974 einen Vergleich bringen, und zwar Entwick-

lung des Bruttonationalprodukts, der Budgetausgaben, der Ausgaben der Länderbudgets, der Gemeinde Wien und Länder und Gemeinden zusammen.

In diesen fünf Jahren, 1970 bis 1974 — Herr Abgeordneter Glaser, Sie werden zugeben, daß das jetzt ganz trockene Fakten sind —, stieg das Bruttonationalprodukt um 85,4 Prozent. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Budgetausgaben um 80,9 Prozent, also weniger als die Steigerung des Bruttonationalprodukts. Die Ausgaben der Länder ohne Wien stiegen um rund 129, also wesentlich mehr, die Wiens um 95,7 und die von Ländern und Gemeinden zusammen um 106,6 Prozent.

Das heißt: Die Budgets der Länder, die Budgets der Gemeinden, das Bruttonationalprodukt, die privaten Investitionen, die privaten Konsumausgaben stiegen jedenfalls stärker als die Ausgaben des Budgets. Daher geht der erhobene Vorwurf ins Leere.

Sie können das jetzt noch daran messen, daß der Anteil der Bundesausgaben am Bruttonationalprodukt, also das, was das Budget an Gütern und Leistungen in Anspruch nimmt, zurückgegangen ist, mit allen Konsequenzen, die das notwendigerweise haben muß. Trotz aller Argumente mit Defiziten und Finanzschulden beträgt die Finanzschuld in diesen Jahren, in denen wir verantwortlich waren, jedenfalls anteilmäßig weniger, als das in Ihren Jahren, und zwar in steigendem Ausmaß, der Fall gewesen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf in aller Kürze noch zwei Argumente zu dieser Frage hinzufügen, und zwar deswegen, weil der Dienstpostenstand und die damit verbundenen Personalausgaben mit einer Rolle spielen. Der Dienstpostenstand des Bundes einschließlich Lehrer, Gendarmerie, Polizisten, Postler, Bahn und so weiter hat sich seit 1970 um rund 12.000 oder 3,2 Prozent vermehrt. Das war zur Gänze bedingt durch die Erhöhung des Lehrer- und des wissenschaftlichen Personals. Die Zahl der Verwaltungsbeamten blieb gleich.

In derselben Zeit sind die Dienstpostenstände der Länder, ohne Stadtwerke und ohne Landeslehrer, um 12,7 Prozent gestiegen. Das ist sicherlich eine Vermehrung der Verwaltung in diesen Bereichen gewesen.

Nur ein ganz kleines Beispiel, es hat im Volumen gar keine große Bedeutung, aber als Indiz: Wir haben beim Bund Ende 1969 567 PKW übernommen, wir haben sie inzwischen auf 463 reduziert. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wenn ich nur die Ministerien heraus-

Bundesminister Dr. Androsch

greife, so muß ich sagen: Wir haben 104 übernommen und haben heute 94. Das wollte ich dazu sagen.

Um nur einen Punkt Ihrer Schlußbilanz zu korrigieren: Die erste wirtschaftspolitische Aussprache im Frühjahr 1970 hat die ... (Abg. Graf: Wenn Sie nur einen Punkt korrigieren, geben Sie ihm in den anderen recht!) Ich weiß nicht, wie Sie das auffassen, was ich jetzt gesagt habe. Eine Zustimmung war das sicher nicht zu dem, was Herr Dr. Withalm gesagt hat. Sie haben offenbar meine bisherigen Ausführungen als Zustimmung aufgefaßt. Bitte, das überlasse ich Ihnen. (Abg. Graf: Sie sagten: In einem Punkt korrigieren! Daraus geben Sie ihm in drei recht! Danke! Wunderbar!)

Lieber Herr Abgeordneter Graf! Ich habe unterschieden zwischen den vier Punkten, die Herr Dr. Withalm herausgegriffen hat. Dazu habe ich mich geäußert, und ich glaube, daß das nicht unbedingt als zustimmende Äußerung aufzufassen war. Jetzt greife ich sozusagen aus dem Bilanzgefüge, das nicht näher spezifiziert wurde, einen Punkt heraus, und zwar den der Konjunktur, wo wir in der ersten wirtschaftspolitischen Aussprache im Frühjahr 1970 die Voraussage bekommen haben, daß eine Rezession drohen werde. Wie immer die Prognose zustande gekommen sein mag und wie sehr sich Prognostiker immer wieder — das liegt in der Natur der Sache — irren können, so steht eines fest: Wir haben fünf Jahre ungebrochener Hochkonjunktur mit einem überdurchschnittlichen Wachstum, mit einer Rekordbeschäftigung, mit überdurchschnittlichen Einkommenssteigerungen und mit Preissteigerungen, die geringer sind als in den meisten anderen Ländern. Das ist unsere Zwischenbilanz, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Withalm! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber ich verstehe schon: Der Herr Abgeordnete Dr. Koren hat ja sehr deutlich am Schluß gesagt: Es geht ja nicht darum, was tatsächlich richtig ist und wie etwas einzuschätzen ist, sondern es geht darum, die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen zu erschüttern.

Einverstanden. Offen ausgesprochen: Ihr gutes Recht. Aber dann gestatten Sie mir auch zu sagen, daß wir das fünfte Budget vorgelegt haben und ich die fünfte Budgetrede gehalten habe und Sie die fünfte Budgetkritik. In jedem Jahr haben Sie uns die gleiche düstere Prognose gestellt, und sie ist nie eingetreten. Wem mehr Glaubwürdigkeit zukommt, kann ich daher getrost einem Urteil überlassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter Dr. Koren! Sie wissen ganz genau, daß es nicht richtig ist, wenn Sie

behaupten, wir würden nicht konkret sagen, welche Probleme durch die internationalen Bedingungen und durch die eigene Entwicklung heranstehen. Wenn der Herr Abgeordnete Peter aus der Budgetrede den Satz zitiert hat: „Die Welt ist eine andere geworden ...“ — und wahrlich nicht in einem positiven Sinn —, so mögen Sie das als Beispiel nehmen. Nur glauben wir, daß es notwendig ist, die Realitäten klar zu sehen und zu handeln, daß es aber überhaupt keine Hilfe ist, danach zu trachten, durch Krisengejammer, durch Hysterie sozusagen, die größtmögliche Verunsicherung herbeizuführen, in der Hoffnung, daß man vielleicht davon einen politischen Nutzen erzielen könnte. Sicherlich tut man das, wenn man eine Wirtschaft, die international anerkannt in Ordnung ist, als konkursreif bezeichnet. Im Privatleben würde man von Rufschädigung, im Geschäftsleben von Geschäftsstörung sprechen. Darauf bezog sich meine Äußerung und die anderer. Wenn Sie dieser Meinung sind, dann sind wir jedenfalls bereit, uns dem Urteil der Wähler zu stellen. Wir beugen uns jedoch nicht dem Urteil des Bundesparteiobmannes der ÖVP! (Beifall bei der SPÖ.)

Umsomehr ist es auch nicht verständlich, daß er unbedingt eine Beteiligung bei dieser Firma anstrebt, wenn es so ungünstig sein sollte. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Fischer: Der Graf klatscht auch! — Abg. Graf: Der weiß schon, wann er klatscht, der braucht Ihre Belehrungen nicht!)

Herr Abgeordneter Dr. Koren! Sie haben gemeint, wenn man das Budget in Ruhe zu stande brächte, so sei das ein Hinweis darauf, gewissermaßen nicht die nötige Härte walten haben zu lassen, um die Forderungen dem Möglichen anzupassen. Gestatten Sie mir, Ihnen entgegenzuhalten: Wenn das richtig ist, dann ist aber noch viel weniger diese Ihre Vorstellung vom Finanzminister erfüllt gewesen, als Sie die Einnahmen den Wünschen angepaßt haben. Ich will jetzt gar nicht untersuchen, wie das zustande gekommen ist, ob notwendig oder nicht notwendig in dieser Form. Aber in die Geschichte der Finanzminister, wenn ich das so pathetisch formulieren darf, sind Sie jedenfalls als einer eingegangen, der die Steuern erhöht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Dem darf ich entgegenhalten: In diesen fünf Jahren drei Steuersenkungen, die Zollsenkungen ohne Kompensation und jedenfalls keine Inanspruchnahme des Familienlastenausgleiches für Defizitfinanzierung. Ich konnte in der Fragestunde schon darauf hinweisen.

Weil Sie von der „leichten Hand“ gesprochen haben, darf ich Ihnen folgendes sagen: Die wäre dann gegeben gewesen, wenn wir

11568

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Bundesminister Dr. Androsch

die vielen maßlosen Lizitationsforderungen der ÖVP erfüllt hätten. Denn dann wären wir in der Situation, die Sie beschreiben, aber so sind wir es Gott sei Dank nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe sehr oft davon gesprochen und versuchte den Nachweis zu führen, daß der Staat nur Inflationsverlierer sein kann, weil nur ein Teil der Einnahmen stärker steigt, die anderen zurückbleiben, aber die Ausgaben insgesamt wieder stärker steigen und per saldo ein Verlust eintritt, umso mehr ein Verlust, wenn es zu Steuersenkungen und Zollsenkungen kommt.

Das ist von Ihrer Seite immer bestritten worden. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie heute einräumen — in Ihrer Rede haben Sie es getan —, daß der Staat in einer solchen Situation Inflationsverlierer sein muß. (*Abg. Doktor Koren: Das sage ich Ihnen aber schon seit drei Jahren!*)

Aber bitte, vielleicht können Sie ... (*Abg. Dr. Koren: Ich sage es Ihnen immer wieder!*) Ja, einverstanden. Ich habe nie gezweifelt, daß Sie das genauso sehen, es ist Ihnen aber offenbar nicht gelungen, das auch in Ihren Kreisen zu verbreiten, denn da ist es immer bestritten worden. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Koren: Sie haben keine Konsequenzen daraus gezogen!*)

Sie haben dann davon gesprochen, daß im Herbst 1972 erst nach der Budgetrede Inflationsalarm geschlagen wurde. Ganz abgesehen davon, daß wir von Frühjahr 1970 an immer wieder Maßnahmen getroffen haben, darf ich Sie auf die Maßnahmen verweisen, die vor dem Sommer 1972 getroffen wurden, darf ich darauf verweisen, daß ich mich etwa in einem langen Artikel in der „Kronen-Zeitung“ im August 1972 genau in der Richtung geäußert habe, daß bei der Vorstellung der Investitionsanleihe 1972 im Herbst bereits das Budget und der monetäre Sektor hier eingebunden wurden und daß es im November darum gegangen ist, auch die Wirtschaftspartner und die anderen Gebietskörperschaften, die ja nicht in die unmittelbare Einflußsphäre des Bundes und seiner Wirtschaftspolitik gehören, mit einzubeziehen. Ich glaube, darum geht es auch in dieser Phase, und so war der Aufruf in der Budgetrede von der Allianz der Sparsamkeit und der Vernunft zu verstehen, wobei der Bund, aus der Entwicklung des Budgets nachweisbar, hier ohne Zweifel den größten Beitrag geleistet hat.

Zum Budgetvollzug 1973 nur so viel: Sie haben nicht erwähnt, daß es ein Budget ganz besonderer Art deswegen war, weil eine Steuersenkung, die Zollsenkung, die Steuer-

reform und der neue Finanzausgleich in einem Jahr zum Tragen kamen. Allein bei der Mehrwertsteuer fehlte ein Zwölftel, was nur im Jahre 1973 der Fall gewesen ist.

Zum Budget 1974. Sie haben von 5 Milliarden Stabilisierungsquote gesprochen, die präliminiert waren, aber Sie wissen nach den vorliegenden Unterlagen ganz genau, daß sie nur für die Investitionen der Bundesbahnen, wo die Industrie Kapazitäten im Ausmaß von 860 Millionen Schilling frei hat, in Anspruch genommen werden.

Der Herr Abgeordnete Peter hat das Angebot vom Bleistiftspitzer gemacht. Darf ich folgendes dazu sagen:

Man kann doch nicht nur den Gesamtrahmen des Budgets als zu hoch ansehen, obwohl er sich langsamer entwickelt als alle anderen Größen — ich erwähnte dies vorhin —, und nicht sagen, wo man meint, daß — wenn das so richtig ist — man weniger tun könnte: bei der Landwirtschaft, bei der Besoldung oder bei den Investitionen. (*Abg. Facheletne: Bei der Eisenbahn!*) — Wenn Sie glauben, daß das richtig ist: weniger Eisenbahninvestitionen, so ist das durchaus eine verkehrspolitische Konzeption, jedoch eine, die wir nicht teilen. — Oder man kann nicht sogar darüber hinaus — ich räume gerne ein, nicht von Ihrer Fraktion — Forderungen oder sogar Anträge, wie das immer wieder der Fall war, für die Einzelbereiche auf Mehrausgaben stellen, wobei ich gar nicht bestreiten möchte, daß diese Mehrausgaben wünschenswert sind, aber, zu einer Verringerung des Budgetrahmens führen sie sicherlich nicht.

Was die Umsatzsteuerschätzungen anlangt, so müssen wir berücksichtigen, daß wir beträchtliche Strukturänderungen und Verschiebungen haben. Aber eines zeigt sich dabei klar: Man kann nicht sagen: Die Umsatzsteuereingänge sind zu gering, und der Mehrwertsteuersatz mit 16 Prozent ist zu hoch.

Ich glaube, daß jetzt doch einwandfrei feststeht, auch nach den Gutachten, die inzwischen ja der Bundeskammer vorliegen, daß der Mehrwertsteuersatz richtig ist. Ich sage das nicht an Ihre Adresse, aber ich darf Sie nur daran erinnern, was Sie alles getan haben, um das in Zweifel zu ziehen, genauso wie Sie sich dagegen gewendet haben, den Schilling aufzuwerten, was ohne Zweifel eine höhere Teuerung in Österreich bedeutet hätte, als wir tatsächlich erreicht haben.

Der Abgeordnete Peter hat vom Vergleich von Unvergleichbarem gesprochen. Sie kennen meinen Standpunkt, Sie haben Ihren dargelegt; ich will jetzt gar nicht darauf eingehen.

Bundesminister Dr. Androsch

Aber bitte eines ist nicht möglich: Man kann mir im Budget 1974 die Erhöhungen nicht beim Vollzug anrechnen und ein zweites Mal anrechnen, indem man dann beim Budget 1975 eben Voranschlag mit Voranschlag vergleicht. Also entweder ist die Steigerung im Jahre 1974 oder sie ist im Jahre 1975, aber beides zugleich ist nicht möglich. Ich bin der Meinung, daß sie richtigerweise im Jahre 1974 verrechnet und angerechnet werden muß, dann sinkt natürlich die Zuwachsrate 1975. Aber wenn man das für das Jahr 1974 tut, dann bitte ich auch zu berücksichtigen, daß bei den Mehrausgaben etwa 1,5 Milliarden zusätzlicher Mittel für den Familienlastenausgleich drinnenstehen. Das sind Budgetausgaben, aber Budgetausgaben, die nicht in den Konsum gehen, sondern auf ein Konto bei der Postsparkasse und konjunkturpolitisch nicht nur keine expansive Wirkung haben, sondern natürgemäß eine stilllegende, eine dämpfende Wirkung.

Was das Jahr 1975 betrifft: Derselbe Versuch wie im vergangenen Jahr: Zu addieren das Defizit des Grundbudgets plus Stabilisierungsquote plus Konjunkturausgleichsquote, die nur für den Fall eines extremen Konjunkturrückschlages eintreten würde. Wir kommen gegenüber den Behauptungen, wie sie vor einem Jahr genauso hier für das Jahr 1974 getroffen wurden, daß 20 Milliarden Schilling Defizit sein werden, auf 12 Milliarden, und daher ist auch die Rechnung mit den 23 Milliarden, Herr Abgeordneter Dr. Koren, nicht richtig. (Abg. Dr. Koren: 23 stehen ja drinnen!) Ja, 16 stehen drinnen. Bitte, ich glaube, das ist nicht zu übersehen.

Ich habe gerade ausgeführt, daß man das Eventualbudget nicht dem Normalbudget zuschlagen kann. Wir kommen heuer auf 12 Milliarden. Sie haben nach derselben Methode wie im vergangenen Jahr behauptet, wir kämen auf 20 Milliarden. Das hat sich ja inzwischen als unrichtig erwiesen, und diese Unrichtigkeit gilt also extrapoliert auch für 1975.

Und was nun die Frage der weiteren Budgetentwicklung betrifft, Herr Abgeordneter Dr. Koren, so haben wir uns nicht nur nicht gescheut, sondern Interesse gehabt, daß wir im heurigen Jahr eine Vorschau für die nächsten Jahre vorlegen, weil wir gar nichts zu verheimlichen oder zu verschleiern haben. Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie im Jahre 1969 mit dem Hinweis auf methodische Schwierigkeiten — die gibt es heute genauso — eine solche Vorschau abgelehnt haben und im Finanz- und Budgetausschuß auf unsere mehrfachen Fragen — der Abgeordneten Dr. Weihs, Dr. Staribacher und eine Reihe meiner Klub-

kollegen — nicht bereit waren, die Orientierungsgrößen, die Sie in einem „Wochenpresse“-Interview sogar erwähnt hatten, uns bekanntzugeben. Das ist der Unterschied zwischen Offenlegung und Nichtoffenlegung.

Eine Bemerkung zu den Sondergesellschaften. Man kann die Sondergesellschaften nicht deswegen, weil es eine Bundesbeteiligung daran gibt, dem Budget zurechnen, ganz absehen davon, Herr Abgeordneter Dr. Koren, können Sie der jetzigen Regierung nicht etwa einen Vorwurf machen, daß die frühere — mit unserer Zustimmung, das leugne ich gar nicht — etwa die Tauern-Autobahn gegründet hat, oder die Brenner-Autobahn. Aber ich meine, das haben wir übernommen, wir haben selber Neues dazugemacht, mit Ihrer Zustimmung, nur kann man nicht jahrelang die Praxis üben, den Gesetzen hier zuzustimmen und gleichzeitig sie hier zu kritisieren. Denn die Rechtfertigung für die Sondergesellschaften besteht ja darin, nicht daß sie aus dem Budget ausgegliedert werden, sondern daß sie ja auch Einnahmen bekommen, die nicht ins Budget eingehen und sozusagen selbsttragende Gesellschaften sind. (Abg. Dr. Koren: Welche Einnahmen hat denn die UNO-City? — Keine!)

Es ist vom Arlberg gesprochen worden, es ist von der Tauern-Autobahn gesprochen worden. Dort sind es Zuschüsse, sicherlich, aber auch von einer anderen Gebietskörperschaft, und es gibt keine Beteiligung an einer Hoheitsverwaltung. Wie wollen Sie mit der Gemeinde Wien oder einem anderen Bundesland im Budget etwas gemeinsam machen? Sie müssen es ausgliedern. (Abg. Dr. Koren: Haben Sie die Krankenhäuser ausgegliedert? Die werden gemeinsam gebaut!) Die sind überhaupt nicht im Budget, weil die der Bund nicht baut. (Abg. Dr. Koren: Das Allgemeine Krankenhaus bauen der Bund und die Gemeinde Wien!) Das ist ja eine Klinik. Ich glaube, wir brauchen hier keine Diskussion über den Unterschied zwischen Klinik und Spital zu führen. Daß eine Klinik natürlich auch Spitalwirksamkeit hat ... (Abg. Dr. Koren: Die werden gemeinsam gebaut, ohne Gesellschaft!) Ja, genau deswegen macht man es gemeinsam, weil es in dieser Form so langsam geht. Das hat eine praktische Bedeutung.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir über fünf Jahre eine eindrucksvolle und positive Bilanz legen können, und zwar Zwischenbilanz legen können, daß wir uns völlig bewußt sind, was an Problemen heute in der Welt besteht und damit auch auf uns zugekommen ist, und daß wir bemüht sind, uns auf diese neuen Gegebenheiten einzustellen. Dabei gehört zu den weiteren Maß-

11570

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Bundesminister Dr. Androsch

nahmen, unser Haus nach außen hin in Ordnung zu halten, was wir mit der Exportförderung, mit der inzwischen neuerlich fixierten Exportfinanzierungsverbesserung ebenso versuchen und erreicht haben, wie wir das mit den fremdenverkehrsfördernden Maßnahmen erreichen wollen und wie wir das mit den währungspolitischen Entscheidungen erzielt haben. Jedenfalls ist eine dramatische Verbesserung unserer Handelsbilanz trotz beträchtlicher Belastung aus der Ölpreisverteuerung eingetreten.

Es geht darum, die Phase V abzuschließen, wo wir eine Vorleistung in Form der Steuersenkung erbracht haben, um den Wirtschaftspartnern bei Gewinn, bei Lohn, bei Gehältern eine entsprechende Berücksichtigung möglich zu machen, daß die Budgeterstellung in der Richtung erfolgt ist und unter den gegebenen Umständen eine Fortsetzung der monetären Maßnahmen erfolgen soll, wobei es uns gar nicht um Beschwörungen und Gespenster geht, wenn ich das jetzt in dem Zusammenhang sage, aber wir werden bemüht sein, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, was uns bisher gelungen ist.

Ich möchte hier noch einmal betonen, daß Arbeitslosigkeit für uns kein Instrument der Preisbekämpfung darstellt. Die Länder, die es versucht haben, haben ja gezeigt, daß wir ... (Abg. Dr. Keimel: Aber Inflation wird zur Arbeitslosigkeit führen!) Wenn man die Indexmechanik spielen läßt, dann gebe ich Ihnen recht. Wenn man der Meinung ist, über die Indexmechanik die Teuerung, die uns von außen trifft, abzugelenken, dann droht diese Gefahr. Aber die Maßnahmen sind ja auch so gesetzt, um dies zu verhindern, Herr Abgeordneter. (Abg. Dr. Keimel: Die Teuerung von außen ist nicht Inflation! Sie wissen schon, was wir unter Inflation verstehen!) Ja, dann darf ich Ihnen sagen, wenn Sie diese Unterscheidung mit mir teilen, daß ein Drittel von den 10 Prozent heuer auf Erdöl zurückzuführen ist, nahezu ein weiteres Drittel auf die anderen Teuerungen von außen und ein Drittel hausgemacht. (Abg. Dr. Keimel: Das wäre ja schön, wenn Sie das Hausgemachte auf 3 Prozent herunterbringen würden!) Darf ich Ihnen den Bericht des Institutes für Wirtschaftsforschung, wo das alles ausgeführt ist, empfehlen.

Ich darf also meine Wortmeldung damit abschließen, daß ich für die Budgetpolitik, und ich wiederhole das, was ich in der Budgetrede gesagt habe, folgende Probleme sehe, aus der Vorschau deutlich zu erkennen: daß angesichts dreier Steuersenkungen und der Zollsenkungen ohne Kompensation nach dem er-

folgten Auffüllen des Nachholbedarfes im schulischen und wissenschaftlichen Bereich eine weitere Personalvermehrung nicht realisierbar scheint, daß weitere Steuersenkungen ohne fiskalische Kompensation ebenfalls nicht möglich sind und daß vom Staat allenfalls neu übertragene Aufgaben oder Aufgaben, die rasch erfüllt werden sollen, nicht ohne zusätzliche Mittel durchgeführt werden können.

Wir haben nicht aus Freude den Antrag heute gestellt, den Zigarettenpreis zu erhöhen. Ich bin sicher, daß das nicht als eine populäre oder dankbare Maßnahme gewertet wird, aber eine notwendige, um etwa den wichtigen Bereich der Spitalsfinanzierung auf eine bessere Basis zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zu einer tatsächlichen Begründung hat sich der Abgeordnete Dr. Keimel zu Wort gemeldet. Fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Dr. Keimel (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die polemischen Ausführungen von der Regierungsbank aus werde ich dann bei meiner Wortmeldung zurückkommen. Hier nur drei sachliche Richtigstellungen, die sofort die Tendenz der Unsachlichkeit der Wortmeldung des Finanzministers aufzeigen sollen und aufzeigen müssen.

Er stellt heute wie so oft in der letzten Zeit die unrichtige Behauptung in den Raum, daß die Verbraucherpreise während der Zeit der OVP-Regierung im internationalen Vergleich wesentlich stärker gestiegen seien als während der Zeit der sozialistischen Regierung. (Zwischenrufe.)

Herr Finanzminister! Ich nehme Ihre eigene Unterlage zum Budget her:

Entwicklung der Verbraucherpreise. 1967, 1968 und 1969 waren unter den angeführten 14 Staaten 5 Staaten mit einer geringeren Indexsteigerung als Österreich. (Ruf bei der SPÖ: 1966?) 1970, 1973, 1974 sind wieder fünf Staaten unter uns.

Der Vergleich, Herr Minister — und Sie wissen das auch, weil Sie uns diese Unterlage geben —, ist also falsch, und auch Ihre Behauptung ist falsch. Das wollte ich richtigstellen.

Zum zweiten: Sie sprechen von der geringeren Steuerbelastung und begründen sie immer mit den Steuersenkungen, mit Zollsenkungen. Das ist die Halbwahrheit. Sie haben nebenbei bemerkt nicht Steuern gesenkt, sondern Sie haben nur die wesentliche Erhöhung gestoppt, aber nicht gesenkt.

Die Steuerbelastung ist nach den Ausführungen im Arbeitsbehelf zum Budget 1975 von

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11571

Dr. Keimel

1969 mit 36 Prozent des Bruttonationalprodukts auf 37,5 Prozent gestiegen, Herr Finanzminister! Daher ist die Aussage, die Gesamtsteuerbelastung sei gesunken, unrichtig.

Zum dritten: die Finanzschuld. Wir haben nicht von der Finanzschuld gesprochen. Wir haben von der Staatsschuld gesprochen und haben erklärt, daß diese ganz wesentlich gestiegen sei. Herr Finanzminister, das ist ein Taschenspielertrick (*Zwischenrufe bei der SPÖ* — *Abg. Dr. Gruber: Was denn?*), daß Sie ununterbrochen von der Finanzschuld sprechen. — Hören Sie zu, dann werden Sie es noch feststellen: Das ist ein Zahlentrick! (*Zwischenrufe*.) Sie sprechen von der Finanzschuld, die angeblich gesunken sei, ...

Präsident Probst (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter! Ich muß Sie aufmerksam machen, daß Sie sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet haben.

Abgeordneter Dr. Keimel (*fortsetzend*): Das ist eine tatsächliche Berichtigung.

Präsident Probst: Nein, das ist keine tatsächliche Berichtigung. Sie halten eine Diskussionsrede!

Abgeordneter Dr. Keimel (*fortsetzend*): Ich komme mit den Zahlen, Herr Präsident, ... (*Abg. Dr. Tull: Er hat ja noch gar nicht geredet! Er hat noch nicht berichtet!* — *Abg. Dr. Gruber: Während dieser Zeit haben Sie geschlafen, Herr Dr. Tull!*)

Präsident Probst: Ich bitte, sich an die Geschäftsordnung zu halten und eine tatsächliche Berichtigung abzugeben!

Abgeordneter Dr. Keimel (*fortsetzend*): Wenn Sie mir wieder die Möglichkeit geben, werde ich mit dem Zahlenmaterial fortfahren. Ich habe das Zahlenmaterial zu den Verbraucherpreisen gebracht, ich habe das Zahlenmaterial zur Steuerbelastung gebracht, und ich bringe das Zahlenmaterial zu den Staatsschulden.

Die Finanzschuld ist geringer gestiegen. Sie ist gestiegen, aber geringer, aber die gesamte Staatsschuld — und davon haben die Kollegen Koren und Withalm gesprochen — ist wesentlich gestiegen!

Herr Finanzminister! Es ist nämlich eine Verlagerung der Schuldenstruktur des Bundes während der letzten Jahre fortgeschritten. Die Staatsschulden sind gestiegen und ebenso die Zahlungsrückstände, wie der Rechnungshof feststellt. (*Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch. (*Abg. Dr. Gruber zur SPÖ: Der darf nicht einmal berichten? Das wäre eine eigenartige Auslegung!* — *Gegenrufe bei der SPÖ.*)

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ob die Geschäftsordnung das erlaubt oder nicht — ich bin Ihnen dankbar für die Möglichkeit, das so rasch klarstellen zu können. Aber Sie werden mir einräumen, daß ich Ihren Vorwurf, den Sie nämlich nicht begründet haben, mit „Zahlentrick“ in aller Freundschaft zurückweise. (*Abg. Dr. Keimel: Ich komme dann noch in meinen Ausführungen!*) Das ist Ihre Sache, wie Sie Ihre Ausführungen gestalten. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Hinsichtlich der Steuerbelastungsquote — ich brauche keine Unterlagen, ich kann das aus dem Gedächtnis tun — darf ich Sie wieder auf einen der letzten Institutsberichte für Wirtschaftsforschung verweisen, wo die Abgabenbelastungsquote — ich werde gleich den Unterschied aufzeigen — seit 1964 die geringste geworden ist. Was Sie nehmen, ist die umfassende Steuerbelastungsquote, in der die Kammerbeiträge und die Sozialversicherungsbeiträge genauso enthalten sind. (*Abg. Doktor Keimel: Das ist das einzige ...!* — *Abg. Dr. Gruber: Natürlich!*) Wenn die Tarifpartner aus guten Gründen Leistungsverbesserungen bringen und die dafür erforderlichen Finanzierungsmittel, etwa bei der Krankenversicherung, so erhöht dies die Steuerbelastungsquote, aber das können Sie schwerlich dem Finanzminister anlasten, genausowenig wie die Erhöhung der Kammerbeiträge, verehrter Herr Generalsekretär Dr. Mussil, vor allem bei der Landwirtschaftskammer ... (*Abg. Dr. Gruber: Bei der Arbeiterkammer auch!*) Bitte, auch bei der Arbeiterkammer. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Das einmal zur Steuerbelastungsquote. Also ist die „tatsächliche Berichtigung“ hiermit in diesem Punkt berichtet.

Ich komme zu dem, was den Preis, die Preisentwicklung anlangt. Sie haben — ich wiederhole das nur — gesagt, daß wir jetzt — das ist Ihre Aussage — nicht schlechter liegen als Ihre Regierung damals: Fünf vor uns. (*Ruf des Abg. Dr. Keimel.*) Dann geht aber die Kritik Ihrerseits sogar nach Ihrer Aussage daneben! Schauen Sie aber bitte in den Unterlagen aus dem Jahre 1967 nach — das kann ich Ihnen aus dem Gedächtnis sagen —, dann werden Sie finden, daß die Steigerung bei uns wesentlich höher war als im internationalen Schnitt.

11572

Nationalrat XIII. GP -- 118. Sitzung -- 6. November 1974

Bundesminister Dr. Androsch

Schließlich kann ich zur Finanzschuld nur sagen: Die ist anteilmäßig gesunken, und Sie können nicht von den Zufälligkeiten der Anweisungsrückstände ausgehen, denn das hängt davon ab, wann die Firmen ihre Rechnungen legen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Koren: Das sind schöne ...!*)

Präsident Probst: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Er hat das Wort. (*Abg. Jungwirth zu Abg. Doktor Keimel: Heute sind Sie daneben!* — *Gegenruf des Abg. Dr. Keimel!*)

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sosehr ich dem Herrn Kollegen Dr. Keimel in manchem beipflichte, muß ich doch sagen: Eine tatsächliche Berichtigung war das nicht. Da könnte sich jeder von uns zum Wort melden, wenn wir meinen, daß irgend jemand etwas Unrichtiges gesagt hat, und könnten uns auf diese Weise zwischen zwei Redner einschieben. Ich würde doch glauben, daß es besser ist, das in Form einer normalen Wortmeldung abzuwickeln. (*Beifall bei der FPÖ.* — *Rufe bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Ich möchte feststellen, daß ich vorher nicht weiß, was er berichtigt, daher ist der Zwischenruf, ich habe ihm das Wort erteilt, unziemend! Ich kann nicht wissen, was er redet. (*Abg. Dr. Keimel: Das ist eine Berichtigung.* — *Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil.* — *Abg. Dr. Zittmayr: Der Herr Präsident hat sich richtig verhalten!*)

Abgeordneter Dr. Broesigke (fortsetzend): Ich darf nun einleitend auf zwei Feststellungen des Herrn Bundesministers für Finanzen zu sprechen kommen, weil er diese in die Stellungnahme zur Rede des Abgeordneten Peter aufnahm, und zwar betreffend den Steuersatz bei der Umsatzsteuer und betreffend die Schillingaufwertung. Ich darf, um Unklarheiten zu vermeiden, feststellen, daß die freiheitliche Fraktion niemals den Standpunkt vertreten hat, daß der Steuersatz der Umsatzsteuer falsch war. Diesbezüglich ergab sich bekanntlich eine Differenz zwischen den Meinungen der beiden Oppositionsparteien, wobei wir der Auffassung sind, daß die Entwicklung unsere Auffassung bestätigt hat.

Genauso haben wir auch nicht gegen die Schillingaufwertung Stellung genommen. Auch diesbezüglich hat eine Meinungsdifferenz zwischen den Oppositionsparteien bestanden. Die entsprechenden Ausführungen des Herrn Bundesministers können also nicht berechtigterweise an unsere Adresse gerichtet werden.

Auch ich möchte von der Feststellung in der Budgetrede des Herrn Bundesministers ausgehen, die schon wiederholt zitiert wurde

und die da lautet: In dieser Zeitspanne konnte das Budget konsolidiert werden. Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.

Das wurde schon mehrmals zitiert, und zwar, glaube ich, berechtigterweise zitiert, und auch das Bundesministerium für Finanzen hat dieser Feststellung besondere Bedeutung beigemessen, denn sie ist ja im schriftlichen Text der Budgetrede unterstrichen. Dies gibt ihr aber keineswegs einen erhöhten Wahrheitsgehalt.

Meine Damen und Herren! Jede Oppositionspartei müßte glücklich sein, wenn sie nach einer solchen Feststellung sagen kann, das ist tatsächlich der Fall, denn das würde zeigen, daß in unserem Land gesunde Wirtschaftsverhältnisse herrschen, daß der Staatshaushalt in Ordnung ist und dergleichen mehr. Leider ist diese Eingangsfeststellung völlig unrichtig, und ich darf nur in einigen Punkten zeigen, warum dies gesagt werden muß.

Zunächst zur Staatsschuld: Bezuglich der Staatsschuld sagte der Herr Bundesminister, mit einer Staatsschuld von rund 8000 S pro Kopf gehöre Österreich mit der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland zu den am geringsten verschuldeten Ländern. Das ist in bezug auf das Bruttonationalprodukt errechnet. Aber legen wir uns einmal die Frage vor, ob es überhaupt richtig ist, eine solche Beziehung herzustellen, und ob man, wenn man den Verschuldungsgrad eines Staates errechnet, nicht eher von einem Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung ausgehen muß. Denn es ist ja ein Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten mit einem wesentlich höheren Pro-Kopf-Einkommen und einem Staat, in dem dieses relativ niedrig ist. So wie der einzelne seine Schulden aus seinem Einkommen zurückzahlen muß, so muß auch der Staat, wenn er seine Verschuldung errechnet, sich doch die Frage vorlegen, wie hoch dieses Einkommen ist.

Wenn man von dem Pro-Kopf-Einkommen ausgeht, so ergibt sich ein ganz anderes Bild im internationalen Vergleich. Ich ziehe nun diesen internationalen Vergleich, weil ja in allen Fällen, wo etwas, was negativ scheinen könnte, besprochen wird, es immer heißt: Sehen wir uns einmal an, wie es in anderen Ländern ist! Diese Betrachtung bezüglich des Pro-Kopf-Einkommens muß also dem internationalen Vergleich zugrunde liegen, und da zeigt es sich, daß Österreich in einer ganz anderen Position ist. Es ist nämlich am 11. Platz. Am 12. Platz ist Japan, am 13. Italien und am 10. Großbritannien. Das ist also die wirkliche Nachbarschaft bezüglich der Verschuldung unseres Staates. Wenn Sie nun

Dr. Broesigke

noch behaupten wollten, daß in Großbritannien und Italien die Finanzen konsolidiert sind und der Staatshaushalt in Ordnung ist, so würde Ihnen das, glaube ich, überhaupt niemand in Österreich abnehmen.

Bei dieser Berechnung ist außerdem, wie heute auch schon ausgeführt wurde, die sogenannte Verwaltungsschuld nicht berücksichtigt, die doch einen sehr erheblichen Betrag ausmacht. Sie scheint im Budget nicht auf, und das ist ein wesentlicher Mangel der Budgetstruktur an sich, weil ja für jede wirtschaftliche Betrachtung die Verwaltungsschuld eine Größe darstellt, die ebenfalls in Rechnung gestellt werden muß.

Es kommen aber auch noch die Sondergesellschaften hinzu. Es ist schon richtig, wie der Herr Minister vorhin gesagt hat, daß sie aus dem Budget ausgegliedert sind und daß man daher das Budget dieser Sondergesellschaften gesondert betrachten muß. Natürlich gilt dies aber nicht für eine Erörterung der Gesamtlage des Staates und nicht für eine Erörterung der Gesamtlage der österreichischen Wirtschaft. Für die Frage, wie hoch die Verbindlichkeiten im ganzen sind, sind die Sondergesellschaften sehr wohl wirtschaftlich von Bedeutung, umso mehr, wenn in regelmäßigen Abständen entweder Zuschüsse erfolgen oder Schulden nachgelassen werden müssen. Es gibt daher die Budgetrede schon bei der Frage der Staatsverschuldung ein völlig unrichtiges Bild, das geeignet ist, über die wahre Lage des österreichischen Staates hinwegzutäuschen.

Weiter wurde in der Budgetrede auf eine Reihe dem Finanzminister positiv erscheinender Umstände hingewiesen. Er verwies auf einen zweifellos positiven Punkt, auf die Vollbeschäftigung. Er verwies aber nicht darauf, daß es in Wirklichkeit keine Vollbeschäftigung, sondern eine Überbeschäftigung ist, denn wir haben ja 226.000 Gastarbeiter im Land. Das geht also in die entgegengesetzte Richtung, und auch das muß für eine wirtschaftliche Betrachtung der Lage unserer Wirtschaft berücksichtigt werden.

Auf die Formulierung, daß das Ausmaß der Preissteigerungen geringer ist als in den meisten anderen Industriestaaten der westlichen Welt, wurde schon eingegangen. Es hilft alles nichts: Es kommt nicht auf den internationalen Vergleich, sondern auf die Verhältnisse hier in Österreich und darauf an, ob die Regierung tatsächlich alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um diese Preissteigerungen zu verhindern.

In der Budgetrede finden wir den Satz: „Dies haben wir erreicht, ohne uns auf das frag-

würdige Experiment der Rezession einzulassen.“ — Herr Bundesminister, das ist genau das, was wir Ihnen vorwerfen; daß Sie ununterbrochen die Scheinalternative aufstellen: Vollbeschäftigung oder Stabilität, als ob es nur das eine oder das andere gäbe, während das doch in Wirklichkeit zwei Wirtschaftsziele sind, die jede Regierung und jede Volkswirtschaft beide anstreben muß. (Beifall bei der FPÖ.)

Genauso wie im Zeitpunkt der Rezession die Hauptsorge des Staates darauf gerichtet sein muß, daß die Vollbeschäftigung erhalten bleibt, so ist augenblicklich die Inflation unsere Hauptsorge, umso mehr, als sie letzten Endes auch die Vollbeschäftigung gefährdet. Darum kommen wir nicht herum, es wird aber immer wieder durch die falsche Alternative Vollbeschäftigung oder Stabilität verschleiert, in den Hintergrund gestellt und zum Nachteil der österreichischen Wirtschaft vernachlässigt.

Sie, Herr Bundesminister, sprachen in der Budgetrede von den hohen Währungsreserven, fügten aber nicht hinzu, daß diese Währungsreserven abnehmen, weil unsere Zahlungsbilanz passiv ist. Sie sprachen von der Zunahme der Spareinlagen, sagten aber nicht, daß die Zuwachsrate bei den Spareinlagen ebenfalls abnimmt.

Es gibt eine ganze Reihe von Bereichen, wo die Dinge in optimistisch rosigem Licht gefärbt sind, während sich alle Fachleute, auch die sozialistischen Wirtschaftstheoretiker, darüber im klaren sind, daß die Dinge anders aussehen.

Wir geben Ihnen völlig recht, Herr Bundesminister, wenn Sie nunmehr die Frage aufwerfen, ob es jemand in Österreich gibt, „der das Erdöl oder Kupfer oder Speiseöl oder Reis oder andere Importprodukte auch nur um einen Schilling billiger bekäme und damit eine bessere Antwort auf die Teuerung hätte“. Wir müssen aber fragen: Haben Sie diesen Umstand bei diesem Budget berücksichtigt? Haben Sie auch die Konsequenzen aus dem Umstand gezogen, daß wir nun aus dem Ausland auf vielen Bereichen teurer importieren müssen und daß das notwendigerweise bedeutet, daß gespart werden muß, das heißt, daß Abstriche gemacht werden müssen? Wir behaupten, daß Sie sehr wohl diese berechtigte Frage in der Budgetrede gestellt haben, daß aber das Budget keine richtige Antwort auf diese Frage ist.

Wir haben uns in der Vergangenheit schon vielfach mit dem Problem der Stabilisierung befaßt. Es wurde festgestellt, daß eine ganze

11574

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Broesigke

Reihe von Stabilisierungsmaßnahmen getroffen worden ist, vor allem auf monetärem Gebiet, z. B. die Kreditrestriktion. Es hat — ich glaube in Alpbach, und zwar in Ihrer Gegenwart, Herr Bundesminister — ein international anerkannter Fachmann namens Ponto, einen Vortrag gehalten, in dem er das Wort von den alleingelassenen Notenbanken geprägt hat, das heißt, daß man die ganze Last der Stabilisierung auf die Notenbank und die Maßnahmen schiebt, die eine Notenbank treffen kann. Das ist aber nur ein Teil der möglichen Maßnahmen. Und wenn sie nicht durch andere vervollständigt werden, wenn nicht der Staat selbst das Seine dazu beiträgt, dann sind letzten Endes die vermehrten Konkurse und Ausgleiche, die wir jetzt beobachten können, das einzige oder eines der wenigen Ergebnisse solcher Maßnahmen.

In erster Linie ist es Aufgabe des Staates, für die Stabilität zu sorgen. Der moderne Staat hat in Gestalt des Budgets eine mächtige Handhabe, um hier einzugreifen. Das konnte der Staat etwa des 19. Jahrhunderts nicht. Aber der moderne Staat kann es, wobei allerdings eine unerlässliche Voraussetzung geben sein muß: Er muß ehrlich wollen, er muß den ehrlichen Willen haben, sein Budget konjunkturgerecht entgegen immer bestehenden Widerständen zu gestalten. Und diesen ehrlichen Willen sehen wir in diesem Budget für 1975 nicht! Dazu nun einige Ziffern.

Ich darf vielleicht auf das Jahr 1974 zurückgreifen. Es wurde damals ein Grundbudget vorgelegt mit einem Ausgabenrahmen von 159,4 Milliarden Schilling. Wenn man dazu die damals ebenfalls vorgelegte Stabilisierungsquote hinzurechnet und das Konjunkturbelebungsbudget, dann kommt man auf Ausgaben von 167,3 Milliarden Schilling. Das war also jener Ausgabenrahmen, der nur ausgeschöpft hätte werden sollen, wenn eine Rezession gekommen wäre. Die Stabilisierungsquote und das Konjunkturbelebungsbudget waren nämlich gedacht für den Fall einer Rezession.

Wie sehen nun die Ergebnisse dieses Jahres aus, und zwar nach den Ziffern, die Sie, Herr Bundesminister, bekanntgegeben haben? — Es kam zu Ausgaben von 168,6 Milliarden Schilling. Das heißt also: Sie haben mehr ausgegeben im Jahre 1974, als für Grundbudget, Stabilisierungsquote und Konjunkturbelebungsbudget vorgesehen war, und dies im Zeitpunkt der Hochkonjunktur. Sie haben damit gegenüber 1973 den Ausgabenrahmen nicht nur, wie im Budget vorgesehen, um 12,4 Prozent, sondern um 19,4 Prozent erweitert.

Daß das inflationär ist, braucht man eigentlich gar nicht mehr näher darlegen. Außerdem

kommt noch etwas dazu: Was hat dann eigentlich ein Budget, das ja an sich der starre Rahmen für das kommende Jahr sein soll, für einen Sinn, wenn sich derartige Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Budget ergeben? Gewiß: Es gibt Dinge, die nachträglich sich als erforderlich erweisen, mit denen man nicht rechnen konnte zum Zeitpunkt der Beschußfassung über das Budget. Aber das kann ja nicht einen derartigen Umfang annehmen, wie dies im Jahr 1974 der Fall war.

In den Jahren vor 1974 gab es ja die Stabilisierungsquote nicht, da wurde immer von seiten des Finanzministeriums gesagt: Der Ausgabenrahmen ist weit, aber der konjunkturgerechte Budgetvollzug macht es aus. — Im Jahre 1974 war keine Notwendigkeit von Bindungen, da hätte man konjunkturgerecht zumindest beim Grundbudget bleiben müssen. An Stelle dessen war es eine Ausweitung sondergleichen!

Für das heurige Jahr? — Für das heurige Jahr wurde die Sache so dargestellt, als ob eine Ausweitung stattfände bei den Ausgaben, die geringer ist als die Ausweitung des Bruttonationalproduktes, die vorzusehen ist. Sie ist dann geringer, wenn man den bekannten Birnen-Äpfel-Vergleich vornimmt, das heißt, daß man von den Ergebnissen, den voraussichtlichen Ergebnissen des Jahres 1974 auf das Budget herüberrechnet; dann kommt man auf einen wunderbaren Prozentsatz. Wenn man aber vom Budget 1974 auf das Budget 1975 rechnet, dann beträgt die Erhöhung 15,7 Prozent, das heißt also, sie ist höher als die Erhöhung des Bruttonationalproduktes.

Dabei ist aber eines noch nicht berücksichtigt: Das ist der Umstand, daß man seit diesem Jahr zu einer anderen Budgetrechnung übergegangen ist. Ich meine die Bereinigung bestimmter Durchlaufposten. Wenn man das auch noch berücksichtigt, dann beträgt die Differenz zwischen den beiden Budgets 1974 und 1975 beim Grundbudget 16,7 Prozent. Daß eine derartige Ausweitung der Staatsausgaben letzten Endes die Inflation antreiben muß, ist wohl völlig klar.

Es ist daher wohl kaum berechtigt, wenn man jetzt kommt und sagt: Wir tun alles für die Stabilität. In Wirklichkeit hat das mit Stabilität und auch mit Konjunkturpolitik überhaupt nichts zu tun, sondern es ist etwas völlig anderes. Darauf will ich jetzt zu sprechen kommen.

Es wurde sehr viel darüber diskutiert, ob der Staat an der Inflation gewinnt oder nicht. Ich glaube, es ist so, daß er zunächst einmal daran gewinnt durch die Progression, daß er

Dr. Broesigke

auf längere Sicht aber der Verlierer ist, und zwar aus einem Grund, den Sie in Ihrer vorigen Anfragebeantwortung gar nicht genannt haben, Herr Bundesminister, nämlich aus dem Grund, daß der normale Index der Verbraucherpreise nicht gleichzusetzen ist mit jenem Prozentsatz, um den die Staatsausgaben steigen. Denn Sie haben ja darunter Bauten und eine Menge Ausgaben, bei denen die Steigerung stärker ist als beim Index. Es ist also gar kein Zweifel, daß auf lange Sicht der Staat genauso draufzahlt wie die anderen auch. Bei einer Inflation gibt es nur Verlierer, es gibt keine Inflationsgewinner im allgemeinen und volkswirtschaftlich gesehen.

Daher aber nun die Frage: Warum tun Sie nicht endlich etwas, damit dieser Teufelskreis gestoppt wird? Sie haben doch die Behauptung aufgestellt, daß dieses Budget nach den Einnahmen orientiert ist. Aber das stimmt doch nicht! Dieses Budget ist ja ein ausgabenorientiertes Budget. Die Differenz zwischen den Ausgaben und dem, was Sie vielleicht — vielleicht auch nicht — einnehmen werden, das ist das Defizit. So ist es letzten Endes gerechnet. Und wie müßte es gerechnet sein? Es müßte so gerechnet sein, daß man sagt: Was kann der Staat in dem Jahr einnehmen, und mehr als er einnehmen kann, kann er nicht ausgeben. Denn wir sind ja nicht in der Zeit der Rezession, wo man die Wirtschaft ankurbeln muß, sondern wir sind auch heute noch in einer Hochkonjunktur drinnen, und für den Fall einer Rezession haben Sie ein Konjunkturbelebungsbudget. So haben Sie aber nicht gerechnet, sondern Sie haben hier 16 Milliarden Defizit vorgesehen.

Da steht noch der schöne Satz mit dem „inlandswirksamen Defizit“. Das hat der Herr Finanzminister Dr. Schmitz erfunden. Er hat damals die Theorie aufgestellt, daß bei der Berechnung des Defizits die Rückzahlungen von Staatsschulden nicht zu berücksichtigen sind. Und diese Theorie haben Sie übernommen, Herr Bundesminister! Sie ist aber trotzdem nicht richtig, weil natürlich die Rückzahlung von Darlehen genauso inlandswirksam ist. Natürlich wird es Leute geben, die sich dafür wieder etwas anderes kaufen, eine andere Anleihe zeichnen oder dergleichen mehr, aber an sich wird ja dadurch, daß Forderungen gegen den Staat zurückgezahlt werden, die Kaufkraft im Inland nicht weniger. Es wird daher von vielen Sachverständigen auf diesem Gebiete zu Recht bestritten, daß die Formel, mit der das Bundesministerium für Finanzen ein sogenanntes inlandswirksames Defizit berechnet, überhaupt stimmt. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch*) Ja sicher, aber trotzdem steckt die Problematik drinnen, daß Sie die Rückzahlung der Staatsschuld

abziehen. Das stimmt doch? Nicht? (Neuerlicher Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.)

Das inlandswirksame Defizit — ich will ja jetzt zu diesem Ergebnis kommen —, selbst wenn wir annehmen, daß alle diese Bedenken nicht stimmen, bedeutet doch, daß mit 7 Milliarden das Defizit für die inländische Wirtschaft wirksam wird, das heißt, inflationär wirksam wird. Darum kommen Sie nicht herum. Sie legen also in einem Zeitpunkt, in dem 10 Prozent Preissteigerung besteht, ein Budget vor, wobei in den Erläuterungen zum Budget ausgerechnet ist, daß 7 Milliarden, das sind 1000 S für jeden Österreicher, inlandswirksam sind und damit inflationsantreibend, um das volkstümlich zu sagen. Trotzdem sagen Sie: Das ist ein Sparbudget, das ist ein konjunkturgerechtes Budget.

Ich will jetzt gar nicht näher auf die Frage eingehen, wie das eigentlich finanziert werden soll, woher auf dem Inlandsmarkt das notwendige Geld beschafft werden soll, um dieses Defizit und alle anderen, die Kapital brauchen in Österreich, und die Sondergesellschaften und so weiter zu finanzieren. Ob man nicht dann im Ausland teures Geld aufnehmen muß, damit man diese Budgetlücke stopfen kann, bei der es ja nicht bleiben wird. Denn es hat ja noch kein Jahr gegeben, in dem es nicht ein schönes Gesetz oder deren mehrere gegeben hat, genannt Budgetüberschreitungsgesetz.

Wir können also schon von vornherein, ohne ziffernmäßige Größen zugrunde zu legen, davon ausgehen, daß es ja nicht das Endgültige ist. Genauso wie es im Jahre 1974 auch nicht das Endgültige gewesen ist, sondern man muß sich ja hier noch auf eine ganze Reihe von Dingen gefaßt machen.

So glaube ich, daß, wenn dieses Budget notwendig war — ich bestreite, daß es notwendig war —, wenn es notwendig war von der Ausgabenseite her gesehen, die Präsentation des Budgets eine völlig andere hätte sein müssen. Sie hätte damit eingeleitet werden müssen, daß die wirtschaftliche Situation geschildert wird, so wie sie ist und nicht so, wie man sie vielleicht haben möchte.

Sie haben von den Steuerermäßigungen gesprochen und haben dabei drei Steuerermäßigungen zitiert. Ja warum ist es denn zu diesen Steuerermäßigungen gekommen? Ist es etwa deshalb dazu gekommen, weil sich plötzlich der allgemeine Wille ergeben hat, die Steuern zum Vorteil der Bevölkerung zu senken, oder war es nicht etwa so, daß die Inflation es erzwungen hat, die Steuern zu senken, daß die Inflation es notwendig gemacht hat, bei einem Progressionstarif eine

11576

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Broesigke

Steuerermäßigung in regelmäßigen Abständen vorzunehmen? Das ist doch kein Verdienst einer Bundesregierung! Das gehört doch zu jenen Maßnahmen, die sie treffen muß, um den Ergebnissen ihrer Wirtschaftspolitik auf dem Sektor der Steuern Rechnung zu tragen.

Ich komme damit zum Abschluß. Ich glaube also, daß, wenn Horst Knapp in dem Artikel, den der Abgeordnete Dr. Withalm zitiert hat, die Feststellung getroffen hat, daß die Staatsfinanzen seit Menschengedenken so wenig in Ordnung waren wie heute, daß diese Feststellung durch die Zahlen des vorgelegten Haushaltsgesetzes voll bestätigt ist.

Es wäre nun notwendig gewesen, der österreichischen Bevölkerung reinen Wein einzuschenken über die wahren wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir glauben, daß, wenn man unserer Bevölkerung sagt, wie es wirklich steht, das viel besser ist als alle Beschönigungsversuche, die Selbstzufriedenheit und das Eigenlob, mit dem man die Ergebnisse der eigenen Regierungspolitik umgibt.

Es kann sicher niemand einen Vorwurf machen, wenn auf dem Weltmarkt die Preise steigen. Es kann niemand einen Vorwurf machen wegen der Verteuerung der Importe, man kann aber einen Vorwurf machen wegen der hausgemachten Inflation, und die haben wir in sehr starkem Maße. Aber wenn dies die Entwicklung ist, dann ist es wenig fruchtbar, darüber nachzudenken, wie es von 1962 bis 1966 und von 1966 bis 1970 war. Das ist das beliebte Spiel bei solchen Auseinandersetzungen: „Bei mir war es um soviel Prozent mehr“, und die Ausgangslage und die Endlage sind an sich völlig uninteressant.

Sagen Sie doch einmal der österreichischen Bevölkerung die Wahrheit, die da lautet, daß der Staat eben nicht über seine Verhältnisse leben kann, wie es der einzelne auch nicht kann!

Ich möchte daher mit einem Zitat aus demselben Artikel schließen, den der Abgeordnete Withalm zitiert hat. Da lautet der letzte Absatz in bezug auf dieses Budget:

„Sieht so ein konsolidiertes Budget aus? Die Ansichten deutscher Sozialdemokraten sind zwar neuestens in Österreich wenig gefragt, doch wie sagte Carlo Schmid: Demokratie steht und fällt mit dem Mut der Regierungen, dem Volke die Wahrheit zu sagen . . .“ (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Tull (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben nunmehr in fast vier Stunden der ersten Lesung Ausführungen der Oppositionsparteien gehört, die darin gipfelten, daß die Regierung bisher im Grunde genommen von dem Regierungsprogramm, das sie sich im Jahre 1971 gesetzt hat, entweder nur sehr wenig oder aber in gewissen Bereichen so gut wie überhaupt nichts in Angriff genommen beziehungsweise verwirklicht hat.

Wir haben vor allem von den Rednern der Österreichischen Volkspartei vernommen, daß wir heute fast vor einem Scherbenhaufen stünden, daß sich die österreichische Wirtschaft in einer schier ausweglosen Situation befände und daß es wirklich nunmehr verstärkter und geradezu letzter Anstrengungen bedürfe, zu verhindern, daß wir gemeinsam in einen Abgrund stürzen.

Die Österreichische Volkspartei spezialisiert sich in den letzten Monaten immer mehr darauf, politische Weissagungen zu machen. Vor Antritt ihrer Regenerationskur im Jungbrunnen Badgastein hörten wir, daß wir vor einem heißen Herbst stünden, und nach Abschluß dieser Kur in Badgastein, die der Österreichischen Volkspartei ein neues Selbstvertrauen geben sollte, entnehmen wir nunmehr der Österreichischen Volkspartei nahestehenden Zeitungen, daß es bei der Budgetschlacht an Vorwürfen nur so hageln würde.

Ich möchte eines in diesem Zusammenhang mit aller Eindeutigkeit und Klarheit feststellen: Wenn Sie glauben, daß das, was Sie bisher hier in diesen vier Stunden geboten haben, ernst zu nehmende Vorhalte und Vorwürfe sind, wenn Sie glauben, damit die Leistungen der sozialistischen Bundesregierung in den Augen der Öffentlichkeit, der Österreicherinnen und Österreicher herabsetzen zu können, so sind Sie auf einem Holzweg.

Sie mögen noch so oft in den kommenden Tagen und Wochen, solange dieses Budget hier oder im Ausschuß behandelt wird, herauskommen und behaupten, wie schlecht dies und wie schlecht jenes sei, Sie mögen noch so oft hier herauskommen und den untauglichen Versuch unternehmen, unsere Wirtschaft krankzujammern und die Dinge darzustellen, als ob wir das Schlußlicht hinsichtlich unserer Wirtschaft in der westlichen Welt wären, eines müssen Sie zur Kenntnis nehmen: Wir haben den Entschluß gefaßt, und wir werden uns auch daran halten, immer und wieder Ihren Behauptungen entgegenzutreten und Ihren unrichtigen Feststellungen die Wahrheit gegenüberzustellen. Wir haben die Absicht, hier in aller Deutlichkeit auch Rechenschaft

Dr. Tull

zu legen, Bilanz zu legen, aber keine entstellte, nicht mit falschen Zahlen operierend, sondern einfach die Dinge so darzustellen, wie sie sind, weil wir davon überzeugt sind, daß die Erfolge dieser Regierung im Grunde genommen für sich sprechen.

Sie haben in Ihrer Befehlsausgabe erklärt, Sie werden härteste Kritik an Androschs Zahlenauberei betreiben. Wir sehen dem, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Ruhe und Gelassenheit entgegen. Wir sind davon überzeugt — und da geben wir Ihnen recht —, daß es bedeuten würde, den Kopf in den Sand zu stecken, würde man nicht erkennen, daß es angesichts der veränderten und schwieriger gewordenen Verhältnisse in der Welt immer schwerer wird, eine Budgetpolitik zu gestalten, die allen Anforderungen und allen Wünschen weitestgehend gerecht wird.

Aber ich glaube, nachdem wir festgestellt haben und auch die Oppositionsredner das eingestehen mußten, daß von einem „Blut-und-Tränen-Budget“ keine Rede sein kann, danken wir dem Finanzminister für seine offenen Worte, für seinen ehrlichen und aufrichtigen Appell, den er an alle Kreise, an alle Bevölkerungsschichten gerichtet hat, nämlich weitestgehend Sparsamkeit zu üben, möglichst viele Ansprüche zurückzustellen, eine weitestgehend zurückhaltende Lohn- und Gewinnpolitik im Interesse der Allgemeinheit zu führen, wobei das aber, Herr Generalsekretär Mussil, nicht so ausgelegt werden kann, daß man Maßhalteappelle nur immer wieder an die Adresse der Lohn- und Gehaltsempfänger richtet, sondern man muß so ehrlich sein, das an beide Seiten zu richten und Maßhalteappelldisziplin nicht nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern erwarten, sondern auch von jenen Kreisen, Herr Generalsekretär, die Sie zu vertreten die Ehre haben. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! In dieser Budgetdebatte wird, wie nicht anders zu erwarten gewesen ist, zweifelsohne das Problem des Defizits eine sehr entscheidende Rolle spielen. Sie haben heute hier behauptet, daß Androsch ein Defizit — Sie haben es zwar nicht wörtlich ausgesprochen, aber zwischen den Zeilen konnte man das heraushören und herauslesen — geradezu absichtlich provoziere beziehungsweise produziere.

Es wird Ihnen, sooft Sie mit dieser Behauptung in der Öffentlichkeit auftreten, immer wieder eines in Erinnerung gebracht werden müssen: Ja, wir haben ein Defizit, ein großes Defizit, aber wir müssen auch erkennen, worauf dieses Defizit zurückzuführen ist, daß es nämlich darauf zurück-

zuführen ist, daß wir eine Steuersenkung gehabt haben, für die letzten Endes auch der CAAB in einem sehr entscheidenden Umfang eingetreten ist. (Abg. Dr. Mussil: Ein Gruseldefizit!) Wenn es nach den Wünschen dieser Lizitierer gegangen wäre, Herr Generalsekretär Mussil, dann wäre das Defizit im Staatssäckel noch wesentlich größer, als es so ausgefallen ist.

Meine Damen und Herren! Neben diesem Defizit, das zweifelsohne Ihrerseits immer wieder zur Sprache gebracht werden wird, soll man aber nicht verkennen, daß in diesem Budget auch sehr entscheidende Schwerpunkte gesetzt worden sind und wir somit die Absicht haben, den Rest, die offenen Wünsche, die offenen Anliegen unserer Regierungserklärung aus dem Jahre 1971 zu verwirklichen. (Abg. Dr. Mussil: Bei Ihrer Regierung!)

Herr Generalsekretär Dr. Mussil! Wenn der Herr Dr. Withalm hier aufgetreten ist und behauptet hat, daß von diesem Regierungsprogramm, von dieser Regierungserklärung nur sehr wenig verwirklicht worden sei, dann können wir dem mit aller Bestimmtheit und Klarheit entgegenhalten, daß zumindest 70 Prozent dessen, was in dieser Regierungserklärung versprochen wurde, von dieser Bundesregierung gehalten und in die Tat umgesetzt worden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir begrüßen es daher, meine Damen und Herren, daß bezüglich der Schwerpunkte vor allem jene Bereiche besonders bedacht worden sind, die unserer Meinung nach unbedingte Priorität in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verdienen. Wir begrüßen es daher, daß beispielsweise Wissenschaft und Forschung entsprechend gut dotiert worden sind. Wir begrüßen es aufrichtig, daß auch im Sozialbereich mit zusätzlichen Mitteln, die den Kriegsopfern bereitgestellt werden sollen, ein Schwerpunkt gesetzt werden konnte. Letzten Endes, glaube ich, wird jedermann angesichts des drohenden Verkehrschaos begrüßen müssen, daß nunmehr die Bundesregierung begonnen hat, das Gewicht von der Straße zum Schienenverkehr zu verlegen und daß in diesem Budget 500 Millionen Schilling für den Nahverkehr, für die Forcierung, für den Ausbau des Nahverkehrs in den Ballungsräumen, eingesetzt worden sind.

Wenn vielleicht im Zuge der Budgetverhandlungen vor allem beim Kapitel Verkehr bürgerliche Vertreter neuerlich den durchaus berechtigten Wunsch nach forciertem Ausbau des Telephonnetzes in Österreich in Erinnerung bringen werden, so können wir dem entgegenhalten, daß auch auf diesem Gebiet

11578

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Tull

entsprechend vorgesorgt wurde. (Abg. Doktor Zittmayr: Die Gebühren erhöht worden sind!) 150.000 neue Telephonanschlüsse, die 4,8 Milliarden Schilling kosten werden, Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr, sind für das Jahr 1975 vorgesehen. (Abg. Dr. Zittmayr: 100prozentige Gebührenerhöhung! Die kleinen Gemeinden sind am meisten betroffen! Das war eine sehr unfaire Vorgangsweise!) Bezuglich der Gebühren werden wir uns noch sehr eingehend unterhalten. Ich komme noch einmal darauf zu sprechen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß auch die Länder und Gemeinden diesem Beispiel, Sparsamkeit zu üben, wo es möglich ist, folgen werden, sodaß den stabilitätspolitischen Bemühungen, denen weiterhin besonderer Vorrang seitens der Bundesregierung eingeräumt wird, auch in Hinkunft ein entsprechender Erfolg beschieden ist.

Der Herr Dr. Withalm hat heute eine Bilanz gelegt und hat weit in die Zeit der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei zurückgeblendet. Da sich gerade der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr als bäuerlicher Vertreter hier sehr eifrig als Zwischenrufer bemerkbar macht, möchte ich ihn doch daran erinnern, wie das erste Budget im Jahre 1966, für das Sie die Alleinverantwortung zu tragen gehabt haben, ausgesehen hat. Herr Dr. Withalm hat heute alles verklärt dargestellt. In seiner nostalgischen Stimmung hat er so getan, als ob das geradezu paradiesische Zustände gewesen wären, als würden damals nur Milch und Honig geflossen sein.

Was hat damals Herr Dr. Schmitz, der damalige Finanzminister, am 11. Mai 1966 — Herr Kollege Dr. Zittmayr und meine Herren des Bauernbundes — in seiner Budgetrede ausgeführt? Er sagte damals:

Es werde notwendig sein, verschiedene Ausgaben „einzuschränken oder ganz abzubauen. Ich denke dabei vor allem an die Preisstützungen, mit deren Abbau im nächsten Budget begonnen werden sollte.“

Und siehe da: Im Budget 1967 setzte der damalige Landwirtschaftsminister und heutige Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei Dr. Schleinzer zum ersten Streich an, indem er dem Milchwirtschaftsfonds 567 Millionen Schilling und dem Getreidewirtschaftsfonds 231 Millionen gestrichen hat. Der zweite Streich folgte am 1. Jänner 1967: Der Milchpreis wurde für die Konsumenten erhöht, die Bauern bekamen keinen einzigen Groschen. So hat sich das dann fortgesetzt, Schlag um Schlag.

Meine Herren des Bauernbundes! Merken Sie sich das gut, wenn Sie in den nächsten Tagen und in den nächsten Wochen immer wieder die Klagemauer suchen und dort Ihr altes Lamento anstimmen lassen, wie schlecht es diese Regierung mit den Bauern vorhätte! Denken Sie daran, was damals Herr Doktor Schleinzer in seinem Grünen Bericht, in seinem Grünen Plan schreiben mußte:

Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttonationalprodukt war trotz guter Ergebnisse und trotz tierischer Leistungen geringer als 1967. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft war 1968 um 1,54 Milliarden Schilling geringer.

Meine Damen und Herren! Als damals die Bauern aufzogen, weil sie mit dieser Politik nicht einverstanden sein konnten — die Bauern allerdings nicht des Bauernbundes, denn die durften damals nicht demonstrieren, die hatte man an die kurze Leine gelegt, es waren damals die Bauern des Allgemeinen Bauerverbandes —, als damals Klaus durch die Hintertür flüchtete, um sich nicht stellen zu müssen — ganz im Gegensatz zur heutigen Praxis, wo nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch die übrigen zuständigen Minister jederzeit bereit sind (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Nur Gerede!), berechtigte Wünsche anzuhören und im Rahmen der gebotenen Möglichkeiten den Bauern auch tatsächlich zu helfen (Abg. Deutschemann: Das haben wir in Linz gesehen!) —, was haben Sie damals — Herr Kollege Deutschemann, gut, daß Sie jetzt da sind (Abg. Deutschemann: Ich bin die ganze Zeit da! Leider!), wenigstens ist die bäuerliche Front verstärkt, um Zwischenrufe machen zu können; Herr Tschida ist auch da —, was haben Sie damals in Ihrem „Österreichischen Bauernbündler“, in Ihrem offiziellen Organ, geschrieben? Damals hieß es:

„Bauernanliegen sind nicht auf der Straße zu verwirklichen. Was die Bauern nicht über Regierung, Parlament und Landtage erreichten, das haben sie noch nie und nirgends auf der Straße erreichen können.“

So im Jahre 1967. Ja, vor Tisch las man es anders.

Heute, nachdem diese Regierung das höchste Budget der Landwirtschaft gegeben hat, das die Landwirtschaft je hatte (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Mit dem sie nichts kaufen kann! — Abg. Deutschemann: Das Verhältnis müssen Sie sagen!), wird die Regierung trotz all dem von Ihnen heftig kritisiert, angegriffen und verteufelt.

Dr. Tull

Wenn diese Regierung positive Maßnahmen für die Bauern setzt und wenn Sie, die Bauernbundvertreter, gegen solche Gesetzentwürfe stimmen, wie dies beim 1. Budgetüberschreitungsgesetz im heurigen Jahr der Fall gewesen ist — damals haben Sie dagegen gestimmt, daß die Bauern heuer zusätzliche viele hundert Millionen Schilling bekommen —, haben Sie die Stirn, nachdem Sie damals dagegengestimmt haben und wir das allein mit unseren Stimmen durchstehen beziehungsweise durchsetzen mußten, daß den Bauern geholfen wird, den Mitgliedern des Bauernbundes ein Schreiben des Österreichischen Bauernbundes folgenden Inhaltes zu senden: Mai 1974. Lieber Berufskollege! Mit Ihrer Hilfe haben wir in den Verhandlungen mit der Bundesregierung mehr als 1 Milliarde Schilling für die Bauern durchgesetzt.

Sie haben es durchgesetzt? — Dagegen gestimmt haben Sie! Das ist die Wahrheit. Warum haben Sie nicht den Mut gehabt, den Bauern die Wahrheit zu sagen? Sie sagen, Sie hätten das durchgesetzt. (Abg. *Deutschmann: Sicher!*) Gar nichts haben Sie! (Abg. *Deutschmann: Aber sicher!*) Sie haben geredet, aber dagegengeredet und dagegen gestimmt. (Abg. *Deutschmann: Das stimmt doch gar nicht!*) Wir haben uns bemüht, ein vertretbares Ergebnis zu erzielen. Sie haben uns dabei durch Ihre Entschlossenheit sehr unterstützt, und dann zählen Sie das alles auf, was Sie erreicht haben. Und da Ihnen das offenbar noch immer zuwenig gewesen ist, haben Sie dann schlicht und einfach noch dazugeschrieben: Niemand kann alles auf einmal durchsetzen! — Unterschrieben von Roland Minkowitsch und von Sixtus Lanner. So sieht es in der Praxis aus, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. *Deutschmann: Herr Dr. Tull! Waren Sie dabei bei den Verhandlungen?*)

Herr Professor Dr. Koren hat heute wieder, wie jedes Jahr — alle Jahre wieder —, seine Kassandrarufe ertönen lassen. Er hört ja immer das Gras wachsen. Nur hat er heuer einen neuen Gag erfunden, indem er erklärt hat: In Österreich hört man bereits seit einiger Zeit die wirtschaftliche Zeitbombe ticken.

Meine Damen und Herren! Der Herr Doktor Koren hat sich heute hier über vermeintliche „eklatante Widersprüche“ in der Haltung, in den Reden und in der Politik des Finanzministers beklagt. Er hat hier versucht aufzuzeigen, daß im Grunde genommen Androsch durch verschiedene Äußerungen immer wieder versucht, Sie zu täuschen beziehungsweise Verschiedenes zu verschleiern.

Meine Damen und Herren! Wenn man schon von Widersprüchen spricht, wenn man von „eklatanten Widersprüchen“ spricht, dann sollte man vorsichtig sein. Vor allem dann, wenn man im Glashaus sitzt, sollte man es jedenfalls unbedingt unterlassen, mit Steinen umherzuwerfen. Der Herr Dr. Koren spricht von Widersprüchen. Wie sieht es denn aus? — Er hat heute aus seiner Rede vom 7. November 1973 anlässlich der ersten Lesung des Budgets 1974 zitiert. Damals sagte Dr. Koren, und zwar geht es hier um den Vorschlag zur Milderung der Steuerprogression der Österreichischen Volkspartei, folgendes:

„Er bedeutet, daß der Finanzminister für 1974 noch immer mit großen Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer rechnen könnte, nämlich aller Voraussicht nach in einer Größenordnung von 3,5 bis 4 Milliarden Schilling.“ — So Koren am 7. November 1973.

Und was schreiben Sie in Ihrer dringlichen Anfrage vom 22. Oktober 1974? — Da muß man sich jetzt wirklich fragen: Weiß denn da die Linke nicht, was die Rechte tut? Oder aber ist bei Ihnen schon ein totaler Verwirrungs- und Vernebelungszustand eingetreten trotz Ihrer politischen Regenerationskur in Badgastein? (Beifall bei der SPÖ.)

Sie behaupten hier nicht weniger und nicht mehr als folgendes: „Dem Vernehmen nach sind nämlich heuer beträchtliche Überschreitungen von Ausgabensätzen bewilligt worden, während nach den Abgabenerfolgen der ersten acht Monate zu schließen ist, daß im Gegensatz zu früheren Jahren diesmal keine wesentlichen Mehreinnahmen an Steuern und Bundesabgaben gegenüber dem Voranschlag zu erwarten sind.“

Was stimmt nun, meine Herren? Sie können sich jetzt entscheiden. Stimmt das, was Ihr allwissender großer Meister Professor Doktor Koren am 7. November 1973 behauptet hat, oder ist das richtig, meine Damen und Herren, was Sie hier in Ihrer dringlichen Anfrage am 22. Oktober 1974 behauptet haben?

Koren verlangt: Sparen. Mit umflorster Stimme stellt er sich hier in der Pressekonferenz, wo er behauptet, der Staat müsse sparen, sparen, sparen. 200 Meter weiter gibt es für den Herrn Gemeinderat Hahn zuwenig Geld für die Wiener U-Bahn. Es müßten mehr Mittel bereitgestellt werden. Der eine sagt: Sparen!, der andere sagt: Zuwenig Geld! Aber das ist ja noch nicht alles, das war ein Paukenschlag Korens; das Karussell dreht sich ja weiter.

Minkowitsch, der Obmann des Bauernbundes, sagt ganz einfach: Was heißt U-Bahn? Den

11580

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Tull

U-Bahn-Bau stellen wir ein, damit wir mehr für die Subventionen haben. — Das ist die Doppelzüngigkeit, mit der Sie in der Öffentlichkeit operieren, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Laut Ihren eigenen Presseorganen! Sie schämen sich wahrscheinlich, das gestern gesagt zu haben, beziehungsweise Sie wissen, welche Schwierigkeiten Sie dadurch der Wiener ÖVP bereiten, die ohnehin mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und zwar trotz Hahn und trotz Bauer. Schwierigkeiten sind der ÖVP in Wien dadurch entstanden! (*Rufe bei der ÖVP: Baumgartner! Bauring!*)

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Widerspruch: Der Herr Dr. Leitner stellt sich heute in der Fragestunde hierher und behauptet in einer Zusatzfrage folgendes:

„Warum entziehen Sie, Herr Minister, durch Ihre Politik den Familien jährlich 1 Milliarde bis 1,5 Milliarden Schilling aus dem Familienlastenausgleichsfonds, der ihnen eigentlich zu steht?“

Ich habe hier ein Büchlein, und ich lese in diesem Büchlein folgendes:

„Bedauerlich bleibt freilich der Entschluß der ÖVP-Alleinregierung, in den Jahren nach 1967 Überschüsse des Familienlastenausgleichs zur Budgetsanierung heranzuziehen.“

Genau das, was auch der Herr Finanzminister Androsch und was wir immer wieder aufgezeigt, angeprangert beziehungsweise heftig kritisiert haben.

Weiter heißt es hier: „Der Verfasser hat damals als Präsident des Familienbundes dieses Vorgehen öffentlich als ‚legalisierte Veruntreuung‘ bezeichnet ...“

Wissen Sie, wer der Verfasser ist? — Kein geringerer als Ihr Herr Generalsekretär, so weit Sie ihn als solchen überhaupt akzeptieren. Man weiß ja nicht: Ist es noch er, oder ist es schon Bacher? (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das weiß man im Augenblick nicht, aber das spielt ja auch keine Rolle. Jedenfalls hat das Herr Doktor Kohlmaier, seines Zeichens heutiger Nach-Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, in diesem Buch verewigt.

Meine Damen und Herren! Der Herr Doktor Withalm hat sich heute hier mit der ÖVP-Bilanz beschäftigt und hat aufgezeigt, welch großartige Leistungen die ÖVP in ihrer Alleinregierungszeit vollbracht hätte. Man kann wahrlich sagen: Eine magere, eine dürtige Bilanz! Er hat gemeint, wir könnten auf unsere Bilanz, auf das, was wir in diesen fünf Jahren

unter der Regierung Kreisky geschaffen haben, nicht stolz sein, wir hätten keine Ursache, uns damit zu brüsten.

Ich glaube, es ist immerhin beachtlich — da kann man doch wahrlich nicht von einem Konkurs sprechen —, wenn das reale Wirtschaftswachstum in der Zeit von 1969 bis 1974 um 31 Prozent gestiegen ist und im Jahre 1975 um 5 Prozent steigen wird. Das Bruttonationalprodukt ist in der Zeit der Regierung Kreisky angestiegen, Investitionen konnte man in der Höhe von 733 Milliarden Schilling finanzieren, die Investitionsquote betrug von 1970 bis 1973 im Schnitt 26,1 Prozent, die Spareinlagen — und darauf ist heute bereits ein Kollege von mir zu sprechen gekommen — sind von 1970 auf 1974 von 113 Milliarden auf 216 Milliarden Schilling angestiegen.

Ist das nicht Grund genug, stolz zu sein auf die Leistungen nicht nur der Regierung, sondern auch auf die Tüchtigkeit, auf den Fleiß des ganzen österreichischen Volkes? (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wir sind stolz darauf und wir danken jedem, der dazu beitrug, diese großartige Erfolgsbilanz zu erreichen, die zweifelsohne vor allem dank der vernünftigen, dank der klugen und guten Politik dieser Regierung zustande gekommen ist.

Sie schreiben auf einem ÖVP-Plakat — und auch darüber ist heute schon einmal kurz gesprochen worden —: Wir bringen die Wirtschaft in Ordnung.

Meine Damen und Herren! Eines möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Ich persönlich bin der Meinung — entschuldigen Sie, daß ich Ihnen das so offen und ehrlich sage —, daß eine Partei eines Krauland, eines Polcar, eines Müllner weder fachlich befähigt noch moralisch berechtigt ist, sich heute als Retter der österreichischen Wirtschaft hinzustellen und aufzuspielen! (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Man weiß, daß die Allgemeine Wirtschaftsbank, das Unternehmen des Herrn Dr. Krauland, 545 Millionen Schilling Kredite gegeben hat, von denen 475 Millionen auf äußerst fragwürdige 23 Krauland-Firmen entfallen sind!

Unsere Wirtschaft ist wahrlich gesund. Das beweisen nicht nur OECD-Bericht und Wirtschafts-Oscar. Wenn der Herr Professor Doktor Koren heute hier behauptet hat, es sei nur eine graue Theorie, daß wir eine „Insel der Seligen“ seien, so möchte ich ihm eines darauf in aller Bescheidenheit erwidern: Das ist keine Lobhudelei von uns, das sind keine Feststellungen aus österreichischen Zeitungen, sondern aus ausländischen Zeitungen. Da lesen wir beispielsweise: Ein glückliches Land! Österreich ist ... (*Ruf bei der ÖVP: Haben wir gelesen!*)

Dr. Tull

Ja, aber hören Sie es sich noch einmal an, Sie müssen es sich so lange anhören, bis auch Sie letzten Endes zur Überzeugung kommen, daß Sie mit Ihren unwahren Behauptungen auf die Dauer gesehen nicht werden bestehen können, daß sich letzten Endes die Wahrheit durchsetzen wird. (*Zustimmung bei der SPÖ*)

Es wird geschrieben: Österreich ist, wenn man nur die Wirtschaftsentwicklung betrachtet, in Europa heute ein glückliches Land! — Wir sind stolz darauf, Herr Kollege Glaser, daß Österreich ein glückliches Land geworden ist, nicht unter einer ÖVP-Alleinregierung, sondern unter einer sozialistischen Regierung. (*Zustimmung bei der SPÖ*)

Es heißt weiter: Die pessimistischen Aussagen von Ende 1973 haben sich nicht erfüllt. — Wer hat denn diese pessimistischen Aussagen gemacht? Ihr Kassandruafer vom Dienst, Ihr Klubobmann Professor Dr. Koren.

Dann wird geschrieben: Das Land blieb von der ab Mitte dieses Sommers in verschiedenen Ländern zu beobachtenden Konjunkturschwäche bislang verschont. Die Wirtschaft verzeichnet, ungeachtet der großen Schwierigkeiten als Folge der Stabilitätspolitik der Regierung — wohlgemerkt, eine Anerkennung aus dem Ausland, die Sie dieser Regierung konsequent versagen; es nützt Ihnen aber nichts, gar nichts werden Sie damit erreichen; denn letzten Endes werden Sie sehen, daß das Ausland die Leistungen dieser sozialistischen Bundesregierung anerkennt (*Zustimmung bei der SPÖ — Abg. Glaser: Mir ist die Anerkennung durch die Wähler lieber!*); es heißt hier nun weiter, Herr Kollege Glaser (*Abg. Glaser: 20. Oktober!*) — und der damit zusammenhängenden Kreditrestriktionen, einen Boom.

Das stellte der „Münchner Merkur“ unter dem bezeichnenden Titel „Österreichs Konjunktur läuft und läuft“ fest.

So ähnlich haben sich, meine Damen und Herren, auch andere ausländische Zeitungen über Österreichs Wirtschaft, über die Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft geäußert.

Sie haben nun in Ihren Bemühungen, die Wirtschaft retten zu wollen, einen ÖVP-Plan 3 entwickelt. 166 Seiten Papier mußten dazu herhalten, geduldig, um das alles zu verkraf-ten, was Sie nunmehr als Rettung hinstellen und anpreisen. Sie haben hier gegen jede Forderungseuphorie, wie es dort heißt, Sturm geblasen. Es heißt darinnen, es müsse endlich einmal mit unpopulären Forderungen und

Maßnahmen dieser Bundesregierung Schluß gemacht werden, beispielsweise gegen die Expansion auf dem Personalsektor.

Das hört sich wunderbar an. Wunderbar! Und siehe da, keine Zeitung, die der SPÖ nahesteht, sondern „Die Presse“ berichtet:

„Keine konkreten Äußerungen waren Parteibmann Schleinzer über eine künftige Verwaltungsreform zu entlocken. Der Parteichef vermied es konsequent, jene Bereiche der öffentlichen Verwaltung zu nennen, die seiner Meinung nach unnötig aufgebläht sind; er beschränkte sich auf die Feststellung, daß mehr Sozialismus anscheinend auch mehr Staatsbürokratie bedeutet.“

Nichts als leeres Geschwätz, als Phrasen, mit denen Sie glauben die Wähler vernebeln zu können!

Sie haben in Ihrem Plan Nummer 3, meine Damen und Herren, verlangt, daß die Tarife systematisch nachgezogen werden müssen, nämlich um zu verhindern, daß man sie aus politischen Gründen niedrig halten soll. Diesbezüglich kann man nur eines sagen: Sie haben zwei Seelen in einer Brust. Wenn Sie im stillen Kämmerlein sitzen und über neue Pläne und über neue Versprechen, die Sie nie halten müssen, weil Ihnen wahrscheinlich (*Rufe bei der ÖVP: Wahrscheinlich! — Heiterkeit*) die Wähler auch in den nächsten vielen, vielen Jahren nicht so viel Vertrauen schenken werden, um auch nur in ernste Koalitions Gespräche mit uns eintreten zu müssen, weil Sie weiterhin verdammt sein werden, die Oppositionsbänke zu drücken. (*Beifall bei der SPÖ*) Meine Damen und Herren! Eines sei Ihnen mit aller Deutlichkeit gesagt. Bei jeder Tariferhöhung schreien Sie doch Zeter und Mordio, während Sie im Grunde genommen ganz genau wissen, daß man auch hier Verschiedenes tun müßte.

Was sagte Ihr Parteifreund Dr. Busek, der Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, in diesem Zusammenhang? — Wir müssen weg vom politischen Wunschenken, denn sonst erschlägt uns die Tagespolitik, die Budgetstruktur. — Wahrlich, wahrlich: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wenn ich mir nämlich die Lizitationstaktik des OAAB, das ständige Fordern, das maßlose Fordern verschiedener Funktionäre Ihrer OAAB-Organisation in den Betrieben ansehe, dann muß ich sagen: Da ist wahrlich wenig Hoffnung auf Verwirklichung gegeben.

Der Wirtschaftsbund, Herr Kollege Glaser, verdammt, wie in einer Zeitung zu lesen gewesen ist, das Morphium der Gefälligkeits-

11582

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Tull

demokratie, bläst zum Sturm gegen das Versorgungsdenken, während sich die anderen im ständigen Fordern einfach überbieten.

Bei der Diskussion um den Plan 3 hat ein der Österreichischen Volkspartei sicher gut gesinnter Universitätsprofessor, ein bekannter Fachmann, Dr. Clemens Andreea, folgendes gesagt: Bis jetzt reagieren Sie nur auf die Regierungspolitik! — Das hat er Ihnen ins Stammbuch geschrieben. — Es muß Ihnen etwas Ungewöhnliches einfallen, und dann sollten Sie überlegen: Wie sage ich es meinem Kinde? — Der hat Sie richtig erkannt, meine Damen und Herren! Er hat erkannt, daß Sie nur reagieren, und zwar in der Regel nur schlecht reagieren. Ihre Reaktionen bestanden bisher zum überwiegenden Teil nur im ewigen Neinsagen: nein bezüglich Fortschritt, nein bezüglich Besserstellung, nein zu vielen Reformen, die ein Gebot der Zeit, ein Gebot der Stunde sind, nein bei der Heiratsbeihilfe, nein bei den Gratisschulbüchern, nein bei der Gesundenuntersuchung, nein bei der Schillingaufwertung. Das ist Ihre negative Bilanz, das ist Ihr negativer Beitrag, den Sie geleistet haben, das war Ihre Bremsertätigkeit, die Sie Jahre hindurch ausgeübt haben (*Zustimmung bei der SPÖ*), um uns an der Verwirklichung des Fortschritts in Österreich zu behindern.

Sie haben, meine Damen und Herren, vor einigen Tagen in einer der ÖVP nahestehenden Zeitung behauptet, Androsch sei ein Zahlenakrobat, er jongliere nur mit Zahlen. Die Erfolge, die Früchte seiner bisherigen Finanzpolitik sprechen eine andere Sprache (*Abg. Dr. Schwimmer: 100 Milliarden Schulden!*), legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß hier verantwortungsbewußt und richtig gehandelt wird.

Für Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, mag das Konzept, das diesem Budget für das Jahr 1975 zugrunde liegt, dem Reich der politischen ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.*) Aber, Herr Kollege, Sie müssen sich doch einmal die Zusammenhänge von einem Fachmann erklären lassen. Vielleicht verstehen Sie nur etwas von der Sozialpolitik. Von der Finanzpolitik scheinen Sie überhaupt nichts zu verstehen, sonst würden Sie nicht mit so einer nachtwandlerischen Sicherheit so etwas hier behaupten und in den Raum stellen. (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Abg. Doktor Schwimmer: Dann erklären Sie, wenn Sie ein Fachmann sind!*)

Meine Damen und Herren! Sie mögen ohne weiteres behaupten, daß das Konzept, das diesem Budget zugrunde liegt, dem Reich der politischen Komödie entnommen sei. Ernst

zu nehmende Fachleute, verantwortungsbewußte Fachleute erkennen, daß dieses Budget ein durchaus taugliches Instrument ist, zu verhindern, daß es in Österreich im kommenden Jahr zu einem Konjunktureinbruch komme, daß es zu einer Wirtschaftsverflachung komme, damit die größte Gefahr, die den arbeitenden Menschen in Stadt und Land drohen kann, eine Arbeitslosigkeit, gebannt bleibe. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sagt das der Baumgartner?*)

Da wir wissen, daß der Finanzminister auch die Gewähr bietet, daß dieses Budget stabilitätsorientiert und konjunkturgerecht vollzogen wird, können wir mit Zuversicht der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1975 entgegensehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Minkowitsch zum Wort gemeldet. Fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Minkowitsch (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Tull hat eben hier erklärt, ich hätte gesagt: Den U-Bahn-Bau stellen wir ein, damit wir mehr Geld für landwirtschaftliche Subventionen haben. Dazu stelle ich folgendes fest:

Ich habe in meiner politischen Tätigkeit bisher noch nie eine Berichtigung in einer Zeitung verlangt, auch wenn Meldungen, die in diesen Zeitungen aufgeschienen sind, mit der Wahrheit überhaupt nicht, auch nicht im entferntesten, übereingestimmt haben. Diese politische Praxis gedenke ich, solange es nur irgendwie möglich ist, weiter aufrechtzuerhalten. Zu dieser Behauptung stelle ich fest: Ich habe nie und nirgends verlangt, daß der U-Bahn-Bau in Wien eingestellt wird. Ganz im Gegenteil. Als Autofahrer, der x-mal den Zusammenbruch des Wiener Verkehrs erleben muß, nicht nur an Regentagen, wünschte ich mir, daß die Wiener U-Bahn schon längst fertig wäre. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine Damen und Herren! Wenn man mit Aufmerksamkeit dem Herrn Abgeordneten Tull zugehört hat — trotz allem: auch er verdient Aufmerksamkeit —, bemerkt man schon, daß die letzten Wochen in Oberösterreich sehr anstrengend gewesen sein mußten (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP*), als man dort den Parteikontrollor Dr. Baumgartner, weil er kontrolliert hat, aus der Partei hinausgeworfen hat. Bitte, es geht mich im speziellen Fall nicht besonders an, es ist nur interessant. (*Zwi-*

Dr. Mock

schenruf des Abg. Sekanina) Ja, Herr Abgeordneter Sekanina! Richtig. (Abg. Doktor Tull: Schauen Sie lieber, was sich in Ihrer Partei tut! Lesen Sie die Anwürfe Withalms! Lesen Sie das, mehr brauchen Sie nicht!) Strapazieren Sie Ihre Nerven nicht so, Herr Abgeordneter Tull! Wir wollen Sie noch länger haben, wir wollen Sie noch länger bei uns haben. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Kohlmaier: Darüber kann man streiten!) Ich bin schon dafür. Gute Unterhaltung tut den Nerven gut.

Es widerspiegelt nur interessantes Demokratieverständnis, und man soll auch durchaus beachten — ich meine das jetzt ernst —, was der politische Gegner in solchen parteiinternen Fragen macht. Wenn der vom höchsten Parteigremium eines Landes bestellte Kontrollor einen Bericht macht, dann wird er vom Vorstand ausgeschlossen. Deswegen ist es für mich interessant, aber ansonsten wirklich nicht. Herr Abgeordneter Tull, ich gebe ja zu, da haben weder Sie die Schuld, ich glaube, letztlich nicht einmal der Fridl oder der Hillinger oder der Hartl, sondern ich habe schon einmal hier gesagt, die baden ja nur alles aus, was der Herr Bundeskanzler mit seiner Politik einbrockt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Doktor Tull: Ach so! Das ist aber sehr primitiv! Primitiver geht es wirklich nicht!) Und ich habe hier gemeint, ich möchte ja nicht in der Haut manches sozialistischen Landespolitikers stecken. Wann immer Wahlen verloren werden, rüßen sie dafür die Zechen zahlen. (Abg. Zingl: Was hast du jetzt gegen den Bauer?) Aber das hat ja schon eine lange Geschichte.

Aber etwas anderes, Herr Abgeordneter Tull. Die Wirtschaft ist gesund!, und ähnlich ergehen Sie sich hier in Lobreden über diese Wirtschaftspolitik. Das Schicksal von Hundernten Angestellten und Arbeitern der Firma Swarovski, der Firma Bally in Wiener Neustadt, der Leute, die jetzt von Kurzarbeit bedroht sind, deren Arbeitsplatz verunsichert ist, ist für Sie uninteressant. Es ist wichtiger, die Regierung zu loben. Das ist Ihre Einstellung. (Abg. Skritek: Schauen Sie zuerst die Gründe an, dann reden Sie! — Abg. Doktor Tull: Reden Sie doch mit dem Mitterer! Der will doch die Arbeitslosigkeit haben! Wer hat jetzt recht: der Wirtschaftsbund oder Sie? — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.)

Herr Abgeordneter Tull, ich kann auch warten, bis Sie heiser sind, und dann rede ich weiter. Mir macht das an und für sich nichts.

Meine Damen und Herren! Noch ein sehr ernstes Faktum. Wir wissen seit Monaten, daß auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung

zum Beispiel in dem prominenten Betrieb der Firma Swarovski rund 600 Arbeitsplätze gefährdet sind, teilweise die Arbeitnehmer schon entlassen sind. Wir wissen um die Entlassung von 240 Mitarbeitern in der Vöslauer Kammgarnfabrik, wir kennen die Freisetzung von Arbeitsplätzen in Wiener Neustadt, von 400 Arbeitnehmern der Bally-Fabrik. Und so könnte man weitere Beispiele aufzählen. Aber das ist alles uninteressant. Man muß die Regierung loben. Erste Bürgerpflicht der Mitglieder Ihrer Fraktion ist, die Regierung zu loben, ihr die Mauer zu machen. Und dann ist der Präsident Benya böse, wenn man ihm das auch in der Öffentlichkeit zum Vorwurf macht.

Es wäre interessant zu hören — bei allem Respekt, Herr Bautenminister, vor Ihrer Person, muß ich doch sagen, es wäre gut, wenn sich dennoch der Herr Finanzminister wieder bequemen würde, zur ersten Lesung hereinzukommen —, was diese Bundesregierung angesichts der Gefährdung dieser Arbeitsplätze macht. Wie steht es mit der Sicherstellung eines entsprechenden Einkommens bei Kurzarbeit? In Deutschland liegen die Entschädigungen für Kurzarbeit zwischen 70 und 95 Prozent des Normallohnes. In Österreich weiß man nicht, wie die Betriebsleitungen darauf reagieren sollen, es wissen auch die Arbeitnehmer draußen nicht, welchen Anspruch sie haben, welche Möglichkeiten es gibt. Die Arbeitsmarktverwaltung verwaltet einige hundert Millionen Schilling. Der Herr Vizekanzler Häuser, Sozialminister, hat bis heute in keiner Weise dazu Stellung genommen. So wie bei der Inflation wird auch bezüglich der Verunsicherung der Arbeitsplätze mit Beschwichtigungen gearbeitet. Der Herr Doktor Staribacher meint, man sei an ihn noch nicht herangetreten, der Herr Vizekanzler hat gemeint, bis 17. Oktober hätte er von Innsbruck keine offizielle Mitteilung erhalten. Ja, meine Damen und Herren, liest er keine Zeitung? Wozu zahlt denn der Steuerzahler einen Pressreferenten? Er hat die Pflicht, auch von sich aus zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, die Möglichkeiten der Hilfe klarzulegen und den Menschen dadurch eine minimale Unterstützung zu geben bei dieser schwierigen psychischen Belastung, die ein Arbeitsplatzverlust mit sich bringt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich wäre dem Herrn Bautenminister dankbar, wenn er vielleicht den Herrn Vizekanzler wissen lassen könnte, daß wir gerne im Parlament zu dieser Frage seine Stellungnahme heute oder morgen bekommen würden. Es geht primär nicht darum, daß wir die Stellungnahme haben wollen, sondern daß die Menschen draußen ein Anrecht haben, zu wissen, wie es mit ihrer beruflichen Absicherung

11584

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Mock

weitergeht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Davon, Herr Abgeordneter Tull, hätten Sie auch sprechen können.

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich das alte Konzept — ich habe das hier schon einmal erwähnt —: Der Herr Abgeordnete Tull hat sich hier als Archivar betätigt in den Zitaten der ersten Hälfte und der mittleren sechziger Jahre. Das ist natürlich sein gutes Recht. Wenn diese Regierung so viel leistet, so ein großartiges Budget hat, hätte er sich wirklich ein bißchen mehr mit der Gegenwart beschäftigen können, aber es ist, wie gesagt, das alte Rezept der Sozialisten, zwar dauernd von der Zukunft zu reden, mit der Gegenwart nicht fertig zu werden und sich dabei auf die Vergangenheit auszureden. Ein etwas billiges Konzept. (*Abg. S t a u d i n g e r: Seine Zukunft liegt in der Vergangenheit!*)

Meine Damen und Herren! Das Budget der Bundesregierung ist sicherlich ein berechtigter Anlaß, im Hinblick auf seine zentrale Steuerungsfunktion für die Wirtschafts- und Sozialentwicklung, daß man sich bei dieser Gelegenheit nicht nur mit der Finanzpolitik auseinandersetzt, sondern mit der Gesamtpolitik der Bundesregierung, werden doch sämtliche Bereiche und ihre Entwicklungsmöglichkeiten vom Budget her beeinflußt, ob das Unterricht ist, Handel, Landwirtschaft oder ein anderer Sektor. Es ist am Ende einer Legislaturperiode natürlich — und wir gehen in das letzte Jahr dieser Legislaturperiode hinein — auch geboten, sich mit grundsätzlichen Charakterzügen der sozialistischen Alleinregierung und ihrer Politik auseinanderzusetzen. Ich möchte hier drei Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen und sie auch an Hand praktischer politischer Entscheidungen der sozialistischen Alleinregierung erläutern.

Was mir typisch erscheint, ist bei dieser Regierung der Verlust des Begriffes des Maßes in ihrer Politik, ist der Verlust der Glaubwürdigkeit und ist der Charakterzug der Überheblichkeit in der Präsentation ihrer Politik.

Nun, an der Spitze steht zweifellos die Tatsache, daß wir heute im Bereich der Inflation eine Höchstinstationsrate in den letzten 20 Jahren erreicht haben mit einem voraussichtlichen Jahressdurchschnitt von 9,5 Prozent, daß wir mit 16 Milliarden Schilling Budgetdefizit die Untergrenze — wenn ich das unterstreichen darf: gleichfalls ein Rekord sozialistischer Finanzpolitik — erreicht haben, daß die Bundes Schulden unter dem Herrn Finanzminister Androsch nach dem Rechnungsabschluß 1973 mit 100 Milliarden gleichfalls einen Höchststand erreicht haben. Allein die Finanzschuld beläuft sich auf rund 62 Milliarden Schilling.

Dabei geht es mir — meine Damen und Herren, ich möchte das unterstreichen — nicht so sehr um die absoluten Ziffern, sondern um die Tatsache, daß der Staat seine Einnahmen in den letzten sechs Jahren verdoppelt hat und trotzdem die Kassenreserven niedriger und die Staatsschulden höher als je zuvor sind; daß diese Defizitziffern, diese Schulden in einer Phase der Hochkonjunktur zustande kamen und dem Staat kaum eine Möglichkeit bleibt, bei Abflauen der wirtschaftlichen Konjunktur jene zusätzlichen Investitionen durchzuführen, die das Wirtschaftswachstum und die Sicherheit der Arbeitsplätze weiterhin garantieren. Dieser innere Widerspruch der Wirtschaftspolitik ist eines der Ergebnisse sozialistischer Regierungspolitik. Wenn mehrere solche sozialistische Rekorde oder Höchststände erzielt werden, werden wir zweifellos zu einem Tiefstand an wirtschaftlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Substanz kommen.

Es zeigt sich immer wieder der Gegensatz in der Politik von Dichtung und Wahrheit, von Versprechung und Erfüllung. Das bezieht sich natürlich nicht nur auf die Wirtschaftspolitik. Wenn ich an die Regierungserklärungen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky denke, an seine Aussagen als Oppositionspolitiker, so wurde in wesentlichen Fragen nicht das verwirklicht, was in den Regierungserklärungen versprochen worden ist: geringere Preissteigerung als 3 Prozent, Konsolidierung des Budgets und des Schuldendienstes, konjunkturgerechtere Budgets. Aber es ist sehr vieles geschehen, was man in den Regierungserklärungen und im Wahlprogramm nicht erwähnt oder wovon man sogar gesagt hat, man werde es nicht durchführen. Ich möchte hier nur an die von der Mehrheit beschlossene Neustrukturierung des regierungsabhängigen Rundfunks und an die Freigabe der Abtreibung innerhalb von drei Monaten erinnern.

Meine Damen und Herren! Niemand wird behaupten, daß trotz eines echten Bemühens nicht jeder einmal ein gesetztes Ziel nicht erreicht. Es wäre also billig, sich darüber lustig zu machen oder das ständig zu kritisieren. Wenn jedoch der Widerspruch zwischen Wort und Tat in wichtigen Fragen zur ständigen Methode einer Politik wird, dann widerspiegelt das nur mehr politische Unfähigkeit oder intellektuellen Zynismus, und das werden wir im Parlament immer wieder der Kritik unterziehen.

Es geht jedoch nicht nur um den Gegensatz zwischen Wort und Tat, zwischen Zielsetzung und Erfüllung und damit um den Verlust der Glaubwürdigkeit, sondern es geht hier auch um eine grundsätzliche Einstellung zu Fragen des Demokratieverständnisses.

Dr. Mock

Was den regierungsabhängigen Rundfunk anbelangt, hat nach unserem Demokratieverständnis die Öffentlichkeit in der Demokratie Anrecht auf einen parteiunabhängigen Rundfunk, auf eine möglichst objektive Information, einen Anspruch darauf, daß solche Ziele realisiert werden durch ein breites Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Vereinigungen und Gruppen, nicht nur der politischen Parteien, was naturgemäß zu einer Selbstbeschränkung der politischen Parteien führt.

Nach dem Verständnis der sozialistischen Alleinregierung hat die absolute Mehrheit, Anrecht auf Dominanz im Rundfunk. (*Abg. Libal: Wie war das bei Ihnen?*) Zum mindesten zitiere ich Ihren Generalintendanten Oberhammer vom 11. September 1974. Wir haben im Wahlkampf 1966 versprochen, daß wir die Unterschrift von 830.000 Österreichern respektieren werden, und haben es anschließend gehalten, auch wenn wir uns oft einem sehr kritischen Rundfunk gegenübergesehen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es ist weiters ein sehr bedauerlicher demokratischer Substanzverlust, wenn in einer so wesentlichen gesellschaftspolitischen Frage — das hat Herr Vizekanzler Withalm heute hier schon behandelt — wie der Strafrechtsreform einfach dampfwalzenmäßig mit 51 Prozent der Mehrheit beschlossen wird. (*Abg. Dr. Reinhart: Was hat denn das mit dem Budget zu tun?*) Das hat sehr wohl mit der Allgemeinpolitik etwas zu tun. Herr Abgeordneter Reinhart, Sie werden mir nicht vorschreiben, welche politischen Fragen ich hier diskutiere. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daß Sie, meine Damen und Herren, mit der Freigabe der Abtreibung innerhalb von drei Monaten der humanitären Komponente des Sozialismus einen Tritt gegeben haben, werden Sie von einigen eigenen Parteigenossen, von denen ich hier nur mit Respekt sprechen möchte, sicher gehört haben, und das ist Ihre Sache. Für uns ist der Schutz des Lebens eine Grundsatzfrage, und wir werden auch dann nicht aufhören, uns dazu zu bekennen, wenn Sie andere Organisationen, die sich gleichfalls dazu bekennen, als parteipolitisch motiviert abqualifizieren wollen, wie das Ihr Klubobmann getan hat.

Auch da, meine Herren, ein grundsätzlicher Unterschied im Demokratieverständnis: Wer nicht Ihren Standpunkt teilt, ist einfach gegen Sie und wird dem politischen Gegner zugerechnet. Wir glauben, daß es in einem parteifreien Raum auch andere Gemeinschaften geben muß und geben soll, die im Pluralismus der Demokratie mitwirken und ihren Einfluß

geltend machen, wie dies zum Beispiel beim Volksbegehren zum Schutz des ungeborenen Lebens der Fall ist. (*Abg. Dr. Reinhart: Was hat das mit dem Budget zu tun? Gar nichts!*) Herr Abgeordneter Reinhart, Sie müssen durch Ihre Zwischenrufe nicht immer belegen, wie das aus Ihrer Sicht, aus einer gewissen Froschperspektive, aussieht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Hier möchte ich dem Herrn Bundeskanzler ebenfalls den Vorwurf machen: Er hat das Maß für die Alleinberechtigung einer sozialistischen Alleinregierung, einer absoluten Mehrheit vergessen. Er hat die Verpflichtung des Bundeskanzlers zur Gemeinsamkeit gleichfalls vergessen. Er hat die Verpflichtung des Bundeskanzlers vergessen, in dieser Frage und in ähnlichen Fragen, über den Parteien stehend, den Konsens zu suchen. Er ist auch hier zur Maßlosigkeit übergegangen.

Ein praktisches Beispiel, wo sich sehr klar der Gegensatz von Wort und Tat, Dichtung und Wahrheit, Versprechen und Erfüllung zeigt, ist die Verwaltungsreform. Es ist ja kaum ein Sektor so geeignet, die Unglaublichkeit sozialistischer Reformversprechungen aufzuzeigen, wie dies der Sektor der Verwaltungsreform ist. Am 22. April 1971 ... (*Abg. Libal: Was Sie jetzt machen, ist glatte Demagogie!*)

Herr Abgeordneter Libal! Si tacuisses — wenn Sie geschwiegen hätten! Man soll nicht so rasch aufs Eis tanzen gehen, dann rutscht man nicht aus. Ich möchte bei dieser Formulierung bleiben, Herr Abgeordneter Libal. (*Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Am 22. April 1971 hat der Herr Bundeskanzler Kreisky unter der Zahl 51.905 dem Hohen Haus einen Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsreformkommission der ÖVP-Bundesregierung übermittelt. Er hat in diesem Bericht vom 22. April 1971 festgehalten, daß dieser Bericht und die Vorschläge eine äußerst wichtige und wertvolle Unterlage darstellen. Er hat sich zu diesem Bericht grundsätzlich bekannt, hat aber anschließend gesagt, die Bundesregierung werde ihre eigenen Vorstellungen zu diesem Thema zum Gegenstand eines weiteren besonderen Berichtes machen.

In diesem Bericht heißt es, eine Inflation von Personal und Kosten im Rahmen der Verwaltung ist zu vermeiden. — Was ist inzwischen geschehen? Ein neues Gesundheitsministerium, wobei sich für Sozial- und Gesundheitsministerium zusammen der Personalaufwand von 1973 bis 1975 um 70 Prozent, der Repräsentationsaufwand um 100 Prozent

11586

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung -- 6. November 1974

Dr. Mock

erhöht hat. Ein neues Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, wo von 1970 bis 1973 der Personalaufwand um 52 Prozent, von 1973 bis 1975 um 40 Prozent, die Repräsentationsaufwendungen von 1970 bis 1973 um 400 Prozent — ich kann Ihnen auch die absoluten Ziffern hier vorlesen — und von 1973 bis 1975 um 40 Prozent gestiegen sind.

Meine Damen und Herren! Das sind nur zwei, drei Ziffern aus einer Liste, wo sich die Steigerungssätze „nur“ zwischen 25 und 500 Prozent bewegen. Und das will man als Sparsamkeit verkaufen! Es heißt in diesem Bericht weiter, meine Damen und Herren: Ziel der Verwaltungsreform ist es, den für die Staatsfinanzen gefährlichen Wachstumstrend aufzuhalten. 1975 64 Milliarden Schilling Ausgaben in diesem Bereich; 1978 voraussichtlich 100 Milliarden.

Punkt 9: Es wird darauf zu achten sein, daß die Dienstpostenreduzierungen die Dienstpostenvermehrungen übersteigen. — Wir haben heute, mit dem Budget 1975 eingerechnet, Herr Finanzminister, rund 13.000 Dienstposten mehr als 1970. In der ÖVP-Regierung wurden sie bekanntlich innerhalb von vier Jahren um 5200 weniger.

Die Kommission, so heißt es weiter, meine Damen und Herren, tritt wöchentlich zusammen. — Sie ist ungefähr drei bis viermal im Jahr zusammengetreten. Kein einziges Mal unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers! Hier kann man nur mit Goethe aus Faust II sagen: Welch Unheil muß ich erfahren. Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr! (*Beifall bei der ÖVP.*) Auch das, meine Damen und Herren, ist ein Ergebnis sozialistischer Reformpolitik.

Herr Finanzminister! Ich habe grundsätzlich Verständnis dafür, daß jeder Finanzminister einer Steigerung der Kosten der Verwaltung sehr kritisch gegenübersteht, aber nur dann, wenn er selbst dauernd beweist, daß er die Verwaltungsaufblähung auch effizient einschränkt. Wenn man das nicht macht, hat man auch das moralische Recht verloren, sich darüber zu beklagen.

Gegen eines werden wir sehr nachdrücklich auftreten: Es ist üblich, daß sich gelegentlich der Herr Finanzminister oder der Herr Bundeskanzler bei den Beamten, die „den Staat verschlingen“ — so wird angespielt —, sozusagen abputzt; oder auch bei der Lehrerschaft. Herr Minister Sinowatz ist überhaupt seit September zu einer Art Lehrerbeschimpfung übergegangen: Sie müßten endlich ihr verschwenderisches Getue bei der Schulbuchfrage einstellen und korrigieren.

Wir werden die öffentlichen Dienstnehmer verteidigen, Herr Finanzminister! Nicht sie sind verantwortlich für die Verschwendungen in der Verwaltung, sondern die Regierung ist verantwortlich, und Sie im besonderen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Man könnte hier ein Referat über die Gesetzesökonomie halten, über die rapide Zunahme von Gesetzen in den Novellierungen, die immer die Beamten zu vollziehen haben. Da wird ein neues Rundfunkgesetz, eine Antireformnovelle, beschlossen. Dann paßt das hinten und vorn nicht. Der Verfassungsgerichtshof hebt nach wenigen Wochen wesentliche Bestimmungen auf. Dazu der Herr Bundeskanzler: Da machen wir halt eine neue Novelle, wenn der Verfassungsgerichtshof das aufhebt!

Das Ortstafelgesetz, in wenigen Wochen hier durchgepeitscht, führt, abgesehen vom außenpolitischen Schaden, dann zu neuen Kommissionen: zur Ortstafelkommission und zum Kontaktkomitee, die von Beamten betreut werden müssen, wo Papiere ausgearbeitet werden und dergleichen mehr. Alles erstickt in einer Kommissionitis, die immer wieder von der Verwaltung betreut werden muß.

Ich möchte nun den Herrn Bundeskanzler — ich wäre Ihnen dankbar, Herr Finanzminister, wenn Sie ihm das bestellen könnten — zur Verwaltungsreform sehr höflich fragen — ich habe ihn viermal darum gebeten —, wann er das Versprechen einlösen will, daß die Bundesregierung laut diesem Bericht vom April 1971 ihre eigenen Vorstellungen zu diesem Thema zum Gegenstand eines besonderen Berichtes machen wird. Bis heute ist dieser Bericht nicht hier. Ich wiederhole diese Bitte an den Herrn Bundeskanzler und wäre dankbar, wenn er sagen wollte, ob er noch die Absicht hat, dieses dem Parlament gegebene Versprechen einzulösen, oder ob er seine Meinung geändert hat.

Meine Damen und Herren! Wie antiquiert lauten Aussagen, die sich in Regierungserklärungen finden. Jedenfalls wird die Bundesregierung — heißt es dort pathetisch, das möchte ich im Namen aller ihrer Mitglieder erklären — Anregungen, die in diesem Hause geäußert werden, mit selbstverständlicher Aufmerksamkeit verfolgen, Kritik mit gebottem Ernst zur Kenntnis nehmen und Vorschläge mit entsprechender Sorgfalt prüfen.

Nicht einmal das, meine Damen und Herren, was dem Parlament mit Ziffer, Zahl und Datum versprochen wurde, nämlich ein Bericht über die Verwaltungsreformmaßnahmen dieser Regierung, ist innerhalb von vier Jahren eingelöst worden!

Dr. Mock

Auch das widerspiegelt den Gegensatz von Worten und Taten und die mangelnde Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung. Meine Damen und Herren! Immer dasselbe, ob dies die Verwaltungsreform oder die Bundesheaterreform oder die Landesverteidigungsreform betrifft! — wir erreichen ein Defizit von 800 Millionen Schilling! Die Wahlergebnisse in den Ländern und auch zu einem gewissen Teil in den Interessenvertretungen zeigen sehr wohl — was immer ihr Hauptergebnis ist —, daß der österreichische Staatsbürger diese Politik der Worte ablehnt, daß er das Scheitern des utopischen Reformsozialismus auch mit dem Wahlzettel entsprechend quittiert, daß er ablehnt, daß die politische Diskussion hier im Parlament sehr oft zu kabarettistischen Wortspielen, ja zu kabarettistischem Geschwätz umfunktioniert wird!

Das alles — und das durchschaut der Staatsbürger draußen — ist ja nur ein Versuch, das Unvermögen zu kaschieren, Sachprobleme zu überdecken und davon abzulenken. Die Menschen draußen wollen wieder den Eindruck haben, daß in der Politik das gemeint ist, was gesagt wird, und daß mit allem menschlichen Einsatz auch angestrebt wird, das zu halten, was versprochen worden ist. Diese Nüchternheit soll in unserer Politik in Österreich wieder Einkehr halten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn die SPO, meine Damen und Herren, ich habe das vorhin schon angedeutet, zur höheren Ehre ihres Vorsitzenden laufend Landtagsmandate verliert, Bürgermeister der Landeshauptstädte verliert, Sitze in den Landesregierungen verliert, ist das ihre Sache. Wenn das alles nur zur Unterhaltung der Menschen dienen würde, was der Herr Bundeskanzler gelegentlich von sich gibt, wäre es auch nicht einer parlamentarischen Diskussion wert.

Aber, meine Damen und Herren, hinter allen Akten und Handlungen stehen sehr konkrete Auswirkungen für die Menschen in den Betrieben, in den Büros, auf den Straßen, für Menschen im Beruf und im privaten Leben. Diese Politik speziell im wirtschaftlichen und sozialen Bereich bedeutet nicht nur eine Gefährdung der Preisstabilität, Herr Finanzminister, die haben wir schon längst verloren. Sie haben ja gesagt, als wir diese inflationäre Entwicklung prophezeit haben, wir betreiben Preishysterie. Wir sind bei der zweiten Phase des Niederganges angelangt, wir kommen in die Phase der konkreten Gefährdung der Arbeitsplätze. Und da wird wieder beschwichtigt; da reden Sie wieder vom „Krankjamfern“. So billig können Sie sich dieser Verantwortung nicht entziehen.

Heute gehen die Dinge teilweise schon ganz anders. Immer mehr beschäftigen sich auch sozialistische Funktionäre, sozialistische Fachleute mit dieser gravierenden Entwicklung. Es hat heute Herr Vizekanzler Withalm auf die Aussagen von Generaldirektor Kienzl in der „Arbeiter-Zeitung“ vom Dienstag, dem 5. November, verwiesen. Bei allem Respekt vor diesen offenen Ausführungen: Er hat auch vier Jahre lang mit dem Großteil seiner Aussagen nur der Regierung die Stange gehalten und sich erst sehr spät dazu bekehrt, obwohl er an einer der Quellen wirtschaftspolitischer Erkenntnisse sitzt und diese Entwicklung früher hätte absehen sollen. Nun schreibt er mit Recht: „In Österreich sind wir jetzt an einer Weggabelung angelangt.“ Werden wir endgültig den Weg sozialen Utopismus gehen — auch in der Wirtschaftspolitik —, der reinen Politik des Redens, des Kaschierens, der Verbalismen, wo man sagt, wir wollen keine Arbeitslosigkeit, obwohl sie sich bei der Türe hereindrägt, zumindest von der Verunsicherung der Arbeitsplätze her, oder werden wir wieder zu einer Politik der Nüchternheit, die die Probleme so nennt, wie sie sind, kommen, die konkret sagt, was man dagegen macht?

Wir sind an einer Weggabelung angelangt, und ich kann nur hoffen, daß wir den richtigen Weg gehen werden. Es wird nach den Erfahrungen der letzten vier Jahre sicherlich nicht der Weg eines sozialistischen Österreichs sein. Er schreibt hier mit Recht, meine Damen und Herren: „Alle anderen Aufgaben sind von völlig untergeordneter Bedeutung ...“ Ja, Herr Finanzminister Androsch, wie war denn das in den letzten Jahren? Sie haben sich heute beim früheren Finanzminister Koren dagegen verwahrt, daß Sie zwei Jahre — so ähnlich war das formuliert — geschlafen hätten. Sie haben es bis 1972 abgelehnt, eine Stabilisierungspolitik zu machen. Androsch hat doch in der „Wochenpresse“ vom November 1972 gemeint, er hält nichts von hochgestochenen Stabilisierungsprogrammen. Doktor Kreisky hat gemeint, wir stabilisieren ja ohnehin dauernd. Mit dieser Stabilisierung stabilisieren wir unser Land zu Tode. Das ist die Problematik und die Auswirkung, und deswegen, meine Damen und Herren, sind diese Fragen so ernst.

Glauben Sie doch wenigstens Ihren eigenen Fachleuten, die sich anerkennenswerterweise eines anderen besinnen. Ausch — meine Damen und Herren, über alle politischen Grenzen hinweg sei auch hier das sehr unterstrichen — hat vor zwei, drei Jahren, erschienen 1972, schon gewarnt vor den, wie es hier heißt, „Beschwichtigshofräten“. „Be-

11588

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Mock

schwichtigungshofräte", meine Damen und Herren, „weisen darauf hin, daß in dem oder jenem Land die Inflationsrate höher sei als im eigenen, als ob die Hausfrau mit statistischen Tabellen in der Hand einkaufen ginge.“ Wen er wohl da gemeint hat mit „Beschwichtigungshofräten“? Hoffentlich nicht den Präsidenten Benya. Vielleicht den Herrn Abgeordneten Tull oder den Herrn Finanzminister oder sonst jemand. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Und so könnte man das hier fortsetzen, meine Damen und Herren. Eine Zitatensammlung, die man in der Überheblichkeit der politischen Einstellung einfach nicht beachtet hat. Die Volkspartei hat im Jahre 1971 ihr erstes Stabilisierungsprogramm vorgelegt. Man hat mit Überheblichkeit darauf reagiert, man hat nicht verhandelt. Wir haben im April 1974 wieder Stabilisierungsvorschläge vorgelegt, man hat mit Überheblichkeit reagiert, man hat darüber nicht verhandelt. Und jetzt geht der Herr Bundeskanzler landauf landab, bei den Arbeiterkammerwahlen, auch nachher, mit der These, er wird nie um den Preis der Arbeitslosigkeit stabilisieren. Es gibt keinen Zusammenhang von Stabilitätspolitik und Arbeitslosigkeit; und es gibt keinen Zusammenhang von Inflation und Vollbeschäftigung; im Gegenteil. (*Zwischenrufe.*) Diese Ihre Politik sichert die Inflation und garantiert mittelfristig und schon in der Gegenwart, Herr Abgeordneter, die Gefährdung der Sicherheit der Arbeitsplätze. Das ist das Ergebnis der sozialistischen Wirtschaftspolitik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es ist ja durchaus verständlich, wenn daher in Innsbruck bei der sozialistischen Abgeordnetentagung von den „Kronprinzen“ der Partei — es geht ja, Herr Finanzminister, bei Ihnen nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Partei sehr adelig zu, muß ich sagen, aber bitte, das soll mich nicht weiter berühren — von der jungen Generation Frühjahrswahlen gefordert wurden. Bitte, ich habe Verständnis; wenn der Herr Bundeskanzler abtritt und ins politische Ausgedinge geht, müssen ja sie in der einen oder anderen Form das, was er ihnen eingebrockt hat, auch politisch ausbaden. Daher ist die Vorverlegung der Nationalratswahl kein Propagandatrück der ÖVP gewesen oder: „Die ÖVP röhrt die Propagandatrommel“, wie heute der Herr Bundeskanzler beliebte in der „Arbeiter-Zeitung“ zu bemerken, sondern ein menschlich durchaus verständliches Bemühen der Jüngeren in der SPÖ, gerade noch zu retten, was von der absoluten Mehrheit zu retten ist.

Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich möchte am Schluß noch in eine Grundsatzfrage eingehen. Ich habe vorhin den an und für sich schwerwiegenden Vorwurf vor allem an den Herrn Bundeskanzler erhoben, daß seiner Politik das Maß fehlt. Nun, meiner Auffassung nach, meine Damen und Herren, liegt auch hier ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen einer Politik aus christlich-demokratischem Bewußtsein und einer sozialistischen Politik. Wir glauben, daß das Maß eine Grundnorm der Demokratie ist. — Die Mäßigung im Gebrauch der Mehrheit, die Mäßigung auch in der Kritik durch die Minderheit, das Maß im Fortschritt: Wie weit ist der Mensch und die Gemeinschaft durch Veränderungen belastbar? Und das Maß im Behalten des Wertvollen als Ausgangspunkt, als verlässliche, erfahrene Basis für einen neuen Fortschritt.

Vielleicht ist es eigentlich falsch, diesen Vorwurf der Maßlosigkeit dem Herrn Bundeskanzler zu machen, sondern es ist eben ein Charakterzug der sozialistischen Politik, ob national oder international. Je sozialistischer sie ist, desto maßloser ist sie. Die neue Freiheit der neuen Linken an den deutschen Hochschulen hat zu mehr Unfreiheit, zur Maßlosigkeit, zum Kampf gegen Sachen und Personen geführt. Die Fortentwicklung der Instrumente des Abbaues von Bildungsbarrieren, zum Beispiel Schulbuch, hat in dieser Form zur maßlosen Verschwendungen geführt. Der Verlust des Maßes in der Verantwortung der sozialistischen Alleinregierung für ihren Machtbegriff hat zu einem regierungsabhängigen Rundfunk geführt, hat zum rein parteipolitisch motivierten Abbau von Personal geführt, hat zur Verschwendungen und zur Verschleuderung von 55 Millionen Schilling aus Rundfunkgeldern geführt oder wird in den nächsten Jahren dazu führen. Der Verlust des Maßes in der Strafrechtsreform hat zu einer, wie ich vorhin schon gesagt habe, provokanten Beschußfassung geführt, womit das ungeborene Leben binnen drei Monaten abgetrieben werden kann. Überall wurde das Maß verloren, und parallel reagiert man darauf, wenn man Vorwürfe an die Regierung richtet, mit Überheblichkeit.

Der Herr Präsident des Nationalrates dreht sozusagen das Radio und das Fernsehen ab, wenn die Debatte zu unangenehm wird für die sozialistische Fraktion. Oder in anderen Bereichen: Wenn die Marktordnung nicht so beschlossen wird, wie wir sie wollen, dann wird sie eben auslaufen, was immer das für den Konsumenten bedeutet, der statt eines Zuckerpreises von ungefähr 6 oder 8 S dann einen solchen von 16 bis 19 S zahlen müßte.

Dr. Mock

Meine Damen und Herren! Gerhard Szczesny, ein sehr bekannter deutscher Autor, hat das Einleitungskapitel eines seiner jüngsten Werke mit der Überschrift überschrieben „Abschied von der Linken“. Ein Abschied von der Linken in Europa bahnt sich an. Wie lange immer der Weg sein wird, wir sind uns bewußt, daß Sie hier nicht nur sämtliche Möglichkeiten der Partei, sondern auch des Staatsapparates einsetzen werden, um sich durch Propagandamöglichkeiten gegen diese Ablöse zu wehren.

Wir bieten als Alternative zu dieser sozialistischen Politik der Unglaubwürdigkeit, zu diesem Scheitern des sozialistischen Reformismus eine Politik der Nüchternheit an, eine Politik des Maßes und eine Politik des Realismus. Wir haben unsere positiven Vorstellungen, meine Damen und Herren, in den Plänen zur Lebensqualität niedergelegt. Wir wollen sicherstellen, daß draußen die Menschen den Eindruck haben: Vernunft, Toleranz, Maß, Bekennnis zu gemeinsamer Arbeit sind Bestandteil unserer Politik, nicht nur in den verbalen Erklärungen, sondern auch in unseren Handlungen. Wir bekennen uns zu dieser Gemeinsamkeit in einer verunsicherten Welt. Ich glaube, daß wir so eine Politik einer Partei der Mitte verstehen sollen, dann werden uns die Wähler auch in den kommenden Monaten neues Vertrauen für Österreich geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina.

Abgeordneter Sekanina (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß es bei der Behandlung des Finanzgesetzes 1975 sicher zweckmäßig und notwendig ist, auch vom Standpunkt der Regierungsfraktion auf die Formulierungen und Meinungsäußerungen einzugehen, die seitens der Opposition vorgebracht wurden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Mock hat verständlicherweise vom Standpunkt eines Oppositionspolitikers oder -abgeordneten seine Ansichten persönlich im Namen seiner Fraktion kundgetan. Für den Außenstehenden, für den nicht täglich mit diesen Problemen Engagierten erhebt sich die Frage: Trifft das zu, was hier Dr. Mock zu Fragen der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsplatzsicherung und zu anderen Problemen gesagt hat?

Der Herr Dr. Mock hat spektakulär begonnen und hat gesagt: Schaut euch an, wie die Regierungspolitik aussieht: Die Arbeitsplätze sind bereits gefährdet, oder sie beginnen gefährdet zu werden. — So formulierten Sie, Herr Dr. Mock. Und Sie haben gleich zitiert. Zuerst haben Sie einen Ausflug in organisa-

tische Bereiche der SPÖ gemacht und haben gemeint: Was geschieht dort, was wird dort passieren, was ist mit dem Baumgartner? und ähnliche Dinge mehr. Es ist Ihr gutes Recht, Ihre Meinung zu äußern. Ich finde das, bitte, nicht als den Gegenstand der heutigen Tagesordnung.

Aber kommen wir zu dem, was Sie konkret gemeint haben, Herr Dr. Mock. Die Öffentlichkeit, die Zuhörer, die Zuseher, die Österreicherinnen und Österreicher werden sagen: Stimmt das, was der Dr. Mock hier heute gesagt hat? — Sie haben sinngemäß, unterschwellig — das ist ja das, was Sie produzieren; nur nicht konkret werden; nur so ungefähr andeuten; vielleicht können wir dieser Regierung wieder eins auswischen; so ein bißl Cassius Clay spielen in der Politik — gesagt: Die sind schuld, die machen nichts, die sind unfähig. — Aber nur nicht konkretisieren. Sie, Herr Dr. Mock, haben als praktisches Beispiel die Firma Swarovski genannt — das ist nicht zu bestreiten, das haben Sie getan — und haben das sinngemäß so hingestellt, als ob eine verfehlte Regierungspolitik in wirtschaftlichen Bereichen dazu geführt hätte oder dazu geführt hat, daß eine bestimmte Zahl von Mitarbeitern oder Dienstnehmern dieser Firma ihren Arbeitsplatz verloren hat.

Zur zweiten Frage Ihrerseits: Sie wissen das genauso gut wie ich, nur in Ihre Oppositorientation paßt es nicht hinein. Sie können doch nicht hergehen und sagen: Jawohl, dort ist das aufgetreten. Herr Dr. Mock! Sie hätten, wenn das seriös sein soll, womit Sie hier argumentiert haben, sagen müssen — aber Sie haben das vergessen, bewußt vergessen zu sagen —, was dort wirklich geschehen ist. Die Frage müßte doch lauten — auch für Sie, Herr Dr. Mock —: Hat die Regierung die Situation dort verursacht? — Ich erlaube mir nicht, mich hier von diesem Rednerpult aus in private Bereiche eines Unternehmens einzumengen. Aber Sie wissen genauso wie ich, Herr Dr. Mock, daß das Management dort doch einigermaßen nicht in Ordnung gewesen sein dürfte, denn wie kamen denn sonst die Besitzer auf die Idee, daß sie das Management personell auswechseln?

Und die nächste Frage lautet: Hat sich jemand gekümmert? Jetzt darf ich der staunenden Öffentlichkeit etwas mitteilen: Sie haben sich dort nicht gekümmert. Sie haben nur hier große Reden von sich gegeben. Aber der Herr Sozialminister Häuser ist dort engagiert gewesen und der Herr Bundesminister Dr. Stariabacher, die Interessenorganisation.

Und jetzt die dritte Frage und die Antwort darauf: Keiner der in dieser Phase freigesetzten Mitarbeiter ist heute noch arbeitslos. Das

11590

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Sekanina

ist Reaktion sozialistischer Politiker! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. L i b a l: Ein Superdemagogie ist das!*) Vielleicht gelingt es mir vom Rednerpult aus, meinen Kollegen Libal zu bremsen.

Meine Damen und Herren! Ich habe also hier, Herr Kollege Dr. Mock, aufgezeigt, wie die Verhältnisse sind. Das heißt: In diesem konkreten Falle hat die Aktivität oder Nichtaktivität — wie Sie das formulieren — der Regierung keinen Einfluß auf die verminderte Zahl von Arbeitsplätzen gehabt.

Firma Bally: Bitte geben Sie mir einen guten Ratschlag, Herr Dr. Mock, wie wir das miteinander bewältigen können. Spielen wir einen Augenblick und ein paar Minuten lang Koalition, wie wir die Besitzer der Firma Bally, wenn sie sich überlegen, die Produktion in Österreich zur Gänze einzustellen und ausschließlich im Bereich der Schweiz die Produktion durchzuführen, veranlassen können, daß sie das nicht tun. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Mock! Wenn man sich hier herstellt und vermeintliche Unzulänglichkeiten aufzeigt, dann muß die Öffentlichkeit das Recht haben, daß sie den vollen Zusammenhang kennengelernt. Man kann nicht nur Bruchstücke hier interpretieren, wie Sie das tun. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Sie meinten also — ich darf das gleich fortsetzen; Ihre Argumentationen gingen unter anderem auch in die Richtung —: Seht euch das an, diese sozialistische Bundesregierung installiert jetzt einen Regierungsrundfunk, und die Meinungsfreiheit, die Vielfalt der Meinungsfreiheit ist gefährdet.

Wir werden in wenigen Tagen, Wochen oder Monaten sehen, was da passiert ist.

Der Herr Abgeordnete Dr. Blenk unterstützt ohne Zweifel diese Ausführungen seines Fraktionskollegen Dr. Mock, hier sichtbar für mich durch Kopfnicken. Ich würde Sie, Herr Doktor Blenk, bitten — aber auch Ihre Fraktionsfreunde würde ich bitten —, den Nachweis zu erbringen: Wo ist dieser Regierungsrundfunk? Wer sagt denn, daß ausschließlich die von Ihnen vorgebrachte Argumentation stichhäftig ist? (*Abg. Dr. Blenk: Haben Sie die ganze Dringlichkeit nicht mit angehört?*) Das ist Überheblichkeit, was Sie produzieren.

Wir sind der Meinung, Herr Dr. Blenk, daß das, was hier geschehen ist, eine durchaus korrekte Vorgangsweise ist. Bitte nicht so große Formulierungen im Hinblick auf das Volksbegehren. Denn von dem, was im Volksbegehren stand — Herr Dr. Blenk, das sollten

Sie wissen —, haben Sie in Ihr Gesetz damals herzlich wenig übernommen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich glaube also, daß Ihre Argumentation im Zusammenhang mit dem ORF nicht stimmt. Aber ich werde dann im Rahmen meiner Bemerkungen, die ich zeitlich doch etwas kurz halten möchte, auf diese Umstände noch mit wenigen Formulierungen zu sprechen kommen.

Ich sagte am Beginn meiner Ausführungen, meine Damen und Herren: Mir scheint es sinnvoll, direkt zu antworten. Nur die Gesprächspartner bräuchte man. Da beginnt dann wieder das Spiel, daß der Herr Dr. Mock da steht und sagt: Wo ist der? Mit dem kann man nicht reden, der ist schon wieder unterwegs. Der Bundeskanzler ist nicht zu finden (*Abg. B r a n d s t ä t t e r: Der ist nie da!*), und der Finanzminister ist nicht zu finden.

Ich möchte mich, bitte, in dieses Spiel ganz einfach nicht einlassen. Erstens ist es nicht zielführend und zweitens wissen Sie genauso wie ich, daß es in der politischen Funktion und Tätigkeit eine Reihe von Dingen gibt. Ich kann mich jetzt auch nicht beschweren, daß im Zusammenhang mit einer derzeit tagenden Präsidentenkonferenz Ihre Abgeordneten nicht da sind. Ich halte eine derartige Vorgangsweise, Herr Dr. Mock, wirklich nicht für sinnvoll. (*Abg. B r a n d s t ä t t e r: Sie wissen genauso wie wir, daß der Bundeskanzler fast nie hier im Hohen Haus ist!*)

Ich wende mich einer Ausführung zu, die heute hier vorgetragen wurde. Ihr erster Redner oder überhaupt der erste Redner heute war der Herr Professor Dr. Koren. Ich sage schon wieder nicht, daß er nicht da ist. Ich stelle nur fest: Der Herr Dr. Koren war der erste Redner. Und dann begann er sich ein bissel provokant, ein bissel ätzend — auch sein gutes Recht — zu verhalten und sagte dann: Nach den Bundespräsidentenwahlen dieses Jahres haben wir uns in eine Euphorie hineingesteigert und dann kam die Ernüchterung. Diese Euphorie aber führte bei uns vorerst zu Überheblichkeit, Intoleranz, Härte, und so ging es also den ganzen Katalog an negativen Erscheinungen hinunter. Dann haben wir den Schock erfahren, dann kamen die Arbeiterkammerwahlen, und dort haben wir Mandate verloren. Dann kamen die Landtagswahlen, dort haben wir auch verloren.

Ich sage Ihnen als sozialistischer Abgeordneter ganz offen — ich sage das nicht offiziell für meine Fraktion, dazu habe ich keinen Auftrag, ich sage das für mich als Person —: Seien Sie versichert, es schmerzt uns wirklich. Jedes Mandat, das man verliert, wird jemand, der in der Politik engagiert ist, als schmerhaft

Sekanina

empfinden. Nur eines kann ich Ihnen, meine Damen und Herren der ÖVP, schon heute sagen: Wir verstehen schon die Zeichen der Zeit. Den Fehler werden wir nicht begehen, den Sie zwischen 1966 und 1970 begangen haben: daß Sie nicht reagiert haben. Wir werden uns bemühen, dort, wo sich das Vertrauen uns gegenüber reduziert hat, durch eine genaue Analyse der Umstände dafür Sorge zu tragen, daß wir dieses Vertrauen wieder gewinnen. Wir respektieren Meinungsäußerungen der Öffentlichkeit, wir reagieren organisatorisch auf Dinge, die uns in den letzten Wochen und Monaten passiert sind, und wir werden bemüht sein, eine Politik zu betreiben, die uns dieses da und dort reduzierte Vertrauen wieder bringt. Ich glaube, das ist eine vernünftige und sinnvolle Vorgangsweise. (*Zustimmung bei der SPÖ*)

Der Herr Dr. Koren meinte unter anderem: Die österreichische Bundesregierung, vor allem die sozialistische Fraktion, die sozialistischen Mitglieder der Bundesregierung haben eine leichte Hand fürs Ausgeben. Das kann doch nicht unwidersprochen bleiben. Sie haben das, glaube ich, wenn ich nicht irre, Herr Dr. Mock, auch so im allgemeinen dargestellt. Was meinen Sie denn mit: Eine leichte Hand fürs Ausgeben? Was soll denn nicht ausgegeben werden? Bitte keine Halbwahrheiten. Hier müßten Sie sich herstellen und müßten sagen: Wir sind der Meinung, daß das und jenes nicht hätte gemacht werden sollen. Hätten wir keine Schulbuchaktionen machen sollen? Sind Sie der Meinung, wir hätten keine Schülerfreifahrten machen sollen? Sind Sie der Meinung, wir hätten keine Pensionserhöhungen machen sollen?

Jetzt ist es aus, Herr Dr. Blenk, mit dem Kopfschütteln; das allein ist kein Argument. Nachdenken, sich etwas einfallen lassen, Antwort geben, das wäre sinnvoll. Nicht nur mit dem Kopf wackeln! Das ist zuwenig.

Damit Sie es sich gut merken, Herr Kollege Dr. Blenk: Hätten wir keine Schulbuchaktion und keine Schülerfreifahrten machen sollen? Diese Frage tut weh. Hätten wir keine Pensionserhöhungen machen sollen, hätten wir keine Bezugserhöhungen machen sollen, keine Gesundenuntersuchungen? — Herr Dr. Blenk, eine Antwort darauf. (*Abg. Dr. Blenk: Was sagen Sie zur UNO-City? Milliarden verschwendet!*) Auch auf das Problem komme ich noch zurück.

Wir sind der Meinung, daß Ihre Argumentation, die sozialistische Bundesregierung hat hier leichtfertig ausgegeben, falsch ist. Wir können nachweisen, daß wir in den Zeiträumen, in denen wir die Alleinregierung gestellt haben, gerade in den von mir zitierten Berei-

chen Hervorragendes im Interesse der Bevölkerung geleistet haben (*Beifall bei der SPÖ*), und auf das können wir uns einiges einbilden.

Daß Sie, Herr Dr. Blenk, in Ihren Argumentationen das ganz einfach nicht zur Kenntnis nehmen, ist Ihre Angelegenheit. Aber daß das sinnvoll, zweckmäßig, notwendig war für die Bevölkerung, werden auch Sie in Ihrer Aggressivität nicht bestreiten können. (*Abg. Doktor Blenk: Was sagen Sie zur UNO-City?*) Ich habe Ihnen vorhin erklärt, Herr Dr. Blenk, ich komme darauf zu sprechen. Wenn Sie Ihre Ungeduld etwas zähmen könnten, dann würden Sie das sicher noch mitbekommen, wenn ich das dann formuliere.

Aber ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, noch etwas sagen. Was heißt denn die Formulierung, die hier vorgebracht wurde: Wir geben das Geld aus mit leichter Hand? Erst seit Ihrer letzten Klubtagung sind Sie vorsichtig geworden. Spätestens im Oktober 1975 sind wieder Parlamentswahlen. Jetzt auf einmal hören wir: Sie stellen keine Anträge, Sie werden keine finanziellen Forderungen mehr an das Budget stellen. (*Abg. Wedenig: Weil Sie bankrott sind! Das ist doch klar!*) Was meinen Sie? (*Abg. Wedenig: Man kann doch eine bankrote Firma nicht noch mehr in den Konkurs treiben!*) Also ich muß schon sagen: Der Herr Kollege Wedenig ist ein Star in finanzpolitischen Dingen. Er kommt bei der Tür herein und sagt: Bankrott ist das Ganze!, ohne Zusammenhang, ohne zu überlegen, ob das stimmt oder nicht. (*Abg. Brantl: Das paßt immer!*)

Ich möchte glauben, Kollege Wedenig — Sie sind ja Mittäter, wenn ich das so sagen darf —: Bis zu dieser Klubtagung in Gastein hatten Sie eine Lizitationspolitik betrieben, die in den vergleichbaren Zeiträumen von niemandem betrieben wurde, außer von Ihnen. Und jetzt ist der Abgeordnete Wedenig, der Gewerkschafter Wedenig auf einmal still geworden. Jetzt gibt's nichts mehr.

Diese Politik machen wir, lieber Gewerkschaftskollege Wedenig, nicht mit, weil wir glauben, daß die Bevölkerung, die Arbeitnehmer und alle anderen Berufsgruppen, einen Anspruch haben, daß bestimmte, für sie aktuelle Probleme einer Erledigung zugeführt werden. (*Abg. Dr. Blenk: Aber ja! 16.000 S dort, 15.000 S da!*) Das kauft Ihnen niemand ab. Drei Jahre Lizitationspolitik, und dann in den letzten 12 Monaten werden wir brav, damit die Öffentlichkeit sieht, was wir für staatsbewußte Politiker sind, Sie nämlich! Das kauft Ihnen, Herr Kollege Wedenig und Herr Dr. Blenk, sicher niemand ab.

11592

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974**Sekanina**

Der Herr Abgeordnete Dr. Koren hat dann in seiner Argumentation — wie ja zu erwarten war; das ist ja nichts Neues gewesen — fortgesetzt, und dann wurde es so richtig dunkel in der Färbung. Schwärzer, als man es von der ÖVP erwarten kann, waren die Argumente.

Der Herr Dr. Koren meinte, daß die wirtschaftliche Situation gefährdet erscheint, daß im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen für die österreichische Bevölkerung einiges an Problemen ins Haus stehen wird, und ähnliche Dinge mehr.

Beurteilen wir doch im jetzigen Augenblick: Wie sieht denn diese Wirtschaft aus? Das kann man doch nicht negieren! Das kann ja ein täglich engagierter Gewerkschaftsfunktionär wie Sie, Herr Abgeordneter Wedenig, doch auch nicht außer acht lassen!

Stimmt es, daß wir in Österreich im jetzigen Zeitpunkt, für das Jahr 1974 berechnet und umgelegt, ein Wirtschaftswachstum von 5 Prozent haben? Wir werden das haben. Das bestreiten auch Sie nicht. Stimmt es, daß dieses fünfprozentige Wirtschaftswachstum, auf das Jahr 1974 umgelegt, Herr Kollege Wedenig und Ihre anderen Fraktionskollegen, Spitze im europäischen Maßstab darstellt? (Abg. Wedenig: Aber nur die Fachleute sagen heute schon, etwas weniger wäre mehr gewesen!) Aber das ist doch nicht das Resultat Ihrer Politik, sondern diese Spitzenstellung ist das Resultat der Politik einer sozialistischen Bundesregierung! (Zustimmung bei der SPÖ.) Das ist unsere Auffassung. Sie können diese Prozentsätze, diese Entwicklung, diese Tendenzen ganz einfach nicht widerlegen.

Es wäre für Sie angenehm, zu sagen: Nein, das stimmt nicht, wir haben ein Null-Wachstum! — Wir haben kein Null-Wachstum, sondern ein Wachstum von 5 Prozent! Und das ist nicht das Resultat — noch einmal — einer Politik, die Sie betrieben haben, sondern einer Politik, die diese Regierung betreibt.

Beschäftigtenstand: Diese Frage ist doch für die Öffentlichkeit nicht uninteressant. Ich weiß nicht, wie der Herr Präsident Mitterer das gemeint hat, er hat das angedeutet. Ich war nicht Tat- und Ohrenzeuge seiner Ausführungen, aber ich kann mir vorstellen, was er sich zumindest dabei gedacht hat.

Aber wir als sozialistische Bundesregierung — weil wir heute Bilanz ziehen wollen, wie der Herr Dr. Withalm sagte — haben erklärt, es ist unser Ziel, daß wir in diesem Land eine Vollbeschäftigung aufrechterhalten. Hat diese Regierung ein solches Ziel erreicht, ja oder nein, Herr Dr. Mock, Herr Dr. Blenk und Herr Wedenig? Wir vier führen anscheinend das

Gespräch. Ich würde ja lieber mit der Kollegin Wieser reden, aber ich kann das jetzt nicht anders tun.

Ich möchte Ihnen sagen: Wir haben als Ziel gehabt eine Vollbeschäftigung und stellen fest, daß als Resultat dieser Regierungspolitik im jetzigen Zeitpunkt rund 2,7 Millionen Menschen in der österreichischen Wirtschaft beschäftigt sind, eine Größenordnung, die wir bis dato in diesem Lande nicht hatten. (Zustimmung bei der SPÖ.) Das ist das Resultat einer Regierungspolitik, die von dieser Bundesregierung betrieben wird. (Abg. Dr. Blenk: Sie haben ein blühendes Erbe übernommen!)

Sie, Herr Dr. Blenk, haben Vergleichsziffern. Wenn Sie meinen, daß das nicht sehr interessant wäre oder wenn Sie diese Überlegung hätten, dann schauen Sie bitte einmal nach Westeuropa. Wie sieht es denn dort mit der Beschäftigtenzahl aus? Ist es Ihnen entfallen oder nicht registrierbar für Sie, daß es in diesem Westeuropa bereits 3 Millionen Arbeitslose gibt? Wissen Sie nicht, was runderum in den Ländern passiert? Und glauben Sie nicht, daß die österreichische Bevölkerung wirklich reagiert darauf, wenn es zu einer Arbeitslosigkeit käme? Glauben Sie nicht, daß es sinnvoll ist, alles daranzusetzen, eine Arbeitslosigkeit zu vermeiden? Es wurde hier formuliert: Vielleicht sollte man doch eine gesteuerte Arbeitslosigkeit haben. — Es gibt keine gesteuerte Arbeitslosigkeit! Ich sage Ihnen: Die Politik, die Sie hier angedeutet haben, damit es die Öffentlichkeit nicht so feststellt, diese Politik ist falsch! Die Vollbeschäftigungspolitik dieser Regierung ist der richtige Weg nach unserem Dafürhalten! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Sie haben kein Argument dagegen, Herr Dr. Blenk. Wenn Sie sich auch noch so bemühen. Gegen 2,7 Millionen Beschäftigte haben Sie kein Argument! Das ist das Resultat einer Politik, die von dieser Regierung betrieben wird.

Herr Dr. Blenk! Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf einen anderen Umstand hinlenken. 1970 betrugen vor dem Weltspartag — Sie werden das mit mir registrieren können — die Spareinlagen 113 Milliarden Schilling. Im September 1974 betrugen sie 215,7 Milliarden Schilling. Diese Sparfreudigkeit wurde heute schon einmal dokumentiert im Zusammenhang auch mit dem Weltspartag. Hier schränke ich durchaus ein, daß gewisse Aktivitäten und eine Propaganda eine Rolle spielen, wenn ich das so formulieren darf. Aber ich habe ausdrücklich jedesmal vor dem Weltspartag gesagt: Diese Tendenz, diese Entwicklung, meine Damen und Herren der Österreichischen Volks-

Sekanina

partei, ist ein positives Resultat einer erfolgreichen Regierungspolitik! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Aber das ist nicht eine Konstruktion, die ich da in den Raum stelle oder die ich von irgendwo hernehme. Ich stelle fest: Das sind belegbare und beweisbare Ziffern und Zahlen. Und wenn Sie noch so aggressive Oppositionspolitiker sind oder werden, meine Damen und Herren: Das ist nicht zu widerlegen! Ziffern sind hier, wurden authentisch vorgetragen, und daher glaube ich, daß das auch die richtige Argumentation ist.

Dann kam die Andeutung des Herrn Professors Dr. Koren: In der Zukunft wird es überhaupt ganz fürchterlich in Österreich werden, was da alles ins Haus steht! „Österreicher, die Nacht kommt bald über euch!“, hätte ich bald geglaubt, wird der Titel dieser Ausführungen sein.

Sie haben Fachleute zitiert. Herr Dr. Mock hat gesagt: Paßt einmal auf, was euer Ausch sagt.

Erlauben Sie mir zu formulieren, Herr Doktor Mock: Es ist Ihr gutes Recht, den Kollegen Ausch zu zitieren; es ist aber ebenso unser gutes Recht, nicht alles als bare Münze zu nehmen. Das ist so üblich bei fachlichen Diskussionen. Ihnen paßt das im Augenblick. Zu dem Zeitpunkt natürlich, wo der Ausch etwas schreiben würde, was euch nicht paßt, dann ist er genauso wieder in der Versenkung verschwunden. Es ist nur ein Instrumentarium für Sie für den Augenblick. Ich meine also, daß die Auffassungen, die hier vom Kollegen Ausch ausgesprochen werden, sein gutes Recht sind. Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich nicht alles vollinhaltlich akzeptiere, was dort formuliert wird. Das kann man hoffentlich in unserer Gesellschaftsordnung noch tun.

Aber Herr Professor Koren — darf ich das bitte auch hinzufügen — meinte, daß 1975 die wirtschaftliche Entwicklung nicht sehr attraktiv sein werde. Nun nehme ich das zur Hand, was das Wirtschaftsforschungsinstitut gesagt hat; das ist auch wieder nicht eine Sektion der Sozialistischen Partei, möchte ich sagen, sondern es ist immerhin eine Einrichtung, die durchaus Fachcharakter hat, und eine Einrichtung, auf die Sie sich, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, in vielen Argumenten immer wieder bezogen haben.

Was sagen die? Was sagen diese Fachleute? Wie wird sich die Wirtschaft im Jahre 1975 entwickeln? — Sie sprechen die Prognose aus: Österreich wird die Konjunktur „im Griff“ behalten. Sie sagen: Es wird an sich ein reduzierteres Wirtschaftswachstum geben, aber auch

das wird noch weit über dem europäischen Durchschnitt liegen, in der Größenordnung von 4 Prozent.

Des weiteren wird dort ausgesprochen und formuliert: Anstelle eines Booms im Alleingang wird es eine wirtschaftspolitisch induzierte Konsumkonjunktur geben.

Und diese Fachleute sagen — mit allen damit verbundenen Einschränkungen natürlich —, daß es 1975 nicht zu dem kommen wird, was hier so furchterregend angedeutet wurde: zu Massenarbeitslosigkeit und ähnlichen Dingen mehr, sondern dank der Fähigkeit der österreichischen Wirtschaft, dank ihres Gesundheitszustandes — darf ich das so sagen — und dank der Mitarbeit ... (*Ruf bei der ÖVP: der Regierung!*) und dank der Regierungspolitik — ich danke für die Bemerkung —, dank der Regierungspolitik — ich sage es noch einmal — werden wir auch 1975 eine Konjunktursituation vorfinden, die sich noch deutlich vom europäischen Durchschnitt unterscheiden wird.

Ich weiß schon, Ihr Ziel ist es: Wir müssen eben möglichst viele Zwischenrufe machen, damit wir den Sekanina irritieren und damit er nicht sagen kann, was er sagen will. Darf ich Sie auffordern: Reden Sie, sooft Sie wollen, machen Sie Zwischenrufe, mich stört das überhaupt nicht! Ich habe das immer ganz gern, wenn ich ab und zu auch mit jemandem in den Oppositionsbänken reden kann. Ich habe nur ein Ziel: daß wir eine Politik betreiben können, daß ich auch in den kommenden Jahren als Fraktionsangehöriger der Regierungsfraktion oft mit Ihnen als permanente Oppositionspolitiker, die dort sitzen werden, reden kann. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Aber ich habe das nur angedeutet. Ich meine also, daß das ein guter Zustand wäre. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die nächste Frage. Ich möchte zeitlich nicht zu sehr das Volumen ausdehnen, es gibt aber noch eine Formulierung des Herrn Professors Koren, die lautet hat: Die ganze Konstruktion dieses Budgets ist nicht in Ordnung! Die Finanzpolitik ist nicht in Ordnung! Der Staatshaushalt stimmt hinten und vorn nicht! Die Verschuldung ist so groß! (*Zwischenrufe bei der ÖVP: Es stimmt ja!*) Sagen Sie noch ein paarmal: Es stimmt ja! Ich werde Ihnen dann darauf antworten. Dann werden Sie aber ganz still und leise werden, Herr Kollege, wenn ich Ihnen vorlese, wer gesagt hat, was wirklich ist.

Darf ich Sie gleich persönlich ansprechen: Da gibt es einen Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Dort drinnen sitzen schon auch ein paar Rote, in diesem Beirat für Wirtschafts-

11594

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Sekanina

und Sozialfragen, aber es sind ein paar andere auch drinnen, die auch in Ihren Reihen politische Funktionen haben und ganz einfach von der Wirtschaft etwas verstehen; ich darf das so formulieren. Und es wird niemand aufstehen können — auch Sie nicht — und sagen können: Die verstehen nichts davon!

Was haben die gesagt? Sie haben sich den Kopf zerbrochen. Sie haben darüber nachgedacht, wie es in Österreich eigentlich ausschaut. Registrieren Sie das, meine Damen und Herren! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Bei Ihren Argumenten haben Sie das heute alles unter den Tisch fallen lassen, indem Sie sich dachten: Das paßt nicht hinein, das können wir nicht zugeben, das paßt nicht in unser politisches Konzept!

Ich sage Ihnen, was die gesagt haben. Nach der Formulierung des Herrn Dr. Koren wird die Situation im Zusammenhang mit dem Budget immer schlechter. Der Wirtschafts- und Sozialbeirat hat sich mit der Frage beschäftigt und hat ausgesprochen, daß die vorliegende Budgetprognose — sie haben das für mehrere Jahre erstellt — durchaus aufzeigt, daß eine Reihe von Problemen an dieses Budget herankommen oder aus diesem Bereich entstehen.

Weiters sagte dieses Gremium, daß aber die Gesamtrendenz im Zusammenhang mit der Budgetvorschau bei weitem nicht so pessimistisch zu beurteilen ist, wie das bei vergangenen Vorschauen der Fall gewesen ist.

Nun ziehen die daraus ja einen Schluß. Die haben sich nicht nur zusammengesetzt, um sich gegenseitig anzuschauen, sondern die haben erschöpfliche Arbeit geleistet, und der Schluß lautet in diesem Gremium von Fachleuten, daß die Konsolidierung ... Nun registrieren Sie: Was fangen Sie jetzt damit an? Jetzt können Sie damit wieder kein Flugblatt machen, weil das nicht in Ihre Oppositionspolitik paßt, schimpfen können Sie auch nicht darüber, am liebsten werden Sie es also verschweigen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Darüber muß ich mir den Kopf zerbrechen. Der Herr Dr. Mock wollte ja schon in Oberösterreich an unseren Sitzungen teilnehmen! Sagen Sie dem Dr. Mock, daß er sich nicht unseren Kopf zerbrechen soll. Schaffen Sie das bitte nicht mir. Kehren Sie vorerst vor Ihrer eigenen Tür, Herr Dr. Blenk, wenn das geht und für Sie möglich ist!

Der Schluß, den dieses Gremium zieht, lautet also: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist in den letzten Jahren um ein großes Stück weitergekommen. — Und sinnvollerweise sagen die dort tätigen Fachleute: Man soll sich nicht mit dem Erreichten zufrieden-

geben, sondern dafür Sorge tragen, daß diese Entwicklung auch in den kommenden Zeitabschnitten wirksam werden kann.

Diese Budgetpolitik, die von dieser Bundesregierung betrieben wird, meine Damen und Herren, ist eine Budgetpolitik, die sich in diesen von Fachleuten festgelegten und ausgesprochenen Richtungen bewegt!

Eine ganz kurze Bemerkung. — Der Herr Kollege Peter ist nicht da. Er hat unter anderem wieder vom Verteilungsdenken der SPÖ-Regierung gesprochen. Alles, was es an Negativem in dieser Welt gibt, so hat er gemeint, haben wir praktiziert. (*Zwischenruf: Stimmt!*) Darf ich einen Augenblick humorvoll sein:

Der Herr Kollege Peter hat in der letzten Zeit eine Wandlung durchgemacht. Darf ich ein bissel einen sportlichen Vergleich aussprechen: Er hat sich vom Cassius Clay der FPÖ zum George Foreman entwickelt. Er ist gezeichnet, im Ring durchaus nicht ausgezählt, aber fast ausgezählt.

Die Frage lautet: Ist das, was der Herr Kollege Peter hier sagt, noch die offizielle Meinung seiner Partei? Ist das seine persönliche Meinung? Ist er noch imstande, wirklich vollinhaltlich für diese Fraktion zu reden? Ja oder nein?

Aber ich möchte das nicht ausführen, was man vielleicht als Kritik anbringen könnte. Ich zerbreche mir wirklich nicht den Kopf über das Problem des Herrn Kollegen Peter. Ich stelle nur fest: Er sagte etwas, was einen Gewerkschafter hellhörig machen muß. (*Zwischenruf des Abg. K e r n.*)

Er meinte, es wäre längst die Aufgabe, daß man auch einen Sparsamkeitsappell an die ÖGB-Funktionäre richten sollte, damit sie sich einmal wirtschaftsgerecht verhalten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Der Herr Peter hat wirklich eine Ahnung von Gewerkschaftspolitik! Wir glauben, daß in Österreich in den letzten drei Jahrzehnten — das können auch Sie, meine Herren von der FPÖ, nicht bestreiten — eine Gewerkschaftspolitik betrieben wurde, die wesentlich dazu beigetragen hat, daß dieses Land heute in Europa und in der Welt so dasteht! (*Beifall bei der SPÖ.*) Und da kommt jemand daher und meint, er muß uns Belehrungen geben, wie wir uns wirtschaftsgerecht verhalten sollen.

Ich wage zu behaupten, daß der Herr Peter in dieser Frage — zumindest in dieser Frage — kein geeigneter Lehrmeister sein kann (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Stix*), und ich würde ihm empfehlen, daß er in dieser Angelegenheit es wirklich denen überläßt, die Dinge

Sekanina

zu erledigen, die viel mehr davon verstehen. (Zwischenruf bei der ÖVP: Zum Beispiel dem Sekanina!)

Noch einige Bemerkungen oder zwei oder drei Sätze zu den Ausführungen des Herrn Dr. Withalm. (Abg. Dr. Blenk: Zur UNO-City wollten Sie noch etwas sagen!) Ich komme schon dazu, ich weiß, Herr Dr. Blenk, ich habe gesagt, über die UNO-City rede ich, aber ich lasse Sie so lange zappeln, bis ich will, daß ich Ihnen das sage. Werden Sie nicht ungeduldig. Ich habe aber nichts dagegen, wenn Sie mich etwa alle fünf Minuten daran erinnern, damit ich Ihnen Stoff für die Zwischenrufe gebe. Da Sie selbst nichts produzieren, erinnern Sie mich eben immer an die UNO-City. Ich werde das sicherlich beantworten.

Aber zwei Sätze: Ich war mir nicht ganz sicher, als Herr Dr. Withalm — und das sage ich bitte mit gebottem Respekt; wie hat er gesagt: „die Reifen und die Reifenden“; ich bin zehn Tage nach meinem 48. Geburtstag, gehöre also sicherlich noch zu den Reifenden — ans Rednerpult kam, habe ich nicht gewußt: Schimpft er jetzt wieder über seine Partei? Ist er schon wieder dabei, das Vorwort für ein drittes Buch: „Mein Weg zurück“ mündlich auszusprechen? (Heiterkeit.)

Ich wußte nicht genau, was Herr Dr. Withalm in dieser Frage meinte. Aber ich habe sehr aufmerksam zugehört; das soll man tun.

Er hat dann von vier Todsünden gesprochen, die wir begangen haben, von vier Todsünden der sozialistischen Regierung, von vier Todsünden, die die Bevölkerung nicht vergessen soll.

Er meinte das Bundesheer. Ich wage zu behaupten, Herr Dr. Withalm: Das war eine glatte Übertreibung, was Sie hier vorgetragen haben. (Zustimmung bei der SPÖ.) Das ist überhaupt nicht den Tatsachen entsprechend. Er wollte uns eben mit dem mahnen Zeigefinger gegenüberstehen.

Herr Dr. Withalm! Ich darf an Ihre Adresse gerichtet sagen: Als wir von Ihnen das Bundesheer übernommen haben, da hat das „lieb“ ausgeschaut! Das möchte ich also meinen und behaupten. (Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.) Wir haben uns bemüht, hier organisatorisch, gegen Ihren Widerstand, gegen all die Dinge, die Sie auch bundesheerintern betrieben haben — Sie können das durchaus nachkontrollieren —, einen Weg zu finden, der eines Tages als Ziel ein wirklich reorganisiertes Heer haben wird, das seinen Aufgaben nachkommen kann.

Zur ORF-Frage habe ich meine Meinung geäußert und möchte jetzt zur UNO-City kommen, damit ich Dr. Blenk beruhigen kann. Es

ist anscheinend Ihre erklärte Absicht, in der Öffentlichkeit, nicht nur in Österreich, sondern in der Weltöffentlichkeit, uns etwas vorzuwerfen. (Abg. Dr. Blenk: Zum Thema Verschwendug wollte ich, daß Sie reden!) Sie haben das so interpretiert, daß Gelder verschwendet werden. Ich glaube, daß das zum Thema Verschwendug von Ihrer Warte aus gehört. Wir wagen zu behaupten, daß eines Tages, wenn dieses Problem baulich, technisch, finanziell bewältigt ist (Ruf bei der ÖVP: Jetzt wird es gefährlich!), wenn die Sache für Österreich von Nutzen ist, wenn diese Einrichtung benutzt werden kann, diese Öffentlichkeit wird feststellen können (Abg. Doktor Blenk: Ist das alles zu dem Thema?), daß diese Bundesregierung mit diesem Projekt einen Weg beschritten hat, der für das internationale Prestige dieses Landes und für seine internationale Stellung von größter Bedeutung gewesen ist.

Und, Herr Dr. Blenk, noch etwas sage ich Ihnen: Tun Sie doch nicht so, als ob Ihre Partei mit dieser Frage überhaupt nichts zu tun gehabt hätte! Wir mußten ja das alles vollziehen, auch die Unzulänglichkeiten, die Ihre Regierung, Ihr damaliger Bundeskanzler gesetzt hat. Das sollten Sie, Herr Dr. Blenk, wissen. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn Sie das nicht wissen wollen, dann ist das selbstverständlich Ihre Angelegenheit. (Abg. Doktor Blenk: 10 Milliarden Schilling verschwendet!) Herr Dr. Blenk, das ist Ihre Formulierung. Sie trifft nicht zu, wir haben das oftmals anhand von Unterlagen beweisen können. (Abg. Dr. Blenk: Ich kenne zufällig die Zusammenhänge!)

Herr Dr. Withalm hat gemeint — und damit darf ich zu den Schlußformulierungen kommen —, die Bilanz sollte man jetzt ziehen: letzte Budgetdebatte. Der Leistungskatalog der sozialistischen Bundesregierung sei unbedeutend. Und er zitierte die vier Todsünden. Darf ich Sie, meine Damen und Herren, jetzt auf den Leistungskatalog hinweisen. (Abg. Doktor Blenk: ... Milliarden Schilling verschwendet.) Jetzt schaue ich den Dr. Mussil an, ich will im Augenblick nicht mit Ihnen reden, lassen Sie mich bitte das an die Adresse des Dr. Mussil sagen.

Wie schaut denn der Leistungskatalog dieser Bundesregierung aus? (Zwischenruf bei der ÖVP: 5 Prozent Inflationsrate!) Wie sagten Sie? (Zwischenruf bei der ÖVP: 5 Prozent Inflationsrate!) Ich möchte Sie also bitten, daß Sie sich das anhören. Da hat ein Kollege oben in der ÖVP-Fraktion gesagt: Traurig schaut das aus! — Na ja, bitte, das ist die einzige Formulierung, die Sie haben? Was ist das? Ist das ein Wertmesser? Was bedeutet das?

11596

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Sekanina

Kann man das wirklich im Detail belegen, was Sie hier sagen? Wenn Sie sich bemühen würden, das zu tun, hätten Sie die größten Schwierigkeiten, Herr Kollege!

Es ist das Verdienst dieser Regierung, so wie es Herr Dr. Withalm heute hier formuliert hat; er hat gesagt: Wir haben damals, 1970 — als Sie von der Regierungsverantwortung abgetreten sind —, wir von der ÖVP haben damals der SPÖ etwas hinterlassen, nämlich: gute Leistung, gute Wirtschaftssituation, geordnete Finanzen, und ähnliche Dinge mehr. — Wir von der SPÖ haben uns in diesen fünf Jahren unserer Regierungstätigkeit weiter um diese wirtschaftliche Situation bemüht, Herr Dr. Mussil! Das können Sie nicht bestreiten. Wir haben Vollbeschäftigung, wir haben eine Konjunktursituation, wir haben, europäisch gesehen, das größte Wachstum. (Abg. Dr. Blenk: Dank der Gesetze des Koren-Planes!) Und wir haben die große Chance, daß dank dieser Regierungspolitik diese Entwicklung auch in Zukunft weiter so sein wird! (Beifall bei der SPÖ.) Ob Sie wollen, Herr Dr. Mussil, oder nicht, Sie wissen das genausogut. Sie haben jeden Tag damit zu tun. Aber jetzt sollen Sie das hier zugeben. Das stört Ihre Karriere in der ÖVP, und das wollen Sie ja auch nicht. (Zwischenruf bei der ÖVP: Trotz dieser Regierung so etwas zu erreichen, ist wirklich ein Wunder!)

Wir haben diese Konjunktur gehalten — ich lasse mich jetzt von Ihren Zwischenrufen nicht mehr aufhalten —, wir haben die höchsten Beschäftigungsstände. Aber noch etwas haben wir getan: Da haben wir aber schon einen kilometerweiten Abstand von Ihnen. Es wäre direkt interessant, hätten wir die Zeit, Ihre sozialpolitischen Aktivitäten — Kollege Suppan, horch genau zu! — von 1966 bis 1970 festzustellen. (Zwischenruf bei der ÖVP: Ist das der Wohnungsbau?) Ich weise darauf hin, Herr Kollege. Ich werde vorerst von der sozialpolitischen Aktivität in diesen fünf Jahren in Österreich reden (Abg. Dr. Blenk: Das ist alles gewachsen in der Regierung, das ist bemerkenswert!), ob das im Sozialversicherungsbereich ist, ob das im Pensionsversicherungsbereich ist, ob das im familienpolitischen Bereich ist. Ihr habt den Familienlastenausgleich zum Budgetlöcherstopfen verwendet! (Zwischenruf des Abg. Suppan.) Ja, ich weiß, daß das weh tut, aber ich möchte Ihnen das sagen, damit Sie das nicht vergessen.

Wir haben Familienpolitik betrieben, wir haben Kinderbeihilfen erhöht, Geburtenbeihilfen geschaffen, Heiratsbeihilfen — gegen all das sind Sie aufgetreten —, und wir vertreten weiterhin in der Öffentlichkeit die Auf-

fassung, daß das der richtige, der für die Bevölkerung positivste Weg gewesen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist ein Katalog einer Regierungspolitik dieser sozialistischen Bundesregierung.

Herr Dr. Withalm oder andere Redner haben gemeint — ich glaube, der Herr Dr. Mock war es —, wir hätten ein Ministerium geschaffen, das Wissenschaftsministerium — es bringe nichts zustande —, ebenso ein Gesundheitsministerium — es bringe ebenfalls nichts zustande —. Ich möchte hier mit zwei Sätzen darauf eingehen. (Abg. Dr. Mussil: Mit drei!) Wenn es Ihr Wunsch ist, mit drei Sätzen, Herr Dr. Mussil; damit wir zwei uns hier einig sind.

Ich habe darauf verwiesen, wir haben diese Aktivität erzeugt, um gesundheitspolitisch in Österreich neue Wege zu beschreiten, die eines Tages auch eine deutliche Erfolgsbilanz aufweisen werden; wir werden ja bei der Diskussion zu dem speziellen Kapitel noch ausreichend Gelegenheit haben, Ihnen das zu dokumentieren, was da wirklich geschehen ist. Gegenüber Ihrem Zeitraum von 1966 bis 1970 haben wir einiges an Vorsprung in der Gesundheitspolitik zustande gebracht. (Abg. Suppan: Ja was denn?) Ich glaube, Erhebliches sogar! Sie wollen das nicht zugeben; das ist Ihr gutes Recht.

Es sind die Gesundenuntersuchungen und ähnliche Dinge mehr geschaffen worden. (Abg. Wedenig: In Vorarlberg hat das seit zehn Jahren funktioniert!) Ja, Vorarlberg und die Republik Österreich, das ist eine etwas andere Größenordnung, Kollege Wedenig! Warum haben Sie in Ihrer Regierungszeit in den übrigen acht Bundesländern nicht diese Politik betrieben? Warum schaffen Sie uns heute Dinge, die Sie hätten leicht durchsetzen können? (Abg. Dr. Blenk: Wir haben sie durchgesetzt!) Ihr Unvermögen war das, Ihre falsche Politik, Ihre in weitesten Bevölkerungskreisen nicht gut angekommene Ordnungsweise war also schuld. Das hätten Sie alles machen können. (Zwischenruf bei der ÖVP: Wir haben es ja gemacht!) Sicherlich, in Vorarlberg. Und wer hat es in den anderen Bundesländern gemacht? (Abg. Dr. Blenk: Ich sage nur: Man hat es nicht einmal probiert!) Wir, diese Regierung hat es gemacht, und nicht über Ihre Aktivität, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei!

Als letzte Bemerkung möchte ich noch folgendes sagen. Im Zusammenhang mit der generellen Betrachtung bei der Diskussion über das Bundesfinanzgesetz 1975 erhebt sich natürlich die Frage: Welche Absichten und Überlegungen hat diese Regierung für die nächste Zeit?

Sekanina

Vielleicht darf auch noch ein Satz dazu gesagt werden, der die Öffentlichkeit sicherlich sehr interessiert. Es ist in den letzten Wochen so oft die Frage aufgetaucht: Wird es vorzeitige Wahlen geben, ja oder nein?

Von meiner persönlichen Warte aus sage ich: Diese österreichische Bevölkerung ist durchaus daran interessiert, daß eine Regierung ihre Regierungszeit auch zu Ende führt, daß sie am Ende einer Regierungszeit ihre Leistungen dokumentiert, der Öffentlichkeit vorlegt und sie beurteilen läßt.

Und ich glaube noch etwas sagen zu dürfen: Wenn Sie etwas haben wollen, meine Damen und Herren von der ÖVP, dann müssen Sie das aussprechen. (Zwischenruf bei der ÖVP: *Das ist Ihre persönliche Ansicht!*) Sie haben doch auch nur angedeutet, Sie haben ja nur hingewiesen. Wenn Sie das haben wollen, Kollege Suppan, dann holt den Klubobmann her, der bei euch etwas reden darf oder kann. Hier von diesem Rednerpult aus soll er konkret sagen, was er will. Nicht andeuten und dann wieder ausweichen! Diese Schaukelpolitik, die Sie betreiben, bekommt Ihnen eines Tages nicht gut. Da gibt es einen, der das Opfer einer Schaukelpolitik ist — derzeit steht er im Saal —, den Kollegen Peter. (Abg. *S k r i - t e k:* Herr Dr. Blenk, bringen Sie einen Antrag ein!)

Ich darf also sagen: Unser Ziel ist die Fortsetzung dieser erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, eine entscheidende Inflationsbekämpfung. Das kann in diesem Lande nur gemeinsam funktionieren. Es kann nicht funktionieren, wenn die einen nur Absichten haben, diese Absichten zu realisieren versuchen und wenn die anderen bemüht sind, das zu verhindern. Dieser Weg wird nicht funktionieren. (Abg. Dr. Blenk: Aber sehr spät sind Sie daraufgekommen!) In dieser Frage werden auch Sie Verantwortung tragen müssen, auch als Oppositionspartei, weil Ihnen dieser Staat ja nicht egal sein kann, wie ich meine.

In der Sozialpolitik möchten wir eine Festigung dieser sozialen Sicherheit gewährleisten.

In der Gesundheitspolitik und im Bereich des Umweltschutzes — gerade diese Kapitel interessieren mich funktionell besonders — sind wir der Meinung, daß wir diesen erfolgreichen Weg, der durch diese Budgetpolitik gewährleistet wird, auch in Zukunft beschreiten sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Sekanina hat ein großes Wort gelassen aus-

gesprochen. Er hat gesagt: Wir Sozialisten, wir verstehen die Zeichen der Zeit. — Wenn ich mir aber das vom Herrn Bundesfinanzminister vorgelegte Budget anschaue, dann sehe ich das nicht bestätigt. Ganz im Gegenteil: Das uns vorgelegte Budget scheint ganz geflissentlich die Zeichen der Zeit zu übersehen.

Ich möchte diese erste Lesung des Budgets dazu benützen, um eine grundlegende Betrachtung anzustellen. Die Entwicklung der Staatsausgaben unter dem Finanzminister einer sozialistischen Alleinregierung macht meines Erachtens von Jahr zu Jahr deutlicher, daß ein nach sozialistischen Ideen und Vorstellungen geführter Staat auf die Dauer nicht finanzierbar ist.

Werfen wir einen kurzen Blick, noch einmal rekapitulierend, auf die Entwicklung der Defizite in den letzten Jahren. Das Defizit betrug 1971 „erst“ — in Anführungszeichen — 7,7 Milliarden Schilling, und wir haben jetzt im Voranschlag 1975 bereits ein solches von 16,3 Milliarden. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Verdoppelung in nur fünf Jahren. Das in einer Zeit der Hochkonjunktur, das in einer Zeit der Vollbeschäftigung, das in einer Zeit allgemein voller Kassen. Das Interessante dabei ist aber — und damit nähern wir uns dem Problem —, daß die Defizite gestiegen sind, obwohl in allen Jahren von 1967 bis 1974 — ein einziges Jahr ausgenommen — die Steuereinnahmen von Jahr zu Jahr prozentuell stärker gestiegen sind als das Bruttonsozialprodukt. Sie können das dem Arbeitsbehelf zum Budget auf Seite 314 entnehmen.

Es liegt also nicht an den mangelnden Steuereinnahmen, wenn trotzdem die Defizite wachsen. Es ist ganz offenkundig anders, es ist so, daß die Ausgabenflut nicht mehr zu bändigen ist. Wieso kommt es zu dieser Ausgabenflut? — Das ist eigentlich die Kernfrage, die beantwortet werden muß.

Da gibt es eine Menge Erklärungen, die aus konkreten Zeitverhältnissen heraus eine Erklärung beisteuern. Aber abgesehen von all diesen Teilerklärungen gibt es zwei Hauptursachen für die nicht mehr zu bändigende Ausgabenflut. Die eine Hauptursache liegt in jenem Komplex, den man allgemein umschreibt mit dem sogenannten Gesetz der wachsenden Staatsausgaben. Der zweite Komplex ist aber das sozialistische Streben, dem Staat immer noch mehr Aufgaben aufzuholen, jenes Bestreben, das dann darin gipfelt, am liebsten den Staat alles und jedes machen zu lassen.

Kehren wir noch einmal zurück zum erstgenannten Komplex, also zu dem, der umschrieben wird mit dem bekannten Gesetz der

11598

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Stix

wachsenden Staatsausgaben. Es liegt zweifelsohne hier zumindest in der Tendenz eine Art Gesetzmäßigkeit vor. Sie hängt zusammen mit der Komplizierung unseres Lebens in einer technisierten Zivilisation. Sie hängt auch damit zusammen, daß wir — über ein Jahrhundert betrachtet — ein gewaltiges Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum hatten — und letzteres noch haben — und daß eine Vernetzung aller unserer Lebensbereiche eingetreten ist, ob das nun das Transportnetz ist, ob das die Energienetze oder die anderen Kommunikationsnetze sind.

Es ist gar keine Frage, daß aus diesem Sachverhalt heraus Aufgaben auf den Staat zuwachsen, die er früher nicht hatte. Es ist ein Problem, das richtig zu lösen und auch finanziert zu machen. Man müßte also jener aus der Technisierung herauskommenden Tendenz zu wachsenden Staatsausgaben eine korrigierende Haltung entgegensetzen.

Genau das geschieht nicht. Ganz im Gegenteil ist es das sozialistische Streben, und zwar das Streben aller sozialistischen Spielarten, die es gibt, über dieses Gesetz der wachsenden Staatsausgaben hinaus dem Staat zusätzlich immer noch mehr Aufgaben zuzuschieben. Es geht hier letztlich um eine Einmischung des Staates in absolut alle Lebensbereiche. Nicht nur, daß der Staat Wirtschaftspolitik machen soll, was überhaupt unumstritten ist, nein, er soll nach Möglichkeit selbst die Wirtschaftstätigkeit ausüben, er soll selbst die wirtschaftlichen Unternehmungen betreiben. Je nach Spielart der sozialistischen Doktrin bis hin zur kommunistischen, mit der ich Sie keineswegs identifiziere, ist dann eben auch die Verstaatlichung der ganzen Wirtschaft das Endziel.

Aber es wäre völlig falsch, das nur für den Bereich der Wirtschaft zu sehen. Es geht tatsächlich um alle Bereiche. Nehmen wir als Beispiel die Schule heraus. Die gegenwärtige Diskussion um die Ausweitung der Schule, um die Ganztagschule, um die totale Verschulung des Kindes beweist auch dieses Auswuchern des Staates in alle Lebensbereiche. Denn was heißt denn „Ganztagschule“? Im Endeffekt bedeutet es die Defacto-Verstaatlichung der Freizeit des Kindes. Dieses Beispiel veranschaulicht, daß dem sozialistischen Denken — und ich meine das jetzt umfassend, ohne es auf eine bestimmte Spielart zu beschränken — ein umfassendes Prinzip innewohnt, das eben dem Staat eine immer noch größere Rolle zuweist.

Das führt nun in ein ganz großes finanzpolitisches Dilemma, denn die Verwirklichung aller dieser Wünsche, Vorstellungen und Ideen ist zu kostspielig, wird zu teuer. In gewisser Weise ist die Erkenntnis dieses Sach-

verhaltes im sozialistischen Bereich durchaus anzutreffen. Sie verbirgt sich hinter dem Schlagwort der sogenannten öffentlichen Armut. Die behauptete öffentliche Armut besagt ja nichts weiter, als daß es zuwenig Geld gibt, um alle die guten und teuren Sachen auch bezahlen zu können, die nach sozialistischer Auffassung der Staat machen sollte. Wir müssen ernstlich fragen: Stimmt das mit dieser behaupteten öffentlichen Armut? Stimmt das wirklich? Wenn wir uns die nüchternen Zahlen ansehen, ist diese Frage zu verneinen.

Im Jahre 1974 betragen die Bruttoausgaben des gesamten öffentlichen Sektors — also nicht nur des Bundes allein, wie ja auch nicht nur der Bund allein der Staat ist — 56,7 Prozent des Bruttosozialproduktes. Also weit mehr als die Hälfte unseres gesamten Bruttosozialproduktes betrifft bereits den öffentlichen Sektor. Und da glaubt man wirklich noch das Wort von der öffentlichen Armut aufrechterhalten zu können?

Daß das aber zu einem Dilemma werden muß, ist nach unserer Auffassung erklärbar und einsichtig. Denn nichts, was der Staat leistet, ist umsonst. Für alles, was er tut, benötigt er Hunderte und Hunderte von Gesetzen, aber Hunderte Verordnungen, Ämter, Behörden, Beamte, kurz und gut eine immer mehr wachsende Bürokratie. Und das kostet und kostet und kostet! Für einen Schilling, den der Staat an seine Bürger umverteilt oder für den er seinen Bürgern Dienstleistungen erbringt, muß der Staat denselben Bürgern zwei Schillinge abknöpfen, denn den zweiten Schilling verschlingt die Bürokratie.

Es liegt meines Erachtens auf der Hand, daß bei einem gewissen Punkt der Entwicklung ein solches System in die Krise geraten, ja letzten Endes scheitern muß. Vielleicht nähern wir uns diesem Punkt, übrigens nicht nur in Österreich, sondern in vielen Ländern der Welt.

Es ist klar, daß sich die Machthaber natürlich auf die Suche nach einem Ausweg begeben. Der naheliegendste Ausweg wäre ja: Wenn die Ausgaben steigen, dann müssen eben auch die Einnahmen gesteigert werden, dann muß eben der Staat mehr Steuern einheben! Aber da gibt es eine psychologische Grenze der Belastbarkeit, wo der Steuerwiderstand so groß wird, daß diese Methode nicht mehr angewendet werden kann.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf die konkreten Zahlen des Haushaltsvoranschlages. Schauen wir uns die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung an, dann weist unser österreichisches Bruttosozialprodukt 1974 einen Steueranteil von 37,3 Prozent aus. Das ist

Dr. Stix

der bisher überhaupt höchste Steueranteil, den wir in der Zweiten Republik hatten. Kein Wunder, daß der Steuerwiderstand der Bürger wächst und daß dieser Steuerwiderstand den Verfechtern eines allumfassenden Staates mehr und mehr zu schaffen macht.

Wenn der Herr Finanzminister Androsch ehrlich ist, dann muß er sich sagen: Unser sozialistisch geführter Staat kostet eben so viel, daß es höherer Steuern bedarf, um das Ganze zu finanzieren, daß aber auf jeden Fall eine Steuersenkung nicht möglich ist. Ich persönlich bin überzeugt, daß der Herr Finanzminister im stillen Kämmerlein diese Einsicht durchaus hat. Aber würde derselbe Doktor Androsch dieser seiner stillen Einsicht folgen, dann hätte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wirt ist in diesem Fall der Steuerzahler. Da wir in einer Demokratie leben, wo es bei jeder Gelegenheit eine Menge von Wahlen gibt, erzwingt eben der Steuerzahler Steuersenkungen, weil er sich vom Staat zu hoch besteuert fühlt. Würde diesem Streben des Staatsbürgers ein sozialistischer Finanzminister nicht nachgeben, er bekäme seinen Denkzettel bei den nächsten Wahlen! Daher muß Dr. Androsch gegen seine eigene Einsicht Steuersenkungen zugestehen, obwohl in Wahrheit die Politik der sozialistischen Regierung auf ordentliche Weise nur durch höhere Steuern zu finanzieren wäre.

Da nun dieser erste Weg der Steuererhöhungen infolge des Steuerwiderstandes der Staatsbürger versperrt ist, sucht der Finanzminister einen zweiten Ausweg; nicht nur er, auch andere Finanzminister sind darin groß. Der zweite Ausweg ist eben, Defizite zu machen. Die Zahlen wurden schon genannt: Wir erleben jetzt das Rekorddefizit der Zweiten Republik mit 16,3 Milliarden. Aber — und das ist ein Vorwurf an die sozialistische Alleinregierung — dieser Weg in die Defizite ist der Weg in die Inflation und damit der Weg in die unsozialste Form der Besteuerung.

Eine Momentaufnahme aus der Finanzgebarung des Jahres 1973 zeigt uns diesen Inflationsmechanismus im Detail. Schauen wir uns die Entwicklung der Verschuldung des Staates bei der Nationalbank und mittels Bundeschatzscheinen an. Der Stand dieser Verschuldung am 1. 1. 1973 betrug 13,9 Milliarden Schilling. Ein Jahr später, am 31. Dezember 1973, war der Schuldenstand schon bei 16,6 Milliarden angelangt, das ist ein Schuldenzuwachs um 5,6 Milliarden Schilling in einem Jahr. Das Besondere an diesem fast 6 Milliarden großen Schuldenzuwachs in einem Jahr ist aber, daß es sich bei den Bundeschatzscheinen und bei der Verschuldung gegenüber der Nationalbank um reine Geld-

schöpfung handelt. Und das inmitten eines Jahres der Hochkonjunktur, inmitten eines Jahres der Vollbeschäftigung! Wenn das nicht zur Inflation treibt, was denn dann?

Das war eine Betrachtung im Detail. Im großen betrachtet (*Abg. Dr. Tull: Der Applaus ist ausgeblieben!*) — ich habe so auf Sie gewartet, Herr Kollege — ist die politische Wurzel der Inflation in Österreich, aber auch in vielen anderen Ländern jene Denkungsart, die eben am liebsten alles und jedes durch den Staat machen lassen will.

Ich fühle mich in dieser Diagnose bestätigt durch den Volkswirtschaftler Gustav Bombach. Ich entnehme eine Stellungnahme von ihm jener Dokumentation der „Kronen-Zeitung“, die unter dem Titel „Wie wir die Inflation loswerden“ veröffentlicht wurde. Bombach sagt wörtlich — ich zitiere aus Seite 25 —:

„Der entscheidend neue Zug bei der gegenwärtigen Inflation ist, daß sie kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem darstellt. Wir begehen stets den Grundfehler, daß wir annehmen, der einzelne Mensch würde vernünftig wirtschaften... Das stimmt nur dann, wenn der Mensch mit seinem privaten Geld arbeitet. Sobald er aber im Kollektiv auftritt, wird er zum Verschwender.“

Er verschwendet öffentliche Güter, er will immer mehr Dienstleistungen gratis geboten haben — in dem festen Bewußtsein, nur einen kleinen Teil zahlt er.

Das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, möglichst auch noch die Sorge für eine billige Wohnung, alles wird heutzutage auf den Staat übertragen.

Es ist das gleiche Problem, wie wir es im Grunde genommen bei den Versicherungen haben. Die Autofahrer sind bei den Schäden meist nicht sehr kleinlich, weil es ohnedies die anonyme Versicherung bezahlt. Dadurch ist unser Versicherungssystem in weiten Bereichen am Ende angelangt.“ Ende des Zitates.

Wenn es so weitergeht, dann wird auch ein Staat, der auf diesem Weg weiterschreitet, bald am finanziellen Ende angelangt sein.

Diese Tatsachenfeststellung, gekleidet in die nüchternen Worte eines Wissenschaftlers, beinhaltet nach meinem Verständnis nicht mehr und nicht weniger als die Erkenntnis, daß die sozialistischen gesellschaftspolitischen Utopien eben an der menschlichen Wirklichkeit scheitern.

Es ist nur zu bedauern, weil es uns alle in Schwierigkeiten bringt, daß auf sozialistischer Seite für diese Grunderkenntnis noch keinerlei Einsicht anzutreffen ist. Nach wie vor heißt

11600

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Stix

das Motto: Aufblähung der Staatsaufgaben, infolgedessen unaufhörliches Wachstum der Staatsausgaben. Und diese Ausgabenflut wird nicht mehr finanzierbar. Es wird der Fluchtweg in die Inflation beschritten. Das ist die unsozialste Form der Besteuerung.

Die Inflation ist aber noch weit gefährlicher, denn würde sie fortschreiten und anhalten, käme es zu einer Zerrüttung unseres gesamten Wirtschaftslebens, weil die Rechenhaftigkeit verlorengeht. Und das — ich glaube, wir alle wissen es, ich glaube sogar, daß die verantwortlichen sozialistischen Politiker im stillen diese Sorge teilen — birgt auch eine Gefahr für unsere freie Gesellschaftsordnung in sich.

Nun aber sagt die Regierung — Androsch sagt es —: International verglichen steht Österreich ja noch gut da. International gesehen befinden wir uns mit unserer Inflation von 10 Prozent immer noch im unteren Feld der westlichen Länder. Auch die Entwicklung der Finanzschuld im Rahmen des Budgets hält sich in etwa im Rahmen der Entwicklung des Bruttosozialproduktes. — Abgesehen davon, daß letzteres Argument von meinem Fraktionskollegen Dr. Broesigke schon zerfetzt wurde, muß man zu dieser entschuldigenden Aufzählung der Regierung sagen: Das sieht nur auf den ersten Blick relativ gut aus. Bei genauem Hinsehen ist aber die Situation Österreichs wesentlich schlechter. Denn: Obwohl wir wachsende Defizite haben, die die Inflation treiben, werden wirklich wesentliche Staatsaufgaben in Österreich überhaupt nicht erfüllt. Ich greife zwei große Bereiche heraus.

Der eine Bereich ist die Landesverteidigung im weitesten Sinne, der zweite Bereich ist die Krisenbevorratung. (*Zwischenruf des Abg. Wille*) Richtige Staatstätigkeit, Herr Kollege, nicht am falschen Fleck!

Kurz die Situation unserer Landesverteidigung. Ich will gar nicht in Einzelheiten eingehen. Es genügen ein paar grobe Skizzen. Wir alle wissen, daß Österreich geographisch an einer sehr exponierten Stelle dieses Kontinents liegt. Wir alle wissen, daß unsere Grenzen keineswegs auf die Dauer ruhig sind. Grenzverletzungen hat es gegeben, es kann sie in Zukunft immer wieder geben. Wir sind zur Neutralität verpflichtet und haben diese glaubhaft zu machen.

Aber ich frage Sie jetzt: Ist das glaubhaft, wenn wir ganze 1 Prozent von unserem Bruttosozialprodukt für die Landesverteidigung aufwenden? Wie schaut denn das in der Nachbarschaft aus? Schauen wir uns andere neutrale Länder an. Die Schweiz beispielsweise, die nicht am Eisernen Vorhang liegt, gibt 2 Prozent des Bruttosozialproduktes aus.

Also das Doppelte von Österreich. Oder machen wir einen Sprung nach Schweden, einem Land, das Ihnen vielfach als Vorbild dient. Die Schweden geben mehr als 3 Prozent für ihre Landesverteidigung aus. Das ist mehr als das Dreifache von dem, was Österreich dafür ausgibt. Ich will von den Mitgliedern der westlichen und der östlichen Verteidigungspakte überhaupt nicht reden.

Auf diesem wichtigen Gebiet der äußeren Sicherheit tut dieser Staat eindeutig zuwenig. Aber es geschieht ja auch nichts in dem Bereich des Zivilschutzes. Die Ausgaben für den Zivilschutz, der im Ernstfall für die Bevölkerung und für das Überleben der Bevölkerung mindestens gleich wichtig ist wie die militärische Landesverteidigung, vielleicht sogar noch viel wichtiger, für diesen Zivilschutz geschieht ja überhaupt nichts, was zu Buche schlägt! Das ist der eine Bereich wesentlicher Staatsaufgaben, den diese Regierung vernachlässigt.

Der zweite Bereich, den ich meine, betrifft die Krisenbevorratung, die Wirtschaftssicherung im weitesten Sinne. Es ist ja inzwischen jedem Kind geläufig, daß wir keine Vorräte besitzen. Aber wir besitzen bis heute noch nicht einmal ein Bevorratungsgesetz, wenngleich seit Monaten ein Entwurf durch die Lande geistert. Aber obwohl jetzt fast ein Jahr seit Beginn der Ölkrise verstrichen ist, fehlt immer noch das Bevorratungsgesetz — von den Vorräten selbst ganz zu schweigen.

Österreich lebt doch heute von der Hand in den Mund. Ob das Energievorräte sind, Öl, Kohle, ob das wichtige Rohstoffe für unsere Industrie sind oder ob es den Ernährungssektor betrifft, wo wir von enormen Futtermittelpaketen abhängig sind — die ganze Situation kann man doch nur dahin gehend kennzeichnen: Österreich lebt von der Hand in den Mund, es gibt keinerlei Krisenvorsorge.

Nun wissen wir aber alle — und das ist auch nicht zu bestreiten —, daß selbst bescheidene Maßnahmen auf dem Gebiet der Krisenvorsorge eine Menge Geld kosten. Und wo, bitte, hat der Herr Finanzminister für die Erfüllung dieser wesentlichen Staatsaufgabe finanzielle Vorsorge getroffen? Wo hat er noch einen Spielraum?

Ich fasse diese Kritik zusammen: Würde der österreichische Staat seinen Aufgaben in der wirtschaftlichen und militärischen Krisenvorsorge auch nur im Ausmaß des internationalen Durchschnitts freier demokratischer Kleinstaaten nachkommen, stünden wir nicht, wie behauptet, relativ gut, sondern absolut schlecht da. Das ist die Wahrheit!

Dr. Stix

Wenn aber die Regierung Kreisky daraus den Schluß zieht: Wir können uns so lebenswichtige Dinge wie Krisenbevorratung, Krisenvorsorge, Zivilschutz und Landesverteidigung finanziell nicht leisten, wohl aber haben wir Geld für Hochzeitsgeschenke, Geburtenprämie und Wegwerfschulbücher, dann stellt sich tatsächlich die Frage, ob hier nicht in Wirklichkeit ein krasses Mißverständnis über die tatsächlichen Aufgaben des Staates vorliegt.

Jedenfalls zeigt sich, daß die Verwirklichung sozialistischer Gesellschaftspolitik letztlich die Staatsausgaben in Höhen treibt, wo sie nicht mehr finanzierbar werden, es sei denn durch Inflation, also durch die unsozialste Form der Besteuerung.

Das vom Herrn Bundesfinanzminister Doktor Androsch vorgelegte Budget für 1975 ist keine Umkehr auf diesem Weg, sondern erreicht mit seinem Rekorddefizit von 16 Milliarden Schilling nur einen neuen düsteren Meilenstein auf einem falschen Weg. Daher wird die FPO dieses Budget ablehnen. (*Beifall bei der FPO.*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Doktor Mock gemeldet. Bitte.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Sekanina hat hier vom Rednerpult aus festgestellt, ich hätte die Bundesregierung verantwortlich gemacht für die Schwierigkeiten, in der sich die Firma Swarovski in Tirol befindet. Ich darf hier berichtigen, daß ich den Vizekanzler Häuser dafür verantwortlich gemacht habe, daß er sich erst offiziell nach dem 17. Oktober für dieses Problem interessiert hat, daß er sich darüber beklagt hat, daß er ja erst am 17. Oktober vom Landesarbeitsamt informiert worden sei, obwohl seit Wochen, ja seit Monaten die bevorstehenden Kündigungen bei der Firma Swarovski bekannt sind.

Dabei steht es aufgrund meiner sonstigen Ausführungen außer Zweifel, daß die Bundesregierung und die Wirtschaftspolitik zu den grundsätzlichen Schwierigkeiten einer ganzen Reihe von Firmen beitragen.

Ich möchte zweitens berichtigen, daß ich hier bezüglich der Einsparungsvorschläge keine Halbwahrheiten gesagt habe, sondern Sie hätten nicht ein neues Wissenschaftsministerium finanzieren sollen, Sie hätten nicht drei zusätzliche Staatssekretäre beim Bundeskanzler finanzieren sollen, Sie hätten nicht eine verschwenderische Organisation zum Schulbuch finanzieren sollen und Sie

hätten auch nicht ein eigenes Gesundheitsministerium finanzieren sollen, von dem anerkennenswerterweise unter vier Augen nicht einmal mehr Sozialisten sagen, daß dort eine fruchtbare Politik gemacht wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille.

Abgeordneter Wille (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst etwas zur Berichtigung des Herrn Abgeordneten Mock sagen und dazu feststellen, was ich zum wiederholten Male in bezug auf die verstaatlichte Industrie gesagt habe; nämlich, daß es keinem Unternehmen gut tut, wenn es hier im Zuge globaler wirtschaftspolitischer Diskussionen in Erörterung gezogen wird. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Firma Swarovski dankbar gewesen wäre, wenn sie hier nicht genannt worden wäre, und ich finde es als eine maßlose Übertreibung, die Schwierigkeiten der Firma Swarovski der Bundesregierung anzudichten. Strukturelle Schwierigkeiten und, wie gesagt, die Auswechslung des Managements zeugen bereits dafür, wo die Schwierigkeiten liegen. Ich möchte deswegen auf dieses Problem nicht weiter eingehen, weil ich der Meinung bin, daß es eine private Unternehmung nicht verdient hat, hier öffentlich so behandelt zu werden.

Was hier zur Diskussion steht, ist die Wirtschaftspolitik des Staates und die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Weil auch die Budgetberatungen natürlich dazu ein Anlaß sind, die Wirtschaftspolitik insgesamt einer Kritik zu unterziehen, möchte ich vor allem einleitend auf folgendes verweisen:

Der Abgeordnete Koren hat darauf hingewiesen, daß wir keine Insel der Seligen wären. Nun glaube ich, sind gerade wir diejenigen, die immer wieder gesagt haben, Österreich ist keine Insel der Seligen. Ich kenne nur einen Mann, der bisher behauptet hat, Österreich ist eine Insel der Seligen, das war der derzeitige regierende Papst. Weil er die Welt kennt und weil er die Probleme in seinem Land kennt, hat er anlässlich irgend einer Aussprache die Behauptung aufgestellt, Österreich ist eine Insel der Seligen. Wir glauben nicht daran, sondern wir sagen immer wieder, daß Österreich eben umbrandet ist von den Ereignissen dieser Welt und daß die Bilanz der letzten Jahre und des letzten Jahres nur so gesehen werden kann.

Vor einiger Zeit hat der Bundesparteivorsitzende der ÖVP den Satz gesprochen: „Das Wort muß wieder seinen Wert erhalten.“ Er hat zweifellos damit zum Ausdruck bringen wollen, daß das Wort wahr sein muß, daß

11602

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Wille

die Wahrheit im Mittelpunkt einer Aussage stehen muß. Aber unmittelbar davor und unmittelbar danach und heute hören wir wieder, diese Regierung sei konkursreif, zahlungsunfähig, die Minister und der Chefminister seien Bankrotteure, nicht fähig, die Wirtschaft und einen Staat zu verwalten. Der Abgeordnete Mock hat heute hier erklärt, es sei ein „kabarettistisches Geschwätz“, was von der Regierungsbank zu hören ist, und zudem haben Sie die Auffassung vertreten, natürlich sei dieser Bankrott nicht durch unverschuldete Zustände erwirtschaftet worden, sondern leichtfertig. Ich möchte in diesem Zusammenhang wieder sagen, das Wort muß seinen Wert wiederbekommen. Es ist einfach unverantwortlich, in der österreichischen Öffentlichkeit derartige Behauptungen aufzustellen. Wer immer derartiges sagt, ist nicht in der Lage, solche Behauptungen zu verantworten. Wer so wie der Papst oder wie andere Staatsmänner in die Welt hinausschaut und weiß, wie es heute um die Weltwirtschaft steht, der wird eben in Österreich nicht zur Auffassung kommen können, dieser Staat oder die Wirtschaft oder diese Regierung wären konkursreif. Oder, wie Schleinzer an einer anderen Stelle sagte: „Je früher diese Regierung verschwindet, umso besser für Österreich.“ (*Ironischer Beifall bei der ÖVP.*) Ich gestehe ehrlich, mir ist es kalt über den Rücken gelaufen, daß jemand, der vorgibt, für diesen Staat Verantwortung zu tragen, auch wenn man Opposition ist, derartig leichtfertige Behauptungen über seine Zunge bringt. (*Abg. Kern: Den Ulbrich haben Sie nie gehört!*)

Ich habe nicht die Absicht, mich auf einzelne Zwischenrufe und auf einzelne Auseinandersetzungen einzulassen. Ich bitte jeden einzelnen Abgeordneten, auch der Oppositionspartei, zu überlegen, was es heißt, wenn man behauptet, diese Regierung ist konkursreif, die Minister sind Bankrotteure und die Regierung soll verschwinden, je früher umso besser.

Die Schwierigkeiten — und das sind auch die Schwierigkeiten, die als Widerspruch aufgezeigt werden — liegen nicht in Österreich. Die Schwierigkeiten liegen in der Welt. Wenn Sie den Jahresbericht des Internationalen Weltwährungsfonds durchblättern, dann werden Sie sehen, daß die Bekämpfung der Inflation, die Finanzierungsprobleme der Ölpreis- und Rohstoffpreisbedingten Zahlungsbilanzdefizite, der spürbare Rückgang des Wachstums eben zu spürbaren und schwierigen Problemen, ja wie es hier heißt, zu den schwierigsten Problemen seit dem zweiten Weltkrieg weltweit geführt haben. Es gibt

nicht nur in Westeuropa über 3 Millionen Arbeitslose, in den OECD-Staaten gibt es bereits über 13 Millionen Arbeitslose.

Schauen wir uns nun an, was in Österreich der Finanzminister in seiner Budgetrede gesagt hat. (*Abg. Dr. Gruber: Nix! Geredet hat er, gesagt hat er nichts!*) Schauen Sie, Abgeordneter Gruber, ich darf doch unterstellen, daß Sie Ihre Funktion auch einigermaßen ernst nehmen. Und wenn Sie hier im Hohen Haus sitzen, darf ich annehmen, daß Sie Ihre Äußerungen etwas überlegter von sich geben. (*Abg. Dr. Gruber: Das war ja eine Zumutung!*) Sonst wundern Sie sich nicht, wenn in der Öffentlichkeit über dieses Parlament so abfällige Äußerungen immer wieder zu hören sind.

Der Finanzminister hat also darauf hingewiesen, daß von 1970 bis 1975 die Budgetausgaben um 98 Prozent gestiegen sind, daß aber das Bruttonationalprodukt um 113 Prozent zugenommen hat. Das heißt schon, daß die Theorie des Kollegen Stix allgemein heute weltweit sichtbar ist. Sogar er hat aber darauf hingewiesen, daß man alles immer wieder dem Staat auflastet, um dann unter der Last der Steuern zu stöhnen. Er hat ungefähr 30 Minuten diese Philosophie ausgebrettet, und ich möchte sagen, auf weiten Strecken bin ich bereit, ihm zu folgen. Aber im selben Augenblick hat er selbst zwei bedeutende „Finanzierungslücken“ gefunden und hat die Forderung aufgestellt: Ja wie ist denn das mit dem Bundesheer? Wie ist denn das mit unseren Reserven? Warum sind sie nicht da? Er hat also neuerlich verlangt, daß wir „mehr Staat“ produzieren, daß der Staat mehr eingreift in unser Leben. Zudem hat der Finanzminister darauf hingewiesen, daß der Anteil des Defizits am Bruttonationalprodukt 1966 bis 1969 2,3 Prozent betrug, und von 1970 bis 1975 wird er 2 Prozent betragen. Ich weiß also nicht, warum die österreichische Wirtschaft oder diese Regierung konkursreif wäre.

Ich meine: Das Wort soll wieder wahr werden, und ich würde mich allen Ernstes schämen, wenn ich hier einfach an diesem Pult, nur weil es mir und meiner Partei so gefällt, irgend etwas vertrete, was nicht der Wahrheit entsprechen würde.

Viele meiner Freunde haben schon darauf hingewiesen, daß wir, was das Wirtschaftswachstum betrifft, eben all die letzten Jahre weltweit an der Spitze stehen. Daß wir auf dem Gebiet der Teuerung, so unangenehm sie ist, nach wie vor im letzten Drittel anzutreffen sind, daß der Schilling zu den härtesten Währungen der Welt zählt, daß wir den Schilling nur aufgewertet und nie abgewertet

Wille

haben, das dürfte doch unbestritten sein. (Abg. Schrotter: Er ist ja trotzdem nichts wert!) Ich lade Sie ein, zuerst zu denken und dann zu reden. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Gold- und Devisendeklungen der nationalen Währungen sind Ihnen in einem schönen Schaubild vorgelegt worden. Sie sehen, daß der gesamte Geldumlauf zu 85 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt ist, daß es wenig Länder mit einer besseren Dekkung gibt.

Ihnen ist ein Schaubild über die Investitionsquoten in Österreich vorgelegt worden. Noch niemals gab es in Österreich so hohe Investitionsraten wie in den letzten Jahren. Ich bin äußerst verblüfft darüber, daß unsere Vertragspartner, die mit uns immer wieder zu tun haben, also Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, nicht einsehen wollen, daß gerade die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande in den letzten Jahren so reibungslos aufeinander abgestimmt erfolgen konnte, daß wir den sozialen Frieden erhalten konnten, von dem wir alle profitiert haben. Natürlich stiegen auch die Löhne. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist trotz der hohen Investitionsrate auf über 70 Prozent angestiegen.

Und wenn die Meinung vertreten wird, die Steuerbelastung wäre in Österreich so unerträglich, dann weise ich auf eine Aussendung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes hin, das eine Untersuchung der OECD der Öffentlichkeit vorlegt, in der es heißt:

Österreich steht gerade, was die Besteuerung betrifft, an einer hervorragenden Stelle. „Österreich“ liegt „gleichfalls nicht an letzter, sondern an 5. Stelle hinsichtlich der relativen Nettoverdienste. Nur vier Länder (von 13 ...) haben demnach eine niedrigere Abgabenbelastung als Österreich“.

Man sollte vor allem auf diese Tatsache hinweisen, wenn man weiß, daß viele unserer Grenzgänger nur deswegen ins Ausland gehen, weil sie meinen, dort weniger Steuern zu bezahlen. In der Regel bleibt unberücksichtigt, daß wir in Österreich das 13. und das 14. Monatsgehalt haben und daß diese beiden Einkommen durch besonders günstige Besteuerungen im Nettowert sehr hoch liegen.

Es ist darauf hingewiesen worden — auch in einem sehr schönen Schaubild —, daß die Ausgaben des Bundes für 1975 184 Milliarden Schilling betragen werden, daß davon aber 44 Milliarden für Gesundheit und soziale Wohlfahrt, 29 Milliarden für Straßen und Ver-

kehr, 22 Milliarden für Bildung, Wissenschaft und Forschung und 15 Milliarden für Recht und Sicherheit ausgegeben werden.

Nun kann man sagen, uns wäre das Bundesheer oder die Reservebildung lieber als beispielsweise die Erhöhung von Pensionen, als beispielsweise die Erhöhung der Gehälter der Beamten oder irgend etwas anderes. Aber nur zu sagen, wir haben zuviel Staat, und im selben Augenblick wieder neue Ausgaben zu verlangen, das reimt sich eben nicht. Ich glaube, daß hier Notwendigkeiten vorliegen; das will ich nicht in Abrede stellen. Nur wenn ich weitere Notwendigkeiten kenne, dann kann ich nicht sagen, ich habe zuviel Staat, der Staat soll sich zurückziehen von den vielen Initiativen, die er bereits gesetzt hat.

Was mir aber am meisten imponiert hat, das ist der internationale Vergleich der Staatsverschuldung. Es muß ja in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, wir stehen vor dem Konkurs, die Regierung ist konkursreif, je früher die Regierung verschwindet, umso besser ist es, hier liegen enorme Verschuldungen vor. Aber schauen wir uns die Staatsverschuldung international gesehen an, und wir sehen, daß Österreich mit einer 40prozentigen Staatsverschuldung am Budget im Vergleich zu allen international vergleichbaren Ländern an letzter Stelle steht. Auch darüber sollten wir reden.

Ihnen ist eine Tabelle zugegangen über den prozentuellen Anteil der Finanzschuld, und Sie alle werden ja gesehen haben, daß dieser prozentuelle Anteil der Finanzschuld, gemessen am Bruttonationalprodukt wie auch an den Budgetausgaben, in den letzten Jahren zurückging. Einfach zu sagen, noch nie war das Budget so hoch wie heute, noch nie war die Verschuldung so groß wie heute, das ist zu wenig. Man muß das an Größenordnungen, die international anerkannt sind, messen. Hier sehen wir, daß Österreich insgesamt recht günstig liegt.

Ich möchte ganz kurz auch auf die Bundesausgaben für Wissenschaft und Forschung eingehen. Es ist hier schon vom Kollegen Mock gesagt worden, wir hätten keine neuen Staatssekretäre gebraucht und kein neues Ministerium. Es ist fast müßig, darüber noch etwas zu sagen. Es ist doch immer wieder bei der Budgetdebatte davon die Rede gewesen, daß gerade die Aktivitäten des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung international anerkannt worden sind. Kollege Gruber, Sie wissen das doch sehr gut.

Es hat eine eigene Studiengruppe gegeben, die von der Schweiz nach Österreich kam. Österreicher sind ins Ausland gefahren, und

11604

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Wille

die Entwicklung von Forschung, Forschungsförderung und Wissenschaft ist in Österreich beispielgebend. Wir geben nun bereits 1 Prozent des Bruttonationalprodukts für Forschung und Entwicklung aus, und man könnte natürlich auch hier die Meinung vertreten, weniger geht auch. Das hat nämlich die österreichische Wirtschaft gesagt.

Wir waren immer der Meinung, daß der Anteil der Wirtschaft an den gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung größer sein müßte als der Anteil des Staates. Gerade während der letzten Jahre ist der Anteil der Wirtschaft zurückgefallen.

Man könnte auch fragen: Was sagt denn die OECD? Die OECD — es ist schon darauf hingewiesen worden — hat uns ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt.

Was sagt der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen? Er weist darauf hin, daß große Probleme vor uns stehen. Aber er weist nicht darauf hin, daß diese Probleme nicht lösbar wären, sondern er weist eben darauf hin, daß es vor allem Finanzierungsfragen geben wird, die vor allem im Zusammenhang mit der weltweiten Verteuerung der Rohstoffe gesehen werden müssen.

Das ist auch das, was Kollege Kienzl meint. Wenn wir sagen, die Wirtschaft ist in Ordnung, dann meinen wir nicht, daß wir auf einer Insel der Seligen leben und keine Probleme hätten, sondern dann meinen wir, daß wir unter den Bedingungen, die wir heute international vorfinden, gut gewirtschaftet haben. Mehr kann man fairerweise von keiner Regierung verlangen. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Wenn zudem von einigen unserer Freunde, und zwar mit viel Recht, wie beispielsweise von unserem Freund Kollegen Kienzl, darauf hingewiesen wird, daß das unter den Bedingungen, die der Weltmarkt bringt, eine Gravitationswanderung wird in den nächsten Jahren, weil in den OECD-Staaten bereits 13 Millionen Arbeitslose registriert werden, weil die Teuerung eben in den anderen Ländern viel größer ist, weil das Wachstum zusammengebrochen ist, dann sollen wir uns nicht wundern und schon gar nicht einen Widerspruch konstruieren. Denn natürlich werden früher oder später die Probleme dieser Welt auf uns in einem stärkeren Maße einwirken, als das heute der Fall ist.

Wenn wir uns überlegen, daß wir in den letzten Jahren, in den wenigen Jahren, die Verträge mit den Europäischen Gemeinschaften unter Dach und Fach gebracht haben, daß wir die riesige Stahlfusion widerstandslos verwirklichen, daß wir die Nichteisen-

metallfusion widerstandslos mit ebensoviel Erfolg verwirklichen, daß wir die Europa-Umsatzsteuer gegen große Widerstände zeitgerecht eingeführt haben, daß die Schweiz heute noch nicht so weit ist, wenn wir uns überlegen, daß wir in den wenigen Jahren unserer Arbeit die Arbeitsverfassung, das Strafgesetz — mit Ausnahme eines umstrittenen Paragraphen — und eine neue Gewerbeordnung als Jahrhundertgesetze erreichen könnten, dann, glaube ich, sollte auch von Ihnen anerkannt werden, daß das Wort wieder seinen Wert erhalten soll und daß wir uns auf die Wahrheit besinnen sollen.

Der Abgeordnete Mock hat darauf hinzuweisen versucht, daß sich in der Welt ein Abschied vom Sozialismus anbahnt. Was immer bei Wahlen heute oder morgen, da oder dort, passieren sollte: Ich bin fest davon überzeugt, daß der Sozialismus noch niemals so als geschichtliche Aufgabe verstanden werden konnte wie heute und daß der Sozialismus in Anbetracht der Tatsache, daß in den nächsten 25 Jahren noch eine Milliarde Menschen verhungern wird und daß sich im selben Zeitraum die Weltbevölkerung verdoppeln wird, noch nie so gegenständlich, so realistisch und so glaubwürdig war, wie er es in diesen Tagen ist. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte am Beginn gleich auf die Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Abgeordneten Wille, kurz eingehen. Er sprach davon, daß das Wort wieder wahr sein soll, daß er die Wahrheit vertritt und daß die Ausführungen eben einen entsprechenden Wahrheitsgehalt aufweisen sollten. Ich möchte das besonders unterstreichen, ich bin der gleichen Meinung, nur vermissen wir leider diesen Grundsatz beim Chef dieser Regierung, beim Herrn Bundeskanzler Doktor Kreisky (*Zustimmung bei der ÖVP*), aber auch bei vielen seiner Minister.

Wenn wir verfolgen, was der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky in der Frage der Marktordnung in den letzten Wochen und Monaten für Stellungnahmen abgegeben und Aussagen gemacht hat, dann müssen wir uns wundern, welche Flexibilität oder Wandelfähigkeit dieser Mann aufweist. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Das gleiche ist bei der Frage der Rundfunkgegenreform festzustellen. Zuerst: Das Gesetz wird nicht geändert!, dann: Das Gesetz wird geändert!, und so weiter. Ich brauche auf diese Dinge nicht einzugehen, sie sind der österreichischen Bevölkerung ja bekannt.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Und zum Appell des Herrn Abgeordneten Wille muß ich feststellen, daß der Kollege Tull und auch der Kollege Sekanina offensichtlich noch nicht gewußt haben, daß ihr Nachredner Wille appelliert, die Wahrheit zu sagen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Das ist offensichtlich untergegangen, denn wir haben ja eigentlich von diesen Rednern der Regierungsfraktion nur gehört, daß alles, was diese Regierung in den abgelaufenen fünf Jahren getan hat, das Beste für Österreich war und daß alles geschehen ist, was notwendig war, um die Zukunft zu bewältigen.

Herr Kollege Wille hat zwar angedeutet, daß einige düstere Wolken am Horizont stehen, aber im großen und ganzen haben weder der Herr Finanzminister noch die Sprecher der Regierungsfraktion es wahrhaben wollen, wie es eigentlich wirklich steht.

In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen des Kollegen Dr. Stix besonders zu unterstreichen, denn er hat die Dinge nach meinem Dafürhalten außerordentlich präzise und richtig dargestellt.

Vom Finanzminister haben wir am 22. Oktober eine Budgetrede gehört, die ihresgleichen sucht. Wenn ein Finanzminister der ÖVP-Alleinregierung sich eine solche Budgetrede erlaubt hätte, dann hätte es in diesem Haus einen Sturm gegeben, und es wäre wahrscheinlich zu einem Auszug gekommen. Denn eine Rede zu halten und nicht einmal den Umfang des Budgets zu nennen und überhaupt keine Aussagen zu machen, sondern eine Wahlrede für die Sozialistische Partei zu halten, das ist für die Abgeordneten eine Zumutung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch ein Phänomen ist mir aufgefallen. Herr Finanzminister, ich habe das wirklich mit großem Interesse registriert. Wir haben eine Reihe von Budgets gehabt, aber vom „Sparen“ habe ich aus dem Munde des Bundeskanzlers Dr. Kreisky oder auch aus Ihrem Munde und aus dem anderer Regierungsmitglieder vier Jahre überhaupt nichts gehört. Erst als Ihnen jetzt mit dem letzten Budget für 1975 das Wasser bis zum Halse, bis zum Munde steht, jetzt fangen Sie an, plötzlich den Begriff „Sparen“, „Sparsamkeit in der Verwaltung“ und so weiter zu entdecken. Der Herr Bundeskanzler ist sogar soweit, daß er den Sparappell bis zum Stromsparen, bis zum Naßrasieren weiterentwickelt, in der Hoffnung, daß die Österreicher ihm auch eine solche Zumutung, wenn man so sagen kann, abnehmen.

Jedenfalls, Herr Finanzminister, Sie haben bei Ihrer Budgetrede wenig von den Tatsachen gesprochen. Sie haben auf Ihre nebu-

losen Unterlagen verwiesen, Sie haben auf Zusammenstellungen verwiesen, wo, wenn es ungünstig war für die Regierung, die letzten Jahre nur mehr im Durchschnitt verglichen wurden, besonders bei der Verschuldung und so weiter, damit ja die Öffentlichkeit nicht draufkommt: Hoppla, da ist ja in den letzten Jahren eine wesentliche Verschlechterung eingetreten! Wenn der Durchschnitt für Sie günstig ist bei der Statistik, dann nehmen Sie den Durchschnitt, wenn ein Einzeljahr günstig ist, dann nehmen Sie das Einzeljahr, wie Sie es brauchen. Auf jeden Fall: Mit der Wahrheit, von der der Herr Kollege Wille gesprochen hat, nehmen Sie es nicht so genau.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vier Jahre, die hinter uns liegen — dieses Budget ist ja ein Anlaß, zurückzublicken auch auf die Jahre der sozialistischen Regierung —, zeigen uns jedenfalls, daß ein gutes Erbe übernommen wurde hinsichtlich Wirtschaftswachstum, hinsichtlich Beschäftigungslage, hinsichtlich der gesamten Entwicklung, auch hinsichtlich der Stabilität. Preiserhöhungsraten von zwei, drei bis dreieinhalb Prozent wurden übernommen.

Das ist eine Tatsache, auf die heute schon hingewiesen wurde.

Ich verweise nochmals auf die sorglose Politik der leichten Hand — das wurde heute hier schon gesagt —, auf die verfehlte Wirtschaftspolitik, auf die Verschwendungen öffentlicher Mittel, auf das Leichtnehmen der Inflation. Ich verweise weiters auf die Ausführungen des Herrn Handelsministers Stababacher, der festgestellt hat: Wachstum ist wichtiger als Stabilität. Wir haben damals 1971/72 auf diese Dinge hingewiesen. Wir wurden lächerlich gemacht.

Ich habe im Jahre 1971 auch die Frage der Bauwirtschaft angeschnitten, daß es zu einer Explosion der Baukosten kommen wird. Der verstorbene Abgeordnete Horr hat nur milde gelächelt und hat mir empfohlen, ich soll mich mit Käseerzeugen befassen. Leider Gottes ist das eingetreten, was wir seinerzeit befürchtet haben. Denn eines ist klar: Es geht dem Staat wie dem einzelnen in seiner Wirtschaft und dem einzelnen Haushalt. Wenn er es einfach leichtnimmt, das Geld ausgibt und sich alles kauft und leistet, was es gibt, dann kommt dieser Haushalt oder dieser Betrieb früher oder später in Schwierigkeiten. Und genauso geht es dem Staat.

Jetzt sind wir mit dem Staat so weit, daß wir nach diesen vergangenen vier Jahren in große Schwierigkeiten kommen, erstens wahnsinnige Teuerungsraten von 10 Prozent und mehr haben, zweitens eine zunehmende Verschul-

11606

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

dung, drittens zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten. Sie können die Budgetdefizite nicht mehr finanzieren, Sie bringen das Geld nicht mehr auf, um diese Aufgaben erfüllen zu können. Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo es für den Staat ganz schwierig ist weiterzuwirtschaften. Es wurde darauf schon hingewiesen, daß es nicht möglich ist, die dringendsten Erfordernisse zu erfüllen und zu finanzieren.

Auf der anderen Seite haben wir eine steigende Belastung der Bevölkerung mit Steuern, Gebühren und Beiträgen. Noch ein Wort bezüglich der „leichten Hand“, die der Abgeordnete Sekanina angeführt hat. Herr Abgeordneter Sekanina! Genauso wie in einem Haushalt der Haushalt vorstand nicht alle Wünsche erfüllen kann, genauso wie in einem Betrieb nicht alle Wünsche der Belegschaft und der Kapitalgeber erfüllt werden können, genauso kann ein Finanzminister und ein Bundeskanzler auch nicht alle Wünsche erfüllen, die natürlich von verschiedenen Seiten an ihn herangetragen werden. Es ist eben auch Aufgabe einer verantwortungsbewußten Regierung, nein sagen zu können. Diese Regierung hat jedoch meistens nicht nein gesagt, und jetzt ist sie in der Schwierigkeit, daß sie bei Dingen nein sagen muß, die sehr wichtig sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir brauchen nur die Entwicklung 1970 bis 1975 zu vergleichen. Einige wenige Zahlen: Die Budgeteinnahmen 1970 betragen 92 Milliarden, 1975 168 Milliarden, also eine Steigerung um rund 83 Prozent. Budgetausgaben einschließlich der Stabilisierungsquote, die wir ja fürs nächste Jahr praktisch dazurechnen müssen, weil ja Dinge drinnen finanziert werden, die unabdingbar sind, 187 Milliarden, das heißt eine Zunahme von 85 Prozent, nach meiner Rechnung. Wir haben ein Budgetdefizit, einen Abgang im nächsten Jahr von 19,7 Milliarden Schilling, das heißt, das Budgetdefizit aus 1970 in Höhe von 8,9 Milliarden ist 1975 auf 19,7 Milliarden gestiegen, also eine Steigerung um 121 Prozent. Das ist praktisch eine Verdoppelung des Budgetdefizits.

Ich verweise auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky, der einmal meinte, daß 8 bis 9 Milliarden Schilling Defizit doch ein Wahnsinn sind; wenn Sie sich an 1970 erinnern. Heute haben wir bereits rund 20 Milliarden Defizit. Offensichtlich ist es jetzt kein Wahnsinn mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Prozenten ausgedrückt: Das Budgetdefizit betrug damals 8,8 Prozent, und jetzt für 1975 sind es 10,6 Prozent. Also auch von der Prozentrechnung her gesehen ist eine Verschlech-

terung eingetreten. (*Ruf bei der ÖVP: Prozentrechnen ist halt so schwer!*) Es ist halt so furchtbar schwer, bei der Wahrheit zu bleiben.

In diesem Zusammenhang noch ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Steuerleistungen der Bevölkerung. Wie entwickelten sich die Steuerleistungen? Bei der Lohnsteuer eine Entwicklung von 1970 bis 1975 von 13,7 Milliarden auf 29,8 Milliarden, eine Steigerung um 117 Prozent, bei der Einkommensteuer eine Steigerung von 126 Prozent und bei der Umsatzsteuer beziehungsweise Mehrwertsteuer eine Steigerung von 138 Prozent.

Das sind also die tatsächlichen Entwicklungen bei den wichtigen Steuern für die Bevölkerung, nämlich bei Lohnsteuer, Einkommensteuer und Mehrwertsteuer. In diesen fünf Jahren hat es praktisch eine Steigerung der Steuerbelastung im Durchschnitt von rund 130 Prozent gegeben.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede ganz stolz auf die Steuermaßnahmen in diesen fünf Jahren hingewiesen: „Diese Steuerpolitik steht im deutlichen Gegensatz zur Steuerpolitik von 1966 bis 1970.“ Er hat es der Mühe wert gefunden, darauf hinzuweisen, was in dieser Zeit auf diesem Gebiet besser gemacht wurde als in den Jahren von 1966 bis 1970.

Ich verweise hier auf eine Entwicklung bei der Lohnsteuer zum Beispiel in den vier Jahren von 1966 bis 1969: 4,4 Milliarden Lohnsteuererhöhung und von 1970 bis 1974 17 Milliarden Schilling Lohnsteuererhöhung. Das ist natürlich schon eine ganz andere Vorgangsweise, Herr Finanzminister! Sie haben einen traurigen Rekord erreicht, indem Sie praktisch eine Vervierfachung in diesen Jahren zu stande brachten.

Ich verweise weiters kurz auf die Verhandlungen bei der letzten Lohn- und Einkommensteuerreform. Was ist tatsächlich geschehen? Wir haben heute folgende Entwicklung: Durch die Umwandlung der Freibeträge in Absetzbeträge ist eine sehr starke Progressionsverschärfung eingetreten. Der Herr Finanzminister sagte in seiner Budgetrede, daß die Progression gemildert wurde. Herr Abgeordneter Wille! Ich würde dringend empfehlen, aus Gründen der Wahrheitsfindung in dieser Frage ein Gespräch mit dem Herrn Finanzminister zu führen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Denn wenn sich der Herr Finanzminister erlaubt, das als Progressionsmilderung hinzustellen, dann ist das eine völlig falsche Information der Öffentlichkeit. Denn Sie wissen genauso wie ich, daß durch diese Absetzbeträge die Progressionsverschärfung in einem Umfang wirksam geworden ist, wie es

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

bisher nie der Fall war, und daß bei der nächsten Lohnrunde, die jetzt in Gang kommt und bereits für einige Gruppen abgeschlossen ist, der Vorteil der Steuerbegünstigung mit den 4 bis 5 Prozent Nettoverbesserung bereits wieder zu einer Steuererhöhung und Progressionsverschärfung bei diesen betreffenden Gruppen führt. Das ist die Tatsache, das ist die Wahrheit! Man darf doch nicht in einer Budgetrede einfach das Gegenteil behaupten.

Sie haben heute den Generaldirektor Kienzl von der Nationalbank zitiert. Wenn Sie ihn vollständig zitiert hätten, dann hätten Sie auch sagen müssen, daß Dr. Kienzl in der jetzigen Phase dieser wahnsinnigen Inflation 8 bis 9 Prozent Lohnerhöhung empfiehlt. Die Abschlüsse aber lauten auf 14 bis 16 Prozent und darüber. Das bedeutet, daß uns eine Inflation von 8 bis 10 Prozent in den nächsten zwei Jahren sicher wieder ins Haus steht. Mit anderen Worten: Sie berücksichtigen diese Empfehlungen Ihres Wirtschaftsfachmannes überhaupt nicht. Sie machen diese Politik, obwohl Ihre Fachleute sagen, sie ist falsch, Sie machen diese Politik ohne Rücksicht auf die österreichische Bevölkerung weiter. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Tarifgestaltung bei der letzten Lohn- und Einkommensteuerreform war ja eine echte Augenauswischerei.

Oder die Familienfeindlichkeit: daß Sie einfach für die Familien mit zwei oder mehr Kindern die Absetzbeträge überhaupt nicht geändert haben. Das war doch eine glatte Belastung der Familien mit mehr Kindern; eine unsoziale Vorgangsweise auf dem Steuersektor, wie sie die ganzen Jahrzehnte nicht vorgekommen ist.

Außerdem haben Sie sehr gezielt die seinerzeitig befristeten Sondersteuern eingebaut in Ihr System, verewigt und nicht abgebaut, obwohl Sie zwischen 1966 und 1970 sich in der Forderung überschlagen haben, diese Steuern müssen weg. Was haben Sie getan? Sie haben sie verewigt und in die Gesamtbesteuerung eingebaut. Das ist also Ihre Vorgangsweise gewesen.

Eines kommt noch dazu: Die Kaufkraftverluste sind in keiner Weise bei der steuerlichen Behandlung berücksichtigt. Das heißt, es kommt durch diese 10prozentige Geldentwertung zu Scheingewinnen und zu Scheineinkommen für die arbeitende Bevölkerung, die Sie mit der verschärften Progression wieder wegsteuern. Das ist eine Methode; es ist auch tatsächlich so, daß damit für die Ärmsten die Situation immer wieder verschlechtert wird. Das ist eine glatte sozialistische Gesellschaftspolitik, die über die Steuernmaßnahmen in den letzten Jahren verwirklicht wurde.

Auf den Mehrwertsteuersektor wurde heute schon hingewiesen. Ich habe schon erwähnt, es waren 138 Prozent Steigerung bei den Einnahmen aus der Umsatzsteuer, wobei ich die Beförderungssteuer und den Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer im Jahre 1970 dazurechnen, um vergleichbar zu sein. Wenn man das alles dazurechnet, ist trotzdem eine Erhöhung um 138 Prozent eingetreten. Herr Abgeordneter Wille hat diese Steuer so schön als Europa-Steuer bezeichnet; vielleicht daß sie von der Bevölkerung lieber entrichtet wird, wenn sie einen europäischen Anstrich hat. Aber, Herr Abgeordneter Wille, diese 16 Prozent Mehrwertsteuer, die Sie der österreichischen Bevölkerung auferlegt haben, waren sicherlich keine Spitzenleistung. Als eine negative Spitzenleistung können wir sie bezeichnen, denn diese Mehrwertsteuer ist eine Belastung für alle Bevölkerungsgruppen; sie trifft alle und sie trifft auch die Ärmsten. Der erhöhte Satz der Mehrwertsteuer ist von uns damals abgelehnt worden, und zwar auch deshalb, weil der Einführungszeitpunkt nach unserer Meinung nicht richtig war, weil man nicht die notwendigen stabilitätsorientierten Maßnahmen in diesem Zeitpunkt ergriffen hat.

Herr Bautenminister, Sie sitzen ja gerade jetzt auf der Regierungsbank. Sie wissen ganz genau, daß die überhöhte Investitionssteuer zu einem solchen Boom auf dem Sektor der Bauwirtschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1972 geführt hat durch das Vorziehen von Arbeiten durch den Bund, aber auch durch die Privatwirtschaft, daß es zu einer Explosion der Preise gekommen ist, und daß Sie jetzt nicht wissen, wie Sie den ganzen Bausektor wieder unter Kontrolle bekommen. Jetzt, wo also die Bauwirtschaft echt fürchtet, daß sie nicht entsprechende Aufträge hat, jetzt haben Sie kein Geld zur Verfügung, weil Sie konjunkturpolitisch in der Frage der Baumaßnahmen nicht richtig gehandelt haben. Jetzt wird die Rechnung präsentiert, die Leidtragenden sind die Baunternehmungen und die Bauarbeiter, die in diesem Bereich tätig sind.

Die Landwirtschaft ist ja von der Mehrwertsteuer — das wurde heute schon in der Fragestunde behandelt — besonders betroffen, weil wichtige Betriebsmittel in den erhöhten Steuersatz einbezogen wurden und weil es nicht gelungen ist, einen einheitlichen Vorsteuerabzug für die Landwirtschaft zu erreichen.

Die ständige Teuerung, ob sie jetzt auf dem Olsektor ist oder bei Handelsdünger, die in den letzten Wochen und Monaten eingetreten ist: bei allem ist immer der Finanzminister mit seinen 16 Prozent dabei. Die österreichische Bevölkerung muß bei einem Benzin-

11608

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

preis von 6,50 S 90 Groschen Mehrwertsteuer bezahlen. Wenn man mit 8 Prozent Mehrwertsteuer gearbeitet hätte, dann würden wir um 45 Groschen weniger für einen Liter Benzin bezahlen. Sie haben einfach nein gesagt und haben das abgelehnt. Die österreichische Landwirtschaft hätte hier ebenfalls beim Dieselöl eine Ermäßigung um zirka 35 Groschen erreichen können, wenn man bei dieser Frage vernünftig vorgegangen wäre. Die Ölscheichs haben die Preise erhöht, und in Österreich hat der Herr Finanzminister aus dieser Erhöhung des Ölpreises auch seinen Nutzen gezogen. (*Ruf bei der ÖVP: Der österreichische Ölscheich!*) Ich möchte damit nicht sagen, daß er der österreichische Ölscheich ist, denn auf der anderen Seite wurde das Geld so leichtfertig ausgegeben, daß er trotzdem zuwenig hat.

Noch ein Punkt, den ich ganz kurz anführen möchte, die Frage der versäumten Verwaltungsreform. Der Herr Kollege Mock hat heute schon darüber gesprochen, und auch der Herr Dr. Stix hat diese Frage sehr dezidiert und ausführlich behandelt. Aber es sind doch einige Feststellungen notwendig, weil ich mich mit dieser Frage der Verwaltungskosten auch von der beruflichen Seite sehr intensiv beschäftige.

Es wurde schon gesagt, in der ÖVP-Zeit sind die Dienstposten zwischen 1966 und 1970 ungefähr um 5200 verringert worden; zwischen 1970 und 1975 steigen sie wieder um 12.600 gegenüber 1970 an. Siehe Budgetrede des Herrn Finanzministers auf Seite 15.

Da sieht man also den „guten Willen“, den der Herr Finanzminister offensichtlich hat, oder es ist zuwenig Geld da. Da schreibt er: „Allerdings dürfen Investitionen nicht zu einer großzügigen Personalpolitik verleiten. Der Bund schöpft daher alle Einsparungsmöglichkeiten im Bereich der Verwaltung aus.“ — Und jetzt unterstrichen: „Das sind wir dem Steuerzahler schuldig.“ Wunderbar. Er hätte nur schreiben sollen: „Das wären wir dem Steuerzahler schuldig.“ Das hätte besser gepaßt.

Jedenfalls, die Dinge sind so, daß — es wurde darauf schon hingewiesen — einige neue Ministerien geschaffen wurden; wir haben einige Staatssekretäre; am Schluß haben wir jetzt noch den Staatssekretär Haiden dazubekommen, also Staatssekretäre, die eingespart werden könnten, wenn man sparen will. Aber es wurde heute in dieser Debatte schon richtig angeführt, daß die Gesetze und Verordnungen derart kompliziert sind, daß jede neue Maßnahme, die ergriffen wird, noch mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand verlangt, ganz gleich, welchen Sektor Sie anschauen.

Herr Finanzminister — er ist zwar nicht im Hause, er ist wahrscheinlich bei der Parteiischen Kommission —, es ist so, daß Sie jetzt uns von der Landwirtschaft in Aussicht stellen, daß wir eine Mineralölsteuerrückvergütung bekommen, die so ähnlich ausfällt wie beim gefärbten Heizöl.

Nun, wenn Sie uns das gefärbte Heizöl verwenden lassen, das nach ihrer Regierungsvorlage sowieso das gleiche an Belastung bringt wie die Maßnahme, die Sie vorsehen, dann wäre das eine ungeheure Verwaltungseinsparung; denn nach Ihrem Vorschlag muß wieder alles genau erhoben, genau errechnet, genau geprüft und so weiter werden, und es wäre wesentlich leichter für die Bürokratie, wenn man hier einen einfacheren Weg suchen würde.

Das gleiche gilt für das Schulbuch, das gleiche ist bei allen anderen Maßnahmen in der Schulverwaltung und so weiter. Es wird alles so kompliziert, und es sind so viele Verwaltungsaufgaben zusätzlich notwendig geworden, daß man praktisch nicht sagen kann: weniger Beamte, wenn man nicht gleichzeitig das Problem „weniger Arbeit, einfachere Vorgangsweise und einfachere Durchführung der Verwaltung“ mitrealisiert.

Ich habe den Herrn Finanzminister schon oftmals gebeten, man möge doch in der Verwaltung auch eine Kostennutzenrechnung aufstellen. Wir tun das doch auch in der privaten Wirtschaft. (*Abg. Dr. Gradenegger: Das ist ja technisch nicht möglich!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist technisch möglich. Es gibt ja nicht nur die Gendarmeriebeamten, es gibt soundso viele Verwaltungsaufgaben, auch in den Bundesbetrieben gibt es sicherlich sehr viele Rationalisierungs- und Vereinfachungsmöglichkeiten. Natürlich muß man bereit sein, auch die entsprechende Verordnung oder das Gesetz in diesem Sinne zu vereinfachen, sonst kann man es selbstverständlich nicht machen.

Wir haben jetzt beim Bund eine riesige Anzahl von EDV-Anlagen. Die Elektronische Datenverarbeitung wurde eingeführt. Die Zahl der Personen ist nicht kleiner geworden, es sind zusätzliche Fachleute notwendig, zusätzliche Mieten müssen für diese Anlagen bezahlt werden, zusätzliche Gebäude sind notwendig, und Einsparung an Personal ist praktisch damit keine erreicht. Das heißt, die Verwaltung wird teurer und der Personalkostenaufwand wird dadurch nicht verringert. Klärerweise muß man auch den Beamten entsprechende, moderne Geräte und Maschinen zur Verfügung stellen und muß Rationalisierungsfachleute einsetzen, wenn man diese schwie-

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11609

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

lige Sache bewältigen will. (Abg. Doktor Gradenegger: Den Ex-Staatssekretär Gruber werden wir einsetzen!) Der hat jedenfalls wesentlich mehr erreicht als Ihre vier Staatssekretäre, das möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen! (Beifall bei der ÖVP.)

Und dann gehört natürlich, was jetzt ja begonnen wird, auch endlich einmal eine Managementschulung für diesen Verwaltungssektor her, sonst werden wir Österreicher mit dem Steuerzahlen nicht fertig, weil alles für diesen Sektor benötigt wird. Kollege Stix hat ganz richtig erwähnt, auf der anderen Seite fehlt das Geld für notwendige, dringend erforderliche Maßnahmen, für die der Staat zuständig wäre. (Präsident Dr. Mälta übernimmt den Vorsitz.)

Der Herr Finanzminister hat ja schon Bemühungen angedeutet, nur wurden sie in den letzten vier Jahren vernachlässigt. Es ist leider viel Zeit verlorengegangen, dadurch ist die Schwierigkeit ja auch mitverschuldet.

Jetzt noch ein paar Bemerkungen zur Landwirtschaft im Budget seit 1970. Auch hier nur ein paar Worte, es wird ja darüber zu sprechen noch Gelegenheit sein.

Es wurde so stolz verkündet, daß die Landwirtschaft jetzt so wunderbar im Budget abschneidet und daß sie sich überhaupt nicht zu beklagen hätte.

Ich darf dazu vielleicht folgendes sagen: Wenn wir bei der Wahrheit bleiben, dann möchte ich bitten, die Jahre von 1970 bis 1975 zu betrachten und nicht die Steigerung von 1974 auf 1975. Denn — es wurde schon gesagt — die Gesamtausgaben des Budgets wurden in diesem Zeitraum um 85,6 Prozent gesteigert. Die Ausgaben für den gesamten Sektor Landwirtschaft und Preisausgleiche sind in diesen fünf Jahren um 25 Prozent gestiegen. Sie sehen ja auch in dieser Aufstellung, in dieser Darstellung in den Budgetunterlagen ganz deutlich: die schleteste Kurve, die es in der ganzen graphischen Darstellung gibt, ist die der Landwirtschaft, das heißt, man hat die Landwirtschaft in diesen fünf Jahren gröblichst vernachlässigt.

Man hat allerdings — das muß man dazusagen — auf der anderen Seite versucht, der österreichischen Bevölkerung eine Bombeneinkommensentwicklung vorzutäuschen. Der Abbildung Nummer 27 können Sie die Einkommensentwicklung der Landwirtschaft entnehmen: Jährliches Gesamteinkommen pro Familienarbeitskraft in Schilling: 130.000. Das wäre eine ganz klassische Entwicklung des Einkommens. Nur stimmt es leider nicht. Herr Abgeordneter Wille — Sie sind ja der Wahrheitsfanatiker Ihrer Fraktion —, ich würde empfehlen, sofort den Herrn Finanzminister

und alle, die geholfen haben, diese Graphik herzustellen, zu bitten, daß er die Wahrheit sagt. Die Wahrheit ist nämlich folgende: Das Gesamteinkommen je Familienarbeitskraft im Jahr 1973 beträgt nicht 130.000 S, sondern 57.500 S. Bitte im Grünen Bericht nachzulesen, dort steht es ausdrücklich drinnen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Weih.)

Ich weiß es nicht, Herr Minister. Ich weiß nicht, ob es bewußt oder unbewußt geschehen ist. Es müßte heißen: die Einkommensentwicklung der Landwirtschaft je Familie (Abg. Doktor Weih: Je Betrieb!) — oder je Betrieb — oder es müßte heißen „pro Familienarbeitskraft“, dann aber die genannten 57.500 S.

Sie stellen also der Öffentlichkeit gegenüber das Einkommen der Landwirtschaft vollkommen falsch dar. Das ist ein Punkt, den wir nicht einfach zur Kenntnis nehmen können. (Abg. Dr. Gruber: Kollege Wille! Das ist was für Sie! — Abg. Kern: Falsche Information des Finanzministers! — Abg. Doktor Gruber: Sie haben noch viel Arbeit in Ihrer Fraktion!) Die Wahrheit! Die Wahrheit! Bitte Tabelle Nummer 27, Gespräch mit dem Finanzminister, auf die tatsächliche Höhe zu berichten.

Ich möchte also bitten, Herr Abgeordneter Wille, daß Sie dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Landwirtschaftsminister und allen jenen Leuten, die diese Unterlagen bekommen haben — auch der Presse —, die korrigierte und genaue Liste und graphische Darstellung zur Verfügung stellen.

Denn was kommt denn heraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir diese 57.500 S Gesamteinkommen je Familienarbeitskraft durch 14 dividieren, also 14 Monatsbezüge errechnen? Dann kommt heraus: 4100 S pro Monat. Das ist ein unterdurchschnittlicher Hilfsarbeiterlohn. Die Hilfsarbeiter haben schon wesentlich mehr. Dabei kommt dazu, daß das nicht das reine landwirtschaftliche Einkommen ist, sondern davon sind nur 72 Prozent landwirtschaftliches Einkommen, 15 Prozent Nebenerwerbseinkommen, 12 Prozent Sozialeinkommen — also Kinderbeihilfen und so weiter, die da auch mitgerechnet werden — und 3 Prozent öffentliche Zuschüsse.

So schaut also die Zusammensetzung des Einkommens tatsächlich aus, und daher können Sie nicht mit Stolz auf solche Ergebnisse verweisen, wenn sie nicht stimmen.

Das wollte ich in diesem Zusammenhang erwähnen und bitten, daß man das korrigiert und in Ordnung bringt.

11610

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Zusammenfassend wäre festzustellen, daß die stolzen Berichte der sozialistischen Abgeordneten über die letzten Jahre nach unserem Dafürhalten nur sehr teilweise zutreffen, daß wir im Gegenteil vermissen, daß auf die tatsächlich schwierige Entwicklung, die uns im kommenden Jahr 1975 bevorsteht, eingegangen wird. Es ist ein Inflationsbudget, das wieder 10 Prozent Teuerung mit sich bringt. Es kommt die verfehlte Steuerpolitik weiter zum Tragen, und wir hoffen zumindest, daß man in der Frage der Verwaltungsreform endlich beginnt, etwas zu tun, bevor wir uns außerstande sehen, diese Aufgaben des Staates zu finanzieren.

Es ist daher selbstverständlich, daß unsere Fraktion einem solchen Budget für 1975 nicht zustimmen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Finanzminister! — Herr Präsident! Darf ich darauf aufmerksam machen: Wir haben die erste Lesung des Finanzgesetzes, und es wäre ein Gebot der Höflichkeit und der Achtung, daß sich der Herr Finanzminister diesen Tag für das Parlament, für die Volksvertretung freinimmt. Herr Landwirtschaftsminister, ich nehme an, Sie haben Platz genommen, weil jetzt ein Kollege vom Bauernbund gesprochen hat. Ich bin aber kein Bauernbündler, ich bin freiheitlicher Abgeordneter und werde nicht landwirtschaftliche Probleme, sondern Budgetpolitik behandeln. Ich würde es als notwendige Achtung eines sozialistischen Ministers gegenüber der Vertretung des Volkes ansehen, wenn der Herr Finanzminister heute nicht andere Sitzungen hätte, sondern im Parlament zuhören würde, was die Vertreter des Volkes zu sagen haben, oder, wenn er keine Zeit hat, der Herr Bundeskanzler in seiner Vertretung.

Ich bedaure, daß wir das immer wieder feststellen müssen: Es ist eine Mißachtung des Parlaments und auch eine Unhöflichkeit gegenüber der Opposition. Ich darf Sie, meine Herren Sozialisten, erinnern, wie Sie mit uns Freiheitlichen gewettet haben, wenn einmal ein ÖVP-Minister nicht da war. Ich darf Sie daran erinnern, daß ich immer gesagt habe, jede Partei soll daran denken, daß sie eines Tages wieder in Opposition geht, und sie soll dann, wenn sie in der Regierung ist, nicht vergessen, daß man gewisse Grundsätze in der Regierung achten muß, wenn man in der Opposition auch beachtet werden soll.

Ich hoffe, daß es also möglich sein wird, den Herrn Finanzminister noch während meiner Ausführungen irgendwo in Wien aufzutreiben und in das Haus hereinzubringen, weil es ja wenig Zweck hat, wenn ich den Herrn Landwirtschaftsminister über Probleme, die den Herrn Finanzminister in erster Linie betreffen, informiere.

Ich möchte mich im übrigen bei meinen Ausführungen zum Finanzgesetz nicht in den Streit zwischen dem vergangenen und gerne wieder kommenden Finanzminister Koren und dem gegenwärtigen und gern bleibenden Finanzminister Hannes Androsch einmischen, ob das ein Budget ist, das konkursreif ist oder nicht. Ich billige beiden Finanzministern zu, daß sie Fachleute auf dem Gebiet des Konkursrechtes und des Schuldenmachens sind, denn auch die Budgets der ÖVP-Regierung haben diesbezüglich ja genügend Anlaß gegeben. Es wird jetzt nur über das System gestritten, ob das System der ÖVP, die Schulden zu machen ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie meinen, es ist sowieso alles gleich, es ist gleich, wer oben ist. Es ist aber nicht ganz so.

Sie haben bei der ÖVP die Schulden anders gemacht, Hannes Androsch macht sie wieder in einer anderen Weise. Aber für das Volk, für den Mann auf der Straße bleibt die Wirkung die gleiche.

Die Frage ist zu beantworten durch den Finanzminister, ob das Budget in Ordnung ist — er ist nicht da — und ob Sie zahlungsfähig sind. Das werden Sie nicht wissen, Herr Landwirtschaftsminister, denn Sie waren, glaube ich, zuvor nicht da, als der Herr Finanzminister das gesagt hat. Wenn er zahlungsfähig ist, dann soll er nicht zu den Banken gehen und sich Geld ausleihen, damit er Gehälter und Pensionen bezahlen kann. Das ist doch die Situation, die wir heute haben.

Ich darf also fragen, Herr Finanzminister — ich glaube, jetzt kommt er —: Ist es richtig, daß Sie sich Bankkredite aufnehmen müssen, um den laufenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können? Ja oder nein, die Volksvertretung hat ein Recht darauf, das zu erfahren. Sie haben erklärt, Sie sind zahlungsfähig. Sie sind aber nicht zahlungsfähig, wenn Sie mit den vorgesehenen laufenden Einnahmen nicht auskommen, sondern wenn Sie so viele Schulden gemacht haben, daß Sie sich Geld ausleihen müssen, um die Gehälter und die Pensionen noch bezahlen zu können.

Erste Frage an den Finanzminister: Ist es richtig, daß Sie nicht mehr zahlungsfähig sind, daß Sie überhaupt nur mehr mit Bankkrediten die Gehälter bezahlen können?

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974**11611****Zeillinger**

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu dem Thema Schulden. Hier ist der Unterschied, hier werden Sie sich auch zwischen ÖVP und SPÖ nicht ganz verstehen. Wir haben ein Budget von etwa — ich glaube, Sie erwarten sich diese Einnahmen im nächsten Jahr — 168 Milliarden. Darf ich gleich aufmerksam machen, Herr Finanzminister: Ihre Schätzungen und Ihre Erwartungen gehen leider auch immer ein bißchen in die Hose, sie gehen daneben. Bis zum Monat September fehlen Ihnen 4 Milliarden allein aus der Mehrwertsteuer. Die sind nicht hereingekommen, die fehlen also. Bis zum Jahresende müßten Sie noch 3 weitere Milliarden mehr dazu machen, denn Sie haben in dem Budgetüberschreitungsgesetz bereits 3 Milliarden Schulden dazugemacht. Das heißt also, Sie müssen 4 plus 3 aus dem Budgetüberschreitungsgesetz, Sie müßten also 7 Milliarden mehr in den nächsten drei Monaten vom Volk hereinholen, damit Sie nur das Ziel, das Sie sich im Vorjahr gestellt haben, erreichen können. Und da sagen Sie, es ist alles in Ordnung! Nein, es ist alles in Unordnung. Ihre Ziffern sind und waren unrichtig, Herr Finanzminister.

Ich bitte auch die zweite Frage zu beantworten: Stimmt es, daß Ihnen bis September 4 Milliarden fehlen und daß Sie mit dem Budgetüberschreitungsgesetz zusammen in den nächsten drei Monaten um 7 Milliarden mehr als vorgesehen einnehmen müßten? Und das in einer Zeit, wo Sie jetzt schon weniger hereinbekommen haben, als Sie im Vorjahr erwartet haben.

Sie legen uns hier ein Budget vor mit Staatsausgaben von zirka 184 Milliarden; bitte mich jetzt nicht auf die halbe Milliarde beim Wort zu nehmen. Sie wollen im nächsten Jahr 184 Milliarden ausgeben und sagen: Es ist alles in Ordnung, wir sind gesund, wir sind besser als die ÖVP. Die Finanzschulden sind nach Ihrer Ansicht nicht so gewachsen wie bei der ÖVP. Ich werde Ihnen gleich sagen, meine Damen und Herren: Das Volk, das wir gemeinsam hier vertreten, hat dank der ÖVP- und jetzt der SPÖ-Regierung allein an Finanzschulden eine Last von 67 Milliarden zu tragen. Jeder Österreicher kann sich ausrechnen, was er schuldig ist.

Dazu kommen die Verwaltungsschulden, und das ist jetzt die Differenz zwischen den beiden Parteien. Der jetzige Finanzminister drängt mehr hinein in die Verwaltungsschulden.

Stimmt es, Herr Finanzminister — dritte Frage —, daß unter Ihrer Ägide, unter Ihrer Führung die Verwaltungsschulden von 15 Milliarden auf 34 Milliarden gestiegen sind, also

um mehr als 100 Prozent? Die Finanzschulden und die Verwaltungsschulden zusammen, 69 und 34, sind allein 103 Milliarden Schulden!

Sie haben darüber hinaus, Herr Finanzminister, Haftungen von 90 Milliarden. Wir wissen, wie das ist, wenn es zu Schwierigkeiten kommt. Heute ist so viel von Inflation gesprochen worden, wir haben uns schon daran gewöhnt, mit der Inflation zu leben. Wenn es zu Schwierigkeiten kommt, dann wird bekanntlich immer derjenige, der bürgt, zur Zahlung herangezogen. Das sind 90 Milliarden, das heißt 193 Milliarden allein aus diesen drei Posten, die ich Ihnen jetzt aufgezählt habe, Herr Finanzminister. Das übersteigt bereits um fast 30 Milliarden das, was Sie im nächsten Jahr einnehmen wollen.

Ich möchte jetzt nicht wieder die Debatte anfangen, ob das schon konkursreif ist, aber in Ordnung und zahlungsfähig sind Sie nicht. 193 Milliarden!

Darf ich Sie weiter noch erinnern an eine Ziffer, die wir als Volksvertreter nie herausbekommen haben und vermutlich auch von diesem Finanzminister nicht herausbekommen werden, an das sogenannte Leasingverfahren. Darf ich ein Beispiel dazu bringen:

Irgendeine Gemeinde, irgendeine Gebietskörperschaft baut eine Schule, die der Bund bauen müßte, und der Bund kauft dann diese Schule in Form jährlicher Ratenzahlungen zurück, weil er ja verpflichtet gewesen wäre, sie zu bauen. Das sind auch Schulden des Bundes! Aber Sie weisen sie nicht als Schulden aus, Herr Finanzminister, Sie wiesen immer nur jährlich jenen Betrag aus, den Sie im nächsten Jahr zahlen müssen. Aber schuldig sind Sie die ganze Schule. Schuldig sind Sie ungezählte Milliarden im Leasingverfahren.

Und ich frage Sie, Herr Finanzminister: Sind es über 20 Milliarden, ja oder nein? Es wird behauptet, es sind bereits über 20 Milliarden Schulden im Leasingverfahren. Das sind also, Herr Finanzminister, bereits 213 Milliarden Schulden, die Sie haben!

Nun könnte man das noch weiter fortsetzen. Darf ich aber gleich sagen: Zu meinem Hauptpunkt komme ich erst, das ist nur eine kleine Einleitung, weil „alles in Ordnung“ ist.

Sondergesellschaften: Fonds sind unmodern geworden, wir haben keine Fonds mehr, wir machen jetzt Sondergesellschaften. Im Prinzip ist es genau dasselbe, es ist eine Rückkehr zu einem alten System. Sie haben eine ganze Reihe von Sondergesellschaften, wo auch erhebliche Verpflichtungen bestehen, bei der UNO-City angefangen.

11612

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Zeillinger

Darf ich die fünfte Frage stellen, Herr Finanzminister: Wie hoch sind die Verpflichtungen des Bundes gegenüber den Sondergesellschaften? Wenn Sie uns eine wahrheitsgemäße Auskunft geben, dann nähern wir uns einer Ziffer, die zwischen 250 und 300 Milliarden liegt, bei Einnahmen des Staates von 168 Milliarden! Die Ziffer ist nicht bekannt, sie ist für uns Abgeordnete unmöglich aus dem Budget herauszubekommen, diese Ziffern sind versteckt.

Sie dürfen nicht nur das einsetzen, was Sie im nächsten Jahr an Raten zahlen müssen, denn wenn ich mir heute ein Auto kaufe, und ich zahle es in 20 Monatsraten ab, dann bin ich der Firma ja nicht nur die Rate vom nächsten Monat schuldig, sondern ich schulde das ganze Auto. Wir wollen einmal wissen: Wie groß sind die nicht von Ihnen allein, meine Damen und Herren, sondern die von der Koalition ÖVP-SPO, dann über die ÖVP-Regierung bis zur heutigen SPÖ-Regierung entstandenen Verpflichtungen? Aber nicht die Ratenzahlungen, sondern die Gesamtschulden des Staates!

193 Milliarden konnte ich Ihnen auf Grund der drei ersten Ziffern nachweisen; Leasing und Sondergesellschaften sind Ziffern, die Sie, Herr Finanzminister, uns hoffentlich vor dem Eingang in die einzelnen Beratungen noch sagen werden.

Meine Damen und Herren! Gerade bei diesen Sondergesellschaften — nun komme ich zum Hauptthema meiner Ausführungen — haben Sie ein eigenes System entwickelt. Sie haben ein System, im Volk draußen sagt man Köpferrollen. Sie haben aus einem alten bekannten Satz eine sozialistische Variante gemacht. Früher hieß es: „Räder müssen rollen für den Sieg“, heute müssen Köpfe rollen für den Sieg. Wo immer wir hinschauen, werden Köpfe rollen. (Abg. Mühlbach: Wann war das mit den Räderrollen, weil Sie sich so gut erinnern?)

Herr Kollege, wenn Sie auf das anspielen wollen, darf ich Ihnen gleich sagen: Ich war nicht bei der Partei. Aber ich zähle Ihnen gerne diese Leute in Ihrer Partei auf. Ich nehme an, daß der Ausdruck „Köpfe müssen rollen für den Sieg“ von den NAPOLA-Schülern kommt, die bei Ihnen in der Regierung sitzen, Herr Kollege. (Beifall bei der FPÖ.) Mit diesem Thema dürfen Sie mir nicht kommen. Ich habe nie im Parlament jemandem seine politische Vergangenheit vorgehalten, bin aber gerne bereit, die hohen NSDAP-Funktionen Ihrer sozialistischen Abgeordneten und Minister aufzuzählen, wenn Sie das wünschen. Aber ich bin dafür, lassen wir das Thema.

Ich behaupte nur, Sie sagen heute: Köpfe müssen rollen für den Sieg. Eine sozialistische Variante eines sehr bekannten Satzes, den jeder, der vor 1938 geboren ist, gekannt hat. Ich habe ihn gekannt, vielleicht haben Sie ihn nicht gekannt.

Meine Damen und Herren! Und nun das Köpferrollen: Wir haben uns daran gewöhnt, daß die Köpfe rollen. Wir haben hier einmal eine Debatte über die Österreichischen Bundesbahnen gehabt. Die Bundesbahnen wurden in eine Gesellschaft umgewandelt, und jetzt haben wir dort Vorstandsdirektoren statt Beamte. Der Unterschied ist nur, daß die jetzt Vorstandsdirektoren-Gehälter bekommen.

Und jetzt komme ich zum Hauptinhalt meiner Rede, das ist Ihre Aussage: Es muß gespart werden.

Ich habe heute die Zeitung mit Freude gelesen, das, was der Sozialist Kienzl, den ich sehr schätze, gesagt hat: Totaler Stopf für Spitzenverdiener. Ein Satz daraus: „Eine neue Einkommenspolitik sollte am besten mit einem einjährigen Einkommenserhöhungsstopf für die Spitzenverdiener beginnen.“ Das freut den Mann auf der Straße, wenn er das liest.

Aber, meine Herren, wie schaut die Wirklichkeit aus, wie schaut das aus, was Sie wirklich gemacht haben, und wie schaut das aus, was Sie in den nächsten Stunden machen werden? Ich weiß nicht, ob Sie das alles schon wissen. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie uns dabei helfen, den Willen des kleinen Mannes durchzusetzen.

Nun haben Sie diese Bundesbahnen in Gesellschaften umgewandelt. Sie haben jetzt dort Vorstandsdirektoren mit entsprechend hohen Gehältern. Das sind aber Beamte, die dasselbe gemacht haben, was sie früher als Beamte gemacht haben. Wenn Sie sich erinnern können: Auf Grund eines Revirements sind eine ganze Reihe von Köpfen gefallen, sind Leute in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden. Vor wenigen Tagen haben wir eine Gerichtsverhandlung gehabt, bei der sich herausgestellt hat, daß allein diese vorzeitigen Pensionierungen den Bundesbahnen in diesem Bereich eine halbe Milliarde gekostet haben.

Meine Herren! Das zahlt der Mann auf der Straße dafür, daß Sie die Köpfe rollen haben lassen! Das muß alles aus den Steuern bezahlt werden. Das sind die 168 Milliarden, die nächstes Jahr aufgebracht werden müssen. Herr Kollege! Auf Grund eines Gerichtsurteiles eine halbe Milliarde allein für das Köpferrollen im Bahnbereich, wo Sie vorzeitig pensionieren! Beim vorzeitigen Pensionieren sind Sie ja

Zeillinger

sehr geschickt. Darf ich mich erinnern: Der in letzter Zeit sehr stark in den Vordergrund getretene Obmann Ihres sozialistischen Kontrollausschusses in Oberösterreich, Herr Doktor Baumgartner, glaube ich, ging ja auch in seinem 47. Lebensjahr mit 70 Prozent der Bezüge als Filialdirektor der Länderbank in Pension. Ich meine, in dieser Hinsicht haben Sie eine gewisse Erfahrung.

Wir wollen ja nur untersuchen, wieso Sie erstens einmal auf 168 Milliarden Staatsausgaben kommen und was davon zu halten ist, wenn Sie sagen: Bei den Spitzengehältern zu sparen beginnen. Die Köpfe sind gerollt bei den Bundesbahnen, die Köpfe sind gerollt bei den Bundestheatern und die Köpfe sind gerollt auch beim ORF.

Damit komme ich zu einem interessanten Thema. (*Ruf bei der SPÖ: Bei Swarovski sind auch die Köpfe gerollt!*) Ja, Herr Kollege, ich spreche jetzt von den Köpfen, die Sie als Sozialisten auf Kosten der Steuerzahler rollen lassen, weil es in Ihrem politischen Interesse ist. Das kostet Hunderte und Hunderte Millionen. Ich darf jetzt das Beispiel ORF bringen.

Es war sicher für die Öffentlichkeit eindrucksvoll, als der Kanzler gesagt hat: Die Bedingungen, die ein Generalintendant Bacher hat, sind einfach unerträglich, hier muß eine Änderung kommen. Und mancher Mann auf der Straße hat sich gesagt: Es ist wirklich wahr. Ich glaube, Sie als Minister haben nur zwei Drittel von dem, was der Generalintendant des ORF gehabt hat. Ich neide niemandem sein Gehalt, ich behaupte auch gar nicht, daß ein Minister in Österreich überbezahlt ist. Das möchte ich in aller Offenheit hier sagen. Aber den kleinen Mann hat es sicher beeindruckt, als man gesagt hat: Das werden die Sozialisten in Österreich ändern. Die werden für die Sauberkeit beim ORF sorgen.

Meine Damen und Herren! Es hat heute noch keiner das vorgetragen, was Sie morgen vorhaben. Vielleicht darf ich noch aus der Rede des Herrn Finanzministers zitieren, da er jetzt hier ist. Ich bin sehr glücklich darüber. Sie haben gesagt: „Es muß daher in unser aller Interesse liegen, in unseren Einkommenserwartungen bescheidener zu sein.“ — Da wird der neue Intendant weniger kriegen müssen, glaubt man. Es ist anzunehmen.

Sie haben noch etwas gesagt, Herr Minister. „Viele berechtigte Wünsche und Vorhaben mußten daher dem gespitzten Rechenstift zum Opfer fallen. Die Sparsamkeit erlaubt nur, das Notwendige zu berücksichtigen.“ — Der gespitzte Rechenstift muß aber sehr stumpf gewesen sein, als Sie, Herr Finanzminister, den

Vertrag in der Sozialistischen Partei ausgearbeitet haben, den Sie morgen mit sozialistischer Mehrheit im ORF beschließen wollen. Ich muß das heute sagen, weil Sie ja die Fernsehdiskussion sehr geschickt im Proporzsinne zwischen Kreisky, also der SPÖ, und der ÖVP gemacht haben, daher können wir Freiheitlichen die Fragen, die eventuell unangenehm werden könnten, bei dieser Fernsehdiskussion nicht stellen.

Und da ist der Vertrag, meine Herren! Darf ich Ihnen sagen, was da drinnen steht? Sie wissen es ja sicher, Ihnen brauche ich es nicht zu sagen, nur damit die Öffentlichkeit informiert ist. Ich hoffe, daß das Fernsehen jetzt nicht abschaltet, daß es uns nicht so geht, wie Sie es immer bei „Zeit im Bild“ machen, daß wir so unter „ferner liefen“ vielleicht gerade noch vorkommen.

Meine Damen und Herren! 90.000 S monatlich! Auf 90.000 S lautet der Dienstvertrag. Jetzt frage ich Sie als Sozialisten: Hat Ihr Bundeskanzler gesagt, daß das, was Bacher bekommt, zuviel ist? Es hat allerdings, das muß ich auch objektiverweise sagen, Herr Ministerialrat Oberhammer in sein Bewerbungsschreiben hineingeschrieben, er will dasselbe bekommen wie der Bacher. Das haben Sie dem Volk nicht gesagt. Und nun kommt morgen Ihr Antrag auf 90.000 S und ein Vertrag für drei Monate; vorläufig. Die 90.000 S sind ein Provisorium, der Ministerialrat ist auf Karenz beurlaubt, dem passiert gar nichts, der wird nicht aus seiner Existenz herausgerissen, er wird als Ministerialrat auf Karenz beurlaubt, und wenn sein Vertrag zu Ende ist, geht er wieder ins Justizministerium zurück und ist weiter Beamter. Wenn er aber schon nach einem Monat heimgeschickt wird — das kann sein, wenn er sich nicht eignet, oder weil man einen anderen bestellt —, dann kriegt er für die drei Monate auf jeden Fall 270.000 S bezahlt. Das steht da drinnen.

Darf ich Ihnen als Gewerkschafter etwas sagen? Nach drei Monaten bekommt er laut Ihrem Vorschlag drei Monate Abfertigung. (*Ruf: Nach drei Monaten?*) Das heißt, Sie wollen ihm 270.000 S Abfertigung zubilligen.

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie von der Sozialistischen Partei: Sind das die Worte, ist das das, was Ihr Kienzl von den Spitzenverdiennern sagt? Ich sage noch einmal: Kein Minister wird von mir irgendwie kritisiert. Meiner Ansicht nach sind die Minister unterbezahlt. Das sage ich Ihnen in aller Offenheit. Aber die Beamten, die heute bei der UNO-City — das sind alles Beamte — einen Sondervertrag als Direktoren haben und das

11614

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Zeillinger

Mehrfahe bekommen, machen dort nichts anderes, als sie bei der UNO-City als Beamte machen müßten. Jetzt bekommen sie durch einen Sondervertrag ein Vielfaches. Dagegen wendet sich der Sozialist Kienzl und sagt: Kürzen wir die Spitzengehälter. Man könnte es glauben, wenn die Sozialisten nicht morgen diesen Antrag durch ihren sozialistischen Vorsitzenden Dr. Slunsky beim Kuratorium einbringen würden. Sie sagen: 90.000 S monatlich, das hat der Bacher auch gehabt. Da hätten wir ihn nicht ablösen müssen. Da hätten wir nicht bis jetzt Millionen zahlen müssen, um Köpfe rollen zu lassen. 90.000 S wie der Bacher und nach drei Monaten, wenn er nicht bestellt wird, 270.000 S Abfertigung oder er muß einen Jahresvertrag bekommen, der kostet eben dann — ich glaube, er kriegt 16 Gehälter —, wenn er es nur 14mal kriegt, 1,260.000 S. Meine Damen und Herren! Das wollen Sie morgen beschließen. Und da sagen Sie dem Volke, es war bisher zu teuer, es soll in Zukunft billiger werden.

Ich möchte jetzt nicht aufzählen, was Sie alles an Sonderrechten vorsehen. Natürlich kriegt er einen Dienstwagen, natürlich kriegt er einen Chauffeur dazu. Der Herr Bundeskanzler hat vor kurzem in einer Radiozeitung kritisiert, daß man Taxis verwendet, daß man in Innsbruck einen Kanzlerinterviewer mit dem Taxi zum Flughafen bringt. Das ist nämlich ein kleiner Arbeiter, der hätte mit der Straßenbahn fahren sollen. Der Kanzler kritisiert, daß man ein Taxi nimmt. (*Zwischenrufe*.)

Ich kann Ihnen das ruhig angesichts meiner eigenen Erfahrung sagen, daß, wenn in Innsbruck ein Zwei-Minuten-Interview aufgenommen wird, einer mit dem Taxi zum Flughafen fährt und dann in Wien wieder mit dem Taxi zum Fernsehen hingeführt wird. Das hat der Herr Bundeskanzler als zu teuer kritisiert. Ich muß sagen, ich verstehe es nicht. Ich finde es richtig. Zu einem Kanzlerinterview muß man mit dem Taxi befördert werden und nicht mit der Straßenbahn. Aber da geht es um einen kleinen Arbeiter. Dem Boten, der das dem ORF gebracht hat, sagt man, er darf nicht mit dem Taxi fahren. Der Ministerialrat hat ab nun natürlich einen Dienstwagen mit Chauffeur. Meine Herren, ich kenne Sie, ich habe Sie besser in Erinnerung. Ich sage Ihnen in aller Offenheit, ich habe das nicht erwartet.

Ich darf Ihnen noch einiges aufzählen, was er bekommt. Zum Beispiel: Die Minister haben erklärt — ich muß sagen, das hat mir imponiert —: Wir fliegen nicht mehr erste Klasse, wir sind Männer aus dem Volk, wir

können im Flugzeug genauso in der Touristenklasse fliegen. Stimmt es? Das hat dem Volk sicher imponiert, Herr Finanzminister.

Aber nun billigen Sie morgen als Sozialisten zu: Bei einer mit Bahn, Flugzeug oder Schiff unternommenen Dienstreise ist Oberhammer zur Benützung der ersten Klasse berechtigt. Also der Minister — jetzt sind wir soweit —, ich nehme an, er wird 50.000 oder 60.000 S haben, fliegt in der Touristenklasse. Der Herr Indentant kriegt 90.000 S, hat einen Dienstwagen mit Chauffeur und fliegt erster Klasse. Und da haben Sie gesagt, jetzt wollen Sie sparen. Herr Finanzminister, wissen Sie, warum ich Ihnen jetzt Sparsamkeit bei den Einkommensverhältnissen vorgehalten habe? Für wen gilt denn das? Für den kleinen Mann draußen, der soll sparen. Und wenn Sie gesagt haben: Berechtigte Wünsche mußten dem gespitzten Rechenstift zum Opfer fallen, möchte ich jetzt fragen: Wenn Sie das morgen als Sozialisten beantragen, was hätten Sie ihm denn dann gegeben, wenn der spitze Rechenstift da nicht einiges gestrichen hätte? (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP*) Meine Damen und Herren, das sind Millionen und Abermillionen, die hier beim Fenster hinausgeworfen werden. (*Zwischenruf von der Ministerbank aus*) Nein, Herr Minister, darf ich Ihnen gleich sagen: Ich bin nicht aufgestanden und habe gesagt: Bisher war es zuviel, Sie haben gesagt: Wir Sozialisten werden dafür Sorge tragen, daß nicht mehr die Gelder des Hörers und Sehers für diese Gehälter bezahlt werden. Ich habe, ehrlich gesagt, ohnehin nicht geglaubt, daß Sie das machen werden. Aber es hat beim Fernsehen und beim Radio Leute gegeben, die das geglaubt haben, als Sie es gesagt haben. Daher möchte ich heute sagen, Sie Herr Minister, und Ihr Parteivorsitzender Kreisky werden morgen im Kuratorium diesen Dienstvertrag zur Genehmigung vorlegen und der sieht vor ... (*Widerspruch bei der SPÖ*) Das weiß ich, aber die Sozialisten werden es vorlegen. Jetzt tut er wortklauben. (*Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ*) Nicht wir, nicht wir, die Regierung, sondern wir Sozialisten; also bitte: die Sozialisten. Ich darf das klarstellen: natürlich nicht die Regierung, sondern die Sozialisten. Es hat ja auch nicht der Kanzler oder der Minister große Reden über den kleinen Mann gehalten, sondern die Sozialisten haben diese Reden gehalten.

Herr Minister! Mich hat damals gestört, daß Sie versprochen haben, Sie werden es in Zukunft besser machen. Aber ich habe nie angenommen, daß Sie es besser machen werden.

Zeillinger

Meine Herren, Sie haben noch knapp 24 Stunden Zeit, in sich zu gehen und nachzudenken, ob Sie dem Mann auf der Straße, dem Hörer und Fernseher zumuten können, daß ein Gehalt von 90.000 S und eine Abfertigung nach drei Monaten von weiteren 270.000 S, also von weiteren drei Monaten, ausbezahlt wird, ob Sie zubilligen können, daß ein freigestellter, auf Karenz beurlaubter Beamter, der jetzt vorübergehend in einer anderen Dienststelle Dienst macht, wesentlich bessergestellt ist als ein Minister.

Herr Minister, ich halte das für überhöht. Ich stehe zu dem, was Kienzl sagt, ich halte das für richtig. Ich halte es nur für falsch, daß Sie dem Volke vorgegaukelt haben, Sie werden es anders machen. Sie haben es genauso gemacht wie vorher. Denn Sie, Herr Minister, Sie haben beim Bacher gegen die Erhöhungen gestimmt, nicht Sie, die Sozialisten haben gegen die Erhöhungen gestimmt, und jetzt beantragen Sie selber den höchsten Gehalt. Und da soll Ihnen der Mann auf der Straße noch glauben, daß das, was Sie hier vorgelegt haben, richtig ist. Sie werfen das Geld genauso hinaus wie in der Vergangenheit. Ihre Worte, daß Sie mit spitzem Rechentrost überhöhte Ausgaben streichen werden, sind leere Versprechungen. Sie haben Schulden, die im Budget nicht einmal in ihrer Höhe genau erfassbar sind, und Sie betreiben eine Ausgabenpolitik, zu der wir Freiheitlichen nur ein klares Nein sagen können. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mühlbacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mühlbacher (SPO): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Vorerst möchte ich auf einige Ausführungen des Herrn Kollegen Zittmayr eingehen. (Abg. Dr. Gruber: Redest du über den Oberhammer auch?) Auch, aber zu dem Zeitpunkt, zu dem ich will.

Ich möchte zuerst einmal dem Kollegen Zittmayr antworten, der Kritik daran geübt hat, daß in der Budgetrede der Umfang des Budgets nicht genannt wurde. Auch Kollege Peter hat darüber einige Worte gesprochen. Wir alle hier im Haus haben ein umfangreiches Erläuterungsmaterial erhalten. Ich erinnere mich noch: Als der Finanzminister eine Budgetrede über zwei Stunden gehalten hat, war hellste Empörung hier im Haus. Das heißt also, man müßte dem Finanzminister vorschlagen, er möge doch auch die Erläuterungen verlesen, weil Sie nicht lesen wollen. Lesen werden Sie doch können! (Abg. Dr. Gruber: Da brauchen wir dann den Finanzminister

überhaupt nicht! Da soll er daheim bleiben!) Aber was wollen Sie denn jetzt? Das wissen Sie ja nicht! Sie kommen nur mehr mit der Kritik. (Abg. Dr. Gruber: Er soll uns keine unrichtigen Unterlagen schicken!) Die sind nicht unrichtig, sondern Sie wollen sie nur in ein anderes Licht bringen, Herr Kollege. Das heißt also, Sie wissen nicht, was Sie wollen. Es paßt Ihnen überhaupt nichts. Ist die Budgetrede zu lange, dann sind Sie es, die kritisieren, ist sie kurz und Sie werden mit einem umfangreichen Erläuterungsmaterial versorgt, dann paßt es Ihnen auch nicht, weil Sie nichts lesen wollen. (Abg. Dr. Zittmayr: Aber die Öffentlichkeit verfolgt das auf dem Fernsehschirm!)

Aber Herr Kollege! Ich bleibe gleich bei Ihnen, Kollege Zittmayr. Sie sind wieder zu der Mehrwertsteuer gekommen. Sie haben wieder kritisiert, der Einführungszeitpunkt wäre nicht richtig. Er wäre nicht richtig, wenn man einen früheren gesetzt hätte. Das wäre notwendig gewesen. Das haben ja Sie unterlassen, aber ein späterer, und das wird Ihnen jeder Betriebswirtschaftler und Volkswirtschaftler sagen, wäre nicht der richtige gewesen, sondern das war der letzte Zeitpunkt, wo die Einführung so günstig als möglich gewesen ist.

Und noch zur Mehrwertsteuer: Sie haben schon wieder das Kapitel Landwirte bei der Mehrwertsteuer angezogen mit der Pauschierung des Vorsteuerabzuges. Ich sage es Ihnen hier nochmals, damit es alle hören, was Sie wollen: Die Landwirtschaft zahlt 6 Prozent Mehrwertsteuer, und der Vorsteuerabzug ist mit 6 Prozent pauschaliert. Das bedeutet, daß die Mehrwertsteuerlast Null ist. Stimmt! — Kein Widerspruch! Sie wollen, daß der Vorsteuerabzugsbetrag mit 8 Prozent pauschaliert wird. Stimmt das auch? Das wollen Sie. Das heißt also, daß der Staat die Landwirtschaft mit 2 Prozent subventionieren soll. (Abg. Dr. Gruber: Das stimmt eben nicht! Das ist eine Milchmädchenrechnung!) Das können Sie mir doch nicht widerlegen. Das ist keine Milchmädchenrechnung. Die 6 Prozent Mehrwertsteuer, die Sie zu zahlen hätten, wollen Sie mit 8 Prozent Vorsteuerabzug, die Ihnen der Staat gibt, aufheben. Das heißt, es bleiben Ihnen 2 Prozent über. Stimmt das? Ja oder nein? (Abg. Minkowitsch: Nein!) Dann nehmen Sie einen Bleistift und rechnen Sie es durch. (Abg. Minkowitsch: Wir wollen mit dem Finanzminister sprechen und sind nicht in der Lage, einen Termin zu bekommen! Leider!) Herr Präsident Minkowitsch! Mit den 8 Prozent würden Sie 2 Prozent vom Staat bekommen, und das können Sie nicht wegbringen. Und das will ich noch einmal hier

11616

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Mühlbacher

sagen, damit man weiß, was Sie wollen, eine Subventionierung in der Form. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Nun, es ist doch eine, wenn Sie vom Staat 2 Prozent bekommen. (*Neuerlicher Widerspruch bei der ÖVP.*) Der Unterschied zwischen 6 und 8 ist bei mir 2, und 8 bekommen Sie und 6 wollen Sie zahlen. Dann sind es 2 Prozent, die Sie bekommen. (*Abg. Minkowitzsch: Wenn wir vorwiegend 8½ Prozent leisten, dann ist eine Rückvergütung von 6 Prozent zuwenig!*) Das verstehe ich, aber nur sind die 8½ Prozent nicht erwiesen. Das müssen Sie nachweisen, denn die Tatsache ist doch so, daß Sie 6 Prozent Mehrwertsteuerbelastung haben. (*Ruf bei der ÖVP: Fragen Sie den Minister Weih! Der hat eine Studie ausarbeiten lassen!*) 6 Prozent ist Ihr Satz, und 6 Prozent ist Ihr pauschaliert Vorsteuerabzug, daher Belastung Null. (*Abg. Minkowitzsch: Fragen Sie doch den Ressortminister!*) Da brauche ich nicht den Ressortminister zu fragen, denn diese Rechnung geht eindeutig auf.

Weiters haben Sie, Herr Abgeordneter Zittmayr, gesagt, die Absetzbeträge für die Kinder führten bei der Einkommensteuer zu einer Progressionsverschärfung. (*Ruf bei der ÖVP: Natürlich! Familieneindlich!*) Dann darf ich Ihnen die folgende Rechnung vorlegen, die zeigt, daß hier nicht nur keine Progressionsverschärfung gegeben ist; denn was spielt sich denn ab bis dorthin, wo der Kinderfreibetrag nicht wirksam wurde, wo der vorhergegangene Kinderfreibetrag zur Belastung wurde? Das heißt also, eine Progressionsverschärfung, wie Sie sie ermittelt haben wollen, ist bei höheren Einkommen gegeben, und bei den niedrigen ergibt sich dann eine Progressionsmilderung. (*Widerspruch des Abg. Dr. Zittmayr.*) Herr Kollege Zittmayr, das ist ja das, was wir unter „sozial gerecht Besteuerung“ verstehen, und das wollen Sie nicht abnehmen. Sie machen es ja verkehrt: Sie sagen grundsätzlich einmal, das sei eine Progressionsverschärfung, aber von der Verbesserung reden Sie nichts.

Genauso haben Sie angeführt, bei der neuen Steuerreform gäbe es für das zweite und dritte Kind keine Erhöhung des Absetzbetrages. Aber Herr Kollege, jeder hat ja ein erstes Kind; das heißt also, der Vater von drei Kindern bekommt auch mehr, weil er für das erste Kind mehr bekommt. (*Abg. Dr. Gruber: Das ist aber jetzt wirklich eine Milchmädchenrechnung! Das hätten Sie sich ersparen können!*) Eine Milchmädchenrechnung ist es nicht! Kriegt der Vater von drei Kindern mehr, ja oder nein? (*Abg. Dr. Gruber: Das Defizit des Familienerhalters wird, je mehr Kinder er hat, umso*

größer!) Aber es kommt doch dem Familienvater zugute, und daher können Sie nicht sagen, daß keine Verbesserung zustande gekommen ist. (*Abg. Dr. Gruber: Also so etwas ist mir noch nicht untergekommen!*) Weil Sie halt nicht nachdenken, daß es doch ein Vorteil ist für jeden Familienvater, daß nämlich für das erste Kind der Betrag erhöht wurde.

Aber vielleicht noch etwas zum Herrn Abgeordneten Zeillinger, der heute da großartig die Sache ORF gebracht hat, was morgen in der Kuratoriumssitzung ist. Ich möchte das nur mit einem Satz abtun: Das ist das, was die Freiheitliche Partei unter Unabhängigkeit des Rundfunks und unter Unabhängigkeit des Kuratoriums versteht, wenn er nämlich heute hergeht und da große Reden schwingt, wie wenn das von der Regierung gemacht würde. Das ist eben die Unabhängigkeit dieses Kuratoriums. (*Ironische Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP. — Abg. Metter: 16 : 17!*) Verstehen Sie das als Unabhängigkeit oder nicht, wenn Sie das in ein anderes Licht setzen wollen? (*Lebhafte Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ. — Präsident Dr. Mälenta gibt das Glockenzeichen.*)

Aber verehrte Damen und Herren! Ich möchte zum Budget 1975 kommen. (*Ruf bei der ÖVP: 90.000 \$!*) — Die Antwort wird Ihnen noch gegeben werden. — Es ist festzustellen, daß nach den ersten Stunden der Budgetdebatte diesmal nicht nur das Budget 1975 hier im Hause besprochen wird, sondern daß eine Art Bilanz über die Budgets der sozialistischen Regierung gezogen wird, wobei die vier Jahre, welche von der Budgetpolitik der ÖVP-Alleinregierung bestimmt waren, zum Vergleich herangezogen werden.

Dieser Vergleich ist zu begrüßen, gibt er doch die Gelegenheit, auch die Auswirkungen der SPÖ-Budgetpolitik, also Fakten, mit in die Waagschale zu bringen. Eines, verehrte Damen und Herren, sei jedoch voreweg festgestellt: daß der Zeitraum 1967 bis 1970 weltwirtschaftlich einen ruhigen Verlauf genommen hat, wogegen in der Zeit von 1971 bis 1974 weltweiten Währungskrisen und Rohstoffsteuerungen zu begegnen war.

Den von den ÖVP-Rednern heute dazu angestellten Vergleich der Preissteigerungsrate bezeichne ich daher als Apfel-Birnen-Trick, denn, wie schon des öfteren heute gesagt wurde, ausschlaggebend ist, wie der Vergleich mit den übrigen westlichen Ländern ausfällt, und da liegt Österreich wesentlich unter der OECD-Durchschnittsrate.

Mühlbacher

Zu der erreichten Vollbeschäftigung und den Ansichten des Herrn Abgeordneten Mitterer dazu wurde von meinen Fraktionsfreunden bereits ausführlich Stellung genommen, auch zum erreichten Wirtschaftswachstum, womit wir heuer an der Spitze der OECD-Länder stehen.

Zum Grundsätzlichen kann daher gesagt werden: Mit unserer deutlich unter dem Durchschnitt gehaltenen Teuerungsrate, mit unserem erreichten Wirtschaftswachstum und der anhaltenden Vollbeschäftigung stellt Österreich innerhalb der OECD-Länder einen positiven Sonderfall dar. Das, meine verehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, können Sie nicht mit einer Handbewegung vom Tisch wischen, da nützen all Ihre Anstrengungen nichts, diesen Erfolg in eine Passivpost umzufunktionieren. Das sind Fakten, die die Richtigkeit der SPÖ-Finanz- und Budgetpolitik bestätigen.

Meine Damen und Herren! In Anbetracht der derzeitigen weltwirtschaftlichen Situation kann auch nicht behauptet werden, Österreichs Wirtschaftserfolg komme von ungefähr oder sei uns nur so in den Schoß gefallen. Im Gegenteil. Trotz der ablehnenden Haltung der ÖVP-Fraktion, was bestimmt die Arbeit nicht leichter machte — man denke nur an das jahrelange Neinsagen und Krankjammern der Wirtschaft —, wurde diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik geführt. Und gerade in der heutigen Zeit, wo sich in unseren Nachbarländern die Arbeitslosenzahl fast ständig erhöht, kann niemand ernstlich den Erfolg unserer Wirtschaftspolitik in Frage stellen. Die von dieser Regierung getroffenen Maßnahmen sind der Schlüssel zu unserer günstigen wirtschaftspolitischen Situation.

Daher will ich, zurückkommend zum sachlichen Vergleich, besonderes Augenmerk dem Bereich der Wirtschaftsförderung zuwenden. Daß im ÖVP-Vergleichszeitraum Steuern erhöht und neue Steuern eingeführt wurden, ist hinlänglich bekannt. Im SPÖ-Vergleichszeitraum gibt es weder Steuererhöhungen noch neue Steuern. Anstatt dessen aber mehrmals Steuersenkungen mit einem Gesamteinnahmenausfall von mehr als 20 Milliarden Schilling.

Dies wollte ich vor meiner Aufzählung der steuerrechtlichen Maßnahmen für die Wirtschaft neuerlich in Erinnerung rufen. Es müßte meines Erachtens auch von der Opposition als gewichtiger Aktivposten anerkannt werden.

Das Gleiche müßte auch gelten für die im Rahmen der Steuerreform vollzogene Abschaffung der Haushaltsbesteuerung und für die

Einführung der steuerrechtlichen Anerkennung von Dienstverhältnissen zwischen Ehegatten. Auch Aktivposten, verehrte Damen und Herren, des SPÖ-Vergleichszeitraumes, dem nichts Gleichwertiges aus dem ÖVP-Vergleichszeitraum gegenübergestellt werden kann.

Und so darf ich die Liste der wirtschaftsfördernden Maßnahmen auf dem steuerrechtlichen Gebiet fortsetzen: Schaffung eines Investitionsfreibetrages, Gewährung einer Sonderabschreibung, Erweiterung der Begünstigung des nichtentnommenen Gewinnes, verbesserte Tarifbegünstigung für außerordentliche Einkünfte, Anhebung der vorzeitigen Abschreibung und des Ausmaßes der Investitionsrücklage, Verbesserungen beim Wertpapiersparen. (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Görlton.*) Da Sie mich auf die Streichung aufmerksam machen, darf ich Ihnen auch gleichzeitig sagen, daß der Abschreibungssatz erhöht wurde und daß dadurch überhaupt kein Nachteil entsteht. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dkfm. Görlton.*)

Wenn ich fortsetzen darf: Schaffung der Möglichkeit zur Bildung von Rücklagen bei der Übertragung stiller Rücklagen auf Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und so weiter und so fort. Eine vollständige Aufzählung bitte ich Sie im Bericht des Bundesministeriums für Finanzen nachzulesen. Es sind mehr als 30 Punkte angeführt. Zum Teil investitionsfördernde Maßnahmen, verehrte Damen und Herren, und das lassen Sie mich besonders hervorheben, die es bisher bei uns in Österreich noch nicht gegeben hat, wie zum Beispiel die Einführung der Sonderabschreibung neben der vorzeitigen AfA und der normalen Abschreibung, was zugleich bedeutet, daß Investitionen fast zur Gänze im Anschaffungs- oder Herstellungsjahr gewinnmindernd abgeschrieben werden können.

Neben den steuerrechtlichen wirtschaftsfördernden Maßnahmen wurden die Finanzierungshilfen für die gewerbliche Wirtschaft weiterhin ausgebaut. Diese Förderungsausgaben für Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr betrugen 1970 235 Millionen, 1971 260 Millionen, 1972 329 Millionen, 1973 407 Millionen, 1974 439 Millionen und sind im Budget 1975 mit 542 Millionen Schilling vorgesehen. Dies entspricht, meine Damen und Herren, einer Steigerung von 130 Prozent mit mehr als 300 Millionen Schilling.

Auf Grund des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes wurden Investitionskredite der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft seit 1970 bis heute im Ausmaß von mehr als 5 Milliarden Schilling gefördert. Diese bedeu-

11618

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Mühlbacher

tende Finanzierungshilfe konnte erreicht werden, weil die Dotierung fast verdoppelt und nicht durch die Stabilisierungsmaßnahmen eingeschränkt wurde.

Für das Jahr 1975 sind im Budget bereits 188 Millionen Schilling vorgesehen.

Verehrte Damen und Herren! Weitere Förderungsmaßnahmen wie die Aktion Komfortzimmer für die Fremdenverkehrswirtschaft in der neuartigen Form der Prämienleistung vom Staat für getätigten Investitionen haben sicherlich außergewöhnliche Umsatzrückgänge verhindert. So wird doch auch für das Jahr 1974 die Anzahl der Ausländernächtigungen mit 74 Millionen gegenüber 1973 mit 71,800.000 angenommen, so wie auch die Deviseneingänge mit zirka 43,7 Milliarden gegenüber 1973 mit 42,9 Milliarden eine Steigerung erfahren werden.

Auch auf die von dieser Regierung getroffenen exportfördernden Maßnahmen im Ausfuhrförderungsgesetz und im Ausfuhrförderungsfinanzierungsgesetz sowie auch auf die dementsprechenden steuerlichen Maßnahmen möchte ich verweisen. Diese Maßnahmen können als Wegbereiter für die enorme Exportsteigerungsrate von 37 Prozent in den ersten sieben Monaten des heurigen Jahres angesehen werden.

Damit wurde auch der Kurs bei der Schillingaufwertung als richtig bestätigt. Die lautstarke Kritik der Österreichischen Volkspartei hat sich nur nachteilig für die österreichische Fremdenverkehrswerbung ausgewirkt.

Meine Damen und Herren! Auf die Vorrangstellung der Vollbeschäftigung und die dazu im Budget 1975 getroffenen Vorkehrungen wurde ebenfalls von meinen Fraktionskollegen ausführlich hingewiesen.

Ich möchte ergänzend aufmerksam machen: Auch für die mittelständige Wirtschaft stellt die Vollbeschäftigung eine Existenzgrundlage dar, besonders im derzeitigen Prozeß des Strukturwandels. Ohne weitere Erhaltung der Vollbeschäftigung würden all die wirtschaftsfördernden Maßnahmen wirkungslos werden, denn nur eine Vollbeschäftigung im Lande garantiert auch eine erfolgreiche Tätigkeit unserer Betriebe.

Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß uns Österreichern auf Grund einer weltwirtschaftlichen Situation Sparsamkeit auferlegt werden wird. Der Herr Abgeordnete Mock hat dazu einen Ausspruch getan, und zwar: Wir wollen alle Tage sparen, aber brauchen alle Tage mehr. Das trifft, glaube ich, am besten für Sie zu, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei. Darf ich Sie

erinnern an Ihre Forderung Müttergehalt, darf ich Sie erinnern an die Lizitationspolitik des Arbeiter- und Angestelltenbundes, und darf ich Sie erinnern an Ihren letzten Plan, den Plan 3, wo also steht... (Abg. Dr. Kohlmaier: Was ist da?) Ah, kennen Sie ihn nicht? (Abg. Dr. Kohlmaier: Was ist da lizitiert?) Im Plan 3 wird also verlangt — und das kostet bestimmt Geld —, die Bildungsfreistellung, Betriebs- und Haushalts-helferdienst und auf jeden Fall... (Abg. Doktor Kohlmaier: Das sind keine Budgetmittel!) Keine Budgetmittel? Da steht aber drinnen — ich hole es Ihnen herunter — unter „Mithilfe“: „Förderung durch den Staat“ und „Ein Mindesteinkommen für alle“. Das kostet doch Geld.

Da darf ich also sagen: Wir wollen alle Tage sparen, aber brauchen alle Tage mehr!, das gilt für Ihre Forderungen besonders. (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie sind für einen Sozialstopp, Herr Abgeordneter Mühlbacher!) Das Wort, das Abgeordneter Mock gesagt hat, „Politik der Worte“, möchte ich jetzt wirklich zurückgeben und auch dementsprechend das, was Sie davon erwarten sollen.

Ich möchte schon zum Ende kommen, verehrte Damen und Herren, und an das Ende meines Debattenbeitrages möchte ich die Feststellung setzen, daß der Ablauf der letzten vier Jahre den richtigen Weg der sozialistischen Budgetpolitik bewiesen hat. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Unsere derzeitige gute wirtschaftliche Situation veranlaßt sogar die OECD, uns als „Modell Österreich“ herauszustellen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Ja, aber nicht das Budget!) Die Ausgangslage ist somit in Österreich günstiger als anderswo. Die Chancen, die Probleme für unser Land zu lösen, sind mit dem vorliegenden Budget 1975 gegeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Keimel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich mit einigen Ausführungen des Herrn Kollegen Mühlbacher nur deshalb beschäftigen, weil ich doch erwarte, daß in der Zwischenzeit auch der Herr Finanzminister wieder an der ersten Lesung des Budgets 1975 teilnimmt.

Wenn der Herr Abgeordnete Mühlbacher damit geendet hat, daß die Ausgangslage nicht besser sein könnte im Hinblick auf das vorgelegte Budget 1975, und ich dabei denke, daß der Herr Abgeordnete Mühlbacher Wirtschaftsberater ist, so würde ich doch meinen,

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11619

Dr. Kelmel

daß hier die Parteiräson ein besseres Wissen weit überdeckt. Aber das scheint ja auch beim Herrn Finanzminister der Fall zu sein.

Der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat vergessen, uns eine Antwort zu geben. Er hat auf unseren Zwischenruf erklärt, daß ja im ORF-Kuratorium vier Ministervertreter sitzen und daß der Herr Dr. Slunsky ja schließlich der Vertreter des Bundeskanzlers ist. Auf die Frage: Werden diese vier also gegen den Vertrag stimmen?, hat er erklärt: Sie werden die Antwort bekommen. — Er ist uns die Antwort allerdings schuldig geblieben! Ich erwarte sie also nun vom Herrn Finanzminister. Sie haben die Möglichkeit, da Sie Ministervertreter hineinreklamiert haben. Die Ministervertreter sind weisungsgebunden. (*Bundesminister Dr. Androsch: Nein! Da kennen Sie das Gesetz nicht!*) Die graue Theorie. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die stimmen zufällig alle immer gleich!*)

In seiner sogenannten Budgetrede, die ja wohl mehr eine erste Wahlrede sein sollte, hat der Finanzminister offensichtlich sehr bewußt ein Bild der heilen Welt des Staatshaushaltes zu zeichnen versucht. Ohne auch nur eine Budgetzahl dabei anzuführen, erklärte er kurz und bündig: Die Staatsfinanzen sind in Ordnung. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Gewesen!*)

Meine Damen und Herren! Das ist eine ungeheuerliche Behauptung. Das kann man feststellen, wenn man die Zahlen studiert, wenn man die Vergleiche mit den Vorjahren heranzieht. Ich denke hier zum Beispiel allein an die ganz wesentliche Verschlechterung der Situation 1974 gegenüber dem Voranschlag, den wir schon damals, bei seiner Vorlage, als falsch bezeichneten, Herr Minister, so wie wir dies für das vorliegende Budget 1975 beweisen werden. Die echten Ausgaben- und Einnahmenerfolge beziehungsweise auch Mißerfolge des Jahres 1974 strafen ja die Aussage des Finanzministers, die Annahmen 1975 seien richtig, Lügen und damit auch den Vergleich der „tatsächlichen“ Ausgaben und Einnahmen des Jahres 1974 mit den „veranschlagten“ Ausgaben und Einnahmen des Jahres 1975.

Herr Minister! Natürlich wird es im Jahr 1975 wieder Budgetüberschreitungsgesetze geben, denn Sie haben ja Ausgaben eingesetzt, die jetzt schon unter den effektiven des Jahres 1974 liegen. Sie sind an untersten Grenzen geblieben. Ich denke an den Personalaufwand, an Soziales und Sozialversicherung, an die Wissenschaft, an die Landesverteidigung. Wir werden Ihnen das bei der Behandlung der einzelnen Kapitel noch sehr detailliert vorrechnen.

„Die Staatsfinanzen“, haben Sie erklärt, „sind in Ordnung“, und mit dieser ungeheuerlichen Behauptung wider Ihr besseres Wissen — wider Ihr besseres Wissen haben Sie das behauptet — degradieren Sie, Herr Minister, sich doch selbst zum Oberbuchhalter dieser Regierung, einfach zum Exekutor einer verfehlten Regierungs- und Budgetpolitik, während mit dieser Ihrer Feststellung allerdings Bundeskanzler Kreisky gleichzeitig der Hauptverantwortliche auch für das Budget, auch für den Bundeshaushalt ist und bleibt.

Es steht ihm damit auch gar kein Urteil zu über frühere Finanzminister, wie Sie es jetzt ja immer mehr machen, etwa über Kamitz mit seiner Währungsreform, über einen Finanzminister Klaus, der Manns genug war, als Finanzminister zurückzutreten, als die Koalition in der Überforderung, in der Junktimierung das Budget überziehen wollte. Die Koalition 1966 ist doch am überzogenen Budget der Koalition, wo die Sozialisten in der Regierung Opposition gespielt haben, gescheitert, und es steht Ihnen erst recht kein Urteil zu über einen Finanzminister Koren mit dem bekannten, von Ihnen so gern zitierten „Paukenschlag“.

Über Ihre Budgets kommt schon noch ein „Paukenschlag“, der natürlich ein sehr staatspolitischer war. Er hat es in einem Vorwahljahr in staatspolitischer Verantwortung auf sich genommen, auch unpopuläre Maßnahmen zur Budgetsanierung zu setzen. Nie hätten Sie, Herr Minister, mit einer Aussage: Die Staatsfinanzen sind in Ordnung!, diesen Mut bewiesen wie diese Finanzminister, diesen männlichen Mut, diese Ministerverantwortlichkeit für ihr Ressort. (*Abg. Dr. Skritek: Er hat ja keine Ursache!*) Sie gehen jetzt zum Unterschied davon her und versuchen auch noch, diese verfehlte Regierungspolitik, die dann natürlich in diesem Haushalt zum Ausdruck kommt, mit — ich werde es Ihnen beweisen — Zahlentricks, möchte ich beinahe sagen, mit Verschleierungen zu vertuschen, statt schonungslos als Finanzminister — mit „Paukenschlag“, wenn Sie es wollen — der österreichischen Bevölkerung die Wahrheit zu präsentieren.

Das ist bereits, Herr Finanzminister, wie ich erwähnte, der erste Zahlentrick, wenn Sie hergehen und eben die „effektiven“ Ausgaben und Einnahmen 1974 nur vergleichen mit den „veranschlagten“ des Jahres 1975. Die Ausgaben steigen daher nicht, Herr Minister, um Ihre angegebenen 9,4, sondern um 16 Prozent! Ich nehme gar nicht das Konjunkturausgleichsbudget; das können Sie ohnehin nicht finanzieren, das kommt ohnehin nicht.

11620

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Keimel

Die inlandschwirksamen Ausgaben — ich entnehme dies Ihren eigenen Budgetunterlagen — steigen sogar um 16,3 Prozent.

Die Einnahmen steigen nicht um die angegebenen $7\frac{1}{2}$, sondern um 13,2 Prozent, obwohl Sie diese Einnahmen sicherlich zur Defizitbeschönigung zu optimistisch angesetzt haben. Wir sehen es doch schon jetzt im Verlauf des Jahres 1974.

Und trotzdem: Das Defizit wird bei aller Beschönigung um 50 Prozent gegenüber dem Jahre 1974 steigen, der inlandschwirksame Ausgabenüberschuß gegenüber 1974 um über 200 Prozent. Das ist ja ungeheuerlich!

Wenn demgegenüber, Herr Minister, das Bruttonationalprodukt um 13, vielleicht um 14 Prozent steigt, dann bedeutet das: Dieses Budget 1975 wird wiederum zum Inflationsmotor Nummer 1 dieser sozialistischen Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren! Das bezeichnen wir als konkursreif. Durch drei aufeinanderfolgende Jahre Inflationsbudgets vorzulegen in einer Zeit, wie sie noch keine Regierung seit 1945 glückhafter — man muß das wirklich so nennen — antreffen konnte, nämlich einer sechsjährigen ungebrochenen Konjunkturphase.

Dabei stimmen die Vergleichszahlen ohnehin nur bedingt, weil zum Beispiel mit einem weiteren Zahlentrick Einnahmen und Ausgaben vielfach saldiert werden — Sie nennen es dann: Vereinfachung, besserer Überblick —, sodaß dann nur der kleinere Saldo aufscheint und Ausgaben im Jahr 1975 geringer erscheinen läßt.

Wenn nun diese Mehrausgaben — das könnte ja sein — wenigstens produktiv wären, könnte man darüber reden. Aber das Gegen teil ist der Fall! Diese enormen Mehrausgaben dienen mehr und mehr den Konsumausgaben des Staates: Mehr Bürokratie, mehr Dirigismus, mehr Beamte, wesentlich vermehrte Schuldentilgung — gegenüber 1974 steigt Sie im Budget 1975 um 2,2 Milliarden Schilling; das sind ja 19,2 Prozent Steigerung in einem Jahr! — und immer geringere Investitions- und Förderungsaufgaben, Herr Kollege Mühlbacher, immer geringere und nicht, wie Sie meinten, immer höhere. Sie haben das Budget nicht gelesen. Für Handel, Gewerbe und Industrie haben wir gegenüber dem Vorjahr minus 77 Millionen; real sind es ja viel mehr. Beim Kapitel Bauten und Technik fast 200 Millionen. Und so weiter.

Aber in einer hoffnungsrohen Rückschau auf die Jahre der ÖVP-Regierung 1966 bis 1969 — verständlich bei den trüben Zukunftsaussichten dieser Regierung — versuchen der

Finanzminister, der Bundeskanzler und jetzt auch schon die Regierungspropaganda in Vergleichen etwa zu beweisen, daß die ÖVP-Regierung doch das gleiche gemacht hätte: Defizit und Schulden. Allerdings: Um das gleiche zu machen — nur am Rande sei es erwähnt — hat die Bevölkerung wohl diese „modernste“ Partei ja nicht gewählt. Sie versucht jetzt in Propaganda zu beweisen, daß sie, die sozialistische Regierung, es doch besser mache — fast schon weinerlich kommt es mir vor —, und liefert demjenigen, meine Damen und Herren, der nur etwas die Budgetunterlagen überfliegt — er braucht sie gar nicht zu studieren — die Gegenbeweise dieser Aussagen frei Haus.

Der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat die Jahre 1966 bis 1970 als „weltwirtschaftlich ruhigere“ bezeichnet. Es habe in den westlichen Industriestaaten eine Rezession geherrscht, die sich in Österreich besonders 1967, 1968 auswirkte. Und in seiner Budgetrede zu diesem „ruhigen“ weltwirtschaftlichen Verlauf, Herr Kollege Mühlbacher, erwähnte der Finanzminister selbst wörtlich, daß die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern jene der Rezession von 1967, 1968 übertrifft, während er gleichzeitig in der gleichen Rede von den Jahren 1970 bis 1974 feststellt: Wir blicken „in unserem Lande auf fünf Jahre ungebrochener Hochkonjunktur zurück“.

Diese beiden Perioden Rezession und Hochkonjunktur durch fünf Jahre wollen Sie vergleichen? Die sind nicht vergleichbar, Herr Minister! Insbesondere bedurften und bedürfen gerade jetzt diese beiden wirtschaftspolitisch so verschiedenen Perioden einer völlig verschiedenen Wirtschafts- und Budgetpolitik.

1966 bis 1969 — Rezession aus den Industriestaaten — mußte möglichst an den österreichischen Grenzen durch nationale Maßnahmen abgefangen werden. Legislativ haben wir Ihnen das vorgemacht, und zwar mit Gesetzen, die Sie heute sehr gerne noch immer haben: Wachstumsgesetze — damals haben Sie sie belächelt —, Strukturverbesserungsgesetze und — weitblickend — das Arbeitsmarktförderungsgesetz.

Meine Damen und Herren! 1970 bis 1974 die Überhitzung. Sie hätte ab 1971, spätestens ab 1972 — da war sie erkennbar — mit aller Auswirkung abgefangen werden müssen. Statt dessen haben Sie prozyklische Budgetpolitik und Wirtschaftspolitik betrieben, die dann eben zur hausgemachten, zur inländischen Inflation führte.

Budgetpolitisch in der Rezession — was wir auch machten — haben wir ganz bewußt ein Deficit spending betrieben, in aller stabili-

Dr. Keimel

tätsorientierter Vorsicht. Das heißt also: Ab 1969, als sich dann der Aufschwung langsam abzuzeichnen begann, haben wir bereits das inlandschwirksame Defizit auf 0,2 Prozent des Nationalproduktes absenken können. Auf 0,2 Prozent! Alle Zahlen, die ich hier nenne, meine Damen und Herren, entnehme ich den Arbeitsbehelfen.

Zu den Jahren 1970 bis 1974, zu der ungeheuren Expansionspolitik in Hochkonjunkturjahren, zu Ihren Defiziten: 1973, meine Damen und Herren, in einer Höchstkonjunktur, betrug das inlandschwirksame Defizit 0,6 Prozent des Bruttonationalproduktes. Dreimal so hoch wie 1969! Dabei, Herr Minister: Wenn wir noch die Finanzierung der Vorratsentlastung, die ja bis 1978 läuft, dazuzählen würden, dann gäbe es ein inlandschwirksames Defizit von 1,3 Prozent des Bruttonationalproduktes. Das beweist, daß die Mehrwertsteuer zu einer Unzeit eingeführt wurde. 1974, Herr Minister, mit etwa 4 Milliarden inlandschwirksamem Defizit, haben Sie 0,5 Prozent, aber jetzt, 1975, erreichen Sie ein inlandschwirksames Defizit von fast 1 Prozent des Bruttonationalproduktes. Das war überhaupt in der Budgetgeschichte noch nie da!

Und das benennen Sie, meine Damen und Herren, und Herr Steuerberater, so, daß Sie sagen, daß es keine Bilanz gäbe, die eine bessere Grundlage für die Zukunft wäre! (Abg. M ü h l b a c h e r: Ja, das glaube ich!)

Dazu schrieb der heutige Staatssekretär, Ihr großes Finanzgenie Veselsky im September 1967 in „Arbeit und Wirtschaft“: Man muß sich bemühen, die Defizite herunterzubringen. Es kann ein Defizit kurzfristig zur Bekämpfung einer Konjunkturschwäche nützlich sein. (Ruf: Haben wir gerade...!) Auf die österreichische Situation angewendet bedeutet dies, daß, falls sich die gegenwärtige Rezession auch 1968 fortsetzen sollte, ein Budgetdefizit in diesem Jahr durchaus vertretbar ist.

Aber er schreibt dann weiter zur jetzigen Zeit — das hat er ja nicht wissen können —: Die strukturellen Defizite müssen allerdings heruntergebracht werden, wir müssen herauskommen, da diese in Jahren der Hochkonjunktur — Sie haben es ja erklärt: wir haben Hochkonjunktur — dem Preisauftrieb neue Nahrung zuführen.

Meine Damen und Herren! Das schreibt Veselsky, und diese Budgets sind damit die Hauptursache der hausgemachten Inflation, die in ihrer Höhe und in ihrer Dauer nicht mehr nur ein wirtschaftliches, ein soziales Problem ist, sondern überhaupt das politische Problem. Die Inflation gefährdet den Bestand unseres

Systems, des wirtschaftlichen und des politischen, des marktwirtschaftlichen und des demokratischen Systems.

Inflation in dieser Höhe, meine Damen und Herren, gefährdet die Arbeitsplätze. Das Entweder-Oder, diese Primitivpolitik: Wollt ihr Arbeitslosigkeit oder Inflation!, meine Damen und Herren — der Herr Minister weiß es ja ganz genau; Kienzl, Ausch, schreiben es Ihnen, Ihren Wirtschaftspolitikern doch bereits ins Stammbuch —, also dieses Entweder-Oder ist ja überhaupt keine Alternative, schon gar nicht für uns. Stabilität müssen wir betreiben, weil Stabilität die unabdingbare Voraussetzung sicherer Dauerarbeitsplätze überhaupt ist. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Diese Defizite, wie sie überhaupt noch nie da waren in der Geschichte der österreichischen Budgetpolitik, müssen jetzt natürlich durch eine immer höhere Schuldenpolitik finanziert werden.

Nur eine ganz kleine — ich habe es sonst nicht gemacht — Replik wieder auf die Jahre 1966 bis 1970, weil der Herr Kollege Zeillinger meinte: Das ist ja egal; wo ist der Unterschied zwischen ÖVP und SPÖ? Schulden sind gemacht worden; die Bevölkerung interessiert nur das. — Nein, so einfach ist das nicht!

Im Finanzbericht des Finanzministers, den er uns 1972 übermittelt hat, steht, daß in der Zeit von 1966 bis 1970 der Bund mit seiner Anleihenpolitik die Hauptlast der Stabilisierungspolitik übernommen hat. Aber seit den Jahren der SPÖ-Regierung ist genau das Gegenteil der Fall.

Meine Damen und Herren! Von 1974 auf 1975 erfordert der Staatsschuldendienst um 19,2 Prozent höhere Ausgaben, also weit höher als die ohnehin zu hohe Ausgabensteigerung, und erreicht mit 14 Milliarden Schilling 8 Prozent der Gesamtausgaben. Das war auch noch nie da. Das sind, Herr Minister, „Paukenschläge“ — im negativen Sinn allerdings. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Nach der Budgetprognose des Beirates für 1974 bis 1978 steigen diese Belastungen stetig Jahr für Jahr. Steigende Steuerbelastung; 1969 — ich habe es heute schon berichtet — 36 Prozent, 37,3 Prozent jetzt; steigende Gesamtsteuerbelastung, steigende Schulden, überhaupt keine Reserven während Höchstkonjunkturjahren angehäuft. Leere Kassen, leere Staatskassen! Das, meine Damen und Herren, ist konkursreif. (Zustimmung bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Insolvenzrecht ist Ihre starke Seite!)

Das, meine Damen und Herren, ist konkursreif, so wie es Veselsky 1967 beschrieb: Bei Fortsetzung dieser rapiden Staatsverschuldung

11622

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Keimel

wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis der Großteil der Staatsausgaben zur Bestreitung des Staatsschuldendienstes, also zur Zahlung von Zinsen und Tilgungen, dienen müßte.

Meine Damen und Herren! Er hat völlig recht. Diese Politik betreiben Sie jetzt in einer Hochkonjunkturphase. Und im Finanzbericht 1972, den uns der Herr Finanzminister überlassen hat, steht: Für das Budget bedeutet eine steigende Staatsschuld eine steigende Zinsenbelastung. Die zusätzlichen Steuern, die zur Bestreitung dieses Zinsendienstes erforderlich sind, können wirtschaftlich oder sozial nachteilige Nebenwirkungen haben.

Sie haben sie, meine Damen und Herren.

Schließlich kann — steht drinnen — die Kreditfinanzierung der Schulden bei Vollbeschäftigung — und die haben wir — zu Preissteigerungen führen.

Meine Damen und Herren! Sie führt eben dazu.

Das sind die Tatsachen, das sind die Fakten, Herr Minister, von denen Sie mit Polemik — statt einer Budgetrede —, einer Polemik, die schon ganz nahe an unwahre Behauptungen heranreicht, ablenken wollen. Um nur ein krasses Beispiel wieder zu nennen: Sie erklären in Ihrer Budgetrede, im Jahre 1969 habe man es bewußt vermieden, eine Budgetvorschau erarbeiten zu lassen — so erklärten Sie in Ihrer Budgetrede —, während Sie offensichtlich nicht wissen, was dann im Arbeitsbehelf drinnensteht. Im Arbeitsbehelf selbst erklären Sie, schreiben Sie, Herr Minister: Ende September 1969 wurde der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Budgetprognose bis zum Jahre 1974 betraut.

Jetzt müssen Sie sich also schon überlegen, ob Ihre Budgetrede oder Ihr Arbeitsbehelf richtig ist. (Abg. Dr. Kohlmaier: Weder noch!)

Meine Damen und Herren! Zur Anleihepolitik: Während die Anleihepolitik 1966 bis 1969 stabilitätskonform erfolgte — das steht in Ihrem Bericht —, bewirkt auch die Schuldenspolitik — die Schuldenspolitik der sozialistischen Regierung — seit 1972 eine weitere Inflationsverstärkung. Bei der Darstellung dieser Schuldenspolitik im Budget und in den Unterlagen zum Budget erweist sich nun der Finanzminister als Meister der Verschleierung — ich sage bewußt: Zahlentricks, Herr Minister — und der öffentlichen Unmoral. Und das werde ich Ihnen beweisen.

1973 haben Sie geradezu stolz verkündet, das inlandswirksame Defizit von veranschlagten 5 auf 3 Milliarden Schilling gedrückt zu

haben. Dazu stellt der Rechnungshof, Herr Minister, sehr kurz und bündig fest: Güterwirtschaftlich ist allerdings zu berücksichtigen, daß die öffentliche Nachfrage im vermehrten Ausmaß durch Lieferantenkredite finanziert wurde, wie die Erhöhung der Anweisungsrückstände um 900 Millionen Schilling zeigt.

Ich könnte da noch fortfahren. „Gedrückt“, Herr Minister, haben Sie also nicht das Defizit, sondern mit brutalem Machtmissbrauch die Lieferanten des Staates, die Wirtschaft also.

Meine Damen und Herren! Das ist auch in der Wirtschaft konkursreif, Herr Abgeordneter Mühlbacher, wenn jemand seine Verpflichtungen nicht bezahlt, weil er sie nicht bezahlen kann. (Abg. Mühlbacher: Sie wissen noch immer nicht, was konkursreif ist!)

Herr Abgeordneter Mühlbacher! Wenn bisher jemand nicht gewußt haben sollte, was konkursreif ist, dann weiß er es nach der Budgetvorlage 1975. Wissen Sie, was der Rechnungshof auch dazu darstellt? — Er sieht diese Schulden ihrem Wesen und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach als Überschreitungen der finanzgesetzlich genehmigten Ausgabenansätze des Abschlußjahres an; sie belasten den Haushalt des folgenden Jahres. — So sieht das aus, Herr Abgeordneter Mühlbacher. Das ist für uns Konkursreife.

Und so verschleppt dann der Finanzminister die Finanzierung der Defizite 1973 auf 1974, schiebt den Schuldenberg vor sich her ins Jahr 1975, einen Schuldenberg, der nur mehr finanziert wird mit den tollsten Tricks, schon fast am Rande des Legalen. Hier habe ich es Ihnen ja schon vorgelesen. Das ist eben nicht mehr legal, Herr Abgeordneter Mühlbacher. Die Zahlungsrückstände, das heißt jene Schulden, für die bereits ein Auftrag zur Zahlung vorlag, werden wochen-, ja monatelang möglichst über das Budgetjahr hinaus vertragswidrig verschleppt. Aber wer wagt es denn schon, eine Bundesstelle zu klagen?!

Meine Damen und Herren! Von 1973 auf 1974 fast 1½ Milliarden Schilling! Aber wenn einer dieser Lieferanten, meine Damen und Herren, wenn so ein Betrieb vielleicht seine Steuern nicht zahlen würde: Verzugszinsen, Exekution wären die Folgen dieser öffentlichen Unmoral!

Überweisungen an Fonds — eine zweite Methode, Herr Minister —, zum Beispiel an den Reservefonds für Familienbeihilfen, werden einfach nicht durchgeführt. 1973 waren es 1,2 Milliarden Schilling. Und heuer, glaube ich, werden Sie das ja wieder anwenden, und zwar mit fast 1½ Milliarden Schilling. Das sind Treuhandgelder, meine Damen und Herren, die dem Familienlastenausgleichsfonds

Dr. Keimel

gehören. Vor allem aber wird die Schuldenstruktur des Bundes komplett umgemodelt, verlagert.

Zu den Finanzschulden: Nur von denen spricht der Herr Finanzminister. Sie machten 1966 bis 1969 immer fast an die 80 Prozent aus, jetzt nur mehr etwas über 50 Prozent.

Zu den Verwaltungsschulden: Sie machten 1966 bis 1969 etwa 16, 20 oder 22 Prozent aus und erreichen jetzt beinahe schon 40 Prozent. Was das bedeutet, Herr Minister, wissen Sie ganz genau. Das, was Sie da machen, ist eben eine Verschleierung. Der Ermessensspielraum künftiger Haushaltsjahre — vielleicht denken Sie schon: Hinter mir die Sintflut!; ich weiß es nicht — wird mit dieser Methode, mit diesen Finanzierungsmaßnahmen, die nicht wie Kreditoperationen in jedem Falle auf besonderer gesetzlicher Ermächtigung des Parlaments beruhen, wesentlich eingeengt, um Milliarden eingeengt!

Herr Minister! Also wieder Hypotheken auf die Zukunft, Belastungen in die Zukunft geschoben, statt Abbau von Belastungen in sechs Hochkonjunkturjahren. Herr Kollege Mühlbacher! Sie können das nennen, wie Sie wollen. Ich sage Ihnen: Das ist Konkursreife! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß die Finanzschulden vom Jahre 1969 bis zum Jahre 1973 um „so niedliche“ 29 Prozent gestiegen sind. Das erwähnt der Herr Finanzminister so gerne. Aber die Gesamtschulden — mit den Verwaltungsschulden — sind um 65 Prozent gestiegen! Wenn man das auch noch für die Jahre von 1973 bis 1975 hochrechnet, wird sich bei den Gesamtschulden — wieder mit den Verwaltungsschulden — eine Erhöhung von über 200 Prozent ergeben. Das heißt: Von 1969 bis 1975, also in Höchstkonjunkturjahren, eine Erhöhung der Staatsschulden von über 200 Prozent! (*Abg. Dr. Blein: Fahrlässige Krida!*)

Und die Bundeshaftungen, meine Damen und Herren, werden in dem gleichen Zeitraum ebenfalls um fast 200 Prozent steigen. Beim Pro-Kopf-Vergleich der Schulden pro Einwohner — auch wieder dieser Zahlentrick, diese Halbwahrheiten — begnügt sich dann der Finanzminister immer mit den Finanzschulden. Da kommt er dann auf knappe 8000 S. Wie gut, wie schön! Die Gesamtschuld, Herr Finanzminister, betrug aber 1973 nicht 8000 S pro Kopf der Einwohner, sondern 13.000 S. 1974 wird sie rund 15.000 S betragen und wird 1975 — stetig steigend — auf fast 18.000 S pro Kopf jedes Österreicher gestiegen sein. Und das alles, meine Damen und Herren, in Höchstkonjunkturjahren.

Im gleichen Ausmaß beziehungsweise in einem noch viel progressiveren Ausmaß steigen durch die hohen Zinsenbelastungen die jährlichen Belastungen der Budgets: Von 1969 bis 1975, Herr Steuerberater Mühlbacher, um 150 Prozent! Das nennen Sie eine Bilanz, wie sie schöner nicht sein könnte. Ich bedauere Ihre Klientel.

Das ist aber, meine Damen und Herren, immer noch erst ein Teil der Schuldenpolitik. Sie wird mit einem weiteren Zahlentrick mehr und mehr aus dem Budget herausverlagert in die außerbudgetären Investitionsfinanzierungen, nämlich auf die Sondergesellschaften und auf das sogenannte Leasingverfahren. „Sogenannt“, weil es ja ein falsches Leasing ist. Ich habe heute gehört, daß die Beträge bei diesem Leasing schon 20 Milliarden Schilling betragen sollen. Diese Verschiebungen werden nur außerhalb des Budgets ausgewiesen. Im Budget werden sie überhaupt nicht ausgewiesen, oder wenn, dann nur als Bundeshaftungen.

Aber diese Bundeshaftung haben sich auch in ihrer Substanz verschoben. Sie waren bis 1969 fast nicht mit Zahlungsverpflichtungen verbunden. Es waren Haftungen für die verstaatlichte Industrie, für die Verbundgesellschaft, also für Elektrizitätswerke und so weiter. Seit den Jahren der SPÖ-Regierung, meine Damen und Herren, werden diese Bundeshaftungen, die übrigens sehr stark gestiegen sind, nämlich auf über 100 Milliarden Schilling, immer mehr mit echten Zahlungsverpflichtungen für kommende Jahre verbunden. Nur ein Beispiel, wo es um 20 bis 25 Milliarden Schilling gehen soll: UNO-City! Wenn Sie mich also fragen, wo, dann sage ich nur: UNO-City! Wenn Ihnen 20 Milliarden Schilling nichts sagen, weil Sie sie vergessen haben, Herr Finanzminister, bitte. Aber dabei wird es sich um echte Zahlungsverpflichtungen für künftige Jahre handeln. Diese Verpflichtungen scheinen momentan nirgends auf! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Da es sich um Milliardenbelastungen für künftige Budgets handelt, haben Sie eine Pflicht: Ich fordere Sie auf, diese Pflicht zu erfüllen. Diese außerbudgetären Investitionsfinanzierungen über Sondergesellschaften, über dieses Leasing, über die roulierenden Verwaltungsschulden, die Sie auch nie so richtig kennen, wollen Sie bitte zusammenfassend offenlegen und dem Parlament zur Kenntnis bringen.

Herr Minister! Ich hoffe, Sie werden mir eine Antwort geben. Wenn Sie uns eine Antwort nicht zusagen, werden wir Wege finden, damit Sie uns das sehr wohl zur Kenntnis bringen. Es handelt sich um derartige Mil-

11624

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Keimel

liardenbelastungen für die zukünftigen Budgets, daß das Parlament ein Anrecht darauf hat, davon Kenntnis zu erhalten. Das stellt übrigens auch der Beirat in seiner Prognose fest.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz unmöglich, noch eingehender auf alle diese Ungereimtheiten, auf die Verschleierungen und auf die versuchten Tricks, die jeder Bilanzwahrheit und -klarheit widersprechen, einzugehen. Das Aufzeigen allein der Tendenz, der Defizit- und der Schuldenpolitik dieser sozialistischen Regierung seit 1972 beweist, daß sie in Hochkonjunkturjahren verwirtschaftet und abgewirtschaftet hat, daß sie der österreichischen Volkswirtschaft und der gesamten österreichischen Bevölkerung eine ungeheure Hypothek für die Zukunft aufgebürdet hat. Das nennen Sie vielleicht modern, wir nennen das konkursreif! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Bilanzspezialist Mühlbacher! Löcher stopfen, Hypotheken aufnehmen, Wechsel auf die Zukunft ziehen, Lieferanten nicht bezahlen, Treuhandgelder oder Fondsgelder nicht überweisen heißt nicht Bilanz ausgleichen. Wenn jetzt diese Regierungspropaganda versucht, es so darzustellen: Was wollen wir denn, wir haben eine ungebrochene Konjunktur, wir erwarten ein Wirtschaftswachstum von 5 Prozent, wir haben 2,7 Millionen Beschäftigte, wir haben doch „nur“ 10 Prozent Inflation!, dann ist das eine ganz plumpe Ablenkung von den wahren Problemen. — Nein! Dieses Aufzeigen des Wachstums — noch geht es, noch haben wir Hochkonjunktur — ist ja die Bestätigung unserer Kritik. Trotz dieser Noch-Konjunktur, die unsere Wirtschaft, Unternehmer wie Arbeitnehmer, „verursachte“ — wenn wir schon beim Verursacherprinzip bleiben wollen —, trotz dieser Wirtschaftssituation schlittert diese Regierung mit ihrem Budget in die Zahlungsunfähigkeit hinein, verunsichert und hemmt dadurch die Wirtschaftsentwicklung, und zwar durch ihre inflationistische Budget- und Schuldenpolitik.

Meine Damen und Herren! Wachstum ist nur eine Randerscheinung, ist nur etwas, was gebraucht wird. Niemand interessiert ja das „Wachstum an sich“. Die Bevölkerung interessiert nämlich ... (Abg. Mühlbacher: Daß es jedermann besser geht, interessiert Sie überhaupt nicht!) Auf solche Zwischenrufe einzugehen, fällt mir so schwer, weil ich im allgemeinen gerade von Ihnen nur Zwischenrufe mit einem gewissen Niveau erwarte. Auf solche Zwischenrufe würde ich eingehen. Lassen Sie mich also ausreden. (Abg. Blechha: Ein Armutzeugnis! — Gegenrufe

bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Nach so einem Bla-Bla! — Abg. Dr. Kohlmaier: Das als „Bla-Bla“ zu bezeichnen, ist gegen Ihr besseres Wissen! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Mälenta gibt das Glockenzeichen.) Ich nehme an, daß diese Aussage gehört und protokolliert wurde. Diese Aussage des Herrn Abgeordneten Dr. Fischer protokolliert zu wissen, ist deshalb so besonders wertvoll, weil ich alle Zahlen — vielleicht haben Sie es nicht gehört —, alle Vergleichszahlen ausschließlich aus den Unterlagen der Regierung genommen habe. (Bundesminister Dr. Androsch: Bei der UNO-City zum Beispiel nicht!) Und vom Rechnungshof. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ausreden, wenn ich frage: Wen interessiert das „Wachstum an und für sich“? Das ist ja nur eine Hilfserscheinung. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Lassen Sie mich doch aussprechen, lieber Herr, dann werden Sie gleich hören, was ich meine. Dann werden Sie plötzlich feststellen, daß wir wahrscheinlich auf einer Linie liegen.

Wir betreiben doch die Wirtschaft nicht als Selbstzweck. Ebensowenig betreiben wir das Wachstum als Selbstzweck. Nein! Wir wirtschaften doch, um den Lebensstandard zu erhöhen, zu verbessern, dem europäischen Standard anzugeleichen, eventuell zu versuchen, ihn anzuleichen. Und nun reden Sie von dem großen Wirtschaftswachstum in Österreich und so weiter. Aber Sie haben vergessen, auch etwas anderes zu sagen. Was ist Ihnen denn in Ihrer fünfjährigen Regierungszeit gelungen? (Abg. Babanitz: Immerhin 2,7 Millionen Beschäftigte!) Darauf komme ich auch noch zu sprechen. — Was ist denn für den Österreicher bei einem internationalen Vergleich wichtig? Das Bruttonationalprodukt pro Einwohner! (Abg. Dr. Blein: Genau!) Das ist sein Lebensstandardvergleich mit dem Ausland.

Und diesbezüglich, meine Damen und Herren, haben Sie folgendes erreicht: Wir liegen auf Grund dieser modernen SPÖ-Regierung und -Wirtschaftspolitik an drittletzter Stelle in Europa! Hinter uns liegen nur noch Portugal und Spanien. (Bundesminister Doktor Androsch: Großbritannien!) Italien ist nicht vergleichbar. Sie wissen nämlich, daß das industrialisierte Italien weit vor uns liegt. Nur wenn man Südtalien dazurechnet, liegt es noch etwas hinter uns. — Das ist das Wesentliche, das uns interessiert.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie schon unbedingt meinen, daß die Konjunktur von Ihnen gemacht wurde, wenn die Regierungspolitik das zu verantworten hätte, dann glaube

Dr. Keimel

ich doch feststellen zu müssen, daß Sie wahrscheinlich von dieser Konjunktur überrascht wurden. Verantwortlich zeichnet dafür offensichtlich die Wirtschaft, zeichnen die Arbeitnehmer so wie die Unternehmer.

Ich nehme die Seite 298 des Arbeitsbehelfes her. Dort steht nämlich:

„Vor allem aber wurde die Abweichung von der prognostizierten Entwicklung durch die unerwartet hohe nominelle Wachstumsrate der vergangenen Jahre“ — 1970 bis 1974 — „verursacht.“ — Sie schreiben in Ihrem Bericht, daß das für Sie unerwartet war. Aber dann sagen Sie bitte nicht gleichzeitig, Sie wären der Verursacher davon. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! So ähnlich ist ja immer wieder auch die Darstellung der Arbeitsmarktentwicklung, wobei Sie so großartig sagen: 2,7 Millionen, das ist noch nie dagewesen. Aber auch das interessiert den österreichischen Arbeitnehmer sehr viel weniger. Diesbezüglich erinnere ich nur an die Aussagen des Herrn Abgeordneten Mock: Viele unserer Arbeitnehmer haben jetzt um ihre Arbeitsplätze viel mehr Angst, als Sie offensichtlich wahrhaben möchten.

2,7 Millionen, sagen Sie, meine Damen und Herren. Ich nenne das wieder einen Taschenspielertrick, denn darin sind 226.000 ausländische Arbeitnehmer enthalten. Wissen Sie, wieso im Jahr 1973 die Zahl der unselbstständigen Arbeitnehmer so sehr gestiegen ist? Auf Seite 303 des Arbeitsbehelfes heißt es, diese starke „Zunahme ist eine Folge der Individualbesteuerung, weil mithelfende Ehegattinnen 1973 zunehmend als Unselbstständige im Betrieb des Mannes tätig wurden“. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe mich heute erkundigt, wie hoch jetzt wirklich die Zahl der echten unselbstständigen Arbeitnehmer ist. (*Abg. Mühlbacher: Die sind alle unecht, wollen Sie sagen?*) Die mittägige Ehegattin, die durch Ihr Steuersystem gezwungen wird, Angestellte des Mannes zu werden, die nennen Sie echte Arbeitnehmer! Bitte, das überlasse ich Ihnen. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Das ist die künstliche Aufpäppelung der Arbeitnehmerzahlen. Für den „echten“ österreichischen Arbeitnehmer — lassen Sie mich ihn so nennen: den echten Arbeitnehmer; er versteht uns schon — gibt es seit 1969 bis jetzt zu den angeblichen 2,7 Millionen eine ganz knappe Steigerung von nicht einmal 2,5 Prozent. Das ist die Augenauswischerei mit Ihren Zahlen! (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Kienzl schlägt so unterschwellig in seinem gestrigen Artikel einen Big Bargain, diese große Vereinbarung zwischen Regierung, Nationalbank — Kienzl hätte hier die besten Möglichkeiten, da tätig zu werden — und zwischen den Sozialpartnern vor, wie es die UVP-Regierung 1968 sehr wohl zusammengebracht hat. Den Big Bargain hat die sozialistische Regierung zur Inflationsbekämpfung und in dieser Situation nicht zusammengebracht. Das führte ja auch zu den Fehlhaltungen der gewerkschaftlichen Einkommenspolitik, wie Ihnen Kienzl das gestern auch ins Stammbuch geschrieben hat.

Zur wirtschaftspolitischen Entwicklung, welche sich auch in der Zahlungsbilanz letztlich auswirkt: Während wir Ihnen 1969 einen Zahlungsbilanzüberschuß, ein Guthaben von 2,8 Milliarden Schilling hinterließen, beträgt bei diesem „schlechten Erbe“ das Defizit 1974 fast 12 Milliarden Schilling und wird im Jahr 1975 auf 16 oder 18 Milliarden Schilling — man kann es noch nicht so genau voraussehen — ansteigen. Das führt zu den rapide abnehmenden Währungsreserven.

Wir werden in eine ungeheuer schwierige Zeit kommen. Die Budgetvorschau des Beirates für die Jahre 1974 bis 1978 zeigt ja ganz nüchtern auf, daß die Ausgabenentwicklung der Einnahmenentwicklung weiter davonläuft. Diese Tendenz verlangt ein grundsätzliches Umdenken in der Ausgabenpolitik des Staates, verlangt eine langfristige Sanierung des Staatshaushaltes. Herr Finanzminister! Die steigenden Defizite und vor allem die zunehmende Auslandsverschuldung stoßen schon jetzt — schon heute! — an die Grenze der Finanzierbarkeit.

So, meine Damen und Herren, sieht die tatsächliche Entwicklung aus, so meine Damen und Herren, haben wir aber auch vor diesem Hintergrund ein Budget 1975 vorliegen, das auf diese Tendenz keine Rücksicht nimmt, das an Unklarheit, um diese Tendenz nur zu verschleiern, an Unwahrheit und an Verschleierung, damit aber besonders an negativer Auswirkung auf die heutige und auf die künftige Wirtschaftsentwicklung nichts zu wünschen übrig läßt. Wir werden bei den einzelnen Kapiteln noch sehr viel detaillierter auf diese Negativtendenz des wohl letzten sozialistischen Budgets eingehen.

Unsere Ablehnung des Budgets 1975, dieser in Zahlen gegossenen konkursreifen sozialistischen Regierungspolitik, für die nicht der Finanzminister allein, sondern auch der Bundeskanzler Dr. Kreisky verantwortlich zeichnet, ist daher kein Akt oppositioneller Routine, sondern diese Ablehnung, meine Damen und

11626

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Keimel

Herren, entspricht heuer wie bei Millionen Österreichern tiefster Besorgnis. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Blecha zum Wort gemeldet. Ich bringe in Erinnerung, daß die Redezeit mit fünf Minuten bemessen ist. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Blecha (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat sich als Hellseher, wenn auch als schlechter, produziert und über einen Antrag referiert, der nach dem vorliegenden Wortlaut seiner Rede morgen von der sozialistischen Gruppe im ORF-Kuratorium eingebbracht werden und den Dienstvertrag des mit der Führung der Geschäfte des Generalintendanten beauftragten Dr. Otto Oberhammer betreffen soll. Zu diesen Behauptungen möchte ich eine tatsächliche Berichtigung bringen.

Die sozialistische Fraktion hat weder einen derartigen Antrag formuliert noch einen derartigen Antrag diskutiert, geschweige denn wird sie einen derartigen Antrag, wie er hier — Ziffern wurden genannt — referiert wurde, unterstützen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Kohlmaier: Werden Sie ihn ablehnen, Herr Blecha?*) Selbstverständlich!

Zweitens: Es ist vom Herrn Abgeordneten Zeillinger ein Entwurf verlesen worden, den der Rechtsanwalt des Dr. Oberhammer aufgesetzt hat, um eine Diskussionsgrundlage für die Kuratoriumssitzung bereitzustellen. Die sozialistische Gruppe im Kuratorium hat nie ein Hehl daraus gemacht (*Abg. Dr. Keimel: Gibt es diese?*) — es gibt zum Beispiel drei Vertreter im Kuratorium, die die SPÖ nominiert hat, zu Ihrer Aufklärung, Herr Abgeordneter Dr. Keimel —, daß sie nicht nur die Verträge, die den früheren ORF-Funktionären gegeben worden sind, für falsch und überhöht hält, sondern daß sie nicht daran denkt, derart überhöhte Gehälter und Abfertigungs- und Pensionsansprüche den neuen zukommen zu lassen.

Drittens möchte ich sagen: Allerdings, der Herr Generalintendant Bacher wird noch einen monatlichen Bezug von 90.000 S erhalten, jene 90.000 S, über die der Abgeordnete Zeillinger referiert hat. Er wird 24 Monatsgehälter Abfertigung erhalten, und er wird eine Pension bekommen von monatlich ungefähr 70.000 S auf Grund eines Vertrages, dem Vertreter der ÖVP und der FPÖ zugestimmt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Sozialisten waren im alten ORF-Aufsichtsrat gegen diese Verträge, die von manchen Journalisten schon fast als sittenwidrig

bezeichnet worden sind, und die Sozialisten werden erst recht im neuen ORF-Kuratorium gegen derartige Verträge sein. Sie weisen allerdings mit Entrüstung zurück, daß sie gerade von Vertretern jener Partei, die in letzter Zeit im Volksmund die „Wackelpartei“ genannt worden ist, zurechtgewiesen oder aufgefordert werden nachzudenken. Das wörtliche Zitat lautet, sie hätten noch 24 Stunden Zeit, in sich zu gehen und nachzudenken, ob sie dem Mann auf der Straße, dem Hörer und Fernseher zumuten können, ein Gehalt von 90.000 S und nach drei Monaten eine Abfertigung von weiteren 270.000 S zuzugestehen. Wir weisen diese Aufforderungen von jenen Vertretern zurück, die uns Anträge unterstellen, selbst aber die anderen Verträge, die jetzt die Herren Bacher und so weiter kassieren, beschlossen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Meine verehrten Damen und Herren! Die Wortmeldung des Kollegen Blecha muß im Parlament und in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen, daß die SPÖ den Ansprüchen des Herrn Dr. Oberhammer ablehnend gegenübersteht. Ich möchte hier feststellen, daß im Bewerbungsschreiben des Herrn Dr. Oberhammer steht: Ich arbeite unter denselben Bedingungen wie Bacher. — Und in Kenntnis dieses Bewerbungsschreibens hat die sozialistische Fraktion der Bestellung des Dr. Oberhammer zugestimmt. Daraus ist mit aller Klarheit zu entnehmen, daß zumindest bisher die sozialistischen Vertreter im Kuratorium diesen Ansprüchen des Herrn Dr. Oberhammer zumindest durch schlüssige Handlungen und ohne Vorbehalte zugestimmt haben. Die Mitteilung des Herrn Abgeordneten Blecha ist also unrichtig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck. Ich erteile es ihr. (*Abg. Dr. Heinz Fischer: Herr Präsident! Ich bitte, den § 49 Abs. 3 der Geschäftsordnung zu beachten!* — *Gegenrufe bei der ÖVP.*) Ich danke. Das ist mir heute zum ersten Mal passiert, daß ich darauf aufmerksam gemacht werde. Ich glaube, daß ich mich aber nicht geirrt habe.

Bitte, Frau Abgeordnete Offenbeck. (*Abg. Dr. Fischer: Auf eine tatsächliche Berichtigung ist eine Erwiderung nur in einer persönlichen Angelegenheit möglich!*) Ich lasse jetzt keine Geschäftsordnungsdebatte zu.

Abgeordnete Dr. Jolanda **Offenbeck** (SPO): Meine Damen und Herren! Darf ich nun wieder vom ORF zur Budgetdebatte zurückkehren?

Wenn man sich also diese Budgetdebatte anhört — und ich habe ja lang genug, den ganzen Tag, Gelegenheit gehabt, sie anzuhören —, dann muß man, wenn man den Ausführungen der Opposition folgt, wenn man aber insbesondere den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Keimel folgt, glauben, Österreich steht inmitten eines wirtschaftlichen Chaos. (*Abg. Dr. Keimel: Österreich nicht! Der Staatshaushalt, Frau Kollegin! Verstehen Sie das nicht?*) Dr. Keimel hat vom Bankrott gesprochen, er hat vom Abwirtschaften und vom Konkurs gesprochen. (*Abg. Doktor Keimel: Gott sei Dank ist Österreich nicht die sozialistische Regierung!*) Wenn man sich aber die Mühe macht, die Protokolle über die Budgetdebatten der vergangenen Jahre zu lesen, und wiederum den Prognosen der Opposition folgt, dann müßte die österreichische Wirtschaft überhaupt schon zugrunde gegangen sein. Denn das sind Ihre Prognosen. (*Abg. Dr. Keimel: Die Unterlagen habe ich zitiert, gnädige Frau!*)

Wir alle kennen aber die Tatsachen, meine Herren! Wir alle kennen die Tatsachen, und auch die österreichische Bevölkerung kennt doch die Tatsachen! Tatsache ist, daß wir in Österreich Vollbeschäftigung haben, daß die Wirtschaft blüht und daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Österreich herrscht. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Keimel: Und trotzdem ein kaputter Staatshaushalt!*) Rufen wir doch nicht Gespenster herbei, meine Herren, sondern freuen wir uns doch gemeinsam darüber, daß es so ist! Freuen wir uns doch gemeinsam über diesen Erfolg! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Es ist nicht nötig, meine Herren von der ÖVP, daß Sie Ordnung in die Wirtschaft bringen. Das ist nicht nötig. Die österreichische Wirtschaft ist in Ordnung, auch ohne Sie. (*Abg. Dr. Blein: Aber nicht dank dieser Regierung, sondern trotz dieser Regierung!*)

Nach Ihrer Klausurtagung in Badgastein hat ja der Herr Abgeordnete Mitterer — und ich bin sehr glücklich darüber, daß er hier sitzt — recht klar zum Ausdruck gebracht, welche Vorstellungen Sie von der Ordnung haben, indem Sie gesagt haben, daß eine gewisse Arbeitslosigkeit notwendig ist. (*Abg. Mitterer: Nein, das habe ich nicht gesagt!*) Daß Sie eine gewisse Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, haben Sie gesagt. (*Abg. Mitterer: Nein, nein, nein!*) Das haben Sie gesagt. (*Abg. Mitterer: Nein, nein!*) Das haben Sie gesagt! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie haben gesagt, daß Sie eine gewisse Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, ehe die ganze Bevölkerung verarmt. (*Abg. Mitterer: Das ist schon wieder etwas anderes!*) Sie nehmen eine gewisse Arbeitslosigkeit in Kauf, ehe die gesamte Bevölkerung verarmt! Das haben Sie gesagt! Während uns ringsum die Länder beneiden wegen unseres wirtschaftlichen Status, wünschen Sie sich Arbeitslosigkeit, wollen Sie freiwillig zur Krise antreten, meine Herren! (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Sie wissen ganz genau — Sie sind ja alle weitgereist —, wie es in der Welt aussieht: 6 Millionen Arbeitslose in Amerika, in Italien 1 Million Arbeitslose. (*Abg. Mitterer: Sie können das Band im Rundfunk jederzeit überprüfen!*) In Frankreich eine halbe Million Arbeitslose, in den Niederlanden 150.000 Arbeitslose. Und in so einer Situation wünschen Sie sich also Arbeitslose, wo uns doch wirklich alle auf der Welt beneiden, daß unsere Wirtschaft frei von Krise und ihren Erscheinungen ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir Sozialisten und wir Frauen sind glücklich und ... (*Abg. Dr. Blein: Entweder haben Sie es nicht verstanden, was gemeint war, oder Sie verdrehen es!*) Ich verstehe Sie schon. Aber wir Frauen sind glücklich, daß wir in Österreich keine Arbeitslosen haben (*Beifall bei der SPÖ*), weil wir nämlich wissen, was Arbeitslosigkeit für eine Familie bedeutet, was Arbeitslosigkeit für die Kinder bedeutet, meine Herren! (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Keimel: Haben Sie gestern den Kienzl gelesen?*)

Wir haben — und da können Sie mit uns nicht richten und nicht rechten — die höchste Beschäftigungsquote in der Republik überhaupt. Für uns hat eben die Vollbeschäftigung Vorrang, meine Herren. Das kommt vielleicht daher, weil wir, die wir hier auf den Bänken der sozialistischen Fraktion sitzen, entweder die Arbeitslosigkeit selbst mitgemacht haben oder weil wir im Schatten der Arbeitslosigkeit unsere Kindheit verbracht haben. Und deshalb kennen wir die Arbeitslosigkeit. Und sie einmal kennengelernt zu haben, genügt uns, meine Herren. Einmal genügt uns! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ganz furchtbar würde unsere Menschen die Arbeitslosigkeit treffen, die ihren ganzen Lebensstil (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — so lassen Sie mich doch einmal ausreden! — auf die Vollbeschäftigung aufgebaut haben. Es würde ja nicht nur die Angestellten und nicht nur die Arbeiter treffen, sondern es würde auch die Bauern und die Gewerbetreibenden treffen. Auch sie haben ihren Lebensstil, auch sie haben ihre Betriebe auf Vollbeschäftigung

11628

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Jolanda Offenbeck

aufgebaut. Es ist leichtfertig, auch nur mit dem Gedanken der Arbeitslosigkeit zu spielen.

Unsere ganze Sorge ist es jedenfalls, die Vollbeschäftigung zu erhalten, und deshalb haben wir auch im Budget dafür Vorsorge getroffen, daß wir der Wirtschaft, wenn nötig, die Impulse durch das Budget geben können. (Abg. Dr. Blenk: Aber die Alternative ist das nicht! — Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)

Aber jedem Unternehmer können wir natürlich nicht helfen. Der Herr Abgeordnete Mock hat hier Swarovski angeführt. Ja wenn das Management einer Firma nicht in Ordnung ist, dann können wir nicht helfen. (Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Woher wissen Sie denn das?) Es sind auch früher Firmen in Konkurs gegangen. Sie waren ja immer dagegen, daß der Staat in die hochheilige Privatwirtschaft eingreift, und jetzt sollen wir da eingreifen? (Abg. Dr. Blenk: Frau Doktor, man sollte nicht über Dinge sprechen, von denen man nichts versteht, das könnte ins Auge gehen!) Herr Abgeordneter Blenk! Von der Arbeitslosigkeit verstehen wir Frauen etwas. Uns ist es nicht gleichgültig, ob der Mann zu Hause sitzt und die Kinder und die Familie nichts zu essen haben. Darauf kommt es nämlich an!

Nun zu ein paar Aspekten des Budgets, die uns Frauen im besonderen Maße interessieren. Sehen Sie, meine Herren, Sie stellen eben die großen Wirtschaftskapitäne. Sie reden ja auch allein über das Budget, obwohl wir mehr als 50 Prozent Frauen in Österreich haben, die sicher auch interessiert sind am Budget. Denn die haben ja unter den Auswirkungen des Budgets zu leiden, wenn es nicht gut ist. Und wir, meine Herren, wir stellen eben die kleinen Wirtschaftskapitäne, wir kümmern uns halt um das Familienbudget. Da geben wir den Ton an.

Ich habe erst kürzlich gelesen, daß Sie in 470 Aktiengesellschaften den Ton angeben und daß nur 13 weibliche Vorstandsdirektoren in den Aktiengesellschaften fungieren. Aber es ist unbestritten, daß wir das Wirtschaftsbudget in den vielen Tausenden Haushalten machen. Wir sind halt die Praktiker des Familienbudgets, und als solchen Praktikern ist es uns nicht gleichgültig, wie das Staatsbudget Mittel einsetzt, wie es die Mittel verteilt. (Ruf bei der ÖVP: Haben Sie Ihr Familienbudget auch so in Ordnung?) Lassen Sie mich doch ausreden! Redet ja eh nur so selten eine Frau in dem Parlament. In diesem Parlament reden so wenig Frauen, und die paar lassen Sie nicht ausreden. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)

Unbestritten ist auch, glaube ich, daß die Frauen tagtäglich mit der Wirtschaft konfrontiert werden, konfrontiert werden mit dem Trommelfeuer der Werbung und konfrontiert werden mit der großen Verschwendug, die bei der Verpackung beginnt und die dort endet, wo man wissenschaftlich zu erforschen versucht, wie wir dazu zu bringen sind, daß wir mehr einkaufen oder daß wir das einkaufen, was wir nicht brauchen. Auch diese Mentalität der geheimen Verführer und der großen Verschwendug wird neu zu überdenken sein in einer Zeit, wo man überall auf der Welt vom Sparen spricht. Die Amerikaner beginnen schon darüber nachzudenken, denn bei ihnen ist ja diese große Verschwendug am weitesten fortgeschritten. Wir haben uns tatsächlich langsam (Ruf bei der ÖVP: Wegwerfbücher!) — ich bin Ihnen sehr dankbar für dieses Stichwort — zu einer Wegwerfgesellschaft entwickelt, die damit nicht nur die Umwelt verschmutzt, sondern auch wertvolle, nicht wieder ersetzbare Rohstoffe vergeudet. (Ruf bei der ÖVP: Schulbuch!)

Sie haben also das Schulbuch erwähnt. Sehen Sie, wir Frauen spüren tatsächlich zum Beispiel im Monat September, daß wir das Schulbuch nicht mehr zu kaufen brauchen. Wenn Sie das als Verschwendug bezeichnen, dann möchte ich Ihnen sagen: Hier kommt es nur auf die staatsbürgerliche Erziehung an. Erstens braucht keiner das Schulbuch zu nehmen, es wird keiner dazu gezwungen. Zweitens sind es teilweise schon Arbeitsbücher, in die die Kinder ihre Aufgaben machen, und drittens kenne ich eine Reihe von verantwortungsvollen Lehrern und Professoren, die das Kind fragen: Brauchst du das Schulbuch, hast du es schon? — Und wenn das Schulbuch schon vorhanden ist, dann geht eben dieser Schulbuchgutschein zurück. Aber hier ist eben noch staatsbürgerliche Erziehung zu leisten, meine Herren. Aber wir spüren es jedenfalls in unserem Budget, und Sie können das nicht als Verschwendug bezeichnen, was wir unseren Kindern geben, damit sie auf ein besseres Bildungsniveau angehoben werden. (Abg. Dr. Blenk: Wie arm sind wir mit unseren Büchern gewesen!)

Wir Frauen spüren es auch — Sie betrachten das alles als Verschwendug, meine Herren —, aber wir spüren es, und die Bäuerin spürt es ganz besonders. Es erheitert Sie wahnsinnig, Herr Dr. Blenk, aber die Bäuerinnen spüren es, daß sie die Schulfahrten nicht mehr zu zahlen brauchen, und wir spüren auch, daß wir die Hochschultaxen für unsere Kinder nicht mehr auf den Tisch legen müssen. Wir Frauen spüren auch die 15.000 S, die unsere Kinder mit in die Ehe kriegen, denn welche Frau

Dr. Jolanda Offenbeck

würde ihrem Kind nicht gern eine Aussteuer mit in die Ehe geben. Für Sie ist das alles Verschwendungen, die das Budget belastet.

Und jetzt komme ich zu den Familienbeihilfen. Von diesen spüren wir Frauen gewöhnlich weniger — obwohl sie fast 12 Milliarden ausmachen —, weil sie meist schon ein integrierender Bestandteil des Wirtschaftsgeldes sind und weil sie die Männer schon als Teil ihres Lohnes betrachten. Deshalb haben die sozialistischen Frauen schon vielfach den Wunsch ausgesprochen, daß diese Familienbeihilfen — und die ÖVP-Damen waren hier auch unserer Meinung — den Frauen direkt ausgezahlt werden. Aber das ist wegen der großen Verwaltungsschwierigkeiten immer abgelehnt worden. Jedenfalls haben wir die Mittel des Familienlastenausgleichsfonds den Familien zukommen lassen, zum Unterschied von Ihnen, meine Herren, die Sie den Fonds ausgeräumt haben, um damit Staatsschulden zu zahlen. (Abg. Dr. Blenk: In Zeiten der Rezession, aber nicht der Hochkonjunktur!)

Bei uns haben die Familien tatsächlich etwas von den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds erhalten. Alle Familien, wir haben eben keinen Unterschied gemacht. (Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das sind nur gewisse!) Wir haben ein völlig neues System, meine Damen und Herren, der gesamten Familienpolitik geschaffen, und Mutter und Kind werden geradezu von einem Schutz- und Förderungssystem auf ihrem ganzen Lebensweg begleitet.

Überhaupt ist noch nie so viel in der Republik für Mutter und Kind geschehen. (Abg. Dr. Blenk: Aber nicht für die Familie!) Noch nie ist so viel geschehen für die Familie! Mutter und Kind gehören auch zur Familie, meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Blenk: Für die Familie nicht! — Abg. Skritek: Was sind denn Mutter und Kind?) Ich muß schon sagen, dieser Argumentation kann ich einfach nicht folgen, wenn Sie Mutter und Kind nicht als Bestandteil der Familie betrachten.

Nun, ich habe gesagt, wir haben ein völlig neues System der Familienpolitik geschaffen (Ruf bei der ÖVP: Ein schlechtes!), beginnend mit der Einführung des vielgelästerten Mutter-und-Kind-Passes. Aber über den schimpfen Sie auch. Sie schimpfen überhaupt über alles. Ihre Haupttätigkeit besteht im Miesmachen. (Widerspruch bei der ÖVP.) Ja, es ist leider Gottes sol Mit diesem Mutter-und-Kind-Paß sorgen wir dafür, daß kommenden Generationen Leid und Krankheit erspart bleiben. Lange haben wir darauf gewartet, daß alle dieser Untersuchungen während der Schwangerschaft teilhaftig werden.

Wir sind auch glücklich darüber, daß wir den jungen Familien zweimal 8000 S mit in die Ehe geben können. Auch darüber lästern Sie nur. Wir sind glücklich, denn wir sind der Meinung, daß das Geld die Familien gerade zu dem Zeitpunkt, in dem ein Kind ankommt, besonders notwendig brauchen. Denn oft bleibt die Frau zu Hause, das Familieneinkommen halbiert sich, und wir wissen, daß auch Säuglinge im ersten Lebensjahr besonders teuer sind. Denn man ernährt die Kinder nicht mehr mit der herkömmlichen Nahrung. Es gibt ja heute schon eine Spezial-Babynahrung, die ist recht teuer. (Abg. Dr. Blenk: Meine Großen kommen mich teurer als die Kleinen!)

Ja, das ist recht teuer, meine Herren. Sie haben ja keine Ahnung von diesen Dingen. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe aber zwei kleine Kinder. Ich habe zwei kleine Kinder und weiß es daher. (Abg. Dr. Blenk: Ich auch! — Abg. Dr. Gruber: Aber das sind verschiedene!) Ja, mein Herr, Sie kaufen eben nie ein. Sie kommen eben kaum in die Situation, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Nun sehen Sie, wir sind glücklich darüber, daß wir das geben können. Und obwohl Sie sich so dagegen gewehrt haben, bin ich der Meinung, daß auch die Bäuerinnen diese 16.000 S gut brauchen werden können und daß sie sie sicher sinnvoll verwenden werden.

Der Familienlastenausgleichsfonds wendet für die Geburtenbeihilfen um 1,5 Milliarden mehr auf als in den vergangenen Jahren. Wir freuen uns darüber.

Erfreulich ist auch, daß die Geburtenbeihilfe zum Unterschied von den Familienbeihilfen den Müttern selber ausgezahlt wird, daß sie die Frauen direkt in die Hand bekommen.

Schließlich folgt noch als weitere begleitende Maßnahme das Karenzurlaubsgeld, das nun dynamisiert wird und ohne Rücksicht auf das Einkommen des Ehepaars zur Auszahlung gelangt. Auch darüber sind wir glücklich, denn immer mehr wird nun dieses Karenzurlaubsgeld tatsächlich ein Ersatz für das entgangene Einkommen.

Wir hoffen sehr, daß es uns in dieser Legislaturperiode noch gelingt, die Ausfallshaftung für jene Alimente zu übernehmen, die verantwortungslose Väter für ihre Kinder nicht zahlen. Das ist ein großer Wunsch von uns. Ich hoffe auch sehr, daß die Reform des Familienrechtes noch in dieser Legislaturperiode durchgeführt wird. Auch das ist ein Wunsch aller Frauen in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Herren! Es gibt in unserem Budget noch einen Posten, der für uns Frauen bedeut-

11630

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Jolanda Offenbeck

sam ist; es ist ein Budgetposten, der für die Betreuung von Familienberatungsstellen eingesetzt ist. Es ist das erste Mal, daß man für die Aufklärung von Männern und Frauen Geld ausgibt. Wir sind glücklich darüber. (*Abg. Doktor Blenk: Eine glückhafte Zeit!*) Dieser Betrag ist für öffentliche und private Einrichtungen vorgesehen, die sich in dankenswerter Weise in den Dienst der Aufklärung von Männern und Frauen stellen.

Hier hätte auch die Aktion Leben ein weites Betätigungsgebiet, und deshalb rufe ich die Aktion Leben auf, sich wirklich in den Dienst des Lebens zu stellen und sich mit allen Mitteln und Kräften der Aufklärung zu widmen.

Geben wir jenen Frauen, die sich heute noch oft verzweifelt und allein zu einem Schwangerschaftsabbruch entschließen, unseren Rat und unsere Hilfe! Helfen wir auch, daß endlich alle Vorurteile gegenüber dem unehelichen Kind, gegenüber der unehelichen Mutter abgebaut werden. Das ist vernünftiger, als in einem Volksbegehren Strafe zu verlangen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist auch vernünftiger, als die Beibehaltung des unmenschlichen § 144 zu verlangen. (*Abg. Skritek: Wiedereinführung!*) Sie reden dauernd von diesen Dingen.

Gehen wir in Österreich den humanen Weg der Hilfe für Mutter und Kind weiter! Kehren wir nie mehr dazu zurück, durch sinnlose Strafe Kinder erzwingen zu wollen. Unser Ziel ist es, gewollte Kinder in die Welt zu setzen. (*Abg. Oenbök: Sie reden darüber! Sie machen sich doch lächerlich damit!*)

Das ist eben unsere Meinung, meine Herren, in einer pluralistischen Gesellschaft. Der Herr Abgeordnete Dr. Withalm hat auch heute wiederum dazu Stellung genommen. Das ist eben unsere Meinung in einer pluralistischen Gesellschaft. Sie steht nicht allein da.

Der Schriftsteller Helmut Andic hat erst kürzlich über den Schwangerschaftsabbruch geschrieben: Es handelt sich um eine Gewissensentscheidung jedes einzelnen Menschen. Wer nicht will, der muß ja nicht. Stellen Sie es nicht immer so dar, als ob wir die Menschen zwingen würden, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie waren es ja auch, die eine gemeinsame Lösung torpediert haben, meine Herren von der ÖVP. Sie waren es ja auch! Denn der ursprüngliche Broda-Entwurf war ein Kompromiß, der für alle annehmbar war; den haben Sie abgelehnt. (*Abg. Dr. Blenk: Das haben wir gar nicht verhandelt!* — *Abg. Skritek:*

Aber 800.000 Unterschriften haben Sie gesammelt!)

Nun, meine Damen und Herren, zurück zum Budget. Die Öffentlichkeit, das Budget trägt immer mehr mit an den Lasten, die die Familien zu tragen haben. Alle Leistungen können aber nur bei Erhaltung der Vollbeschäftigung erbracht werden. Das Budget für das Jahr 1975 ist das familienfreundlichste Budget, ist das humanste Budget, das es in Österreich je gab, und deshalb werden wir Frauen ihm gerne zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mit ein paar Worten auf das eingehen, was meine Vorrrednerin, die Frau Dr. Offenbeck, gesagt hat. Man kann das nämlich nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen. Dies ist so simple Schwarzweißmalerei, als ob es zwischen der Überbeschäftigungssituation mit 226.000 Gastarbeitern, die wir derzeit haben, und der von uns natürlich in gar keiner Weise herbeigewünschten oder gar verlangten Arbeitslosigkeit als Methode der Inflationsbekämpfung keinen Zwischenweg gäbe.

Es hat sich schon der Abgeordnete Dr. Broesigke in seiner heutigen Ausführung mit dieser völligen Verzeichnung der Situation beschäftigt. Wenn man das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das gerade die älteren Österreicher zu Recht fürchten, heraufbeschwört und mit Zahlen operiert und darstellt, wie sich dieses Gespenst langsam am Horizont der OECD-Länder wiederum zu erheben beginnt, dann sollte man, wenn man es mit der Wahrheit im Sinne des Kollegen Wille hält, doch nicht versäumen zu sagen, daß diese Arbeitslosigkeit nicht zuletzt ein wirtschaftspolitisches Versagen vorwiegend sozialistisch geführter Länder der OECD ist. (*Beifall bei der FPO.* — *Abg. Skritek: Und in Frankreich?*)

Das beginnt in Schweden, setzt sich in England fort und hat auch die Bundesrepublik seit der Zeit sozialistischer Herrschaft erfaßt. Das ist die Tatsache. Die Frage der Arbeitslosigkeit ist nicht eine Frage, die, wie es noch zu Zeiten des seligen Karl Marx war, eine Armee der Arbeitslosen sozusagen als ein Instrument des Lohndruckes und der Ausbeutung der Arbeiter etwa heute anvisiert. Es ist ein ganz klares Versagen. Und wenn man in Österreich das Bild, das der Herr Finanzminister in seiner Wahlrede, die als Budgetrede getarnt war, ausgedrückt und gezeichnet hat, wenn man das Bild dieser angeblich heilen Staatsfinanzen, dieser urgesunden österreichi-

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11631

Dr. Scrinzi

schen Wirtschaft ein wenig unter die Lupe nimmt, dann kommt etwas ganz anderes heraus, als gesagt wurde.

Schauen Sie sich die wirtschaftlichen Methoden, die etwa der Wiener Bauring praktiziert, an; das sind Methoden, die zur Massenarbeitslosigkeit führen. Dort ist nämlich anzusetzen, wenn man in so vereinfachender Weise jene, die sagen: „Vorsichtig! Gezielt da und dort auf das Bremspedal steigen, um Überhitzungserscheinungen langsam in den Griff zu bekommen!“, verdächtigt, sie steuerten eine Massenarbeitslosigkeit an. Das muß zur Steuerung der Wahrheit gesagt werden.

Und daß dieses Bild nicht so heil ist, wie Sie sagen, dazu nur ein ganz kleiner Gelegenheitsbeitrag. Die Nummer 43 des „Ecco“ beschreibt nur für einen begrenzten regionalen Raum in der Steiermark die wirtschaftliche Situation von nicht weniger als sieben Klein- und Mittelbetrieben, die ganz ernstlich von Schwierigkeiten bedroht sind, die zur Einstellung, zur Arbeiterentlassung schreiten müßten. Aber nicht aus dem simplen Grund, wie man gesagt hat, weil vielleicht das Management nicht in Ordnung wäre, wie man es heute der Firma Swarovski in die Schuhe schieben will, sondern weil sie das Opfer nicht zuletzt des von Ihnen nicht in den Griff bekommenen bedrohlichen Inflationsprozesses geworden sind.

Was hier in der Einleitung gesagt wird, das halte ich für richtig, und ich erlaube mir, das mit Zustimmung des Herrn Präsidenten zu zitieren. Hier heißt es:

„In immer dichterer Folge kommen die Meldungen über Pleiten, Kurzarbeit, Entlassungen. Vor allem Mittelbetrieben, denen bisher die Hochkonjunktur über ihre grundlegende Kapitalnot hinweghalf, geht die Luft aus. Letzte Woche kam ein ganzes Bündel von Trauerbotschaften aus der Steiermark.“

Und dann sind diese sieben Betriebe angeführt.

Ich könnte diese Reihe von Trauerbotschaften auch mit Betrieben aus meinem eigenen Bundesland fortsetzen, wo ich aus eigener Kenntnis bescheinigen kann, daß das Management, die Betriebsführung in Ordnung sind, daß auch die Auftragslage an sich in Ordnung wäre, daß aber falsche oder zu späte Maßnahmen, die von der verantwortlichen wirtschaftspolitischen Seite der Regierung zu treffen gewesen wären, unterblieben sind und dadurch diese Betriebe in Schwierigkeiten geraten sind.

Weil es doch auch, am Rande zumindest, zu dem Thema gehört: Wir haben nun ein

konjunkturgerechtes Budget vorgelegt, hat der Herr Finanzminister behauptet, wir haben also den Bleistift gespitzt, wir haben die überflüssigen Ausgaben gestrichen, wir mußten sogar notwendige und zweckmäßige streichen. Wie die Wirklichkeit aussieht, hat Ihnen mein Kollege Zeillinger am Beispiel des ORF demonstriert.

Ich komme jetzt noch einmal auf die Ausführungen des Abgeordneten Blecha zurück, die er als Berichtigung angebracht hat.

Erstens muß, und das ist das letzte Mal schon von uns gesagt worden, betont werden, daß die Verlängerung der Bacher-Verträge mit sozialistischen Stimmen erfolgt ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Dann können Sie also nicht sagen, daß Sie die Verantwortung für diese Verträge einseitig auf eine oder zwei Parteien dieses Hauses abschieben. Sie haben sie mitzutragen.

Das zweite aber ist, daß man nicht einfach Parallelen ziehen kann, weil die Ausgangslage eine ganz verschiedene war. Bacher wurde bestellt und hat mit seiner Bestellung ein Spitzenmanagement, eine Spitzenposition aufgegeben, die er damals in der Privatwirtschaft innegehabt hat und die entsprechend honoriert war. Es wäre natürlich durchaus zu überlegen gewesen, ob man sich für den Aufbau eines Unternehmens, und es hat sich um einen Neuaufbau von Grund auf gehandelt, einen so relativ teuren Mann nehmen kann.

Aber, meine Damen und Herren von der SPÖ, wenn ich etwa die letzten Verträge ansehe, die im Rahmen der Bundestheaterverwaltung abgeschlossen wurden, wo Sie sehr ehrenwerte — nichts zu sagen —, aber doch nur bessere Vorstadtkomödianten mit Spitzenverträgen ins Bundestheater hineinnehmen, mit 43.000 S im Monat, wo Sie Verträge von Kräften verlängern, die unter Umständen kein einziges Mal im Jahr auftreten, dann steht es Ihnen nicht zu, Steine auf den ehemaligen Generalintendanten zu werfen. Als es Ihnen nämlich gelegen erschien, haben Sie versucht, die österreichische Neidgenossenschaft gegen Bacher zu mobilisieren. Vergeblich. Und als das keinen Erfolg hatte, haben Sie mit dem ORF-Putsch diesen Mann in die Wüste geschickt und damit den Steuerzahler neuerlich mit vielen Millionen belastet.

Nun sagen Sie: Wir haben über diese Verträge, die angeblich vorliegen, gar nicht geredet und wir werden ihnen nicht zustimmen. Wenn Sie das wirklich nicht tun, dann werde ich der letzte sein, der nicht ein solches restriktives Verhalten anerkennen würde. Aber was sind nun die Fakten? Versuchen Sie doch nicht, uns Sand in die Augen zu streuen.

11632

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Scrinzi

Die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 16. Oktober 1974 schreibt zu einem Zeitpunkt, wo längst klar war, zu welchen Bedingungen sich der Herr Dr. Oberhammer bereit erklärt hat, sich allenfalls zum neuen Generalintendanten bestellten zu lassen — das war zu diesem Zeitpunkt längst bekannt — ich zitiere wörtlich —:

„Vor allem die Höhe der Abfertigungen, die nun zu zahlen sind, aber auch die Gehälter der neubestellten Funktionäre interessierten einige Fragesteller. Kreisky machte klar, daß ihn keine Verantwortung für die seinerzeit abgeschlossenen Verträge über Abfertigungen und Pensionen treffe“ — ist also zu widerlegen; natürlich nicht er persönlich, aber die namens seiner Partei, deren Obmann er ist, im damaligen Aufsichtsrat sitzenden Sozialisten hatten diesen seinerzeitigen Verträgen zugestimmt —, „da diese vom ÖVP-Vorsitzenden des Aufsichtsrates unterschrieben seien.“

Nun, die Unterschrift war der formale Vollzug. Entscheidend war der Beschuß, mit dem — und das muß noch einmal in Berichtigung der Berichtigung von Herrn Kollegen Blecha gesagt werden —, auch mit sozialistischen Stimmen, die Verträge, denen man also auch inhaltlich zugestimmt hat, verlängert wurden. (*Zwischenruf des Abg. Blecha*) Der Verlängerung — Herr Kollege Blecha, lenken Sie nicht ab — haben Sie zugestimmt. Sie haben also den Verträgen im damaligen, der Inflation entsprechenden Aufwertungszustand zugestimmt. Darüber kommen Sie nicht hinweg. In diesem Punkt war Ihre Berichtigung nur die halbe Wahrheit.

Dann führt die Korrespondenz weiter aus: „Zu den Bezügen des neuen Generalintendanten sagte der Bundeskanzler, ihm seien keine Abschlüsse bekannt, und was die Höhe der Bezüge betreffe, so werde man die öffentliche Meinung ebenso berücksichtigen wie die Höhe der Bezüge, die im Ausland für vergleichbare Leistungen bezahlt werden. Vernünftige Grenzen müßten dabei selbstverständlich eingehalten werden.“

Nun komme ich nur mit einem Wort auf die vergleichbaren Bezüge des Auslandes. Der ORTF-Generalintendant, der vor kurzem im Zuge der Neuorganisation und Föderalisierung des französischen Rundfunks in Pension gegangen ist, hatte einen Bezug von umgerechnet 220.000 österreichischen Schillingen. Wollen Sie sich also an diesem beim Herrn Oberhammer orientieren, oder wie denken Sie sich das?

Und nun — auch darüber kommen Sie nicht hinweg —, Herr Oberhammer, der ja in seinem

bisherigen Wirken überhaupt nicht durch Bescheidenheit und Zurückhaltung aufgefallen ist, hat Sie ja keinen Augenblick darüber im unklaren gelassen, daß er zu denselben finanziellen Bedingungen wie sein Vorgänger einzusteigen bereit ist. Das stand schon in seinem Bewerbungsschreiben.

Wenn Sie ihn als Kandidaten vorgeschlagen haben, dann haben Sie, außer Sie hätten etwas anderes mit ihm ausgemacht, was sie dem Kuratorium dann allerdings bislang nicht mitgeteilt haben, durch konkludente Handlung diese seine Anstellungs- oder Vertragsbedingung akzeptiert. Und das wird Ihnen auch das Handelsgericht im Streitfalle bescheinigen; wie immer dem sei. Aber für so naiv dürfen Sie uns doch nicht halten! Der Gewährsmann des Herrn Bundeskanzlers — denn einen vertrauenswürdigen Beamten gab es anscheinend nicht, der den Bundeskanzler vertreten konnte — hat als Vorsitzender des Kuratoriums einen Vertragsentwurf vorgelegt. Den haben die Kuratoriumsmitglieder heute erhalten; er trägt das Einlaufdatum 5. 11., er trägt auch eine Geschäftszahl, deren Zitierung ich mir ersparen will, und lautet in der Präambel:

„Der Wirtschaftskörper Österreichischer Rundfunk, ORF Wien IV, Argentinierstraße 30 a, vertreten durch den Vorsitzenden des Kuratoriums Herrn Dr. Othmar Slunsky einerseits und Herr Dr. Otto Oberhammer, Wien II, Obere Donaustraße 25 a, andererseits, schließen nachstehenden Dienstvertrag.“

Das ist doch nicht dem Herrn Dr. Oberhammer so quasi im Traum eingefallen; das wird halt einmal vorgelegt, und dann wird man darüber reden. Wenn es aber so wäre, kann ich nur wiederholen, was ich hier schon einmal unter Erregung Ihres Mißfallens gesagt habe. Noch in gar keiner Weise konnten die fachlichen Fähigkeiten unter Beweis gestellt werden. Daß Sie über die fachliche Qualifikation, die das Gesetz vorschreibt, hinweggesehen haben, ist ja auch außer Zweifel. Ob Sie hier hellseherisch waren und bisher verborgene Fähigkeiten entdeckt haben, die Doktor Oberhammer vielleicht dann entwickeln wird, weiß ich nicht; man könnte Ihnen dann nur gratulieren. Aber eines möchte ich sagen: Wenn er aus eigenem und ohne jede Fühlungnahme die Unverschämtheit hat, einen solchen Vertragsentwurf vorzulegen und zur Diskussion zu stellen, dann hat sich dieser Mann für mich charakterlich disqualifiziert.

Meine Damen und Herren! Wir waren es nicht, die die Frage in der Öffentlichkeit angeheizt haben, ob der von Ihnen . . . (*Abg. Zelling: Als der Vertreter des Bundeskanzlers . . . — Gegenruf des Abg. Blecha. — Abg. Dr. Gruber: Das ist die Transparenz!*)

Dr. Scrinzi

— *Abg. Zeillinger*, auf den Abgeordneten Blecha zeigend: Er hat gesagt, vertraulich ist es! — *Abg. Blecha*: An alle Kuratoriumsmitglieder ist es gegangen! Sie waren doch gar nicht im Kuratorium! Sie wissen das doch gar nicht! Fragen Sie den Kollegen Peter, wann er das bekommen hat! — Gegenruf des Abgeordneten *Zeillinger*. — Ruf bei der SPÖ: Wir sind nicht im Kasperltheater! — *Abg. Dr. Gruber*: Der Präsident verschafft dem Redner nicht das Wort!)

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (fortsetzend): Vielleicht darf ich also jetzt wieder... (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Bitte um Ruhe! Der Herr Abgeordnete hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen noch ein paar Zuckerln dieses Vertrages offerieren. Denn im Grunde genommen ist ja der völlig wehrlose Hörer und Seher, dem Sie und dem dasselbe Kuratorium Beiträge vorschreibt, der Zahler für derartige Verträge. Ich beginne also damit, daß hier im Artikel 3 erstens enthalten ist, daß der Herr Dr. Oberhammer ein monatliches Gehalt von 90.000 Schilling erhält.

„Zweitens: Er behält seine Ansprüche gemäß Punkt 1“ — also 90.000 S — „auch dann, wenn er als vorläufiger Geschäftsführer vor Ablauf der drei Monate abberufen werden sollte.“

Drittens: Sollte Herr Dr. Oberhammer nicht definitiv zum Generalintendanten bestellt werden, so erhält er eine einmalige Abfertigung in Höhe von drei Monatsgehältern, die mit seiner Abberufung als vorläufiger Geschäftsführer zur Zahlung fällig wird.

Was heißt denn dieser Vertrag? Wenn Herr Dr. Oberhammer nach vier Wochen seinen Dienst quittiert, haben wir das mit 540.000 S zu berappen. Und weil Herr Dr. Oberhammer ein vorsorglicher Mensch ist, hat er auch vorgesorgt, daß im Falle seines Todes seine Witwe die ungetkürzte Abfertigung erhält, was, wie Sie bekanntlich wissen und was auch ein Jurist wie Dr. Oberhammer wissen sollte, ein Unikum darstellt.

Zu diesen Bezügen kommt dann die Vergütung aller bei Dienstreisen anlaufenden Auslagen, der Anspruch auf Dienstwagen mit Dienstchauffeur und natürlich die freie Fahrt 1. Klasse im Flugzeug und Schlafwagen-Single. Selbstverständlich hat sich nach vier Wochen Tätigkeit Herr Dr. Oberhammer auch einen zusätzlichen zehntägigen Urlaubanspruch schon erworben.

Meine Damen und Herren! Ein solcher Vertrag, geschehen unter dem Blickpunkt österreichischer Verhältnisse, ist schlicht und einfach „sittenwidrig“, würde ich sagen, so nennt man das im zivilen Bereich. Hier ist ja jeder Vergleich mit dem Bacherschen Vertrag unzulässig. Welches Risiko geht der pragmatisierte Ministerialrat Dr. Oberhammer ein? Aus welchem Titel rechtfertigt sich hier eine Abfertigung? (Abg. *Glaeser*: Es wird wenig über Oberösterreich geredet!) — *Abg. Dr. Zittmayr*: Da kommt dann der Tull auch noch hinein! — *Abg. Peter*: Lüftet nicht die oberösterreichischen Koalitionsgeheimnisse! — **Präsident Probst** gibt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren! Welche Rechtfertigung kann es dafür geben, daß ein pragmatisierter Beamter bei Karenz der Bezüge in ein solches Unternehmen berufen wird, dann allenfalls dort nicht bestellt werden kann, damit natürlich jederzeit die Möglichkeit hat, in sein Amt zurückzukehren, nicht das geringste Risiko dabei eingeht und sich sozusagen einen solchen Spaziergang mit einer Abfertigung von über einer Viertelmillion Schilling honorieren läßt? Daß ein Mann, den man aus der privaten Wirtschaft herauftaucht, der damit nicht eine pragmatisierte Stelle, sondern eine Spitzenstellung mit einem Spitzengehalt aufgibt oder vertauscht, mit Recht sich absichern will — nach seinen reichlichen Erfahrungen in dem Parteibuch-Staat Österreich — für den Fall, daß er diese Position quittieren muß, das halte ich für verständlich und gerechtfertigt. Das haben Sie nach dem gleichen Schema etwa in den Verträgen aller Generaldirektoren der staatlichen Industrie in Österreich gleichfalls so praktiziert.

Ich kann mir vorstellen, daß es Ihnen peinlich ist, wenn man im Zusammenhang mit den Sparappellen der Regierung in der jüngsten Zeit, die an die Adresse der österreichischen Öffentlichkeit gerichtet sind, solche Dinge hier im Haus zur Sprache bringt. Es wäre umso besser, wenn Sie daraus dann noch zeitgerecht die Konsequenzen ziehen würden.

Jetzt komme ich noch einmal auf die Frau Dr. Offenbeck zurück. Wir wurden ja vor kurzem mit einer großartigen Neuentdeckung im Rundfunk und Fernsehen beglückt. Eine sozialistische Funktionärin hat gesagt, nun haben wir entdeckt, daß man endlich bei der Verpackung sparen muß. Ich stimme ihr zu. Wo spart denn die Regierung, wenn sie uns solche Bilderbüchlein schickt (*der Redner zeigt ein Büchlein vor*), im Vierfarbendruck, wo nichts drinnen steht außer SPÖ-Verwendungs-zusagen, Regierungspropaganda und ähnliche

11634

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974**Dr. Scrinzi**

Dinge? Nichts außer Propaganda auf teuerstem Papier, mit teuerstem Druck, das wird stößweise produziert. Ich war nur in der Eile nicht in der Lage, diese Hekatomben von ähnlichen Broschüren mitzunehmen, wo Sie in großartigen und teuren Verpackungen nichts außer mit Steuergeldern bezahlte rote Regierungspopaganda verpacken. Da sollen Sie sparen und nicht beim Stanitzel der Hausfrau. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Nach so vielen Jahren der Konjunktur — und das ist das dritte, das ich heute korrigierend anbringen muß —, wenn es um elementare Anliegen des Staates geht, wenn es um Aufgaben geht, die wirklich dem Staat obliegen, müssen Sie auf zusätzliche Belastungen des Konsumenten, des Steuerzahlers greifen. Als wir festgestellt haben, daß es Aufgaben sind, die allein der Staat, die Republik, die Öffentlichkeit bewältigen kann, wie zum Beispiel die Landesverteidigung, da haben Sie sich damit aus der Affäre zu ziehen versucht, daß Sie gesagt haben (*Unruhe im Saal — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen — Abg. Dr. Gruber: Der Präsident traut sich nicht bei seiner eigenen Partei!*), Sie fordern mehr Staat. Wir fordern keineswegs mehr Staat.

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Bitte um mehr Aufmerksamkeit und Ruhe. Dazu gehören auch die Zwischenrufe des Herrn Abgeordneten Dr. Gruber. Ich brauche mich nicht dauernd von Ihnen belehren zu lassen.

Ich bitte um mehr Ruhe.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Wir wollen vor allem keinen so schlecht verwalteten Staat, wie wir ihn derzeit haben, da ist das Jetzige schon viel zu viel.

Aber wenn Sie wirklich Aufgaben zu bewältigen haben, wie etwa die Modernisierung und den weiteren Ausbau der Krankenanstalten, dann müssen Sie in einer Zeit, wo wir ohnedies unter ständigen Preissteigerungen leiden, den Konsumenten, den Verbraucher neuerlich belasten.

Da schreiben Sie etwa in der Einleitung zum Antrag der Bundesregierung an den Hauptausschuß vom gestrigen Tag auf Erteilung der Zustimmung zur Neufestsetzung der Inlandverschleißpreise für Tabakerzeugnisse: „Die geplanten Maßnahmen des Bundes auf dem Gebiet des Krankenanstaltenwesens stellen an den Bundeshaushalt hohe Anforderungen, daß die Erschließung zusätzlicher Einnahmen notwendig ist.“

An Sparen, an das Ansetzen des gespitzten Stiftes denken Sie natürlich nicht, sondern Sie liefern uns neue Preiserhöhungen ins Haus,

tarnen Sie nach außen hin, verkaufen sie als Gesundheitsschilling — mit diesem Slogan sind Sie zwar etwas stiller geworden —, sanieren damit den weitgehend pleitegegangenen Finanzminister unter einem falschen Titel und treiben wieder den Preisindex damit in die Höhe.

Dazu kommt noch, daß Sie das so schlecht organisieren, daß die Tabakverschleißer bis heute nicht die neuen Preise kennen, obwohl sie alle schon in der Zeitung stehen. Damit haben Sie natürlich ein Erkleckliches dazu beigetragen, in der bestehenden Verwirrung Hamsterkäufe zu aktivieren. Wenn es richtig ist, was eine Ihnen nahestehende Zeitung hier schreibt, sind allein in den letzten Tagen für 70 Millionen Schilling Zigaretten gehamstert worden.

Sie sind nicht einmal in der Lage, diese organisatorische Koordination vorzubereiten. Bei uns haben heute im Laufe des Nachmittags drei Trafikanten angerufen und gefragt: Wie ist es denn eigentlich mit den neuen Preisen? Wir wissen nicht, wie wir dran sind; wir sind ja fast genötigt, jetzt zuzusperren, denn sonst werden wir heute ausgeplündert, und wir wissen nicht, zu welchem Preis wir morgen verkaufen können.

In Anbetracht all dieser Dinge sind Ihre Sparappelle, sind Ihre Bemühungen in bestimmten Fällen, wo es Ihnen gelegen erscheint, die Neidgenossenschaft zu aktivieren, völlig unglaublich. Sie verfolgen letzten Endes mit Ihrem ganzen Budget eine Linie, die man doch in jeder Richtung als unglaublich bezeichnen kann. Das war auch der Grund, warum Sie es vermieden haben, und zwar, glaube ich, erstmals in diesem Haus, in einer Budgetrede auch nur die Rahmenansätze des Budgets bekanntzugeben, und uns, die Abgeordneten, und zwar zu Recht, auf die Beilagen verweisen mußten, nicht aber die 2 Millionen Fernseher und Radiohörer, die auf diese Rede allein angewiesen waren.

Das ist mit einer der Gründe, warum wir dieses Budget natürlich ablehnen müssen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Gruber (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da sich das Interesse an dieser ersten Lesung einerseits auf die Affäre Oberhammer, andererseits jetzt auf „Zeit im Bild“ verlagert hat, ist es schwierig, zu dem eigentlichen Gegenstand unserer Beratungen wieder zurückzukommen. (*Abg. Laser: Weil der Finanzminister nie da ist!*) Das ist an und für sich für uns keine Novität.

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11635

Dr. Gruber

Wir haben es nicht zur Kenntnis genommen, er hat anderes, Wichtigeres zu tun, als seine Vorlage zu vertreten. Die Vorlage ist ja auch nicht so berühmt, daß er sich ihrer rühmen könnte.

Es ist gerade in den letzten Minuten wieder davon die Rede gewesen, daß man zwar an einzelne einen Sparappell erläßt, daß man aber sehr großzügig ist bei Ausgaben, wenn es darum geht, den politischen Willen in irgendeiner Form durchzusetzen. Siehe also das Kapitel ORF.

Daß das Budget selbst kein Budget des Maßhaltens ist — ein Maßhalten, das man zwar von den österreichischen Familien verlangt —, daß dieses Budget kein Sparbudget ist, daß dieses Budget auch kein Konsolidierungsbudget ist, das ist heute hier hingänglich erläutert worden. Es ist im Gegenteil ein Budget der Inflation, es ist ein Budget der zusätzlichen Verschuldung, zusätzlich in einem Doppelsinn des Wortes: es werden zu den vorhandenen Schulden noch weitere hinzugefügt: zusätzliche Verschuldung auch in dem Sinn, daß noch zusätzlich zu den ausgewiesenen Schulden eine Menge anderer Schulden eigentlich vorhanden ist oder diese noch vergrößert werden.

Es ist auch ein Budget der Verschleierung. Wir haben einzelne Beispiele dafür gehört. Ich möchte jetzt nicht in allzu viele Details eingehen.

Wenn der Herr Finanzminister in seiner Beilage zu der eher substanzlosen Budgetrede die Bildungspolitik an die vorderste Stelle setzt, dann soll damit der Eindruck erweckt werden, als ob Bildung in diesem Budget noch Vorrang habe, so wie das seinerzeit zur Zeit der ÖVP-Regierung der Fall war, wie das auch noch die weiteren Jahre zunächst versucht wurde. Mit diesem Budget allerdings — muß man sagen — hat der Vorrang für Bildung aufgehört. Die Steigerungsrate, die für Bildungsausgaben hier ausgewiesen ist, reicht nicht aus, um einerseits den Kaufkraftverlust wettzumachen, andererseits die notwendigsten Erfordernisse abzudecken, denn wenn etwa an unseren Hochschulen eine Steigerungsrate bei den Studierenden von 9 Prozent vorhanden ist und wir eine tatsächliche Inflationsrate von 10 Prozent haben, wäre unbedingt notwendig, daß das Bildungsbudget um 19 Prozent angehoben wird. Das ist in einzelnen Bereichen der Fall, aber nicht durchgehend.

Es wird also mit diesem Bildungsbudget nicht möglich sein, eine Verbesserung des bisherigen Zustandes herbeizuführen, und wenn jemand jetzt sagen möchte, es sei ohnehin

keine Verbesserung mehr notwendig, so beweist er damit nur, daß er keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen an unseren Bundesschulen, an unseren Hochschulen hat.

Weder im Bereich der Personalpolitik, im Bereich des Personalaufwandes noch des Sachaufwandes wird es zu einer Beseitigung der Mängel kommen. Erwarten Sie nun nicht, daß wir sagen, dort sind zuwenig Gelder vorhanden, da sind zuwenig Gelder vorhanden; das könnten wir auch, aber es wäre ja Sache der Bundesregierung gewesen, die notwendigen Mittel dort zur Verfügung zu stellen, wo sie unbedingt erforderlich sind, und sie nicht dort einzusetzen, wo sie unserer Meinung nach unzweckmäßig eingesetzt werden.

Und damit komme ich schon zum Thema der Verschwendungen, die man diesem Budget natürlich auch vorwerfen muß. Wir haben einen Artikel in Erinnerung aus dem Jahre 1972, Herr Dr. Fischer. Schon im März 1972 hat ein Journalist, der nicht uns nahesteht, sondern eher Ihrer Partei, nämlich Helmuth Pfitzner, damals, im „Kurier“ geschrieben: „Sparen, Herr Minister“. Damals waren Sparappelle eigentlich noch nicht so en vogue wie heute. Damals hat also Pfitzner den Minister aufgefordert zu sparen, nicht den Herrn Finanzminister, sondern den Unterrichtsminister. Aber heute, glaube ich, ist der Herr Finanzminister mindestens ebenso sehr Adressat eines solchen Sparappells wie der Herr Unterrichtsminister damals.

Worum ging es? Es ging um die Schulbuchaktion. Und wenn heute die Frau Kollegin Offenbeck mit beredten Worten die Vorteile dieser Schulbuchaktion für die Familie und insbesondere für die Frauen, die ja etwas von der Entlastung des Familienbudgets merken würden, genannt hat, dann kann man darauf nur sagen: Eine Entlastung des Familienbudgets durch eine Schulbuchaktion wäre auch durchaus möglich, ohne daß es zu einer so weitgehenden Verschwendungen öffentlicher Gelder kommt. Man kann nämlich den gleichen Effekt erzielen, ohne daß man das mit so leichter Hand tut, was heute schon vielfach angeprangert wurde, nämlich das Geld beim Fenster hinauswerfen.

Man leistet sich den Luxus der Verschwendungen auch heute, in einer Zeit, wo wir nicht mehr so aus dem Vollen schöpfen können, wie man das vor zwei Jahren geglaubt hat tun zu können.

Ich muß nun doch den Vorwurf der Verschwendungen gerade in dem Punkt etwas untermauern. Wenn wir uns daran erinnern,

11636

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Gruber

dab die Frau Abgeordnete Metzker im Jahre 1970 einen Antrag eingebracht hat, der in der Begründung einen Kostenaufwand von 420 Millionen Schilling ausgewiesen hat und dazu eine jährliche Zusatzrate von 20 Prozent dieses Betrages, was also 84 Millionen Schilling pro Jahr ausgemacht hätte, so hätten wir in den fünf Jahren, seit es diese Schulbuchaktion gäbe, einen Gesamtaufwand von 672 Millionen Schilling.

Was ist aber geschehen? Der damalige Vorsatz wurde — durch wen immer, das wissen wir nicht — umgebracht, und es wurde eine neue Variante vorgelegt — ich weiß auch nicht, die wievielte es war. Damals hat uns der Herr Unterrichtsminister erklärt, das würde 550 Millionen Schilling im Jahr kosten. Wenn ich 550 Millionen Schilling für diese Jahre, die seit der Einführung vergangen sind, und das kommende Jahr noch dazurechnen, ergäbe das den Betrag von 2,2 Milliarden Schilling. In Wahrheit ergeben sich im kommenden Jahr schon 1,1 Milliarden Schilling allein für die Schulbuchaktion. Und dabei spricht man immer vom kostenlosen Schulbuch. Eine größere Verhöhnung der Öffentlichkeit, insbesondere auch des Steuerzahlers und der Familien, kann ich mir gar nicht vorstellen, wenn man immer vom kostenlosen Schulbuch spricht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das Schulbuch kostet etwas, und wenn wir es summieren, ist das mehr als eine Milliarde pro Jahr, was das uns alle, uns Österreicher kostet.

Man sollte also von der teuren Schulbuchaktion sprechen, von der sündteuren Schulbuchaktion (*neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*), wobei noch gar nicht gesagt ist, daß nicht eine Zurverfügungstellung von Schulbüchern für Familien möglich und wünschenswert ist, aber nicht in der Form, wie es jetzt geschieht.

Was aber macht der Herr Unterrichtsminister? Wenn die Geschichte nicht so läuft, wie er sich das vorgestellt hat, auch in der Kostenentwicklung nicht, dann sucht er nicht die Fehler beim System. Nein, er beschimpft die Lehrer und sagt, die Lehrer seien schuld daran, die verantwortungslosen Lehrer, die also so eine Kostenexplosion herbeiführen. Zur Rede gestellt, daß man doch nicht alle Lehrer als verantwortungslos bezeichnen könne, sagte der Herr Unterrichtsminister: Nein, nein, so war das ja auch nicht gemeint, das seien ja nur einzelne. Und dann will uns der Herr Unterrichtsminister weismachen, daß die Kostenexplosion durch einzelne Überbestellungen einzelner Lehrer entstehen. Ich glaube, das muß doch ein Blinder mit dem Stock greifen, daß das nicht stimmen

kann, was uns der Herr Unterrichtsminister hier vormacht. Das ganze System stimmt eben nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun hat die Frau Kollegin Offenbeck vorhin ein Loblied gesungen auf die Barleistungen, die aus dem Familienlastenausgleichsfonds getätigter werden, insbesondere im Hinblick auf die Geburtenbeihilfe, die Heiratsbeihilfe und so weiter. Siehe da, auf einmal hat man keine Bedenken, daß jemand auf den verruchten Gedanken kommen könne, die Heiratsbeihilfe, die Geburtenbeihilfe zu verprassen, zu verbreiteln, irgendwo im Ausland zu verbrauchen, sich einen Urlaub zu genehmigen oder vielleicht sogar zu versauen, wie jemand einmal gemeint hat, daß das mit den Familienbeihilfen oder Kinderbeihilfen geschehen könnte. Ja da muß man auch konsequent sein! Wenn man einerseits die Bargeldleistung als etwas Sinnvolles ansieht, sie eigentlich nicht gefährdet sieht durch verantwortungslose Menschen, dann muß man auch hier konsequent bleiben. Dann hätte man auch hier unserem Vorschlag zustimmen können, daß man eine Barleistung an die Familien gibt. Und ich bin überzeugt, dann gäbe es das Problem des Wegwerfgeschulbuchs nicht, dann gäbe es das Problem der Verschwendungen in dem Zusammenhang nicht.

Ich habe gestern eine interessante Mitteilung im Fernsehen gesehen und habe das heute auch in den Zeitungen nachgelesen, insbesondere in der „Arbeiter-Zeitung“ — die Frau Kollegin Offenbeck hat in ihrem Beitrag ja auch darauf angespielt —, die sozialistischen Frauen würden nun eine Aktion einleiten zur Ersparung von Verpackungsmaterial und Altpapier und so weiter. Die Frau Bundesrat Demuth hat das gestern begründet und hat gesagt, ja man müsse sogar in Österreich eine Menge Altpapier aus dem Ausland beziehen; um 160 Millionen Schilling wird Altpapier importiert.

Der Herr Unterrichtsminister Sinowatz wird doch nicht schon in prophetischer Voraußicht der Entwicklung diese Wegwerf-Schulbuchaktion so angelegt haben, daß sich der Altpapierimport etwas verringert. (*Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Abg. Nittel:* Das ist das Letzte!)

Aber wie wollen Sie denn mit den Mengen Altpapier, die durch diese Schulbuchaktion entstehen, fertigwerden? (*Abg. Nittel: Schmeißen Sie die Bücher weg, die Sie gelesen haben?*) Herr Kollege Nittel! Es ist vorhin davon geredet worden, daß die eine Rednerin zwei Kinder hätte. Eine andere hat gesagt, ich habe auch welche. Ich habe vier daheim, ich habe also einige Erfahrung mit diesen

Dr. Gruber

Schulbüchern. Ich weiß, was mit den Schulbüchern geschieht. Bei mir sind sie noch nicht verbrannt worden, aber sie liegen herum, sie liegen funktionslos herum, sage ich Ihnen. Funktionslos, sie sind wertloses Altpapier, sie sind Makulatur geworden, und das ist das Problem. (Abg. Dr. Withalm: Was geschieht denn damit?)

1,1 Milliarden Schilling, Herr Finanzminister, werden ausgegeben. Ihr eigener erster Antrag hat gelautet: 420 plus 84 jedes Jahr. Sind Ihnen nicht schon auch Bedenken aufgestiegen, daß das kein akzeptables System sein kann? Sind Ihnen nicht auch schon Bedenken gekommen, daß hier Steuergelder oder öffentliche Gelder in einer Weise verwendet werden, wie es weder Sie noch der Unterrichtsminister, aber auch nicht Ihre Fraktion verantworten kann? (Beifall bei der ÖVP.) Es geht nicht nur um die Verschwendungen von Geld, es geht im gleichen Maß auch um die Verschwendungen von Material, und man kann sagen, dieses Beispiel ist das schlechteste Beispiel, das den Österreichern überhaupt gegeben werden kann angesichts einer Verknappung unserer Rohstoffe, angesichts einer Verknappung auch der wirtschaftlichen Ressourcen.

Einen Sparappell, Herr Finanzminister, kann man nur dann mit einiger Berechtigung der Bevölkerung zumuten, wenn Sie und Ihre Regierungskollegen auch bereit sind, dort zu sparen, wo es wirklich möglich ist. Sie können uns nicht in Verlegenheit bringen, indem Sie immer wieder sagen: Na, dann sagt uns halt, wo man einsparen könnte! Das ist ein Beispiel, das jeder Österreicher versteht, und ich glaube, wenn Sie hier nicht nach dem Rechten sehen, dann werden Sie mit Ihren Sparappellen wenig Erfolg haben.

Ich darf noch auf ein anderes Beispiel hinweisen, wo wir glauben, daß auch nicht ganz sinnvoll gewirtschaftet wird, ebenfalls aus dem Bereich der Kulturpolitik. Zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung war für den Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky das Kapitel Bundestheater ein sehr beliebtes Thema. Jede Gelegenheit hat er benutzt, um uns vorzureden, daß man aus dem Bundestheaterdefizit eigentlich den gesamten Abgang des Staatshaushaltes abdecken könnte. Das ist zwar nur einem Zauberkünstler möglich, aber er hat immerhin den Anschein erweckt, und immer kehrte bei ihm der Vorschlag wieder: Ja, da müßte man halt das Defizit bei den Bundestheatern verringern!

Nun ist ja sehr bald, nachdem die Sozialisten die Regierung übernommen haben, von einer Bundestheaterreform die Rede gewesen.

Der Unterrichtsminister Gratz hat sich sogar, ich glaube, im Jänner 1971, dazu verstiegen zu sagen, innerhalb von sechs Wochen wird ein Bundestheatergesetzentwurf dem Parlament zugeleitet werden. Nach sechs Wochen hat man weit und breit nichts davon gesehen. Dreieinhalb Jahre sind vergangen, bis ein solcher Entwurf das Licht der Welt, der parlamentarischen Öffentlichkeit erblickt hat, und ich glaube, der Herr Bundesminister Sinowatz hätte am liebsten diesen Entwurf schon wieder zurückgezogen, weil er innerhalb seiner eigenen Leute, der Gruppen, die daran Interesse haben, so viele Schwierigkeiten hat.

Aber ich will nicht über das Bundestheatergesetz reden, ich möchte nur fragen, ob es die Sozialisten, ob es insbesondere der Herr Dr. Kreisky fertiggebracht hat, das Bundestheaterdefizit aus der Welt zu schaffen. Wir haben als ÖVP nie behauptet — das möchte ich gleich dazu sagen —, daß man das könnte. Aber die Sozialisten haben das sehr wohl behauptet. Im Jahre 1970 betrug das Defizit 370 Millionen Schilling, im Jahre 1975 wird dieses Defizit 778 Millionen betragen, das ist eine Steigerung von mehr als 100 Prozent in dieser Zeit.

Sehr beachtlich, Herr Finanzminister! Ich nehme nicht an, daß Sie große Freude damit haben. Aber Sie haben anscheinend auch nichts dagegen unternommen, daß hier nach dem Rechten gesehen wird. Innerhalb eines Jahres allein steigt das Bundestheaterdefizit um 100 Millionen Schilling. Wir sind heute so weit, daß pro Tag — auch die spielfreien Tage mit eingerechnet — 2 Millionen Schilling Defizit bei den Bundestheatern entstehen. Ich gebe zu, daß hier der Staat eine Verpflichtung hat, erstens der österreichischen Öffentlichkeit gegenüber, aber sogar darüber hinaus eine Verpflichtung, hier seinen Beitrag zu leisten. Aber das eine muß man doch wohl sagen: von glaubwürdig, Herr Kollege Wille, von glaubwürdig kann man bei dieser Regierung und ihrer Mannschaft nicht mehr reden!

Wenn der Herr Bundeskanzler vorher, wenn man sich noch leichter redet, erklärt, das Bundestheaterdefizit muß weg, und nachher wird es mehr als verdoppelt, und man soll ihm trotzdem noch seine Beteuerungen in anderer Hinsicht abnehmen, dann sind wir überfordert, Herr Kollege Wille. (Beifall bei der ÖVP.) Ich rate Ihnen wirklich: Richten Sie Ihre Anstrengungen, die Sie heute hier in so beredter Weise auch uns gegenüber an den Tag gelegt haben, richten Sie diese Anstrengungen, was den Wert des gesprochenen Wortes anlangt, an Ihre Fraktionskollegen und an Ihre Regierungsmannschaft. Wenn Sie

11638

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Dr. Gruber

das erreicht haben, werden wir sicherlich mit-einander leichter reden, denn dann haben wir es nicht immer nötig, Ihnen die Unwahrheiten und die Unrichtigkeiten nachzuweisen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann also hier nur für beide Bereiche den Sparappell von Helmut Pfitzner wiederholen: Sparen, Herr Minister! Es ist höchste Zeit, auch auf diesem Sektor zu sparen.

Und noch eine Bemerkung zu der Frage des Wohnbaus, weil das heute auch schon mehrfach erwähnt wurde. Dr. Withalm hat mit Recht erklärt, daß die Regierung gerade auf diesem Gebiet das ärgste Debakel erlitten hat, das man sich überhaupt vorstellen kann. In den Bereich Glaubwürdigkeit gehört auch das hinein.

Wenn man sehr großzügig, um nicht zu sagen großspurig, vor der Wahl erklärt, es sollen pro Jahr um 5000 Wohnungen mehr errichtet werden, und das sozusagen zum harten Kern der Regierungsverhandlungen macht, und nachher schaut die Wirklichkeit so ganz anders aus, dann muß man sagen: Meine Herren, lassen Sie die Finger davon, reden Sie über dieses Kapitel nicht mehr! Aber Sie reden ja auch nicht mehr davon, denn es ist Ihnen unangenehm geworden, über die Frage des Wohnungsbaus zu reden.

Mehr Wohnungen und billigere Wohnungen, das hat man damals plakatiert. Was ist daraus geworden? Weniger Wohnungen und teurere Wohnungen! Und es kann kein Mensch sagen, daß heute ein junges Ehepaar eine Wohnung leichter erwerben kann, als das etwa im Jahre 1969 oder 1970 der Fall gewesen wäre.

Wenn man Ihre Rechnung wirklich ernst genommen hätte, dann hätten Sie heute ein Wohnungsdefizit von 70.000 Wohnungen, die Sie der Bevölkerung versprochen haben und die zu bauen Sie nicht gehalten haben. Die Rechnung ist ganz einfach aufgestellt: Das, was bis zum Jahre 1974 an Wohnungen fertiggestellt hätte werden sollen, und das, was fertiggestellt worden ist. Die Differenz gibt dieses Defizit, das sind 70.000 Wohn-einheiten.

Nun noch eine Bemerkung zu der Frage der Lizitation. Der Kollege Sekanina hat gemeint, wir hätten immer lizitiert und wir seien erst in der letzten Zeit eines Besseren belehrt worden. Der Kollege Mühlbacher hat auch davon gesprochen, daß unsere Anträge ungeheure Summen erfordern würden. Darf ich Sie daran erinnern, was auch heute schon von Withalm gesagt wurde: daß Ihre Fraktion zur Zeit Ihrer Oppositionsrolle mehr oder minder an einem Tag Anträge mit mehr als

5 Milliarden Schilling an Kosten gebracht hat. (Abg. Dr. Zittmayr: Das war damals noch ein Geld! — Abg. Dr. Kohlmair: Bessere Schillinge, keine Kreisky-Schillinge!) Ja, das außerdem. Das waren noch gute, bessere Schillinge, als das heute der Fall ist.

Ich möchte nur einen einzigen konkreten Fall noch herausgreifen. Damals hat die sozialistische Fraktion im Zuge der Beratungen über die Wohnbauförderung verlangt, zu den zweckgebundenen Einnahmen für Wohnbautätigkeit müßten noch 35 Prozent Budgetmittel dieses Betrages hinzugelegt werden. Wissen Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, was das für das Jahr 1975 bedeuten würde? Sie müßten noch zusätzlich aus dem Budget mehr als 2 Milliarden Schilling für die Wohnbautätigkeit dazulegen. Herr Finanzminister, Sie werden zugeben, daß das für Sie unmöglich wäre. Natürlich, auch für uns war es unmöglich. Aber Sie haben damals so ohne weiteres und ohne Schwierigkeiten Anträge dahergebracht, von denen Sie wahrscheinlich auch gewußt haben, daß sie unmöglich zu finanzieren sind.

Aber, wie ist das, Herr Kollege Wille, mit der Glaubwürdigkeit? Wie ist das mit dem Wert des gesprochenen oder sogar des gedruckten Wortes? Wie ernst kann man eine Partei nehmen, die uns die Milliarden sozusagen aus der Tasche ziehen will, wenn es nicht ihre Tasche ist, sondern die eines anderen? Aber wenn sie selbst die Verantwortung trägt, dann schaut es ganz anders aus. Das ist der ernsthafte Vorwurf, den man Ihnen machen muß. Nicht, daß heute da und dort Posten unterdotiert sind oder daß Sie dort und da wirklich eine Verschwendungen treiben, sondern daß Sie alles das, was Sie seinerzeit versprochen, der österreichischen Bevölkerung verheißen haben, nicht eingehalten haben.

In der letzten Zeit ist eine ganz abstruse Argumentation bezüglich Zustimmung zum Budget oder zum Budgetüberschreitungsgesetz aufgetaucht. Es haben sozialistische Sprecher zum ersten Budgetüberschreitungsgesetz erklärt: Wenn ihr da nicht zustimmt, seid ihr dagegen, daß dort eine Schule gebaut wird, da seid ihr also dagegen, daß dort jene Maßnahme gesetzt wird! — Ich muß schon sagen, auf Gedanken kommen die Leute, daß man es nicht glauben möchte!

Wenn diese Argumentation wirklich ernst genommen werden soll, dann war die sozialistische Fraktion zwischen 1966 und 1970 dagegen, daß zum Beispiel die Beamten ihre Gehälter ausbezahlt bekommen, weil Sie das Budget abgelehnt haben. Ich muß sagen, solche Argumentationen sollten Sie so rasch

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11639

Dr. Gruber

wie möglich wieder aus der Debatte verschwinden lassen, sie sind ein Armszeugnis für Sie und haben in einem Parlament, das doch, glaube ich, über die Grenzen der Fraktionen hinaus einen gewissen Respekt erfordert, nichts zu tun.

Ich muß sagen: Nicht deshalb, weil dort und da etwas drinnen ist, was uns nicht paßt, lehnen wir das Budget ab, sondern deshalb, weil es in seiner ganzen Grundstruktur, in seiner ganzen Konzeption falsch ist. Ein solches Budget können wir nicht akzeptieren. Das ist unser Standpunkt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Stögner.

Abgeordneter Stögner (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die heutige Budgetdebatte aufmerksam verfolgt und sie mit der vorjährigen Budgetdebatte vergleicht, stellt man einen grundlegenden Unterschied fest: Im vergangenen Jahr ist es noch so gewesen, daß die Opposition — vor allem die Österreichische Volkspartei — Anträge, Zusatzanträge zum Budget 1974 eingebracht hat. (Abg. Dr. Koren: Überhaupt keine! Tut mir leid!) Ich weiß es schon. Sie haben etwa 20 Milliarden Schilling ausgemacht. (Anhaltende Zwischenrufe.)

Heute ist die Situation so, daß die Österreichische Volkspartei versucht, mit allen Mitteln die Situation so darzustellen, als ob die sozialistische Bundesregierung bankrott gemacht hätte, daß man also gar nicht mehr in der Lage wäre, irgendwelche Forderungen an dieses Budget zu stellen. Die Tatsachen sind ganz anderer Natur.

Nun möchte ich auf einige Feststellungen, die etliche Vorredner vor mir gemacht haben, näher eingehen.

Herr Dr. Zittmayr hat unter anderem bekritisiert, daß die Abbildung 27 in den Beilagen zum Budget nicht richtige Aussagen mache, daß diese Darstellungen falsch wären. Ich nehme an, daß Herr Dr. Zittmayr die Legende nicht gelesen hat, oder er wollte über die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft hinwegreden. (Abg. Dr. Zittmayr: Die Überschrift!) Sicher ist, daß nur ein Wort in der Überschrift nicht den Tatsachen entspricht (*Heiterkeit*), daß aber alles andere, die Aufstellung und die ganze Legende hier genau die Tatsachen wiedergibt. Ich gebe schon zu, daß die Vertreter des Bauernbundes von einer Steigerung des Einkommens in der Landwirtschaft in den letzten Jahren — 1970 bis 1973 — von nicht ganz 45 Prozent nicht gerne hören. Ich erinnere mich noch eines Ausspruches des

Herrn Präsidenten Minkowitsch in der Ausschußdebatte, der damals, als festgestellt worden ist, daß die Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung um 18 Prozent im Jahr 1972 gestiegen sind, gesagt hat: Man könnte doch nicht von einem Jahr reden, man müßte einen längeren Zeitraum hernehmen, weil die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft ganz andere wären und so weiter.

Hier haben wir jetzt einen längeren Zeitraum, den Zeitraum 1970 bis 1973, und die Einkommenssteigerung von etwa 45 Prozent kann sich sehen lassen. Sie ist nicht schlechter als in allen anderen Berufsgruppen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Dr. Zittmayr hat auch gemeint, daß man der Landwirtschaft das Heizöl verbilligt hätte zur Verfügung stellen müssen; man würde einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand betreiben, wenn man nun 600 Millionen Schilling jährlich für diese Aktion zur Verfügung stellt. Er weiß genauso gut wie ich, warum es nicht möglich war, dieses verbilligte Heizöl zur Verfügung zu stellen, warum man diese Variante wählen muß.

Wenn er im Zusammenhang mit der Schulbuchaktion und den Schulfahrten und so weiter von Verschwendug spricht, dann möchte ich ihm raten, er soll einmal, wenn er aufs Land fährt, mit den Bäuerinnen und mit den Bauern reden. Er wird dann sehr schnell eines anderen belehrt werden, denn gerade in der bäuerlichen Bevölkerung haben diese Aktionen sehr gut eingeschlagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Dr. Scrinzi hat die Gastarbeiterfrage angeschnitten. Ich war etwas verwundert, umso mehr, als gerade vor einigen Wochen in einem Nachbarland von uns diese Frage Gegenstand einer Volksabstimmung gewesen ist. Und er weiß ja, daß zwei Drittel der Bevölkerung gegen den Abbau oder den teilweisen Abbau von Fremdarbeitern gewesen sind. Ich möchte dazu nur die Frage stellen: Wir haben derzeit etwas über 220.000 Gastarbeiter in Österreich. Diese Gastarbeiter sind nur in ganz geringer Zahl in Spezialberufen eingesetzt, in der überwiegenden Mehrheit in Berufen, die bei österreichischen Arbeitern nicht sehr gefragt sind. Wenn wir also diese Gastarbeiter abbauen würden, dann würde wahrscheinlich ein Teil unserer Wirtschaft ernstlich in Unordnung geraten, weil österreichische Arbeitskräfte sehr schwer bereit sein würden, diese Arbeitsplätze wieder auszufüllen. Wir tun also besser daran, wenn wir diese Frage nicht zu sehr diskutieren, weil wir alle miteinander wissen, daß wir die Gast-

11640

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Stögner

arbeiter nicht entbehren können und daß sie dazu beitragen, unser Wirtschaftswachstum entsprechend zu gestalten.

Nun einige Feststellungen auch noch zu diesem von Ihnen so verteufelten Budget. Das Budget, soweit es die Landwirtschaft betrifft, weist eine Steigerung von mehr als 20 Prozent auf. Das Gesamtbudget steigt um etwas über 15 Prozent. Kollege Kern lacht, er vergißt wahrscheinlich, daß man der Budgetsteigerung, soweit es die Landwirtschaft betrifft, zu einem großen Teil natürlich auch die sozialen Leistungen, die dieser Berufsgruppe zugeordnet sind, zurechnen muß; und zwar aus einem ganz simplen Grund. Die Sozialleistungen werden ja zum größten Teil aus dem Familienlastenausgleichsfonds erbracht, und dieser Familienlastenausgleichsfonds wird natürlich von allen Gruppen der Bevölkerung gespeist. Aber wenn man feststellt, daß die bürgerliche Bevölkerung aus diesem Titel etwa 2 Milliarden jährlich bekommt und direkt und indirekt etwa 70 oder 71 Millionen einbezahlt, so ist ein sehr großer Teil dieser ausbezahlten Mittel eine Subvention seitens der Allgemeinheit und gehört natürlich hier dazugerechnet.

Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß wir der bürgerlichen Bevölkerung diese Zuwendungen sehr gönnen, weil wir wissen, daß ja gerade sie zum allergrößten Teil diese Zuwendungen sehr dringend braucht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Frühere Regierungen haben sehr wenig Versuche gemacht, im Landwirtschaftsbudget zu differenzieren. Wir wissen aber, daß gerade in der Landwirtschaft die Produktionsbedingungen und damit auch die Verdienste sehr stark differieren, wahrscheinlich stärker als in allen anderen Berufssparten. Die sozialistische Regierung versucht nun seit Jahren, entsprechend zu differenzieren, und das Budget 1975 bringt diese Differenzierung sehr deutlich zum Ausdruck. Wenn wir sehen, daß mehr als 37 Prozent der gesamten Bauern in Bergbauerngebieten leben, so müssen wir feststellen, daß gerade dieser Gruppe, die ja am schwersten produziert, am meisten geholfen werden muß. Im Budget sind die Ansätze für diese Gruppen entsprechend höher dotiert. Wir begrüßen das, weil wir damit einen sehr großen Beitrag zur Existenzsicherung gerade dieser Gruppe von Bauern leisten.

Ich bin also der Meinung, daß das Budget 1975 beileibe kein Bankrott-Budget ist, sondern ein Budget, das verantwortungsbewußt erstellt worden ist, das alle Gruppen der österreichischen Wirtschaft, soweit es für sie notwendig ist, entsprechend berücksichtigt.

Und wenn Sie mit diesem Budget oder mit der ganzen Wirtschaftspolitik dieser Regierung absolut nicht einverstanden sind, wenn Sie immer wieder feststellen, die sozialistische Regierung habe den Staat an den Rand des Ruins gebracht — Sie bezweifeln ja, daß das nächste Jahr überhaupt noch überlebt werden kann —, dann muß ich doch zum Abschluß die Frage stellen: Wenn Sie das ernstlich meinen und wenn Sie tatsächlich so staatsbewußt sind, wie Sie das heute in vielen Diskussionsbeiträgen festgestellt haben, warum stellen Sie dann nicht den Antrag, den Sie schon so viel diskutiert haben, daß diese Regierung abtreten soll? Es ist Ihnen ja vielfach angeboten worden. Wir haben keine Veranlassung abzutreten, denn wir wissen die österreichische Wirtschaft in guten Händen, und die Zahlen, die heute schon oft genannt worden sind, beweisen das vielfach.

Wir sind also guten Mutes, wir sind der Meinung, daß die österreichische Bevölkerung im nächsten Jahr genauso gut leben wird wie im heurigen Jahr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kern.

Abgeordneter Kern (OVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einige Bemerkungen zu meinem unmittelbaren Vorräder, dem Herrn Abgeordneten Stögner. Er hat zunächst den Kollegen Zittmayr korrigieren wollen und gemeint, es wäre nur ein Wort falsch. Aber das ist nun einmal so: aus Kleinigkeiten setzt sich der Text zusammen, und wenn man hier einen kurzen Satz hat und ein Wort fehlt, und zwar das wichtigste Wort, dann kommt eben ein falscher Inhalt, ein falscher Schluß heraus. Sie haben selbst jetzt zugegeben, daß das nicht stimmt, was hier von der Regierung vorgelegt worden ist, daß also das Familieneinkommen eines bürgerlichen Beschäftigten oder einer Familienarbeitskraft nicht 130.000 S pro Jahr ist, wie sie — die Regierung, meine ich — das zum Ausdruck gebracht hat.

Er hat weiter gemeint, daß die Bauern in dem Budget ohnehin besonders gutgestellt werden und daß insbesondere die Bergbauern — und hier hat er die differenzierte Mittelzuweisung erwähnt — bessergestellt wären. Ich gebe ohne weiteres zu, daß im nächsten Budget für die Bergbauern um einiges mehr drinnen ist.

Nebenbei bemerkt, Herr Finanzminister, auch in den vergangenen Jahren schon hat es Bergbauern-Sonderprogramme gegeben mit Beträgen, die dann im Endeffekt nie ganz zur Anwendung gekommen sind, und da hat es

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

11641

Kern

ganz gewaltige Differenzen zwischen den Ansätzen und den tatsächlich ausbezahlten Beträgen gegeben.

Aber dessenungeachtet, Herr Finanzminister, ist die Situation ja so, daß gerade durch die beabsichtigte Veränderung oder durch das Auslaufen der Marktordnungsgesetze — und ich werde mich dann mit dieser Materie noch eingehender befassen müssen — insbesondere die Bergbauern schwerstens geschädigt würden und daß die paar Millionen, die hier zusätzlich vorgesehen sind, weit zuwenig wären, um den Verlust, der dadurch eintreten wird, wenn das verwirklicht wird, was Sie hier beabsichtigen, auszugleichen.

Ich komme nun zum Agrarbudget. Nur ganz kurz insgesamt: Die Steigerung des Agrarbudgets, gemessen am Gesamtbudget zwischen 1969 und 1975, hat sich von damals 5½ Prozent — und ich meine jetzt Kapitel 60 und 62, Land- und Forstwirtschaft und Preisausgleiche — auf 3,2 Prozent für 1975 vermindert. Das sind die Tatsachen. Ob Sie darin einen besonderen Erfolg erblicken, auch das überlasse ich Ihnen und kann es nur Ihrer Kurzsichtigkeit zuschreiben, wenn Sie glauben, daß das eine Steigerung wäre.

Als letzter Redner meiner Fraktion möchte ich noch einmal ganz besonders darauf hinweisen, was heute schon von einigen meiner Herren Vorredner, von Kollegen meiner Fraktion, gesagt worden ist, nämlich daß wir natürlich jetzt am Schluß dieser heutigen Debatte, bei der Behandlung dieses letzten Budgets, auch eine Bilanz über diese Periode der SPÖ-Alleinregierung zu ziehen haben.

Ich möchte noch einmal voranstellen, daß die ÖVP im Jahre 1970 eine prosperierende Wirtschaft mit gesicherten Arbeitsplätzen hinterlassen hat, daß sie eine harte Währung mit ganz geringen Preissteigerungen hinterlassen hat, und es hat gestern Kienzl, der Herr Generaldirektor der Nationalbank, in der „AZ“ darauf hingewiesen: er hat von den guten alten Zeiten geschrieben.

Ich möchte weiters feststellen, daß wir eine funktionsfähige Landwirtschaft hinterlassen haben. Wenn das bestritten wird, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß der Sozialbericht zum Jahre 1970 Kronzeuge hiefür ist, daß dem so war. Denn hier wird ausgeführt, daß die Wirtschaft 1969/70 ausgezeichnet gewachsen ist, daß die Wirtschaftsentwicklung positiv war.

Die SPÖ hat im Jahre 1970 auf Grund vieler Versprechungen — und mit einigen dieser Aussagen muß ich mich heute befassen — und auf Grund der Tatsache, daß sie vier Jahre hindurch einen permanenten Wahlkampf ge-

führt hat, die Mehrheit im Parlament erhalten und die Regierung gestellt. Sie hat sich als die „bestvorbereitete Regierung“ damals offeriert, mit den angeblich besten Konzepten.

Ich möchte Ihnen jetzt einige Schlagworte von damals in Erinnerung bringen: „Wählt doch die SPÖ, damit das Einkaufen wieder Freude macht“! So war ein gängiger Schlager, den Herr Dr. Kreisky landauf, landab verkündet hat.

Oder: „Nur eine starke SPÖ verhindert einen höheren Benzinpreis“! Das war ein zweiter Schlager, den die SPÖ damals verkündet hat.

Oder: „Die SPÖ wird den Kampf gegen die Armut aufnehmen“! Sie hat ihn tatsächlich aufgenommen. Wir stellen das besonders bei den Zuschußrentnern fest, und ich möchte hier festhalten: Aus dem Kampf gegen die Armut ist ein Kampf der Regierung gegen die Armen geworden.

Das sind die Tatsachen, die heute zu sehen sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Von den Wohnungen wurde gesprochen.

Man könnte diese Aussagen fortsetzen und würde lange brauchen, um alle die Versprechungen, die Sie nicht erfüllt haben, hier zu zitieren.

Daß diese Regierung die „bestvorbereitete“ gewesen sei und daß sie für alles und jedes Konzepte gehabt habe, damit muß ich mich doch mit einigen Worten auseinandersetzen. Es war — es wurde heute schon gesagt — im Herbst 1972, und zwar erst nach den schlecht ausgetragenen Betriebsratswahlen, als die Regierung an einem Sonntag — sogar an einem Sonntag! — einen Sonderministerrat einberufen hat, um schnell etwas gegen diese Inflation zu tun. Man muß sie bekämpfen, hat man damals festgestellt. Das haben wir Ihnen schon lange vorher gesagt. Nur haben Sie das alles vom Tisch gefegt, alle unsere Vorschläge, aber dann haben Sie einen Sonderministerrat nach den schlecht ausgetragenen Betriebsratswahlen einberufen!

Oder das zweite: Es war bekanntlich im Jahre 1974 nach den Salzburger Landtagswahlen, als Ihnen erstmals das Gruseln so richtig gekommen ist. Damals — bis dahin nicht — ist auf einmal wieder der Gedanke nach einer verschärfsten Preisregelung gekommen, und auf die Frage: Wer hat denn wirklich schuld an der Teuerung?, waren es damals schon die Landeshauptleute, die schuld gehabt hätten, daß die Preise so stark gestiegen sind.

Von eigener Stabilisierungsnotwendigkeit, von eigener Sparsamkeit der Regierung hat man weit und breit nichts gehört. Im Gegen-

11642

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Kern

teil. Im Sommer dieses Jahres ist der vierte und letzte Staatssekretär eingestellt worden, der vom Minister für Land- und Forstwirtschaft als völlig überflüssig bezeichnet worden ist. Er hat gesagt, er braucht ihn gar nicht, aber der Staatssekretär wurde ihm von Doktor Kreisky aus ganz bestimmten Gründen, auf die ich auch noch zu sprechen kommen werde, aufgekrovtiert.

Meine Damen und Herren! Wenn heute die Dinge so dargestellt wurden oder wenn versucht wurde, sie so darzustellen, als ob wir von der ÖVP vielleicht gar ein Interesse daran hätten, eine Arbeitslosigkeit zu bringen und davon zu reden, möchte ich nur eines sagen: Wir haben ja in der Zeit von 1966 bis 1970 bewiesen, daß es neben der Stabilität auch gesicherte Arbeitsplätze geben kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann mich noch genau an diese Zeit erinnern, als es immer wieder geheißen hat: Gesundbetreu der Wirtschaft nützt überhaupt nichts! Da haben Sie recht gehabt. Und wenn wir die Dinge aufgezeigt haben, dann ist der Grund auch der, daß Sie endlich zur Besinnung kommen und etwas gegen diese Entwicklung tun. Wie gestern Kienzl das in der „AZ“ richtig beschrieben hat.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundeskanzler vor einigen Tagen erst — am 29. Oktober — in St. Pölten bei einer Großkundgebung seiner Partei erklärte, daß es vornehmste Aufgabe der Regierung ist, die Arbeitsplätze zu sichern, und es zur selben Zeit — Kollege Pichler aus St. Pölten wird mir leider recht geben müssen — eine ganze Reihe von Betrieben im Bezirk gibt, die bereits Arbeiter entlassen mußten und in der nächsten Zeit, wie wir befürchten, noch entlassen werden müssen, wo Kurzarbeit schon eingeschaltet wird, dann frage ich, ob denn diese Aussage des Herrn Bundeskanzlers für diese armen Betroffenen von Wert ist oder welchen Wert sie hat. Mit Gesundbetreu wird man diese Probleme nicht meistern können! Man wird hier andere Dinge machen müssen. Man wird hier das tun müssen, was Kienzl Ihnen gestern ins Stammbuch geschrieben hat.

Und nun zu dem Problem, mit dem ich mich heute eigentlich hauptsächlich beschäftigen möchte. Es hat gerade auch in der damaligen Zeit geheißen, daß die SPÖ natürlich auch ein besseres Agrarkonzept hätte. Ich habe vor einigen Tagen, als ich mir die Unterlagen zusammengesucht habe, geblättert und habe das Protokoll der letzten Agrardebatte 1969 — ÖVP-Regierungszeit — herausgesucht und die Ausführungen unseres jetzigen Landwirtschaftsministers durchgelesen. Der Herr Land-

wirtschaftsminister hat abschließend in einer ziemlich langen Rede unter anderem folgendes festgestellt:

„Zur Gesundung unserer Landwirtschaft müssen Schwerpunkte gesetzt werden, wie zum Beispiel die Erschließung neuer Einnahmequellen für die“ Bauern „— ich glaube, hier gehen wir konform —, eine wachstumsorientierte Zielsetzung bei den Förderungsmaßnahmen — ich nehme an, auch hier gehen wir konform —, Rationalisierungsmaßnahmen zur Kostensenkung“, und so weiter, und so fort.

Der Herr Minister ist leider momentan ... (Abg. Minkowitsch: O ja, er ist hier!) Doch ja, er ist hier. Ich freue mich, Herr Minister! Jetzt frage ich Sie, was mit Ihren damaligen Vorstellungen ist, die Sie offeriert haben, die Sie verwirklichen wollten — Sie haben damals wahrscheinlich noch nicht daran gedacht, daß Sie Minister werden —.

„Eine wachstumsorientierte Zielsetzung bei den Förderungsmaßnahmen“: Glauben Sie, Herr Bundesminister, daß das, was uns in den Agrarbudgets offeriert wird, mit dem, was Sie sich zum Ziel gesetzt haben, vereinbar ist? Glauben Sie, daß eventuell die Einsetzung der Bundesprüfungskommission oder gar die Bestellung eines unerwünschten Staatssekretärs diesen Zielsetzungen näherkommt?

Eine zweite Frage: „Rationalisierungsmaßnahmen zur Kostensenkung“. Herr Bundesminister, ich frage, ob die enorme Steigerung bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, ob die höchste Umsatzsteuer bei Dieselöl und Handeldünger — weit höher als in allen anderen europäischen Ländern! — dazu beitragen werden, die Kostensenkung in der Landwirtschaft herbeizuführen, und ob sie auch dazu beitragen werden, entsprechende Konkurrenzmöglichkeiten gegen die EWG-Bauern zu verwirklichen.

Und soziale Hilfe für ältere Bauern haben Sie damals auch in Aussicht gestellt, „damit diese ihre Höfe zugunsten der Aufstockung anderer“ früher übergeben sollten. Herr Bundesminister! Ich habe heute schon erwähnt: Die Zuschußrentner warten seit Jahren auf eine entsprechende Angleichung; sie warten bis jetzt vergeblich.

Im übrigen möchte ich mich über die wirtschaftliche Situation, über die heute Kollege Zittmayr schon teilweise gesprochen hat und über die noch zu sprechen sein wird, heute nicht mehr verbreiten. Ich möchte mich heute ganz besonders mit dem Stil und mit der für einen österreichischen Bundeskanzler einmal-

Kern

gen und in der Vergangenheit noch nie praktizierten Art, Politik und Agrarpolitik zu betreiben, beschäftigen.

Diese Agrarpolitik, die Dr. Kreisky neben dem Herrn Bundesminister so nebenbei oder „überbei“ betreibt, läßt sich bei weitem nicht aus den Regierungserklärungen herauslesen. Ich möchte diese Agrarpolitik, die der Herr Bundeskanzler betreibt, die Politik mit den Bauern, besser gesagt, dahin gehend interpretieren, daß ich sage: Es ist eine Politik der Verschleierung, eine Politik der Diffamierung, eine Politik der Verdächtigung gegen bäuerliche Berufsvertretungen, der Genossenschaften, und auch eine Politik der Verschwendungsverschwendungen von Steuergeldern. (Zustimmung bei der ÖVP.) Das Ziel dieser Politik wäre, die Spaltung der Bauern herbeizuführen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie nun glauben, daß ich hier etwas gesagt hätte, was ich nicht mit Fakten belegen könnte, dann sage ich jetzt noch einmal: Ich nehme jedes Wort zurück, das ich zuviel gesagt habe. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Meine sehr Geehrten! Wie Bundeskanzler Kreisky diese Politik hier programmiert hat und wie er sie in Aussicht gestellt hat, darf ich Ihnen jetzt sagen. Der Bundeskanzler hat bereits am 5. Juni 1966, und zwar war das bei einer Veranstaltung der SPÖ Niederösterreich, folgendes über seine Ansichten, mit den Bauern zu reden, seinen sozialistischen Kollegen berichtet. Er hat unter anderem ausgeführt.

Da soll man mit den Bauern in einer Sprache sprechen, die sie verstehen, und ich schäme mich nicht, das hier zu sagen, schließlich ist das ein hartes Handwerk, das wir betreiben. Wir sollen den Bauern sagen: Wir Sozialisten haben aus eigenem kein eminentes Interesse daran, daß die österreichische Landwirtschaft einen immer größeren Anteil am Sozialprodukt bekommt. — Richtig, das haben wir schon gemerkt. — Aber wir sollen auf der anderen Seite den Bauern etwas klar und deutlich sagen. Wenn ich etwas in der Partei zu reden hätte — hat er damals gemeint, er war damals noch nicht Bundesobmann der SPÖ —, würde ich dafür eintreten, ich würde sagen: Laßt uns einen einfachen Kuhhandel machen. Ihr wollt einen größeren Anteil haben. Wir sind der Meinung, daß man darüber reden kann, aber nur dann, wenn ihr nicht von vornherein die verläßlichsten Schutztruppen der Volkspartei seid, wenn ihr nicht von vornherein um jeden Preis bereit seid, die Volkspartei zu unterstützen.

Das ist die Aussage des Herrn Bundeskanzlers. Wer die ganzen Maßnahmen, die der Herr Bundeskanzler gesetzt hat, seitdem er

Regierungschef ist, untersucht, wird herausfinden, daß bei all diesen Dingen diese Grundlinie maßgeblich war.

Das war der Fall im Oktober 1970 bei der erstmaligen Vorlage eines sogenannten Subventionsberichtes, der eine ausgesprochene Diffamierung der Bauern beinhaltet hat. Der Herr Bundeskanzler hat dann bei einer Anfragebeantwortung erklärt, es stimmt ohnehin nicht. Aber kurze Zeit darauf hat er trotzdem dasselbe in der Öffentlichkeit wiederholt und hat von Steuermilliarden, die die Bauern bekommen, gesprochen.

Oder dann im Herbst 1972: Damals ging es darum, den Brotpreis abzugelenken. Der Preis für das Schwarzbrot ist damals um 50 Groschen pro Kilogramm erhöht worden. Die Landwirtschaft war, von ihrem Grundprodukt aus gesehen, mit einigen Groschen an dieser Erhöhung beteiligt. Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, daß hier eine Abgeltung stattfinden muß. Richtig. Er hat aber dann dazugesagt, daß das die Bauern zum Teil bezahlen werden müssen, weil sie auch mit einigen Groschen an den 50 Groschen beteiligt waren.

Auf die Frage eines Journalisten am 27. September 1972, ob es nicht problematisch wäre, eine Bevölkerungsgruppe, in dem Fall die Rentner, auf Kosten anderer Bevölkerungsgruppen subventionieren zu lassen, hat dann der Herr Bundeskanzler die bekannte Äußerung von den Steuermilliarden gemacht, obwohl er kurz vorher erklärt hatte: Man kann nicht sagen, wer die echt Begünstigten bei der Subventionsvergabe sind.

Kurze Zeit darauf hat er in einem Interview den NON gegenüber, dem Lokalblatt in St. Pölten, erklärt: Aber gehn S', das ist doch gar nicht wahr, so habe ich das doch gar nicht gesagt. Genau wieder das Gegenteil. Ich bitte den heute schon so oft zitierten Kollegen Wille, doch einmal beim Herrn Bundeskanzler vorstellig zu werden und auf diese Widersprüche aufmerksam zu machen.

Es ist dann ein zweites Beispiel, das ich anführen möchte: die Einsetzung einer Bundesprüfungskommission im Jahre 1972. Ich weiß ganz genau, daß auch der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft keine Freude damit hat. Er selbst hat in einer schriftlichen Anfragebeantwortung gesagt: Wird ohnehin geprüft, brauchen wir nicht. Der Bundeskanzler hat seinen Willen durchgesetzt. Angeblich ist ja hier alles verpolitisiert gewesen.

Und jetzt wird geprüft, und in einer Anfragebeantwortung jüngst hat er mir erklärt, daß von 18.000 eingebrochenen Ansuchen

11644

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Kern

ganze drei, Herr Bundesminister, echt beanstandet worden sind.

Ich frage nur, Herr Finanzminister: Ihnen geht jeder Schilling ab. Lösen Sie doch diese Kommission auf, es ist schade um jeden Schilling, der hier bezahlt wird! (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn der wirkliche Zweck dieser Kommission ist doch nur der, daß Bauern, die Ansuchen stellen, schöne Briefe bekommen von einer ganz kleinen Gruppe, von einer Bauernorganisation, vom Allgemeinen Bauerverband, in denen diesen Ansuchenstellern mitgeteilt wird, daß sie jetzt diese Beihilfe oder diesen Kredit bekommen, und zwar auf Grund der Befürwortung dieser Organisation. Nun, ich frage, Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft: Ist das keine Verpolitisierung in dieser Form, die hier gemacht wird? Ist das keine Verpolitisierung? Das ist meine Frage dazu.

Das dritte Beispiel in dieser Richtung. Ich habe bereits eingangs darauf hingewiesen und möchte das jetzt noch einmal unterstreichen. Ich habe erwähnt, daß der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, wie wir aus Pressemeldungen gehört haben, absolut nicht begeistert war, daß ihm ein Staatssekretär zugeteilt wird, der immerhin einiges Geld kostet. Dieser Unwillen des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft war deswegen auch verständlich, weil man ja bekanntlich im Bundesministeriengesetz und auch vorher schon das Landwirtschaftsressort weitestgehend ausgeräumt hatte. Man hat das Veterinärwesen weggenommen, man hat das Schulwesen an das Unterrichtsministerium gegeben, man hat auch die Außenhandels- und die Preisagenden an das Handelsministerium übergeben. Verständlich, daß der Minister gesagt hat: Ich habe weniger Arbeit, ich brauche keinen Staatssekretär. Er hat einen bekommen, obwohl er nicht gewollt hat. Man hat sich damals gefragt: Wozu denn?

Mein unmittelbarer Vorredner, der Herr Abgeordnete Stögner, hat ja damals in der Debatte im Juli 1974 mit einigen Sätzen die Katze aus dem Sack gelassen, wie wir im Volksmund sagen. Der Herr Abgeordnete Stögner hat nämlich gemeint: „Ich habe aber den Eindruck gehabt, daß man eine direkte Konfrontation mit dem neuen Staatssekretär scheut, weil man doch irgendwie das Gefühl hat, daß nun die Bauern, wenn der Landwirtschaftsminister zusätzliche Hilfe erhält, besser aufgeklärt werden.“ Also zur Aufklärung haben Sie den Staatssekretär gekriegt, Herr Bundesminister! (*Abg. Libal: Für euch zur Aufklärung!*) Nein! Daß er die Bauern aufklärt, daß es ihnen gut geht! Die glauben es

aber nicht, das ist ja der „Jammer“! (*Heiterkeit bei der SPÖ*)

Meine sehr Geehrten! Man kann darüber lachen oder man kann es auch humoristisch sehen. Die Frage ist nur die: Alles das muß ja bezahlt werden. Wenn Sie Vorschläge haben wollen, Herr Finanzminister, wo Sie einsparen können: Die Staatssekretäre können Sie sofort streichen. Meiner Ansicht nach ist gerade der Bergbauernstaatssekretär völlig überflüssig! Völlig überflüssig! (*Zustimmung bei der ÖVP.* — *Zwischenruf des Bundesministers für Finanzen Dr. Androsch*) Herr Bundesminister! Auf den Zwischenruf habe ich fast gewartet. Ich kann Ihnen eines sagen — ich habe es bereits gesagt, ich werde es noch einmal sagen —: Mit den Maßnahmen, die Sie jetzt zu setzen beabsichtigen, werden Sie den Bergbauern weit mehr wegnehmen, als Sie ihnen jetzt zum Teil gar nicht gegeben haben und zum Teil gegeben haben.

Nun komme ich zum letzten, zum jüngsten, zu dem, was heute eigentlich neben der Inflation die Menschen doch sehr bewegt.

Es ist bekanntlich gestern in Rom die Konferenz über die internationale Ernährungslage begonnen worden, und man hat sich in Rom über die Situation der Welternährung gestern und heute eingehend unterhalten. Ich sage das deswegen einleitend, weil bekanntlich die Marktordnung als ein Gesetz der ganzen Wirtschaftsgesetze in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen hat, die Ernährungssicherung in Österreich zu garantieren.

Meine Damen und Herren von der linken Seite! Wenn Sie mir das nicht glauben, dann möchte ich doch Kronzeugen, prominente Herren aus Ihrer Regierung zitieren, die im vergangenen Herbst 1973, als damals die Krise mit dem Rohöl und auch mit den Nahrungsmitteln und so weiter und die Preissteigerung sichtbar waren, erklärt haben: Bei uns ist alles bestens in Ordnung, wir haben keine Angst, wir brauchen keine Angst zu haben, es ist alles bestens vorgesorgt.

Der Herr Bundeskanzler hat im Finanz- und Budgetausschuß auf eine meiner Fragen erklärt: Herr Abgeordneter! Was die Marktordnung anlangt, muß ich sagen: Hier ist eine innere Wandlung in mir vorgegangen. Aus einem Saulus ist ein Paulus geworden.

Er hat damit gemeint, daß er die Notwendigkeit der Marktordnung jetzt — das war also damals im Jahre 1973 — auch akzeptiert und anerkennt. (*Rufe bei der SPÖ: Lauter!*) Es gibt Leute, zu denen man gar nicht laut genug reden kann, damit sie es hören! (*Hei-*

Kern

terkeit. — Abg. Skripte k: Wir hören ja zu, aber Ihre Kollegen nicht! Gruber und Staudinger lesen ja!

Es war dann Herr Bundesminister Weihs, der anlässlich der Rübenbauernbund-Vollversammlung erklärt hat: Die vielgelästerte Marktordnung hat sich bestens bewährt.

Ich habe schon einmal im Haus darauf hingewiesen und habe ihn gefragt, wen er damit meint, wer diese Lästerungen immer wieder gemacht hat; seinerzeit.

Das war im Vorjahr. Heuer im Sommer kommt auf einmal eine Äußerung des Herrn Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Benya, man könnte die Marktordnung auch auslaufen lassen; hat er gemeint.

Meine Damen und Herren! Wir haben schon einmal etwas Ähnliches gehört, wo der Bundeskanzler vorher gesagt hat: Das kommt für uns überhaupt nicht in Frage, das ist beschlossenes Gesetz, es bleibt dabei! — ORF. (*Rufe bei der SPÖ*.)

Nun sagt Herr Präsident Benya, man könnte sich unter Umständen vorstellen, daß die Marktordnungsgesetze auch auslaufen, denn sie dienen ja nur der Landwirtschaft. Und jetzt auf einmal beginnt sich die Meinung des Herrn Bundeskanzlers zu verändern. Nicht zum erstenmal. Der Herr Bundeskanzler sagte im Sommer folgendes:

Am 19. Juli 1974 erklärte Dr. Kreisky, es gebe kein Junktim zwischen Marktordnungsgesetzen und den Preisgesetzen.

Am 23. Juli sagte derselbe Dr. Kreisky: Ein Junktim zwischen Marktordnung und Preisregelung ist eine gute Idee. (*Heiterkeit bei der ÖVP*) Herr Wille, bitte passen Sie gut auf! (*Neuerliche Heiterkeit*.)

Am 29. Juli erklärte dagegen Handelsminister Dr. Staribacher, eine Koppelung der beiden Materien könne er sich nicht vorstellen.

Am 7. August, einige Tage nachher, meinte der Handelsminister erstmals, er könne sich ein ersatzloses Auslaufen der Marktordnungsgesetze vorstellen.

Hingegen meinte der Arbeiterkammerpräsident Hrdlitschka am 13. August, ein ersatzloses Auslaufen hielte er für nicht angebracht.

Am 27. August wieder erklärte Dr. Kreisky, es könne auch ohne die Marktordnungsgesetze gehen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Ein elastischer Mann!*) Richtig.

Herr Bundeskanzler, nun zu einem zweiten Kapitel: Schon im Herbst 1972 hat die Regierung (*Abg. Dr. Zittmayr: Mut zur Wahrheit!*) veröffentlicht oder die Aussage gemacht,

daß schon in der nächsten Zeit mit der Novellierung der Marktordnungsgesetze begonnen werden soll. Man hat dann gemeint, ab Frühjahr 1973 müßte auf alle Fälle dieser Termin eingehalten werden. Geschehen ist bis jetzt vor einigen Tagen auf diesem Gebiet nichts, überhaupt nichts!

Vor einigen Tagen haben wir also gehört, daß im Schoße der Regierung bereits ein Entwurf gemacht worden sei, und heute lesen wir auch bereits in der „AZ“, wie diese neue Marktordnung aussehen soll.

Ich möchte vorweg folgendes festhalten (*Ruf bei der SPÖ: Zum Schluß!*):

Herr Bundeskanzler! Für die Österreichische Volkspartei sind die Wirtschaftsgesetze ein Paket, und eine Teilung in solche, die unbefristet, und in solche, die befristet beschlossen werden sollen, kommt für die Österreichische Volkspartei überhaupt nicht in Frage.

Und nun zum Inhalt der vorgelegten Vorschläge. Es gehört schon viel sozialistische Verdrehungskunst dazu — und wir sind an einiges gewöhnt —, daß man aus der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Neuzusammensetzung der Fonds, aus dem neuen Abstimmungsmodus von einer Durchsetzung des sozialpartnerschaftlichen Prinzips redet.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur einen kurzen Vergleich geben. Im Parlament gibt es bekanntlich zwei Arten von Gesetzesbeschlüssen. Die einen sind die einfachen Gesetze — dabei können Sie bekanntlich jedes Gesetz mit hauchdünner Mehrheit durchziehen, Sie brauchen auf die Opposition nicht die geringste Rücksicht zu nehmen —, und dann gibt es sogenannte qualifizierte Gesetze oder Verfassungsgesetze, bei denen Sie jawohl die Opposition brauchen. Wenn man von Sozialpartnerschaft spricht, also von Partnern, dann kann man mit einem Diktat die Partnerschaft wahrscheinlich nicht aufrechterhalten. Also von Sozialpartnerschaft kann in diesem Vorschlag wirklich keine Rede sein. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Meine Damen und Herren — damit komme ich zu dem, was hier vom Herrn Finanzminister wieder eingewendet worden ist, was man für die Bergbauern tut —, Herr Finanzminister, das mit der Liberalisierung des Fleischimports — Sie kennen die Schwierigkeiten beim Rindfleischabsatz, und der Herr Landwirtschaftsminister kann Ihnen da noch einiges erzählen, wenn Sie es nicht wissen, was man den Bergbauern mit einer völligen Freigabe zumutet — geht tatsächlich auf keine Kuhhaut! (*Zwischenruf bei der ÖVP*) Was glauben Sie, was das auslösen würde — ich möchte Ihnen nur ein Beispiel sagen —, was letzten Endes

11646

Nationalrat XIII. GP — 118. Sitzung — 6. November 1974

Kern

wieder die Konsumenten zu bezahlen hätten! Die Regierung hat das ja schon praktiziert. Es war im Sommer 1972. Da haben Sie die Schweine billigst hereingelassen. (*Ruf bei der SPÖ: Kurze Zeit!*) Die Landwirte haben Millionenverluste gehabt, und die Konsumenten haben das dann auf Grund der geringeren Produktion und auf Grund der teureren Importnotwendigkeiten aus dem Ausland teuer bezahlt; sie haben es teuer bezahlt.

In der jetzigen Zeit — ich sage das noch einmal —, in der man in der ganzen Welt auf Grund der Ernährungssituation den Wert der Landwirtschaft wieder erkennt, wollen Sie bei Gesetzen, von denen man selbst noch vor kurzer Zeit gesagt hat, sie sind notwendig, sie sind richtig und sind wichtig, was Sie aber heute wieder ganz anders sehen — es ist sicherlich in erster Linie Ihre Sache, aber ob Sie damit der Bevölkerung, den Konsumenten in erster Linie, etwas Gutes erweisen, das ist die Frage, und zwar in einer Zeit, in welcher der Zucker auf dem Weltmarkt bekanntlich 18 bis 19 S kostet, in welcher der Weizen auf dem Weltmarkt bekanntlich um ein Drittel teurer ist und wir sehr froh sind, daß wir im Inland alles das zur Genüge erzeugen —, in dieser Zeit wollen Sie also die Produktionsmöglichkeit der Landwirtschaft mit solchen Dingen in Frage stellen. Ich rate Ihnen: Lassen Sie die Finger davon!

Im übrigen aber möchte ich noch einmal das wiederholen, was heute schon gesagt worden ist: daß wir weder diesem Budget noch der Regierung für ihre Taten die Zustimmung geben können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Abgeordnete Robert Weisz hat den geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt, die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Die Regierungsvorlage ist dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Donnerstag, den 7. No-

vember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (748 der Beilagen): Ausschreibungsgesetz (1305 der Beilagen)

2. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (1134 der Beilagen): Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1974 (1306 der Beilagen)

3. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (1233 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Akademie-Organisationsgesetz geändert wird (1314 der Beilagen)

4. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (1205 der Beilagen): Epidemiegesetznovelle 1974 (1312 der Beilagen)

5. Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (1221 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Güterbeförderungsgesetz geändert wird (1313 der Beilagen)

6. Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht der Bundesregierung (III-123 der Beilagen) betreffend elektronische Datenverarbeitung im Bundesbereich, EDV-Bericht 1973, Bedarfsprognose 1973 bis 1978 (1307 der Beilagen)

7. Bericht des Verfassungsausschusses über die vom Bundeskanzler vorgelegten Tätigkeitsberichte (III-124 der Beilagen) des Verfassungsgerichtshofes für die Jahre 1970, 1971 und 1972 (1308 der Beilagen)

8. Bericht des Verfassungsausschusses über den vom Bundeskanzler vorgelegten Bericht (III-135 der Beilagen) betreffend die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1973 (1309 der Beilagen)

9. Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 12. Juli 1974 um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Hans Jungwirth (1324 der Beilagen)

10. Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Grieskirchen vom 17. September 1974 um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Hermann Kraft (1325 der Beilagen)

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 5 Minuten